



EX LIBRIS

WOJEWÓDZKIEJ
I MIEJSKIEJ
BIBLIOTEKI
PUBLICZNEJ
IM. EMANUELA SMOŁKI
W OPOLU

58

O. J. J.

AUS DER GESCHICHTE DER STADT KÖNIGSHÜTTE O B E R S C H L E S I E N

BEARBEITET VON
BUCHEREIDIREKTOR
RICHARD SCHMIDT

Sonderdruck aus dem „Kleinen Stadtbuch von Königshütte
Oberschlesien“, mit Genehmigung des Verlages für Sozial-
politik, Wirtschaft und Statistik, Paul Schmidt, Berlin, 1942



Wer lustig lebt in Saus und Braus
und sich an garnichts stört,
hat später weder Heim noch Haus
und nichts, was ihm gehört!
Doch wer schon in der Jugendzeit
das Sparen ist gewohnt,
der wird für seine Sparsamkeit
zeitlebens reich belohnt!

Darum

SPARE

bei der

STADTSPARKASSE

Königshütte Oberschlesien

Hauptstelle: Adolf-Hitler-Straße 41 a

Hauptzweigstellen:

I Hermann-Göring-Straße 63

II Hindenburgstraße 2

III General-Höfer-Straße 2

Ausgezeichnet mit dem „Gaudiplom für hervorragende Leistungen“

Überreicht
von der
Stadtsparkasse Königshütte Oberschlesien

Vergangenheit und Gegenwart

Länder – Menschen – Wirtschaft

Kleines Stadtbuch von Königshütte Oberschlesien

Herausgegeben im Auftrage des Oberbürgermeisters
von Büchereidirektor Richard Schmidt

Verlag für Sozialpolitik, Wirtschaft und Statistik, Paul Schmidt, Berlin
Paul Gaertner, Buchhandlung, Königshütte OS.

1941

KLEINES STADTBUCH VON KÖNIGSHÜTTE OBERSCHLESSEN

Herausgegeben
im Auftrage des Oberbürgermeisters
von Büchereidirektor Richard Schmidt

Verlag für Sozialpolitik, Wirtschaft und Statistik, Paul Schmidt, Berlin
Paul Gaertner, Buchhandlung, Königshütte OS.

1941



908(n38)

Schmi

Klein

~~1986~~
905 5

908(n38)

ZBIORY ŚLĄSKIE

Akc VI Nr 18/58/62/C

Die Herkunftsstellen der Bilder sind im einzelnen im Bilderverzeichnis aufgeführt. Die Ausstattung und Herstellung des Buches überwachte Graphiker Willy Heier-Kattowitz, der auch den Einband zeichnete.

Gedruckt wurde das Buch in der Druckerei des NS.-Gauverlages Oberschlesien G.m.b.H., Kattowitz. Die Buchbinderarbeiten besorgte C. Miarka in Nikolai O/S.



Rathaus am Adolf-Hitler-Platz



Oberbürgermeister Ernst Schroeder

Grössenwahn bemächtigte sich in der Zeit des tiefsten Niederganges Deutschlands dieser Stadt. Mit allen Mitteln sollte das deutsche Leben erdrosselt und die Spuren deutscher Vergangenheit vernichtet werden. Aber es zeigte sich, dass die harte Arbeit mit Kohle und Eisen auch die Deutschen dieses Raumes hart gemacht hatte, und dass sich das deutsche Leben trotz aller Unterdrückung bis zur siegreichen Befreiung durch den Führer behauptete. So können wir auf vielen alten Grundlagen, die der Polenterror nicht vernichten konnte, weiterbauen. Seit einem Jahr kommt wieder hundertfacher Zuwachs aus allen deutschen Gauen.

Alle diese alten und neuen Königshütter Bürger werden nun zusammenwachsen müssen im Willen, diese Stadt aus ihrer Eigenart und Vergangenheit heraus zu der ihnen gemässen Heimatstadt zu machen. Dieser Wille zum Heimatwerden bedarf als seiner stärksten Stütze der Heimatkunde. Sie zu verbreiten bei den alten und neuen Bürgern ist dies „Kleine Stadtbuch“ geschaffen worden. Vom ersten Bekanntwerden unserer Absicht zur Herausgabe dieses „Stadtbuches“ zeigte sich ein so allgemeines und brennendes Interesse in weitesten Kreisen unserer Bevölkerung, dass wir zu einer über das ursprünglich beabsichtigte Mass des Werkes weit hinausgehenden Ausgestaltung ermutigt wurden. Nicht nur jene, die hier ihren Wohnsitz aufschlagen wollen, auch Handel und Gewerbe im Reiche widmen Königshütte ihre Aufmerksamkeit. Und diejenigen, die aus den

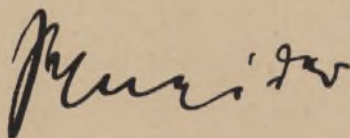
Der Raum, den heute die Stadt Königshütte umfasst, ist die Wiege der oberschlesischen Industrie. Hier begannen vor 150 Jahren Friedrichs des Grossen bedeutenden Minister Heinitz und Reden den staatlichen Steinkohlenbergbau. Hier entstand die erste mit Dampfkraft betriebene Kokshochofenanlage des europäischen Festlandes. Indem damals Graf v. Reden die Verhüttung der Erze auf der Kohle begründete, schuf er die Grundlage einer industriellen Entwicklung, die erst jetzt einer neuen, umfassenden Entfaltung entgegensteht. Tag und Nacht rollen Kohlenzüge ihre schwarze Fracht ins Reich und weithin in die europäischen Lande. Roheisen quillt aus den Hochöfen der Hütten. Und Stunde um Stunde schmelzen Hunderte von Männern an gigantischen Maschinen härtesten Stahl. Hier produziert ein Stickstoffwerk einen hochbedeutsamen Wirkstoff. Hier erzeugt ein gewaltiges Kraftwerk die elektrische Energie für Tausende von Maschinen. Arbeit, rastlose Arbeit ist der Rhythmus dieser Stadt, heute Grosstadt, vor 71 Jahren noch eine „Kolonie“ der Grube und Hütte. In rasendem Tempo verlief ihre Geschichte seit ihrer Stadtwerdung. Die alten Königshütter, die schon damals „vom Norden und vom Süden zusammengeschneit und geblasen wurden“, erhielten Jahr für Jahr neuen Zuwachs aus allen Himmelsrichtungen. Und dann kam die grosse Prüfungs- und Leidenszeit. Polnischer

deutschen Gauen hier zur Aufbauarbeit antraten, haben das Bedürfnis, von Königshütte in ihre alte Heimat zu berichten und eine Vorstellung von der Stadt zu vermitteln, die sich ja nicht darin erschöpft, dass sie bei Kattowitz liegt und dass es hier nur Gruben und Hütten, Rauch und Russ gibt.

So soll denn dieses „Kleine Stadtbuch“ ein plastisches Bild der Stadt von ihrem wirtschaftlichen, politischen Aufbau und ihren geistigen Kräften vermitteln. Und dieses Bild soll bei der Jugend dieser Stadt erst recht an Farbe und Form gewinnen, weil doch sie es ist, für die wir jetzt den Aufbau nach langer Leidenszeit beginnen. Es wird die Aufgabe der Lehrerschaft sein, unsere Jugend heimatkundig zu machen. Um aber den vielen aus dem Reiche zu uns gekommenen Erziehern Material in die Hand zu geben, war es notwendig, die Geschichte dieser Stadt in einem breiteren Auszug darzustellen; auch vom Grafen v. Reden, von Kalide und anderen bedeutenden Männern der Heimatstadt musste etwas Näheres gesagt werden. Mancherlei „Wissenswertes“ und vielerlei „Nachweise“ dürfen in solch einem „Stadtbuche“ nicht fehlen.

So möge denn dieses „Stadtbuch“ Kunde von unserer Industrieheimat in die Welt hinaustragen und die Bürger mit stolzem Heimatsinn erfüllen. Es soll in ihnen die Verpflichtung erwecken, aus den Naturschätzen der Heimat, aus Kohle und Eisen, aus dem Segen der schweren Arbeit ein stolzes Gemeinwesen aufzubauen, eine deutsche Stadt Königshütte zu gestalten, die in Treue zum Führer und im Einsatz für das herrliche Grossdeutsche Vaterland hinter keiner Stadt des Altreiches zurücksteht.

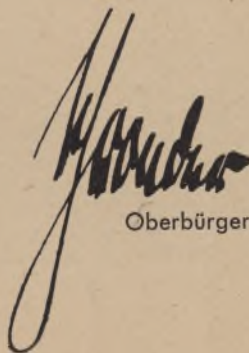
Heil Hitler!



Kreisleiter (M. d. R.)



Kreisleiter Wilhelm Schneider



Oberbürgermeister

Bergmannslied

Von Rudolf Fitze

Unser Land hat Lärm und Rauch,
aber stille Wälder auch.
In des Schachtes dumpfe Gruft
muss ich, wenn der Kuckuck ruft.

Vogelsang tönt in mir fort,
wenn ich einsam knie' vor Ort.
Immer Last und Müh' und Hast,
manchmal möchte ich sterben fast.

Sterben, wär' mein Blut nicht frisch
und mein Sinn ein flinker Fisch,
der durchs Wasser lustig fährt!
O, mir ist das Leben wert!

Leben, wenn der Hammer stampft,
wenn das Eisen zischt und dampft,
unser Land, an Not so reich,
gibt uns Kraft und Stolz zugleich!

Land der dunklen Wälderpracht,
Land der funkensprüh'nden Nacht,
Heimat du! Umfange mich,
wie du bist, so lieb ich dich!



Aus der Geschichte der Stadt Königshütte Oberschlesien

Bearbeitet von Büchereidirektor Richard Schmidt.

I.

Die am 5. September 1939 ins Reich heimgekehrte Stadt Königshütte ist mit ihren rund 132000 Einwohnern die an Bewohnerzahl grösste der oberschlesischen Industriestädte. Ihre Geschichte ist eng verknüpft mit dem preussischen Bergbau in Oberschlesien. Ihre Geschichte ist die Geschichte der „Königsgrube“, vor allem aber der „Königshütte“, die der Stadt den Namen gab und eines der grössten Industriewerke Oberschlesiens ist.

Als Stadtgemeinde ist Königshütte, verglichen mit anderen Städten Oberschlesiens, eine ganz neue Gründung. Es sind gerade 71 Jahre her, seitdem unserer Stadt Stadtrechte verliehen wurden. **Königshütte** ist also noch ein paar Jahre jünger als die Nachbarstadt **Kattowitz**, die im Jahre 1940 ihr 75-jähriges Bestehen feierte. Aber trotz der fast gleichen Zeit der Entstehung dieser beiden Städte besteht ein wichtiger **Unterschied in der Art ihrer Entstehung**. Kattowitz war vor seiner Erklärung zur Stadt eine seit fast 300 Jahren bestehende selbständige Landgemeinde, die sich seit den 30-er Jahren des vergangenen Jahrhunderts allerdings sehr rasch entwickelte, dabei in ihrer äusseren Gestaltung städtischen Charakter annahm, wobei dann die Stadterklärung nur eine Formsache war. Der Umfang der neuen Stadt deckte sich dort im allgemeinen mit den Grenzen des ehemaligen Dorfes Kattowitz. Die alte Dorfbevölkerung ging mit ihrem Grundbesitz in der Stadtbevölkerung auf.

Anders war es bei Königshütte: Hier bildete den Siedlungskern eine einzelne Industrieniederlassung und ein Bergwerk: die „Königshütte“ und die „Königsgrube“. Durch ihr Bestehen seit dem letzten Jahrzehnt des ausgehenden 18. Jahrhunderts und durch ihre Entwicklung gaben sie den unmittelbaren Anlass zur Gründung von Arbeiter- und Beamtsiedlungen. Diese Arbeitersiedlungen entstanden — wie die beiden Hütten- und Bergwerksunternehmungen — auf den Wald- und Feldmarken alter Landgemeinden, deren Grenzen gerade in unmittelbarer Nachbarschaft dieser Siedlungen zusammenstießen. Es gab also vor Begründung des königlichen Hüttenwerks gar keine Siedlung auf dem Gebiete, die die im Jahre 1868 zur „Stadt Königshütte“ erklärte, aus den mannigfachsten einzelnen Neusiedlungen bestehende Siedlungsfläche umfasste.

Die Hüttenkolonien standen mit dem Schicksal der Altgemeinden, auf deren Grunde sie erbaut wurden, in keinem ursächlichen Zusammenhang; sie hatten ihre Entstehung den königlichen Unternehmungen der Königshütte und Königsgrube zu verdanken. Man kann daher hier nicht von Mutter- und Tochtergemeinden reden. Die Koloniegründungen waren höchstens Adoptivkinder, und zwar solche, die den Altgemeinden (ihren Pflegeeltern) geradezu aufgezwungen wurden, wie die Gründungsgeschichte der Stadt erweist. Die Besiedlung dieser Kolonien erfolgte nicht von der Altgemeinde aus; die Siedler wurden ihnen von der Hüttenverwaltung überwiesen und sind oft von weither, „vom Süden und vom Norden zusammengeschnitten und geblasen worden“.

Wer die Geschichte dieser Stadt verstehen will, wird darum über die Zeit der Entstehung des Kgl. Hüttenwerkes hinaus die Vergangenheit der Siedlungslandschaft, in die das Hüttenwerk hineingesetzt worden war, in die Betrachtung einbeziehen. Denn das Gelände, auf dem die Königshütte entstand, war kein Niemandsland und die älteren Besitzverhältnisse des späteren Stadtbezirks sind keineswegs geschichtlich unbedeutend. Auch hat das ständige Anwachsen der Stadt die ihr bei der Stadterklärung gegebenen Grenzen durchbrochen und die nächstliegenden älteren Nachbargemeinden in sich aufgenommen. Und diese Gemeinden haben eine viel ältere Geschichte, die man nicht übergehen kann. Ueberdies stammt ein nicht geringer Teil der alteingesessenen Stadtbevölkerung aus den eingemeindeten Altgemeinden. Zur Beurteilung und Erklärung des Menschentums der heutigen Stadt ist die Kenntnis älterer Entwicklungsvorgänge, die auf den späteren Zustand oft bestimmend einwirkten, von nicht geringer Wichtigkeit.

II.

Die **Kohle** ist es, die das Landschaftsbild Oberschlesiens bestimmte. Eisenerze, Zink- und Bleierze haben an der Gestaltung dieses Raumes auch ihren Anteil, aber, „soweit bis jetzt geologische Forschungen reichen, treten an keiner zweiten Stelle der Erde Steinkohlenflöze von solcher Mächtigkeit, Güte und Reinheit in so grosser Regelmässigkeit und Ausdehnung auf. Flöze von weniger als 2 m Mächtigkeit, die in anderen Kohlenrevieren bereits als sehr starke gelten, werden in Oberschlesien kaum nutzbar gemacht. Die durchschnittliche Mächtigkeit der in Oberschlesien gebauten Kohlenflöze beträgt 4—6 m reine Kohle, nicht selten aber kommen Flöze von 9—12 m Mächtigkeit vor“ (Gothein).

Der Beginn des Bergbaues ist in Dunkel gehüllt. Und im hohen Mittelalter, gar noch um 1700 muss das heutige Stadtgebiet ein wald- und wiesenreiches, welliges Hügelland gewesen sein, dessen lieblichen Täler keine grössere Siedlung aufwiesen.

Die Geschichte des Beuthener Landes, zu dem unser heutiges Stadtgebiet einstmals gehörte, erzählt, dass es das metallglänzende, silberhaltige Bleierz gewesen ist, das man bei der landwirtschaftlichen Bearbeitung des Bodens fand, das die erste Ansiedlung von Bergleuten veranlasste. Zum ersten Male werden oberschlesische Silbererzbergleute auf Königshütter Boden bei Chorzow (jetzt: Königshütte-Ost) in einer Urkunde des Papstes Innozenz II. vom Jahre 1136 erwähnt. (Siehe Seite 67). Höchstwahrscheinlich haben die schlesischen Fürsten und Bischöfe den durch die deutschen Lande reitenden und für Schlesien werbenden Vögten auch den Auftrag gegeben, für den Silbererzbergbau tüchtige und erfahrene Bergleute anzuwerben und mitzubringen, um die schon bekannten Silberschätze des Landes besser nutzen zu können.

Bereits zu Beginn des 13. Jahrhunderts muss im Beuthener Lande eine verhältnismässig dichte Besiedlung vorhanden gewesen sein, denn damals (1230) erhielt Beuthen eine Stadtmauer, 1254 deutsches Recht und seit 1247 durften die Bewohner das Bleierz frei gewinnen. Diese Rechtsverleihungen sprechen für den verhältnismässig grossen Umfang des Silber- und Bleierzbergbaues im damaligen Beuthener Lande. Diese Rechtsverleihungen sprechen aber auch dafür, dass die Bevölkerung freie deutsche Siedler waren, die den menschenleeren Raum mit seinen meilenweiten Wäldern rodeten und pflügten und dabei unter der Ackerkrume das glänzende Erz fanden.

Der verheissungsvolle Anfang des Erzbergbaues im Beuthener Lande hielt nicht lange vor. Mancherlei Schwierigkeiten bedrängten ihn. Vor allem wird man der Wasserzuflüsse nicht Herr geworden sein. Bis heute ist das Wasser der Feind des oberschlesischen Bergbaues geblieben. Streitigkeiten unter den Bergleuten über die gewonnenen Silber- und Bleierze und ebenso mit den Grundherren und der Ortsgeistlichkeit über den Zehnten haben den Verfall des Bergbaues beschleunigt. Und was in den späteren Jahrhunderten immer wieder charakteristisch für dieses Land ist, nämlich der Streit um den Besitz Schlesiens und Oberschlesiens zwischen den anliegenden Reichen, hat die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung immer wieder gestört und oftmals gar vernichtet. Die Urkunden der Quellensammlung zur Geschichte der Stadt Königshütte aus der hier bezeichneten Zeit sind in ihrer Sprache: deutsch, lateinisch, böhmisch und polnisch, ein getreues Spiegelbild der damaligen Herrschaftsverhältnisse.

Im 6. Jahrhundert hatten sich Fürsten polnischer Herkunft des Landes Schlesien bemächtigt, die der deutschen Bevölkerung polnische Sprache, polnische Sitten und Gebräuche aufzwangen. Durch Teilung des Landes unter die Söhne der Fürsten bildete sich eine grosse Reihe von Fürstentümern, deren Besitzer sich sämtlich „Herzoge in Schlesien“ nannten, aber die Oberherrlichkeit Polens anerkennen. Die Schwäche all dieser „Herzöge“ zwang zur Anlehnung an die jeweils stärkere Macht. Unter Boleslaus Chrobry war Schlesien ein Teil des polnischen Reiches. Der deutsche Einfluss ist aber niemals erloschen. Mehrere Male weilten auch deutsche Kaiser im Lande, so 1157 Friedrich Barbarossa, um ordnend in die polnischen Angelegenheiten einzugreifen. 1163 machte sich Schlesien mit der Rückkehr der Wladislaiden und ihrer Einweisung in den Besitz des Landes selbständig und löste sich von Polen. Es kam 1235 zum Trentschiner Vertrag, in dem Polen feierlich aller Rechte auf Schlesien entsagte.



Vor Ort in einer oberschlesischen Steinkohlengrube

Zur Ruhe aber kam das Land nicht. Der Mongoleneinfall verwüstete weithin die Gefilde und Siedlungen. Zahllose Erbfeinden beunruhigten jahrzehntelang die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung. Der Silber- und Bleierzbergbau verkümmerte fast ganz.

Johannes, König in Böhmen, der Blinde genannt, bemühte sich indessen, das durch häufige Teilungen weiterhin geschwächte Schlesien unter seine Oberherrschaft zu bringen, was ihm auch gelang. Im Jahre 1327 trugen ihm auf seine Anregung alle Fürsten mit Ausnahme derer von Schweidnitz und Jauer ihre Lande zu Lehen an. Sie behielten aber die wichtigsten der fürstlichen Regalien, darunter auch das Bergregal, zur eigenen Verfügung. Der polnische König Kasimir bestätigte dieses Abkommen und trat alle seine Rechte an den böhmischen König Johannes ab. Dessen Sohn und Nachfolger Karl IV. erhielt durch seine Gemahlin, die Erbin von Schweidnitz und Jauer, auch diese Fürstentümer. So kam 1355 ganz Schlesien an die böhmische Krone, was durch Verzicht des Königs Ludwig von Polen auf alle bisherigen Rechte in Schlesien bekräftigt wurde.

Der erste Schlesische Herzog, der den König Wenzel von Böhmen aus dem Hause der Přemysliden als seinen Oberherrn anerkannt hatte, war Kasimir von Beuthen. Seit 1289 vollzog sich der Lehnanschluss an Böhmen und damit an Deutschland immer fester. Die Oppelner „Fehde“ brachte aber noch einmal viel Unglück über das Land. Und 1428 musste Oberschlesien den ersten grausamen Hussiteneinfall über sich ergehen lassen. „Waren die Verwüstungen schon gross, so wurden sie fast noch schlimmer beim zweiten Raubzuge im Jahre 1430. Gleiwitz, Bischofstal (Ujest), Tost, Peiskretscham und das Kloster Himmelwitz wurden geplündert und in Brand gesteckt.

Erst 1431 gelang Herzog Konrad von Oels durch nächtliche Ueberrumpelung die Befreiung von Gleiwitz. Rybnik wurde 1432 bei einem neuen Durchzuge der Hussiten erobert und musste 1433 ebenso wie Beuthen . . . wiedergewonnen werden. Auch in der Folgezeit des 15. Jahrhunderts hatte Oberschlesien unter den böhmischen Wirren viel zu leiden, bis schliesslich Matthias Corvinus von Ungarn Schlesien von sich abhängig machte. Die Wohlfahrt des Landes ging unter der Oberherrschaft stammesfremder Fürsten immer mehr zurück. Einige Teile des Landes wurden sogar für Jahrhunderte verloren, so das Fürstentum Severien östlich von Beuthen und das Herzogtum Auschwitz“ (Lachotta).

Unter den schlesischen Fürsten befand sich ein Markgraf Georg von Brandenburg. Er stammte aus der brandenburgischen Nebenlinie Anspach—Bayreuth und war ein Enkel des brandenburgischen Kurfürsten Albrecht Achilles. Von seinem Oheim, dem König Wladislaus von Ungarn und Böhmen, erhielt er die Anwartschaft auf Oppeln, wo der letzte Piast regierte. Auch die Anwartschaft auf Ratibor wusste er sich zu sichern und kam 1521 in den Mitbesitz des Landes. Im Jahre

1524 brachte er mit des Königs Ludwig von Böhmen und Ungarn landesherrlicher Genehmigung das Fürstentum Jägerndorf durch Kauf an sich. „1526 wurde ihm vom böhmisch-ungarischen König Ludwig die Herrschaft Beuthen ‚auf zwei Leiber‘ gemeinsam mit Herzog Johann von Oppeln, übertragen. Ferdinand von Habsburg, der Bruder Karls V., der seinem Schwager Ludwig in der Herrschaft über Böhmen und die Niederlande gefolgt war, beliess Markgraf Georg 1531 im pfandweisen Besitz von Oppeln und Ratibor auch für seine Nachkommen, während für Beuthen die Bestimmung ‚auf zwei Leiber‘ bestehen blieb.“ Markgraf Georgs Sohn und Nachfolger Georg Friedrich hatte wiederholt von den Kaisern Ferdinand I. und Maximilian II. die Belehnung des Fürstentums Jägerndorf erhalten und vererbte dieses auf den Markgrafen Joachim Friedrich, den späteren Kurfürsten von Brandenburg, der es 1603 seinem zweiten Sohne Johann Georg als abgeteiltes Erbe überliess. Er trat zwar den Besitz an, aber die kaiserliche Bestätigung blieb ihm versagt.

Die mit Jägerndorf verbundenen Herrschaften Beuthen und Oderberg wurden im Jahre 1618 durch das Urteil des höchsten schlesischen Gerichtshofes, des Ober- und Fürstenrechts, dem Markgrafen ab- und dem Kaiser zuerkannt. Er weigerte sich, die Entscheidung anzuerkennen. Da sich Johann Georg zur Partei des von den böhmischen Landständen zum König von Böhmen erwählten Kurfürsten Friedrich von der Pfalz hielt, wurde er 1623 durch Kaiser Ferdinand II. in die Acht erklärt; sein Fürstentum Jägerndorf (mit Beuthen und Oderberg) verlieh der Kaiser trotz des Widerspruchs des kurfürstlichen und markgräflichen Hauses von Brandenburg anderweitig. Die Herrschaft Beuthen mit der Stadt Beuthen und der Freien Bergstadt Tarnowitz verpfändete Kaiser Ferdinand II. im Jahre 1623 an den aus der Zips stammenden Lazarus Henckel von Donnersmarck, an den die Herrschaft, da die Pfandsumme nicht bezahlt werden konnte, 1629 endgültig fiel. Friedrich der Grosse erhob beim Tode des Kaisers Karl VI. Anspruch auf das Fürstentum Jägerndorf und dehnte seinen Anspruch zugleich auf die Fürstentümer Liegnitz, Brieg und Wohlau aus, die in Folge der zwischen dem Herzoge Friedrich zu Liegnitz und Brieg und des brandenburgischen Kurfürsten Joachim II. im Jahre 1537 geschlossenen Erbverbrüderung nach dem Tode des im Jahre 1675 verstorbenen letzten Herzogs von Liegnitz hätten an Brandenburg fallen sollen, aber vom Hause Habsburg den Brandenburgern vorenthalten wurden.

In der Zeit des Brandenburgers Georgs des Frommen beginnt die eigentliche Geschichte des oberschlesischen Bergbaues. Er nahm sich des um Tarnowitz wieder aufblühenden Bergbaues schützend und fördernd an. Von Tarnowitz, der „freien Bergstadt“ (1526), wo ein „Bergamt“ die erste „Bergordnung“ (1528) dieser Gegend überwachte, ging in der Folge die bergbauliche und industrielle Entwicklung aus, als Preussen unter Friedrich II. von Schlesien Besitz nahm.



III.

Nach dem Frieden von Hubertusburg, am 15. Februar 1763, der dem Königreich Preussen das schlesische Land endgültig, fest und seitdem unangefochten einfügte, begann Friedrich der Grosse mit dem Aufbau des neuen Landes. Wie er in allen Zweigen des öffentlichen Lebens überall die Hand anlegte, um das Wohl seiner Untertanen geistig und materiell zu heben und die Quellen regen Wirtschaftslebens zu erschliessen, so war es ihm auch nicht entgangen, dass Schlesien in seinen Bodenschätzen eine unerschöpfliche Fundgrube des Wohlstandes barg.

Durch die Zersplitterung Schlesiens in viele Fürstentümer, durch die von den Gutsherrschaften ausgeübten Rechte, durch die hin und her wechselnden landesherrlichen Obrigkeiten war eine bunte Fülle von Bergrechten entstanden. Jeder Bergherr bestellte sein eigenes Bergamt durch einen Bergmeister und die ihm nach Bedarf beigeordneten Geschworenen als verleihende, beaufsichtigende, Abgaben erhebende und richtende Behörde, die in freien Bergstädten (so auch in Tarnowitz) mit dem Magistrat verbunden war. Eine geregelte Oberaufsicht über den Bergbau, eine zielstrebige Förderung des gesamten Bergbauwesens war nicht möglich.

Friedrich II. begann den Aufbau Schlesiens mit der Errichtung der Schlesischen Kriegs- und Domänenkammer in Breslau, die auch die oberste Provinzialbehörde für den Bergbau wurde. Diese Bergbehörde hatte zunächst in Oberschlesien recht wenig Arbeit, da der Bergbau im Beuthener Lande völlig darniederlag; der Galmeibergbau, der sich inzwischen in Oberschlesien entwickelt hatte, war in den Händen der dazu vom Kaiser privilegierten von Giesche'schen Erben, die dem Staate keine Abgaben, sondern nur dem Grundherrn einen Förderzins zu zahlen hatten; der Bergbau auf Steinkohlen war der Willkür der Grundherren überlassen und so gut wie unbekannt. Zur allgemeinen Regelung der bergrechtlichen Verhältnisse in Schlesien erschien es Friedrich II. zunächst einmal geboten, die Vielfalt der bestehenden Bergrechte durch eine einheitliche Gesetzgebung zu beseitigen und die Grundlage für ein neues Aufblühen zu schaffen. Deshalb befahl Friedrich im Anfang des Jahres 1769 die Bearbeitung einer Provinzialbergordnung für Schlesien. Die Vorarbeiten leistete der Justizminister v. Carmer, der sich des Gutachtens der Breslauer Kriegs- und Domänenkammer bediente. Der preussische Finanzminister von Hagen übergab den Entwurf von Carmers einer Kommission, der die Geheimen Oberfinanzräte Reichardt und Ernst, der Kriegsrat Wloemer und der Bergrat Gerhard angehörten. Aus den Beratungen und Nachprüfungen dieser Kommission an Ort und Stelle in Schlesien entstand die „Revidierte Bergordnung für das souveräne Herzogthum Schlesien und für die Grafschaft Glatz“, die am 5. Juni 1769 durch Allerhöchste Genehmigung Gesetz wurde.

Der Zweck und das Ziel der Bergordnung ist in einer „Präambel“ ausgesprochen, die lautet:

„Wir, Friedrich, von Gottes Gnaden König in Preussen u. s. w., u. s. w., Thun kund und fügen hiermit jedermänniglich zu wissen: nachdem der allerhöchste Gott Unser souveraines Herzogthum Schlesien und Grafschaft Glatz mit allerhand Bergwerken gesegnet hat, selbige aber bisher nicht überall bergmännisch genutzt und gebraucht, und Wir allerhöchst selbst versichert sind, dass in diesen Provinzen noch viele nützliche Mineralien verborgen liegen, deren Entdeckung, Betreibung und Zugutmachung dem Lande einen wesentlichen Vortheil verschaffen wird, auch die von Unseren Vorfahren christmildesten Gedächtnisses, von weyland Herzogen Johannes zu Ratibor und Oppeln, und Marggrafen Georgen zu Brandenburg, als Herzogen von Jägerndorf Ao. 1528, für die Fürstenthümer Oppeln, Ratibor, Jägerndorf, wie auch der Herrschaft Beuthen publicirte und von Marggrafen George Friederichen zu Brandenburg, Herzogen zu Jägerndorf den 20. October 1599 erneuerte, ingleichen die auf Silberberg Ao. 1539 von Joachim Friedrich, Johann und George, Gebrüder Herzogen zu Münsterberg publicirte, und vom Kaiser Leopold Ao. 1676 confirmirte, und die für Reichenstein von Herzog Heinrichen zu Münsterberg emanirte, und vom Kaiser Leopoldo 1676 confirmirte, selbst die von Kaiser Rudolpho II. Ao. 1577 für das Herzogthum Schlesien, und von eben diesem Kaiser unterm 24. März 1578 für die Grafschaft Glatz erlassene Bergordnungen theils unhinlänglich und unbestimmt sind, theils nicht gehörig abserviret worden; so haben wir daher für gut und nöthig gefunden, sothane Bergordnungen revidiren, und eine nach den jetzigen Umständen auf alle Arten von Bergmarken, zur Beförderung derselben eingerichtete Bergordnung für das souveraine Herzogthum Schlesien und die Grafschaft Glatz verfassen zu lassen.“

Die Ueberzeugung von dem Vorhandensein vieler nutzbarer Mineralien, die Vernachlässigung ihrer Hebung und Auswertung, die Unzuträglichkeiten, die Unbestimmtheit und Nichtbeobachtung der bestehenden Berggesetze, sowie die Notwendigkeit, Erwerbsquellen für die Bevölkerung zu schaffen, haben den Erlass der neuen Bergordnung veranlasst. Sie „legte die Regalität der Steinkohle erneut fest, überliess dagegen die Eisenerze der freien Verfügung des Grundeigentümers. Die Grundbesitzer erhielten ein Vorbaurecht, das 1790 in ein Mitbaurecht umgewandelt wurde. Jedermann durfte auf fremdem Grunde schürfen, muten und die Verleihung der gefundenen Materialien beantragen. Jedoch musste dem Grundbesitzer

vor der Verleihung das Mitbaurecht zur Hälfte angeboten werden. Von den 128 Kuxen eines Bergwerks entfielen je 61 auf den Lehnsträger und den Mitbauberechtigten, je zwei mussten für den Grundherrn, für Kirche und Schule und für die Knappschaftskasse gebaut werden. Als Bergwerkssteuer wurde der Zehnte vom Erlöse der abgesetzten Produkte erhoben.“ Die wichtigste Bestimmung der „Revidierten Bergordnung“ war die Einführung des Direktionsprinzips. „Sobald eine Zeche verliehen und bestätigt war, übernahm die Staatsbehörde den ganzen Betrieb und die Leitung des Bergwerks. Sie regulierte den Bau, stellte die Arbeiter, Steiger und Schichtmeister an, schrieb die zur Bestreitung der Kosten erforderlichen Zubussen aus und legte den Eigentümern Rechnung. Dieses Direktionsprinzip hatte in der Anlaufzeit der oberschlesischen Bergwirtschaft seine besondere Bedeutung. Der in den Kinderschuhen steckende Bergbau wurde in einheitliche Bahnen gelenkt, man konnte Unrentabilität und Leerlauf ausschalten und grosse Betriebserfahrungen sammeln.“ Später freilich verlor das Direktionsprinzip seinen Wert und erwies sich, als der Bergbau in stürmische Entwicklung geriet und der Bergwerkseigentümer über Betrieb und Haushalt seines Eigentums nicht verfügen konnte, ohne Genehmigung der Staatsbergbeamten, als eine unerträgliche Hemmung. Das Gesetz vom 12. Mai 1851 änderte die Bevormundung durch die Bergbehörden, die in der Folge durch weitere Gesetze, Deklarationen, Verordnungen völlig beseitigt wurde. Die alte friderizianische Bergordnung von 1769 fand schliesslich im allgemeinen Berggesetz vom 24. Juni 1865 ihre Ablösung und Neusetzung. Der Bergwerksbesitzer blieb der Einwirkung der Bergbehörde auf die Gewinnung und Benutzung der Mineralien nicht weiter unterworfen, als zur Wahrung der fortschreitenden Förderung, der Sicherheit der Baue, der Oberfläche im Interesse des Privat- und öffentlichen Verkehrs, des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter notwendig ist.

Friedrich II. bedachte nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung des Bergbaues, er leitete auch eine grosszügige Sozialpolitik ein durch eine „Instruktion wegen Errichtung und Führung der Knappschaftskasse“ vom 20. November 1769 und durch ein „Generalprivilegium für die Bergleute im Herzogtum Schlesien und in der Grafschaft Glatz“ vom 3. Dezember 1769. Es bestätigte oder verlieh den Berg- und Hüttenleuten, die damals in hohem Ansehen standen, Freizügigkeit, Befreiung vom Militärdienst, von Erbuntertänigkeit und persönlichen kommunalen Lasten, ein forum privilegiatum in Bergwerkssachen beim Oberbergamt, freies Schürfrecht, Krankenlohn, freien Abzug, Zehrpennig für die Wanderung und Aufnahme ins Knappschaftsinstitut. Erst nachdem sie vor der Bergbehörde den Treue- und Gehorsamseid abgelegt hatten, durften sie sich Berg- und Hüttenleute nennen und die verliehenen Vorrechte in Anspruch nehmen. Die Bergknappen einer Grubenbelegschaft hatten seit jeher militärähnlichen Charakter. Sie trugen eigene Uniformen mit streng überwachten Abzeichen, führten Insignien, Fahnen und Bergmusik. An ihrer Spitze standen keine Beamten, sondern „Bergoffiziere“, die bei feierlichen Aufzügen beritten waren. Wie die friderizianische Armee Militärkolonien schuf, in denen verheiratete Soldaten wohnten, so gründeten die Bergknappen ihre Kolonien. Und in diesen Kolonien hatten sie keine kommunalen Pflichten, allerdings auch keine Rechte. Der Grubenbesitzer war souverän und hatte für alle Bedürfnisse seiner Gefolgschaft zu sorgen und Fonds zur Bestreitung der Knappschaft zu schaffen. Bis weit in die Neuzeit hinein genossen die Berg- und Hüttenleute ein hohes Ansehen. Diese Wertschätzung ging leider in der Zeit des Industrialismus der Jahrzehnte um 1900 verloren. Jetzt stellt der Nationalsozialismus den Bergmann wieder auf seinen hohen Platz, auf den er kraft seiner Leistung für das Volksganze gehört.

Die staatliche Wirtschaftslenkung Friedrichs richtete sich nicht nur auf den Bergbau; sie plante neben der Erzeugung von Rohstoffen, auch Stätten der Verarbeitung zu schaffen und Nebenindustrien zu fördern.

So verdient festgehalten zu werden, dass Friedrich der Grosse die Absicht hatte, in den unerschöpflich grossen Wäldern des damaligen Oberschlesien, die auch unser Stadtgebiet noch bedeckten, eine Holzwarenindustrie ins Leben zu rufen. Friedrich wollte darüber hinaus der oberschlesischen Industrie eine recht breite Basis geben. „So sollte in Gross-Strehlitz eine Strumpf- und Tuchfabrik, bei Werder eine Stahlfabrik, bei Brinitzka eine Glashütte angelegt werden. In Gleiwitz

wollte er eine Fabrik für Halbbaumwolle und Halbleinen sehen, in Tarnowitz eine Kunstscheinerei. Myslowitz legte er nahe, die Hutmacherei auszubauen und neue Meister heranzuziehen. Schliesslich wollte er in Oberschlesien eine Spielwarenindustrie nach Nürnberger Art begründen, die nach seiner Meinung gute Absatzgebiete gehabt hätte. Leider sind die weitschauenden Pläne Friedrichs zum grössten Teil deshalb nicht verwirklicht worden, weil sich in Oberschlesien bei der Struktur der Bevölkerung keine Fabrikanten fanden und auswärtige sich nicht zur Niederlassung in dem neu erworbenen Gebiete Preussens entschliessen konnten. Bekannt ist die Weigerung der Donauwörther Nähnadelmacher, sich nach Oberschlesien zu begeben und dort eine gleichartige Industrie zu beginnen. So blieb die oberschlesische Industrie fast bis in unsere Tage hinein beklagenswert einseitig auf die Montanindustrie beschränkt und hatte bei schlechten Konjunkturen keine Ausweichmöglichkeiten“ (Lachotta).



Graf Reden



Oberberghauptmann Gerhard

IV.

Um die Verhältnisse des schlesischen Bergbaues festzustellen und zu prüfen, ob und wie er belebt und wo neue Möglichkeiten seiner Aufnahme vorhanden wären, schickte Friedrich II. im Jahre 1768 eine Immediatkommission nach Schlesien, die der Geheime Finanzrat Reichardt und der Bergrat Gerhard führten. In ihrem Berichte schilderten sie den damals umgehenden Bergbau, wiesen die Entwicklungsmöglichkeiten nach und gaben die Mittel und Wege zur Hebung des Bergbaus an. In dem Bericht der Immediatkommission war auch zum ersten Male von der Steinkohle Oberschlesiens die Rede. „Seit unvordenklichen Zeiten“ sollte Freiherr von Stechow bei Ruda nach Steinkohlen gegraben haben. Die Rudaer Grube des Freiherrn von Stechow erhielt 1770 den Namen „Brandenburg-Grube“ (nach der märkischen Heimat des Freiherrn). Sie ist wohl die älteste ober-schlesische Grube und seit 1718 bis heute im Besitz der Grafen von Ballestrem. Im Jahre 1781 finden sich Nachrichten, dass bei Hultschin Steinkohlen gegraben wurden. Vor 1768 soll schon die Emanuels-Segen-Grube der Standesherrschaft Pless bestanden haben. Im Beuthener Lande bei Chorzow bestanden zwei Gruben, die das „Hospiz zum Hl. Geist“ in Beuthen ausnutzte und von der Immediatkommission in Betrieb gefunden wurden. Von einem nennenswerten Steinkohlenbergbau konnte also damals nicht die Rede sein. Wie gering man damals den Wert der Steinkohle bemass, beweist der Preis von 2 Kreuzern für die Tonne (= 4 Breslauer Scheffel), die in jener Zeit in der Grafschaft Glatz gezahlt wurden. Der Mangel an technischen Kenntnissen hatte die Schwierigkeiten des Bergbaues noch nicht überwinden gelehrt. Der Holzreichtum Oberschlesiens zwang noch nicht zu der Notwendigkeit, ein Surrogat für das Holz als Brennmaterial zu suchen. Wo überhaupt Steinkohlen gefunden wurden, beschränkte sich der Abbau auf das Ausgehende der Flöze. Hinderlich war vor allem der Umstand, dass die Gutsherrschaft das Recht auf Steinkohlen besass. Die Herrschaft aber gestatte Bayern, die Lust zum Bergbau hatten, gegen Zins oder sonstige Dienste nicht

nur auf den ihnen zugehörigen Rusticalstellen, sondern auch auf dem Grund und Boden der Guts-herrschaft selbst Steinkohlen zu bauen, oder sie vereinigten sich mit den Bauern zu einer gemein-samen Gewinnung. Führt dies einerseits zu unwirtschaftlichem Betrieb, so hatte doch die Gemein-samkeit der Interessen für den Gutsherrn den Vorteil, dass er Zinsen und Dienste von den Bauern gewann und durch die Bauern auch den Bergbau gefördert sah, weil diese durch die Abfuhr der Kohlen den Absatz in weitere Gegenden bewirkten, die Bauern dagegen den Genuss etwaiger Ausbeute erwarben, besonders aber durch die Verfälschung der Kohlen die Ausnutzung ihres Ge-spanns erreichten.

Die Ende 1770 beim Bergbau beschäftigte Mannschaft zählte einschliesslich der Tagelöhner nur 247 Mann. Den Bergleuten fehlte es an Erfahrungen und an Geschick, ja selbst Beamte mit ausreichenden Kenntnissen mangelten, eine rissliche Darstellung der Grubenbaue durch Mark-scheider fand nicht statt, ordnungsmässige Rechnungen wurden nicht gelegt, ein richtiges Mass für Steinkohlen war ebenso wenig wie eine Taxe für den Zehnt normiert. Diese Verhältnisse fand die Immediatkommission vor. Sie veranlasste die Aufnahme neuer Bergwerke und suchte das Vor-handensein abbauwürdiger Lagerstätten nachzuweisen, aber sie beschränkte sich vornehmlich auf die Aufsuchung metallischer Bodenschätze, während ihr die Bedeutung des Steinkohlenbergbaues noch verschlossen blieb.

Mit der Durchführung der neuen Bergordnung aber und der Errichtung des schlesischen Bergamtes begann ein neuer Aufschwung. Der König selber erkannte alsbald die Wichtigkeit des Bergbaues und machte die Bevölkerung in einem Publicandum vom 9. Dezember 1769 auf seine Vorkehrungen zur Förderung des Bergbaus (Bergordnung, Oberbergamt) aufmerksam. Ferner bemühte er sich, eine gründliche wissenschaftliche und technische Ausbildung bei den Bergleuten zu verbreiten. Seine ausgedehnten Privilegien (vom 3. Dezember 1769) und die Stiftung einer Knappschaft (am 20. November 1769) förderten die Bildung eines tüchtigen und zufriedenen Arbeiter-standes.

Lange Zeit blieb die Aufmerksamkeit der Bergbehörden und der Bevölkerung vorzugsweise auf den im Ganzen wenig ergiebigen metallischen Bergbau gerichtet. Die Bedeutung des Stein-kohlenbergbaus wurde immer noch nicht erkannt.

Dem Grafen Friedrich Wilhelm von Reden blieb es vorbehalten, die schlesische Industrie auf die Steinkohle zu begründen. Mit bewunderungswürdiger Energie hat er fast 23 Jahre lang dem schlesischen Oberbergamte vorgestanden und den Anstoss zu den grossartigen Schöpfungen der Montanindustrie Oberschlesiens gegeben.

Ausgestattet mit einem reichen Schatz von technischen Erfahrungen und wissenschaftlichen Kenntnissen, die er sich unter der Leitung seines Oheims beim Harzer Bergbau und durch sorg-same Studien auf der Universität Göttingen, wie durch Bereisung deutscher, belgischer und englischer Berg- und Hüttenwerke erworben hatte, war Friedrich Wilhelm Freiherr von Reden auf Veranlas-sung seines Oheims, des Chefs des preussischen Bergwesens Freiherrn von Heinitz, durch Fried-rich II. unter Ernennung zum Oberberg-rat im Jahre 1778 als Mitglied bei dem Bergwerks- und Hüttendepartement des Generaldirektoriums eingetreten. Heinitz sah in Reden die geeignete Per-sönlichkeit, die die notwendige künftige Belebung des schlesischen Bergbaues ins Werk zu setzen vermöchte. Im Jahre 1779 erfolgte eine neue Bereisung Schlesiens durch eine preussische Ministe-rialkommission, an der auch Heinitz und Reden teilnahmen. Sie haben sich beide sehr sorgfältig auch in unserem Gebiete umgesehen. Es ist bewundernswert, wie rasch Reden zu einer richtigen Würdigung der vorhandenen reichen Naturschätze kam. So sagte er z. B. über die Eisenerz-Lager-stätten in Oberschlesien: „Ich traue mir zu behaupten, dass, wenn entweder bloss der Graf Hen-kelsche **Fundus** Eisenerze enthielte, dennoch mit denen, welche er enthält, ganz Ober- und Nieder-schlesien, ja alle in Königl. Preussischen Landen belegenen Werke auf eine unabsehbliche Reihe von Jahren mit den erforderlichen Schmelzmaterialien versehen werden könnten, oder wenn der Graf Henkelsche **Fundus** auch nicht eine Spur davon hätte, dennoch der übrige Theil von Ober-schlesien diesen hinreichend ersetzen würde.“



Die Friedrichsgrube in Tarnowitz um das Jahr 1800. — Unter dem Turm im Keller stand die erste „Feuermaschine“.

„Bekanntlich“ — lautet der Bericht weiter — „haben viele Herrschaften seit langen Jahren ihr Erz, oder wenigstens einen Theil desselben auf ihrem **Fundo** gefördert. Bloss der Ungewohnheit, nach mehreren zu suchen, oder der Bequemlichkeit, solches von Tarnowitz holen zu können, dabei dem geringen Fuhrlohne, auch überhaupt dem bisherigen schläfrigen Betriebe der Werke ist es beizumessen, dass so viele und noch dazu die vorzüglichsten Erze unbenutzt geblieben sind. Jetzt aber wachen die Gutsbesitzer aus dem Schläfe auf; viele, durch das Beispiel Weniger ermuntert, suchen und finden Erz. Vorzüglich ist man hierin im Rosenbergschen, weil solches am weitesten von Tarnowitz entfernt ist, glücklich gewesen...“ „Ueberhaupt halte ich diese Art von weissen, etwas stahlartigen Eisensteinen, welche sich im Creuzburger, Rosenberger, Lublinitzer und Oppelnschen Kreise finden, für sehr ergiebig und von vorzüglicher Güte. Nur wird es nöthig sein, deren Verschmelzungsart und Verarbeitung noch näher zu studieren...“

Im Anschluss an seine Schlesienreise wurde Friedrich Wilhelm von Reden am 21. Oktober 1779 als Siebenundzwanzigjähriger zum Direktor des Schlesischen Oberbergamtes ernannt. Friedrich der Grosse stellte zwar erhebliche Summen zur Hebung von Gewerbe und Industrie zur Verfügung, den Bergbau aber wollte er privaten Kräften überlassen. Auch der Minister Heinitz war gegen Staatsbetriebe. Reden aber hatte klar durchschaut, dass der oberschlesische Bergbau nicht länger auf das Erwachen privaten Unternehmiergeistes warten, dass die private Initiative nur durch Musterbeispiele geweckt werden könne.

Ihm schien gerade die industrielle Entwicklung dieses armen, abgelegenen Landes die dankbarste und wichtigste Aufgabe, gross und schwierig genug für seine Schaffenskraft und Arbeitslust.

Redens Lieblingsplan war die Wiederbelebung des Tarnowitzer Bergbaus, die durch eine Kabinettsorder Friedrichs des Grossen vom 7. September 1783 angeordnet worden ist.

Das grösste und in seinem Erfolge sehr glückliche Unternehmen ist die **Wiederaufnahme des Bleierzbergbaues** auf der Tarnowitzer „Friedrichsgrube“ (seit 1786 so genannt) gewesen. Man hatte schon einige Schächte ohne Erfolg abgeteuft, als man am **16. Juli 1784** mit dem Rudolphinen-Schachte die Bleierzlage in sehr edler Beschaffenheit auffand. Dieser Fundschacht ist **als der Ausgangspunkt nicht nur des Tarnowitzer Bergbaues, sondern in mehrfacher Beziehung auch der ganzen oberschlesischen Bergwerksindustrie** zu betrachten. Teils in starken Wasserzuflüssen, teils in dem schwimmenden Gebirge, das dem Absinken der Schächte unsägliche Schwierigkeiten entgegenstellte, teils auch in der grossen Unregelmässigkeit der Erzverbreitung, wodurch man viele, oft fruchtlose Versuchsarbeiten ausführen musste, ehe man für die weiteren Anlagen ein Anhalten gewann, stiess man auf ganz ausserordentliche Hindernisse. **Reden** hat hier eine Umsicht, eine Ausdauer, eine Tatkraft entwickelt, die man um so mehr bewundern muss, wenn man berücksichtigt, dass alle Hilfsmittel ganz neu zu schaffen waren; überall war es seine Persönlichkeit, welche unmittelbar eingriff.

Der neue Tarnowitzer Bergbau liess sich sehr gut an und versprach auch reiche Erträge. Immer wieder aber störten starke Wassereintrüche das begonnene Werk.

Vergebens hatte man mit grossen Kosten durch Rosskünste die Wasser zu bewältigen versucht. Reden erwog eine gründliche Abhilfe. Er schickte, nachdem der König die Mittel kurz vor dem Tode bewilligt hatte, den Bergassessor **Bückling** nach England, um dort eine **Dampfmaschine** einzukaufen. Es war dies die zweite Dampfmaschine, die von England nach Deutschland kam; die erste wurde etwas früher auf dem Königl. Kupferschieferbergbau bei Rothenburg an der Saale errichtet. Die aus England stammende Maschine ist auf dem Wasserwege nach Oppeln und von da auf dem Landwege nach Tarnowitz gebracht worden. **Am 4. April 1788 kam sie in Gang.** Sie hob bei einem 14-maligen Kolbenwechsel in der Minute 60 Kubikfuss Wasser aus 96 Fuss Schachtteufe, zeigte also eine Kraft von etwas mehr als 10 Pferden. **Die „Feuermaschine“ der Friedrichsgrube war die Sensation ihrer Zeit.** Noch vor der gleichaltrigen bei Hettstedt im Mansfeldischen arbeitenden bestellt, war sie **tatsächlich die erste des europäischen Festlandes.** Von nah und fern kamen Fachleute nach Tarnowitz, um sie in Betrieb zu sehen und ihre Wirkungskraft kennen zu lernen. Unter den Besuchern befand sich 1790 auch Goethe. Wegen der damaligen Verwicklungen in der Türkei bestand drohende Kriegsgefahr zwischen Oesterreich und Preussen, und Herzog Karl August von Weimar war nach Schlesien gekommen, wo er als preussischer General den Befehl über eine Brigade übernahm. Goethe folgte ihm nach. In Breslau lernten sich der Dichterstern und Reden kennen und fanden Gefallen aneinander. Da Goethe damals in Ilmenau in Thüringen die Wiederaufnahme des Bergbaues eingeleitet, aber ebenfalls grosse Wasserschwierigkeiten hatte, nahmen der Herzog und Goethe die Einladung gern an, in Tarnowitz die Massnahmen zur Bewältigung der Wasser mit Hilfe der Feuermaschine zu besichtigen. Am 4. September 1790 trafen die hohen Gäste in Tarnowitz ein, wo sie den Betrieb mit regem Interesse ansahen. Nach seiner Abreise schrieb Goethe das in das Fremdenbuch eingeklebte Epigramm:

Fern von gebildeten Menschen, am Ende des Reiches,
wer hilft euch Schätze zu finden und sie glücklich zu bringen ans Licht?
Nur Verstand und Redlichkeit helfen, es führen die beiden
Schlüssel zu jeglichem Schatz, welchen die Erde verwahrt.

Inzwischen hatte Reden die Wiederherstellung des **Gotthelf-Stollens** in Angriff genommen, dessen Betrieb man mit einer Dampfkuunst von 20 Zoll Cylinderweite beschleunigte. Der Stollen, der mit der offenen Rösche eine Länge von 1692 Lachtern hatte, wurde schon im Jahre 1803 vollendet. Eine unmittelbare Lösung der Erzlage wurde damit nicht erreicht, auch nicht beabsichtigt, sondern auf seinen Endpunkt kam eine Maschine von 60 Zoll Cylinderdurchmesser zu stehen, die die ganzen Grubenwasser (22% Fuss hoch) auf den Stollen hob. Mit diesem Punkte stand das

gegen 3000 Lachter lange und 400 bis 700 Lachter breite Netz von tiefen Strecken in Verbindung, die mit Gegenörtern und mit Hilfe mehrerer Dampfkünste ausserordentlich schwunghaft betrieben, im Jahre 1806 mit jenem Hauptmaschinenschachte zum Durchschlage kamen, und ihm 5—600 Kubikfuss Wasser in der Minute zuführten. Nach den Erfahrungen mit der Tarnowitzer Dampfmaschine machte sich schon 1792 der aus dem Harz nach Oberschlesien eingewanderte **Holzhausen** daran, **Dampfmaschinen in Oberschlesien selbst zu bauen**. Sie wurden anfänglich zu Malapane, dann auf dem Gleiwitzer Werke hergestellt. Zu den ersten Maschinen liess man die Dampfzylinder noch aus England kommen. Ausser den beiden vorhin angegebenen (20 und 60 zölligen) Dampfmaschinen sind errichtet: **1791** eine 40 zöllige, **1793** eine 48 zöllige, **1796** eine 40 zöllige, **1798** eine 24 zöllige und **1804** eine 24 zöllige; davon waren zwei der kleineren Maschinen noch nach altem Prinzip, alle übrigen aber, wie auch die 60 zöllige, die zuerst im Stadtrevier stand und hier im Jahre 1802 in Gang kam, nach Boulton-Wattscher Konstruktion. Sie haben theils auf der Friedrichsgrube bei Tarnowitz, theils auf anderen Punkten, wohin sie versetzt wurden, lange Zeit vorzüglich gearbeitet; insbesondere hat die 60 zöllige Maschine während eines 30-jährigen Betriebes keiner Reparatur bedurft, die ihren Gang mehr als einige Tage unterbrochen und somit eine Betriebsstörung herbeigeführt hätte.

[illegible]

Le Roy & Wadsworth. E. 4² Oct. 1890.
J. M. Wadsworth



In
Dein Gedenken. Laß Ich be-
i seiner Anwesenheit zu Varnem, im
Namen der hiesigen Landsgemeinschaft.

(Katharina Hilke, die Tochter in (Hilke) (Hilke))
 (Katharina Hilke, die Tochter in (Hilke) (Hilke))
 & die Tochter in (Hilke) (Hilke)

Zwei von Pithagoras sind die Begriffe "Sein"
 und "Nicht-Sein". Man kann sich die "Wahrheit" nicht,
 Zwei von der Art Pithagoras von den anderen trennen.
 Das "Nicht-Sein" ist ein ganz anderes Thema.

An die Gesellschaft
zu Tübingen

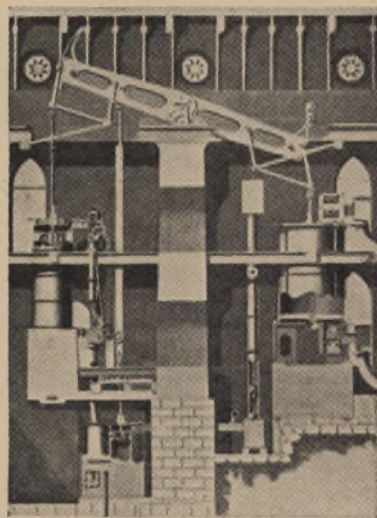
Für von gebildeten Menschen, am Ende des Reiches wie hilflos
 Schiffe finden und wie glückliche zu Bergen ans Licht
 Nur Verstand und Bollingstet helfen, es führen die begen
 Schlüssel zu jenseitigen Licht, welchen die Erde überwacht

24 Sept 1790

42-44



Maschinenbau-Direktor Holzhausen



Gebläsemaschine
für die Königshütte 1802

Dass es in Oberschlesien Steinkohlen gab, wusste man. Aber niemand dachte daran, sie für Feuerzwecke in grösserem Ausmasse zu verwenden. Es gab ja riesige Wälder, die genug Holz lieferten, das in Meilern zu Holzkohle zubereitet wurde und die Hochöfen der damaligen Zeit wurden ja mit Holzkohle betrieben.

In England hatte Graf von Reden die ersten Koksöfen kennen gelernt. Sein praktisch technischer Sinn und sein wissenschaftlicher Scharfblick erkannte durch eingehende Studien der Verhältnisse sehr bald, welche Bedeutung der oberschlesischen Steinkohle für eine neu aufzubauende heimische Eisenindustrie haben könne. Reden brauchte die Steinkohle für seine Dampfmaschinen, die eine Unmenge von Holzkohlen verschlangen, deren Preis inzwischen ständig anstieg. Darum galt es, die Steinkohlenschätze zu heben. Er übersah klar, dass die bisher bestehenden Hochöfen- und Eisenwerke für eine Umstellung von Holzkohle auf Steinkohle kaum in Frage kamen. „In kluger Ueberlegung suchte er daher nach Möglichkeiten, die in ihrer späteren Durchführung schon so gigantisch waren, dass sie in ihrem Kern bis heute einen wesentlichen Bestandteil der oberschlesischen Montanindustrie bilden. Reden, der nun schon reiche Erfahrungen über den geologischen Aufbau des Landes gesammelt hatte, wollte bewusst eine Verlagerung der Arbeitsstätten vornehmen und vollzog in klarer Konsequenz den Ruck nach dem Teile Oberschlesiens, der später das jetzige Industrierevier werden sollte. Sein Entschluss begründete nicht nur eine Steinkohlenindustrie, auf ihr sollte sich für die Folge auch das eisenindustrielle Werden aufbauen. Dass gleichzeitig das Zink eine wichtige Rolle in Oberschlesien zu spielen begann und die Intensivierung des Steinkohlenbergbaues geradezu forderte, war ein grosses Glück für das oberschlesische Land“ (Lachotta).

Der kümmerliche Zustand, in dem Reden die schlesische Eisenindustrie fand, erweckte in ihm den lebhaften Wunsch, auf den soeben von dem Forst-Departement übernommenen Werken des Staates (Malapane und Creuzburgerhütte), die sich auch in keiner befriedigenden Lage befanden, verbesserte Betriebseinrichtungen zu treffen, um damit teils den Ertrag dieser Werke zu erhöhen, teils in ihnen für die Privatwerke Beispiele der Nachahmung aufzustellen.

Das wichtigste Bestreben Redens ging dahin, in **Oberschlesien die Steinkohlenförderung mit der Erzeugung von Roheisen zu verbinden**. Zunächst begannen gründliche Versuche, zur Erblasung von Roheisen-Koks zu verwenden. Der Engländer **Wilkinson**, Besitzer beträchtlicher Eisenwerke in Staffordshire, kam im Januar 1789 auf einer Reise nach Preussen; mit ihm ging Reden nach den schlesischen Werken und benutzte die Gelegenheit, diesen Mann über viele seiner Baupläne zu vernehmen. Wilkinson bezeichnete von den in jener Zeit zur Förderung kommenden Steinkohlen diejenigen von Altwasser und Waldenburg als die geeignetste zur Verkokung.

Am 11. November 1789 begannen in Malapane die Versuche mit dieser Kohle. Die Versuche hatten ein befriedigendes Resultat. Man hatte den Betrieb mit Holzkohlen angefangen, im steigenden Verhältnis Koks zugesetzt und dann während jener 5 Wochen mit Koks allein geschmolzen. Zuerst zeigte sich das Eisen rotbrüchig, nach einem Zusatz von Hochofenschlacke aber von guter Beschaffenheit, wie die auf Creuzburgerhütte angestellten Schmiedeversuche ergaben.

Bevor aber der Bauplan zu dem projektierten Koks-Hochofenbetriebe bearbeitet wurde, ging Reden nochmals nach England, wo er längere Zeit auf den Eisenwerken verweilte und sich über viele Einzelheiten unterrichtete, die für die projektierte Anlage von Nutzen sein konnten. Ein Bericht Redens vom 20. März 1791 enthält den ausführlichen Plan zur Anlage zweier Koks-hochöfen und einer vollständigen Eisengiesserei; ein Plan, von dem Reden in diesem Bericht sagte, dass er ihn seit 12 Jahren nie aus den Augen gelassen habe. Um sich aber, sagt er darin weiter, von der Brauchbarkeit der verschiedenen oberschlesischen Steinkohlen zu überzeugen, wollte er in Malapane noch einmal ein Probeschmelzen veranstalten.

Das Probeschmelzen zu Malapane, wo inzwischen ein kräftiges Cylindergebläse angelegt war, fiel sehr ungünstig aus, was teils in der unrichtigen Behandlung des Ofens, teils in der Unhaltbarkeit des Gestelles lag. Man hatte aber dabei wichtige Erfahrungen gemacht, die bei einem wiederholten Versuche benutzt wurden. Dieser begann am 20. Januar 1792 und währte bis gegen Mitte Februar; es wurden nacheinander Koks aus Kohlen von Heiduk (Königsgrube), von der gewerkschaftlichen Hedwiggrube (bei Chorzow) und von Zaborze (Separatbau der Königin-Luise-Grube) benutzt. Reden war persönlich dabei und leitete die Arbeiten. Es kamen zwar noch einzelne Störungen vor, der Ausfall war aber in jeder Hinsicht befriedigend. Damit war die **Anwendung der Kokse aus oberschlesischer Steinkohle zur Roheisenerzeugung in Oberschlesien entschieden.**

Reden wollte das Hüttenwerk bei **Gleiwitz** anlegen. Für Gleiwitz sprach das Gelingen eines besseren Aufschlusses auf der Königin-Luise-Grube, die Vorbereitungen zur Anlage eines schiffbaren Stollens, sowie des Zabrzer und des Klodnitzkanals. Auch kam in Betracht, dass in Gleiwitz und dessen Umgebung die Arbeiter leichter unterkommen konnten, man also hier des Baues von Familienhäusern enthoben war. In der Ausführung des Baues aber, der sich auf nur **einen** Hochofen beschränkte, dagegen auf eine grössere Giesserei ausdehnte, fanden sich viele Schwierigkeiten. Das durch Wasser betriebene Cylindergebläse kam aus England, alle sonstigen Gusswaren lieferte Malapane. Im September 1796 wurde zwar der erste Hochofen — **der erste Kokshochofen des europäischen Festlandes** — angeblasen, musste aber wieder ausgeschurt werden, bis am 3. November 1796 der regelmässige Betrieb begann.

V.

Als die Voraussetzung einer gedeihlichen Hüttenindustrie sah Reden das Vorhandensein geeigneter Steinkohlen an. Die Steinkohlengruben sollten überdies in der Nähe der erwählten Hüttenstandorte liegen. Zu der damaligen Zeit gab es in Oberschlesien 12 Hochöfen, 28 Frischfeuer, 34 Luppenfeuer und 27 Eisenhämmer, die nun statt des Holzes die Steinkohle als Brennmaterial verwenden sollten.

Zwei Gruppen von Steinkohlenbergwerken schieden sich damals schon voneinander. Die eine umfasste die Gruben in der freien Standesherrschaft Pless. Um das Jahr 1800 förderten für den Fürsten Pless drei Gruben mit 156 Arbeitern 23370 Tonnen Kohlen im Werte von 2674 Thalern. Die zweite Gruppe schloss die Reihe der gewerkschaftlichen Gruben in sich. Ihre Förderung hat sich nur langsam gesteigert. Im Jahre 1783 gab es 2 Gruben, die 4000 Tonnen im Werte von 1000 Thalern förderten. Das war unbedeutend. Das Holz der ober-schlesischen Wälder war halt immer noch allzu billig, um es beim Hausbrand und anderen Feuerungen durch die Kohle zu verdrängen. Noch im Jahre 1800 betrug die gesamte ober-schlesische Förderung, einschliesslich der Gruben des Staates, auf das Mass von 1845 berechnet, nur 106000 Tonnen. Erst im Anfang des vorigen Jahrhunderts begann eine nennenswerte Steigerung der Produktion, die innig zusammenhängt mit dem Aufblühen des Betriebes auf den Eisen- und Zinkhütten und mit der allgemeineren Anwendung der Dampfmaschine zur Förderung und Wasserhaltung, für die man Maschinenkräfte nötig hatte, wenn die Flöze in grösserer Tiefe gelöst werden sollten. Auch die Verbesserung der Absatzwege durch den Klodnitzkanal und 1842 durch die ober-schlesische Eisenbahn, die nach und nach in das Kohlengebiet vordrang und direkte Bahnanschlüsse bot oder mittels der im ganzen Gebiet verzweigten Rossbahn die Verbindung mit den Hauptlinien herstellte. Die Vervollkommenung des Maschinenwesens gestattete in immer grössere Tiefen vorzudringen. Das Zusammenlegen kleinerer Abbaufelder zu grossen Bezirken machte überdies die Maschinenanlagen nutzbarer. Der Mangel an ausreichender Arbeitskraft zwang einerseits zur Anwendung von Pferden zur Förderung in den Gruben, gestattete andererseits aber auch die Bewegung grösserer Massen. Die Einführung von Separationen nach verschiedenen Korngrössen der Kohle diente der Kundenbedien- und somit auch der Steigerung der Förderung. Im Jahre 1815 förderten 20 Gruben mit 347 Arbeitern 311403 Tonnen im Werte von 58075 Thalern. Aber schon 1823 war die Zahl der betriebenen Gruben auf 33 gewachsen, die mit 1441 Arbeitern 1463152 Tonnen Kohlen im Werte von 316512 Thalern förderten. Die Steigerung der Förderung hat in den folgenden Jahrzehnten ständig zugenommen.

Reden brachte auch die Giesche'schen Betriebe dazu, das Calcinieren (Rösten) des Galmeis, das bisher mit Holz geschah, mit Steinkohlen zu betreiben. Den wichtigsten Schritt aber tat Reden, indem er für die staatlichen Hüttenwerke zu Malapane, Creuzburgerhütte und Tarnowitz nach eigenen Kohlengruben suchte. Gerade die Notwendigkeit, für die Dampfmaschinen der „Friedrichsgrube“, wie für den Betrieb der „Friedrichshütte“ bei Tarnowitz Brennmaterial zu schaffen, gab den stärksten Antrieb, in nächster Nähe ein Steinkohlenbergwerk zu errichten. So stellte er neben die bisherigen zwei Gruppen ober-schlesischer Kohlengrubenwerke die dritte Gruppe der fiskalischen Steinkohlengruben.

Auf den damals bestehenden Staatswerken war eine Produktion ins Leben gerufen worden, die trotz der erheblichen Aufwendungen, die die Ausrichtungsarbeiten und die Maschinenbauten erforderten, reiche Ausbeuten brachte; Ausbeuten, durch die Reden in Stand gesetzt wurde, anderwärts grossartige Pläne zu verfolgen, ohne den Meliorationsfonds in Anspruch zu nehmen. Ueberdies war die Friedrichsgrube bei Tarnowitz die Pflanzschule für eine tüchtige Knappschaft, wie für heranzuziehende Grubenbeamte geworden; man hatte dort die ersten Wasserhaltungsmaschinen und den ganzen Pumpen-Einbau erprobt und nun war es schon leichter, auf anderen, neuen Werken dergleichen Anlagen auszuführen.

Nachdem Reden die Zustimmung des Königs erwirkt hatte, die Hüttenwerke auf die Verwendung der Kokse umzustellen, begann er mit Schürfversuchen in dem Raume zwischen den



Flözkarte

heutigen Städten Hindenburg und Königshütte. Bei Zabrze (heute Hindenburg) fand man ein mächtiges Steinkohlenflöz von ausgezeichneter Kohlebeschaffenheit. Es war die Oberbank des nach dem Oberberggrat Grafen Einsiedel benannten „**Einsiedelflözes**“ in der Nähe der Kolonie Paulsdorf. Den Grubenbau dieses Flözes nannte man „**Königin-Luise-Grube**“. Die Kohle dieser 1791 begonnenen Grube war backfähig und zur Verwendung beim Schmelzprozess im Hochofen geeignet.

Zu derselben Zeit, im Mai 1791, begannen auch in der Gegend des heutigen Königshütte zwischen den damaligen Dörfern Chorzow, Lagiewnik und Ober-Heiduk die **Schürfversuche**. Die, obwohl nur mageren, aber festen, stückreichen, bis 3 Lachter und darüber mächtigen, ausgezeichnet reinen Steinkohlenflöze mit ihrer regelmässigen flachen Ablagerung, bei der mit mässiger Steigerteufe ein grosses Feld trocken zu legen war, machten eine starke und billige Kohlenförderung möglich.

Da, wo heute der Bahnhof Königshütte-Mitte steht, genau an derselben Stelle, wo das Stationsgebäude errichtet wurde, **begann am 7. Mai 1791 der Bergbau der „Königsgrube“** mit dem ersten Schacht, der den Namen „**Wilhelmschacht**“ erhielt. Hier hatte man einen Maschinenschacht von 75 m Teufe niedergebracht. Auf dem dadurch erschlossenen Felde, das mit Diagonalen vorge richtet wurde, dienten Förderwagen der Förderung, die auf einem hölzernen Gestänge liefen, und ein mit Pferden betriebener Fördergöpel. Das Flöz, das man im Wilhelmschachte abbau te, ist das noch heute abgebaute Hangendste der drei mächtigen Königsgrubenflöze, nämlich das später nach Oberberghauptmann Gerhard benannte „**Gerhardflöz**“.

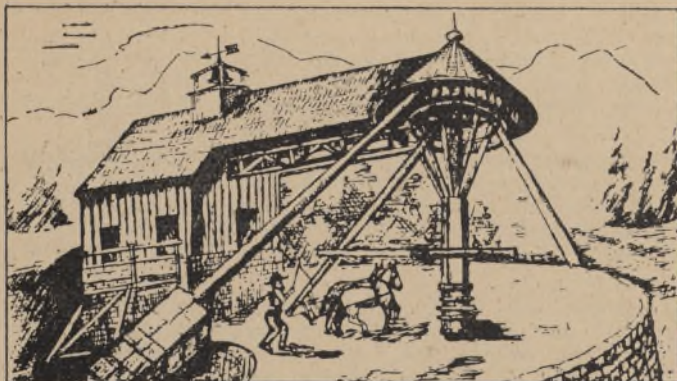
Nicht viel später als der Wilhelmschacht entstand in dem sogenannten Lagiewniker Walde der „**Pelagiaschacht**“, der das 40 bis 50-zöllige „**Pelagiaflöz**“ aufschloss.

Die zu milde Beschaffenheit der Kohle auf dem Wilhelmschacht, sowie die bedeutenden Wasserzuflüsse im Pelagiaschacht machten alsbald das Aufgeben dieser Baue notwendig. Inzwischen waren durch Bohrungen weitere Flöze mit geeigneter Kohle aufgeschlossen worden. Es kam zu den Schachtanlagen „Schuckmann“, „Kronprinz“ und „Prinzessin“ zwischen Neu-Heiduk und Nomarki (südlich des heutigen Knappschaftslazarets). Es war das „**Heintzmannflöz**“, das man abbau te.

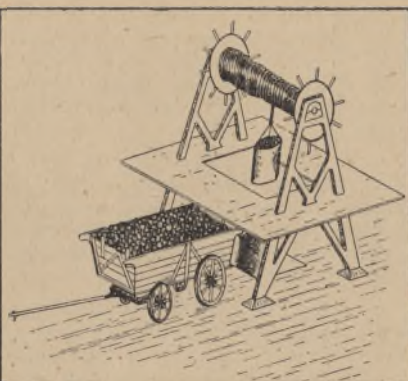
Die Schachtförderung geschah mittels Haspel in Scheffelgefässen und Fördertonnen von 2,8 cubikfuss Inhalt. Die Wasserhaltung wurde teils durch Handpumpen, teils durch Aufziehen der Wasser in Kübel und Tonnen reguliert. Das Resultat des ersten Betriebsjahres konnte nur unbedeutend sein. Zehn, überwiegend aus Niederschlesien übergesiedelte Bergleute, förderten 36 925 Ztr. Kohlen. Die Kohle wurde für 2 Groschen, $7\frac{1}{2}$ Pfennig je Zentner Stück- und 1 Groschen, $5\frac{1}{2}$ Pfennig je Zentner Kleinkohle an die staatlichen Werke in Tarnowitz verkauft. Im Jahre 1790 hatten alle damals bestehenden Gruben zusammen nur 610 Tonnen gefördert.

Die bisher unter der Benennung „Prinz Carl zu Hessen“ betriebenen Grubenanlagen erhielten Ende 1791 den Namen „Königliche Kohlenzeche“. Der **Name „Königsgrube“** wurde im Jahre 1800 verliehen.

Eine Zeitlang verlief der Grubenbetrieb ungestört; aber mit der weiteren Ausdehnung der Baue stellten sich durch vielfache Unregelmässigkeiten und Störungen in der Flözlagerung erhebliche Schwierigkeiten ein. Hinzu kamen ständig wachsende Wasserzuflüsse. Mitte 1793 legte man die Schachtanlagen still, um auf Rudaer Gelände einen lohnenderen Betrieb zu eröffnen. Hier hatte man bis zum Ende des Jahrhunderts durch viele Bohrungen festgestellt, dass Ober- und Niederbank des Einsiedelflözes nach Ost und West bis zum jetzigen Hindenburg-Ost bzw. bis zur Kunzendorfer Landstrasse abbauwürdig anhielten. Vor allem aber traf man bei Poremba und Zabrze auf vier mächtige Flöze, die die Namen Georg, Heinitz, Reden und Pochhammer erhielten. Die Kohle dieser Flöze war zur Verkokung zu mild, aber deshalb besonders zur Kesselheizung der Wasserhaltungsmaschinen geeignet. Das Einsiedelflöz dagegen lieferte eine schöne stückreiche Kohle, die zur Koksgewinnung brauchbar war und sowohl in Malapane als auch in der inzwischen gegründeten Gleiwitzer Hütte Absatz fand.



Pferdegöpel



Handgöpel

Der bei Poremba entstandene „Oswaldschacht“ kam 1796 zum Erliegen, da das Wasser auch hier überhand nahm. Da wandte man sich der Wiederaufnahme des alten Lagiewniker Bergbaues in der Nähe des Wilhelmschachtes zu. Es entstanden die beiden Schächte „Moses“ und „Wilhelmine“.

Wohl stieg die Kohlenförderung von Jahr zu Jahr (die Königsgrube beschäftigte 1810 schon 97 Mann und förderte 30699 Tonnen), aber die Wasserhaltung machte immer wieder Schwierigkeiten.

Man suchte nach Entwässerungsmöglichkeiten. Ein Weg dahin war die Anlage des Haupt-schlüssel-Erbstollens, der nach den Plänen des oberbergamtlichen Dezernenten Pochhammer erbaut und am 18. Oktober 1800 in Anwesenheit des Staatsministers Freiherrn von Hardenberg feierlich eröffnet wurde. Dieser Stollen ist auf dem ganzen Kohlengebirgszuge über das Feld der „Königin-Luise-Grube“ hinaus in 68-jähriger Arbeit bis in das Feld der Königsgrube vorgetrieben worden. Hier wurde er 1868 bei einer Länge von 13 km in der Nähe des Krugschachtes verstopft. 1807 beschloss man auch die Schiffbarmachung des Stollens, um die Kohlen auf dem Wasserwege direkt nach dem Gleiwitzer Hüttenwerke und später über den schon unter Friedrich dem Grossen begonnenen und 1812 fertiggestellten Klodnitzkanal weiter bis zur Oder zu bringen. 1822 war die Schiffbarmachung vollendet, nachdem der Klodnitzkanal 1810 bis an das Stollenmundloch herangeführt worden war. Bis zum Beginn des Tiefbaues im Jahre 1838 ist dieser Beförderungsweg fast ausschliesslich benutzt worden.

Für die Königsgrube bedeutet das Jahr 1797 den Anfang einer neuen Periode der Entwicklung. Denn in diesem Jahre schritt man zur **Aufstellung einer Dampfmaschine zur Wasserhaltung**. Die erste Dampfmaschine der Königsgrube hat in der Nähe der heutigen Kalidestrasse beim Koloniehause Nr. 8 bei einem „Maschinen-Schachte“ gestanden.

Der steigende Bedarf an Steinkohle für die Tarnowitzer Werke und für die Königliche Eisengiesserei bei Gleiwitz sowie für die bereits im Bau befindliche Königshütte veranlasste die Grubenverwaltung zu weiteren Betriebsverbesserungen im Interesse einer Produktionssteigerung. Eines dieser produktionssteigernden Mittel war die Einrichtung eines **Pferdegöpels zur Schachtförderung**, der 1800 auf dem sogenannten „Göpelschachte“ in Betrieb gesetzt wurde. Später folgte ein Pferdegöpel auf „Strohschacht“.

Die zweite Verbesserung bestand in der Einrichtung der **Pferdeförderung innerhalb der Grube**; dadurch konnten die Kosten der Streckenförderung erheblich vermindert werden. Dadurch gelang es auch, den Arbeitermangel teilweise zu mildern und grössere Mengen zu fördern. Das erste Pferd ist am 13. September 1802 auf „Henriette-Schacht“ eingehängt worden.

Die Unzulänglichkeit der beiden Pferdegöpel zur Schachtförderung sah man damals schon ein, aber erst 1814 kam es zur Aufstellung einer **Förderdampfmaschine** auf dem „Einsiedelschachte“ der Königsgrube. 1819 stand die zweite Dampffördermaschine auf „Lyda-Schacht“.

Mit den beiden Schachtanlagen „Einsiedel“ und „Lyda“ erreichte man die damals tiefste Bausohle von 18 Lachter im Heintzmannflöz.

Das unruhige Kriegsjahr 1806 hat zwar die Dorfbewohner von Chorzow und die „Kolonisten“ der Königsgrube und Königshütte im Waldwinkel von Lagiewnik die drückende Last des Hungers und der Teuerung nicht spüren lassen. Aber von den 125 Mann der Belegschaft sind doch eine Reihe zu Festungsdiensten eingezogen worden. Auch an den Pferdebestand der Königsgrube legte die Kriegsfurie Hand an. Denn Pferde brauchten die Reste der schlesischen Besatzung mehr, als überhaupt aufzutreiben waren. Und so mussten halt vom Göpel- und vom Strohschacht, wo je ein Pferdegöpel zur Schachtförderung im Betrieb war, die Pferde zur Bespannung von Kriegsfahrzeugen weggenommen werden. Selbst das Pulver zum Sprengen, das man vorfand, wurde eingefordert und zunächst nach Gleiwitz gebracht. Weder Wagen noch Pferde, noch auch die Fuhrknechte kamen zurück, denn die Landesverteidigung brauchte alle drei aufs nötigste.

Bis zum Jahre 1822 war der Königsgrube kein genau abgegrenztes Abbaufeld zugewiesen. Das Abbaufeld war damals noch überall bergfrei. Die Abgrenzung erfolgte durch Kabinettsorder vom 18. Juli 1822. Sie legte zwischen den Ortschaften Schwientochlowitz, Lagiewnik, Bittkow, Baildonhütte und Heiduk eine Fläche von rund $\frac{1}{2}$ qkm fest, also ein Areal von 11400 Morgen (6646200 Quadratlachter). Die Feldesbegrenzung ist durch den damaligen Oberberghauptmann Gerhard am 30. Juli 1822 an Ort und Stelle vollzogen worden.

Noch heute spricht man von einem östlichen und westlichen Felde der Königsgrube. Die Scheide wird durch die durch Königshütte führende Strasse Beuthen—Kattowitz gebildet. Das östliche Feld der Königsgrube ist bis zum Jahre 1840 (dem 50. Betriebsjahre der Grube) noch nicht abgebaut worden. In diesem Jahre hatte man bisher insgesamt 8200000 Tonnen Kohlen gefördert.

Mit der „Hedwigsschachanlage“ wurde im Jahre 1841 der Abbau des östlichen Feldes begonnen. 1846 folgten die Schächte „Bülow“ und „Josefa“.

Die wenigen Wasserzuflüsse sind bis zur Inbetriebnahme der 24-pferdigen Karstenschachtmaschine im Jahre 1848 durch die Fördermaschine auf Bülow zu Sumpfe gehalten worden. Da aber der Anschluss der Königsgrube an den von Zabrze vorgetriebenen Hauptschlüssel-Erbstollen, der der Entwässerung dienen sollte, noch Jahre lang (bis 1868) ausstand, eine Vermehrung der Grubenwasser aber bei der zunehmenden Ausdehnung der Baue sicher war, so wurde durch die Aufstellung einer zweiten Wasserhaltungsmaschine (der „von der Heydt-Maschine“) im Jahre 1850 der etwaigen Gefahr des Ersauens vorgebeugt.

Die fortschreitende ansehnliche Erweiterung der Königshütter Werke, besonders aber die inzwischen dem Verkehr übergebene Oberschlesische Eisenbahn, durch die dem Absatz der Bergwerksprodukte neue Möglichkeiten erschlossen wurden, liessen eine Produktionssteigerung in grösserem Masse als wünschenswert erscheinen. Neue Schachtanlagen wurden notwendig. Zunächst entstand 1853 auf dem Westfelde der „Jakob-Schacht“. Gleichzeitig wurde im östlichen Felde der „I. Erbreichschacht“ ins Abteufen genommen; er war 1857 vollendet und blieb fortan der Hauptförderschacht des Ostfeldes.

Bereits im Jahre 1837 entstand im Scharnhorstschacht ein Grubenbrand. Im jetzigen Hauptfelde hatte man im Jahre 1853 wieder mit Bränden zu kämpfen. Dichtung der Tagebrüche und Verschluss der Strecken durch Dämme reichten nicht aus, da das Feuer an einigen Stellen durch die Sicherheitspfeiler durchbrannte. Ein umfangreicher Hauptmauerdamm erst konnte die umgehenden Baue schützen.



Bahnschacht

Als die Zweigbahn Schwientochlowitz—Königshütte—Beuthen gebaut wurde, ist der „**Bahnschacht**“ ins Abteufen genommen worden, der 1860 den Kohlenversand auf der Eisenbahn aufnahm. Die Eisenbahn erweiterte das Absatzgebiet erheblich bis weit über die Grenzen der Provinz hinaus nach Berlin, Magdeburg, Frankfurt a. O., Posen, Stargard i. P. usw. Im Jahre 1862 stieg der Versand auf der Eisenbahn auf 2571378 Zentner. Durch die Ermässigung des Frachttarifs auf der oberschlesischen Eisenbahn im Jahre 1863 erweiterte sich der Absatzkreis ansehnlich, dass, um nicht mit der Produktion hinter der Nachfrage erheblich zurückzubleiben, die Anlage eines zweiten Förderschachtes für den Kohlenversand auf der Eisenbahn notwendig wurde. Es entstand im selben Jahre der „II. Erbreichschacht“. Besondere Kohlenseparationen und schnelle Verladeeinrichtungen förderten die Absatzsteigerung noch mehr.

Von wesentlichem Einfluss aber auf die notwendig gewordene grössere Feldesvorrichtung und die dadurch ermöglichte Steigerung der Kohलगewinnung war der im Oktober 1863 erfolgte Durchschlag des Stollen-Hauptortes mit dem Gegenort und die dadurch endlich erreichte Wasserlösung der Königgrube auf natürlichem Wege.

So erreichte denn auch die Produktion des Jahres 1863 die Höhe von 2675220 Tonnen. Der Gewinn bestand in 211973 Thalern 12 Silbergroschen 3 Pfennigen.

Bis zum Jahre 1863 sind sämtliche Baue der Königgrube über und in der Hauptschlüssel-Erbstollen-Sohle umgegangen. Jetzt aber ging man zum Tiefbau über. Und durch die Inangriff-

nahme der beiden „**von Krug-Schächte**“ im östlichen und durch das Abteufen des „**Harnisch**“- und „**Amelung-Schachtes**“ im westlichen Felde wurden die ersten Schritte zur Lösung und Gewinnung der mächtigen Kohlenlager unter der Stollensohle getan.

Indem die Kohlenförderung sich vom Jahre 1864 an ununterbrochen bedeutend steigerte, erreichte sie im Jahre 1867 schon die ausserordentliche Höhe von 15110731 Zentnern, wurde sie 1868 aber noch um 1125211 Zentner übertroffen, da sie in diesem Jahre auf die bisher von keinem Bergwerk der Erde erreichte Höhe von 16235942 Zentnern stieg.

Das Absatzgebiet der Königsgrube hat sich in derselben Zeit bis in die nördlichen Teile der preussischen Ostseeprovinzen, dem nordöstlichen Teile Polens und nach Ungarn erweitert. Der immer mehr wachsende Bedarf und die Nachfrage nach Kohlen machten im Jahre 1868 die Anlage der beiden „**Bismarckschächte**“ bei Ober-Heiduk notwendig, die durch Schächte in Domb und Bittkow ergänzt wurden.

Seit ihrem Bestehen hat die Königsgrube bis zum Jahre 1869, dem Jahre der Stadtgründung, nahezu 173 Millionen Zentner Steinkohlen mit einem Reingewinn von über 2½ Millionen Thalern gefördert.

Förderzahlen der Königsgrube:

1791	1 849 †
1801	9 061 †
1811	28 146 †
1821	37 192 †
1831	46 296 †
1841	47 345 †
1851	79 761 †
1861	414 841 †
1871	830 301 †
1881	895 900 †
1891	1 231 472 †
1901	1 841 937 †
1911	2 307 088 †
1921	1 832 051 †
1931	2 225 399 †
1940	2 718 619 †

1802.

Am 1. d. M. ist der Herr Graf von Reden
zu dem ersten Mal in die
in der Stadt befindliche
Gruft beigesetzt worden. Die anwesenden
Könige, Prinzen, und eine große
Zahl von Adligen, sowie
Grafen, Fürsten und Grafen
war zugegen.

Nach der Begräbnisfeier, welche
für den Herrn Grafen Reden, welcher

der Gruft beigesetzt wurde, am 1. d. M. 1798
erlag, wurde die Leiche des Herrn Grafen
am 5. d. M. 1800 beigesetzt, und zwar in der
zweiten Gruft, welche für den Herrn Grafen
am 13. d. M. 1800.

Am 1. d. M. ist der Herr Graf von Reden
zu dem ersten Mal in die
in der Stadt befindliche
Gruft beigesetzt worden. Die anwesenden
Könige, Prinzen, und eine große
Zahl von Adligen, sowie
Grafen, Fürsten und Grafen
war zugegen.

Nach der Begräbnisfeier, welche
für den Herrn Grafen Reden, welcher
der Gruft beigesetzt wurde, am 1. d. M. 1798
erlag, wurde die Leiche des Herrn Grafen
am 5. d. M. 1800 beigesetzt, und zwar in der
zweiten Gruft, welche für den Herrn Grafen
am 13. d. M. 1800.

Eintragung des Grafen Reden in das Fahrbuch der Königshütte.

VI.

Bei der festlichen Eröffnungsfeier des Betriebes des Eisenhüttenwerkes Königshütte am 26. Oktober 1802 schrieb der Oberberghauptmann Graf von Reden in das Fahrbuch der Hütte die Worte ein: „Aus nichts ist hier ein Werk entstanden, welches jährlich fünfzigtausend Thaler in Umlauf setzt, eine unkultivierte Gegend belebet und die entfernten Königlichen Provinzen mit dem ohnentbehrlichen Bedarf an Roheisen, Hüttenguss und Granuliereisen versorget.“

Der Eindruck, den die Hütte auf die damaligen Festteilnehmer und auf viele spätere Besucher, wie Oberbergrat Karsten, Fürst Hohenlohe, Oberforstmeister von Roeden, Kammerpräsident v. Hoym, Kabinettsminister von Hardenberg, Staatsminister Freiherr vom Stein, Finanzminister von Bülow u. a. machte, war stets imposant.

In der Tat war die Gründung der Königshütte ein Epoche machendes Ereignis in der Geschichte der preussisch-deutschen Industrie, denn **die Kgl. Hütte war die erste mit Dampfkraft betriebene Kokshochofenanlage des europäischen Festlandes.** Der Bau der Königshütte bildete den Abschluss und die Krönung des von Friedrich dem Grossen begonnenen Gründungswerks, durch das die oberschlesische Bergwerks- und Hüttenindustrie ins Leben gerufen wurde.

Die Geschichte der Königshütte ist ein Stück Geschichte der Stadt. Ein kurzer Ueberblick über ihre Entwicklung möge hier folgen:

Als Friedrich der Grosse von Schlesien Besitz nahm, war auch das Eisenhüttenwesen ein unbedeutendes Gewerbe, das nur zur Verwertung des sonst ganz wertlosen Holzes von den Gutsbesitzern mit unvollkommenen Einrichtungen ausgeübt wurde und das sich zum Teil noch auf die Darstellung eines sehr minderwertigen Stabeisens beschränkte. Wohl zählte man im Jahre 1750 in Schlesien bereits 14 Holzkohlenöfen und 40 Frischfeuer nebst 31 Luppenfeuern, aber die gesamte Roheisenproduktion erreichte nicht über 25000 Ztr. jährlich, die lediglich den oberschlesischen Bedarf deckten.

Durch seinen Oberforstmeister Rhedanz liess nun Friedrich der Grosse in den Jahren 1754 und 1755 trotz der Kriegsunruhen die beiden Hochofen- und Frischfeueranlagen Malapane und Creuzburgerhütte errichten. Auch die Einrichtung des „Bergwerks- und Hütten-Departements“ als Abteilung des „Generaldirektoriums“ in Berlin, die im Jahre 1769 „Revidierte Bergordnung für das souveräne Herzogtum Schlesien und die Grafschaft Glatz“, das „Generalprivilegium“ wegen Errichtung der Oberschlesischen Knappschaftskasse haben zur Förderung des Bergbaus in Schlesien erheblich beigetragen. Insbesondere sicherte im Jahre 1780 ein Verbot der Einfuhr fremden Eisens in die Provinzen Kur- und Neumark, Pommern, Schlesien, Magdeburg und Halberstadt den Absatz des inländischen Hüttenbetriebes. Dadurch blieben dem Lande jährlich eine halbe Million Thaler erhalten, „die bis dahin für fremdes Eisen bezahlt waren“. Das Verbot bewirkte weiter, „dass in entlegene Gegenden des Landes Kultur kam, und dass der Wert der oberschlesischen Landgüter und Forsten, die von der Verwertung des Holzes zum Betriebe der Eisenhütten Nutzen zogen, um 30% erhöht wurde, ohne dass der Konsument sein Eisen höher als ehemals das ausländische bezahlen durfte“. Um die Erzeugungskosten der Bergwerks- und Hüttenprodukte niedrig zu halten und so ihren Absatz zu erleichtern, hielt es von Heinitz nach den Grundsätzen des Merkantilismus für notwendig, einerseits die Arbeitslöhne so niedrig wie möglich zu halten, andererseits aber dafür die Wohlfahrt der Arbeiter zu sichern. Deshalb verschaffte er ihnen besondere Rechte, Freiheiten und Vorteile durch Verbesserung der Fonds der Knappschaftsvereine, durch den Bau von Lazaretten und Kornmagazinen und namentlich durch den Bau von Arbeiterwohnungen auf solchen Berg- und Hüttenwerken, die sich in abgelegenen oder schwach bevölkerten Gegenden befanden, so also auch in Oberschlesien.

In einem Berichte von Heinitz' an den König aus dem Jahre 1786 heisst es, dass in Oberschlesien in 44 Hochöfen jährlich 165000 Zentner Roheisen und Gusswaren fabriziert und dieses wieder in 168 Hämmern zu Schmiedeeisen verarbeitet werde. Der Eisenhüttenbetrieb bringe jährlich 400000 Thaler in Zirkulation, seit das oberschlesische Eisen an Stelle des schwedischen nach



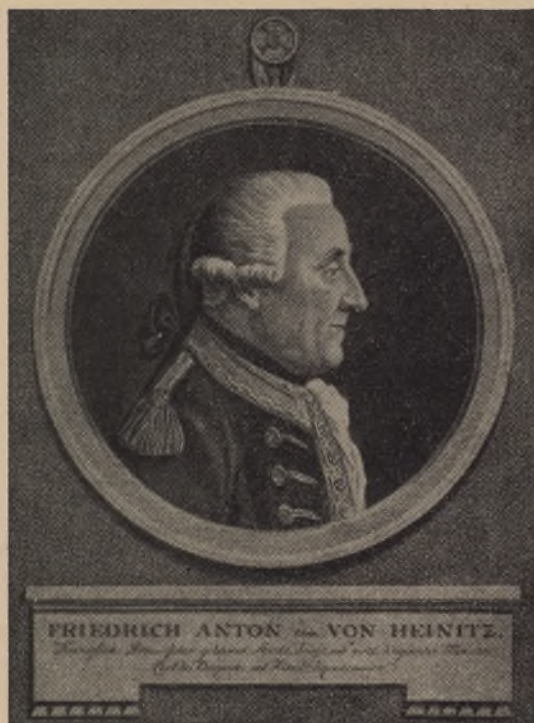
Wilhelm Knippel: „Die Kokerei der Königshütte“. — Lithographie um 1860

der Neu- und Kurmark und nach Pommern versandt werde. Er sei überzeugt, dass dieser Haushalt in seinem jetzigen Flor beständig bestehen könne und dass es niemals weder an Erz noch an Holz zu Kohlen fehlen werde. Das Erz sei von vorzüglicher Güte. Der Holzbestand auf einem Flächenraum von 50 Quadratmeilen könne den Bedarf der Eisenhütten im Betrage von 125000 Klaftern Kohlenholz befriedigen, wenn forstmässiger Betrieb, wie in Niederschlesien, eingeführt werde.

Von der Verwendung der Steinkohle war also bis dahin noch nicht die Rede.

Tatsächlich ist im Jahre 1800 die Produktion in Oberschlesien auf 273940 Zentner Eisen aller Art im Werte von 1 201 750 Thalern gestiegen.

Selbst nach England sind 1788 bereits 11700 Zentner ausgeführt worden. Die Qualität des oberschlesischen Eisens war eine anerkannt vorzügliche geworden und den besten ausländischen Produkten an die Seite zu stellen. Schon kamen Bestellungen auf Brücken, Dampfmaschinen,



Friedrich Anton Frhr. von Heinitz

eiserne Blasewerke, Räder, Cylinder; eine ganz komplette Vorrichtung zum Abgiessen, Ausbohren und Abdrehen eiserner Kanonen und zur Anfertigung leichter eiserner Lafetten war bei Gleiwitz vorhanden; die mechanischen Werkstätten in Gleiwitz und Malapane lieferten Dampfmaschinen nicht nur an die eigenen Werke und an das Inland, sondern auch grössere Maschinen für das Ausland, und die Produkte der preussischen Eisenindustrie gingen über den ganzen Kontinent und über den Ozean, als von Heinitz im Jahre 1802 starb.

Der Chef des Preussischen Bergwerks- und Hüttendepartements von Heinitz hätte den Aufschwung der ober Schlesischen Hüttenindustrie nicht bewirkt, wenn ihm nicht ausgezeichnete Mitarbeiter zur Seite gestanden hätten. Einer dieser Mitarbeiter war der spätere Oberbergrat **Bückling**, der die damals von Watt und Boulton verbesserte Feuer- und Dampfmaschine in Preussen bekannt machte und bald ähnliche Maschinen durch den genialen Maschinenbaudirektor **Holtzhausen** in Malapane und später in Gleiwitz erbauen liess.

Der bedeutendste Mitarbeiter von Heinitz war aber sein Neffe, der Freiherr von Reden, der ja der Begründer der ober Schlesischen Industrie geworden ist. Auf manchen Reisen durch deutsche, englische und schottische Berg- und Hüttenwerke hatte er sich namentlich in England über den Steinkohlenbergbau und die Verkokung der Steinkohlen, sowie über ihren Gebrauch zum Eisenschmelzen, über Eisengiessereien und die zugehörigen Schleif- und Bohrwerke, die Verbesserung der Bergwerks- und Hüttenmaschinen, den

ausgebreiteten Gebrauch der Dampfmaschine und über die besten Methoden beim Bau von Wegen und Kanälen unterrichtet.

Als von Reden im April 1780 mit kaum 28 Jahren sein Amt als Direktor des Schlesischen Oberbergamtes in Breslau antrat, begann er den Aufbau des fiskalischen Bergwerks- und Hüttenbetriebes in Oberschlesien. Seiner Initiative ist die Aufstellung der ersten Dampfmaschine zur Wasserwältigung auf der Friedrichsgrube bei Tarnowitz zu danken. Die Notwendigkeit, für den schnell wachsenden Dampfmaschinenbetrieb der Friedrichsgrube, wie für den Betrieb der Friedrichshütte und der Gleiwitzer Hütte Brennmaterial zu schaffen, hatte bereits zur Anlage vieler Steinkohlengruben zwischen Zabrze und Chorzow geführt. Minister v. Heinitz wollte anfangs die Kohlen für die Staatswerke von Privatgruben beziehen; von Reden aber befürwortete die Eröffnung einer Kohlengrube auf königliche Kosten. Sein Promemoria vom Jahre 1786 hat folgenden Wortlaut:

„Es ist unmöglich“, sagte er, „von der Leichtigkeit und Ergiebigkeit und so unerwarteten als sonderbaren Gestalt des Baues einen Begriff zu geben. Man muss die Gruben befahren und über die **Schätze, welche die Natur mit verschwenderischer Freigebigkeit hierhergelegt hat**, erstaunen. Die Mühe dieser Befahrung ist nicht gross, da die Schächte nur 3 bis 6 Lachter weit und die sodann stehen gelassenen Pfeiler und sparsam ange-



Wilhelm Knippel: „Gesamtansicht der Königshütte“. — Lithographie um 1860.

brachte, aber desto massivere Zimmerung dient zur hinlänglichen Sicherheit des Baues. Ueberall gibt es mergelartigen Eisenstein, wie in England. Der Sandstein ist zu Gestellsteinen geeignet. In der Nähe der Flöze ist feuerbeständiger Ton zu Glasöfen, Lehm und Ziegeln und Kalksteinen zum Bauen und zur Düngung. Nirgends finden sich Kalk und Kohle so nahe wie hier. **Welche Aussichten für die Kultur des Landes und für die anzulegenden Fabriken!** Welche Sicherheit für die hiesige Eisenfabrikation! Alle Zweifel, welche ich ehemals in die Nachahmung der englischen Verfahrensarten, nämlich Koalkschmelzen und Gebrauch des Koaks bei der Zaineisenfabrikation hegte, verschwinden jetzt, da Menge, Wohlfeilheit und Güte der Kohle, sowie die Hilfsmittel zu ihrer Benutzung und namentlich der Verschleiss der Produkte gesichert sind. Die Kohlen gehen an dem Przemsastrom, der oberhalb die Brinitza genannt wird, zu Tage aus. Sie sind von vorzüglicher Güte und dem ersten Anschein nach über einen Lachter mächtig. Der Strom ist so mächtig wie die Malapanne und hat hinreichendes Gefälle. Er ist bis in die Weichsel mit leichten Kosten schiffbar zu machen, wie denn auch schon jetzt Bauholz und Matetschen darauf geflösst werden. Verstärkter Absatz des Roheisens nach der Mark, Gusswarenbedarf, Stabeisen nach England geben hinreichende Beschäftigung für einen nach englischer Manier **mit Steinkohlen betriebenen Hochofen**. Unmöglich kann die Voraussetzung gewagt erscheinen, dass der einst unter dem unmittelbaren Schutze und durch die kräftige Unterstützung der preussischen Monarchen ein Etablissement zu stande kommen und erhalten werden sollte, dergleichen einzelne Particuliers in England mehrere nur in wenig Jahren errichten, beleben und unter minder günstigen Bedingungen nicht nur zu einem hohen Grade der Vollkommenheit, sondern auch zu einem reichen Ertrage bringen. **Ich finde ein unbeschreibliches Vergnügen in der Vorstellung dieser vielleicht noch sehr entfernten Zukunft und freue mich im voraus der Zeiten, wo belebte Industrie, schnellere Zirkulation und Kultur diesen ungeachteten Winkel zur Perle der preussischen Krone erheben und dessen Bewohner aus armen gedrückten Sklaven zu gebildeten und glücklichen Menschen umschaffen werden.“**

Um diese Zeit kam König Friedrich Wilhelm II. zur Regierung, der dem 1786 in den Grafenstand erhobenen v. Reden die Erlaubnis zur Anlage von königlichen Gruben bei Zabrze, Ober-Lagiewnik und Chorzow gab. Es hatte sich nämlich inzwischen mehr und mehr herausgestellt, dass die Holzbestände Oberschlesiens doch nicht überall dem zunehmenden Bedarf der Hütten an Holzkohlen genügen konnten, wenigstens zeigte sich die Kgl. Forstverwaltung den Eisenhütten gegenüber bei der Zuteilung von Kohlholz immer zurückhaltender und knapper. Um so eifriger wurden nunmehr die Studien wegen Einführung des englischen Koks-Hochofenbetriebes im Bergdepartement betrieben, die ja schliesslich befriedigend ausfielen.

Auf die Schmelzversuche in Malapane folgte der Bau einer Kokshochofenanlage bei Gleiwitz, die auf die Wasserkraft der Klodnitz gegründet war. Hier ist der erste Ofen am 21. September 1797 angeblasen worden. Der Erfolg veranlasste König Friedrich Wilhelm III., **am 15. November 1797 die Genehmigung zur Inangriffnahme der Vorarbeiten für ein grösseres Eisenhüttenwerk mit Dampfmaschinenbetrieb** zu erteilen. Dieses Werk sollte den steigenden Bedarf an Roh-eisen der bei Gleiwitz gegründeten Eisengiesserei decken. Der Bauplatz für das neue Werk wurde auf dem Felde der Steinkohlengrube bei Ober-Lagiewnik und Chorzow an einem Punkte gewählt, der nach vorangegangenen sorgfältigen Untersuchungen des Gebirges als der reichhaltigste für die Kohलगewinnung ausgemittelt war. Dass hier auch Kalksteine in nächster Nähe von Chorzow massenhaft vorhanden waren, war bereits von Graf Reden festgestellt, aber auch für den Erzbezug lag der Ort besonders günstig, indem nicht nur die Tarnowitzer und Beuthener Brauneisenerze und die Toneisenerze bei Zalenze und Kochlowitz in entsprechender Nähe zur Verfügung standen, sondern auch noch die reichen Erzvorkommnisse im damaligen Neuschlesien, das im Jahre 1793/95 zu Preussen gekommen war.

Nicht ohne Bedenken war die Wahl des Ortes in bezug auf das Vorhandensein der erforderlichen Betriebswasser. Das Wasser für den Dampfkesselbetrieb der Königshütte sollte aus drei kleinen Süsswasserteichen (Chrobokteichen) in der Nähe der Hüttenanlage, deren Bezug man sich gesichert hatte, entnommen werden; das für die Dampfmaschine nötige Wasser hoffte man aus der Kohlengrube zu beziehen, aus der es durch eine Dampfmaschine zu Tage gehoben werden sollte.

Eine besondere Sorge erforderte die wohnliche Unterbringung der Arbeiter. Die schon seit mehreren Jahren im Betriebe befindliche **Königsgrube** sowie einige andere umliegende Privatgruben hatten zwar damals schon eine grössere Anzahl von Bergleuten in jener Gegend in Beschäftigung, aber deren Wohnungsverhältnisse waren aus verschiedenen Gründen sehr ungünstig. Bekanntlich führte der Staat nach der schlesischen Bergordnung das Direktorium sämtlicher königlichen und gewerkschaftlichen Gruben, wobei er überall die Bergleute nach seinem Ermessen, ohne Konkurrenz der Grubenbesitzer, zur Arbeit anlegte. Von den Einwohnern der Dörfer, die meist untertänige Leute der Gutsherren waren, konnten wegen ihrer Verbindlichkeiten gegen die letzteren nur wenige zur Bergarbeit herangezogen werden; man musste die Arbeiter grösstenteils von auswärts herholen. Bei dem geringen Interesse und der geringen Fürsorge, welche die Gewerkschaften der privaten Kohlengruben den ihnen ohne ihr Zutun zugewiesenen Arbeitern angedeihen liessen, konnten aber die „Ausländer“ zunächst nur auf königlichen Gruben angelegt werden, weil sonst jeden Augenblick ihr Entweichen zu befürchten stand, und erst, nachdem die Umstände es zulässig und zweckmässig erscheinen liessen, wurden die Leute auf Privatwerke verpflanzt; die Bergbehörde konnte somit weniger Veranlassung finden, auf die Sesshaftigkeit der Bergleute hinzuwirken. Die Stellung derselben gewann bei der völligen Abhängigkeit aller Bergarbeit von der Bergbehörde soviel Aehnliches mit der Stellung des Militärs, dass man beide Stände in jeder Beziehung ähnlich behandelte, wie ja auch das Privilegium von 1769 den Bergleuten ebensolche Exemptionen wie den Soldaten zugestanden hat und wie andererseits das Bestehen dieses Privilegiums sie ebensowenig wie die Soldaten als Mitglieder der Gemeindeverbände erscheinen liess. Ihre Freiheit von Diensten und Kommunallasten erweckte die Eifersucht der Gemeinden um so mehr, als die wachsende Zahl der vermögenslosen bergmännischen Einlieger den Dörfern zur Last zu fallen drohte. Die Bergleute wurden deshalb ungern geduldet und sie hielten sich, wie ein Bericht des



Die Königshütte mit der „Kolonie Königshütte“.



Die Königshütte um 1820. — Lithographie von Mondro

oberschlesischen Bergamts sich ausdrückt, unstät und flüchtig auf den Dörfern auf, von den Gemeinden verfolgt und unterdrückt, insoweit sie nicht in den Zechenhäusern ein äusserst elendes Unterkommen fanden.

Neben diesen Zuständen auf den Steinkohlengruben im heutigen Königshütter Bezirk, deren Beseitigung die Bergbehörde übrigens durch mehrere ernste Massregeln versuchte, boten die Arbeiterverhältnisse am Ende des 18. Jahrhunderts auf den älteren königlichen Eisenhütten, z. B. in Malapane, ein glänzendes Bild. Hier war man von Anfang an bestrebt, die Arbeiter sesshaft zu machen. Die Hüttenleute, welche seiner Zeit meist mit grossen Kosten zur Einwanderung aus deutschen Provinzen bewogen waren, hatten bei Gründung der Werke auf fiskalischem Terrain entweder königliche Wohnungen mietweise erhalten, oder es waren ihnen von fiskalischem Terrain Baustellen bis zu 2 Morgen Acker oder Waldboden erblich gegen Entrichtung eines bestimmten Grundzinses überlassen, insoweit sie dieselben nicht durch Kauf erwarben. Im letzteren Falle hatten sie ihre Häuser nach eigenem Ermessen unter Beihilfe der vom Werk beschäftigten Bauhandwerker und Beamten gebaut, während gleichzeitig die Hüttenarbeiten von ihnen verrichtet wurden. Nach Vollendung der Häuser waren sie sofort in das eigene Heim eingezogen.

Das Areal, auf dem jene Kolonien entstanden, war von den Ländereien der alten Gemeinden auch in kommunaler Beziehung gänzlich abgetrennt. Die einzelnen Kolonien entwickelten sich zu besonderen Gemeinden, die in und neben einem Gutsbezirk bestanden, der das Werk selbst mit den fiskalischen Beamten- und Meisterwohnungen umfasste. Das Oberbergamt und an seiner Stelle die Hüttenämter übten als Vertreter des Fiskus, als des Dominialbesitzers, die zur gutherrlichen Obrigkeit gehörigen Befugnisse aus. Im übrigen waren die Mitglieder der neuen Gemeinden bei der Verwaltung ihres Gemeinwesens von Anfang an selbständig und autonom, und die schädlichen Einflüsse, welche in Oberschlesien bei der Konkurrenz von Arbeitern und Bauern so vielfach hervortraten, konnten in diesen Kolonien nie zur Geltung gelangen.

Die Armen- und Krankenpflege machte bei der Zugehörigkeit der Arbeiter zur Knappschaftskasse keine Schwierigkeiten, dem Schulbedürfnis und Kirchenwesen wurde grösstenteils auf Kosten des Fiskus als Dominialherrn unter Beihilfe der Knappschaftskasse Rechnung getragen, und zur Beschaffung der notwendigsten Lebensbedürfnisse an Nahrung und Kleidung war seitens des Hüttenamts auf die Heranziehung tüchtiger Gewerbetreibenden Bedacht genommen, welche durch Gewährung ähnlicher Vorteile, wie die oben geschilderten, zur Ansiedelung in den Kolonien bewogen wurden.

Unter der Gunst dieser Verhältnisse hatte sich auf den königlichen Hüttenwerken in Oberschlesien ein Arbeiterstand entwickelt, welcher den besten in Preussen an die Seite gesetzt werden konnte, und es lag nun bei Gründung der Königshütte nahe, von diesen Stämmen geeignete Leute auf das neue Werk zu verpflanzen. Dies konnte aber nur geschehen, wenn man ihnen ähnliche Verhältnisse wie in ihrer Heimat bot.

Demgemäss wurde auch in Königshütte sofort mit der Bildung eines eigenen Gutsbezirks für das Werk und für die Beamten- und Arbeiter-Kolonie vorgegangen, zu welchem zuvörderst

ca. 18 Morgen Ober-Lagiewnik Terrain angekauft und zusammengeschlagen wurden, und für welchen Graf Reden unter dem 9. Februar 1798 die in dieser „durstigen Gegend so unentbehrliche“ besondere Schank-, Schlacht- und Backgerechtigkeit beantragte und erhielt. Jenen Erwerbungen sind in den nächsten Jahren noch mehrere Ankäufe vom Dominium und von den Gemeinden Chorzow, Ober-, Mittel- und Nieder-Lagiewnik und von Nieder-Heiduk sowie von Schwientochlowitz gefolgt, deren Feldmarken in der Nähe des Bauplatzes der Königshütte ursprünglich zusammenstießen und sich zum Teil umschlangen. Alle diese Erwerbungen wurden dem Gutsbezirk Königshütte angegliedert, bis dieses Verfahren lange nach der Aufhebung der Erbuntertänigkeit und der Robotpflicht später ausser Uebung gekommen ist.

Am 31. Mai 1798 wurde der Bau der Arbeiterkolonie in der heutigen „Kalidestrasse“ von acht Familienhäusern mit je fünf Wohnungen für die Königshütte begonnen. Da aber Graf Reden wiederholt berichtete, es sei grosse Not, die Leute unterzubringen, so wurden bald weitere Neubauten bewilligt und ausgeführt.

Während des Baues der Kolonie im Jahre 1798 fertigten Wedding und Baildon, ein schottischer Hütteningenieur, welcher zu Weddings Unterstützung hierzu besonders engagiert war, die Zeichnungen und Anschläge für die Hochofenanlage und für die Maschinen selbst, und nachdem Graf Reden dieselben dem Könige bei dessen Besuch der Tarnowitzer Hütte in dem genannten Jahre persönlich vorgelegt hatte, beantragte er mit Bericht vom 9. Dezember 1798 die Ausführung des Baues, indem er einen Ueberschlag der Selbstkosten des auf dem neuen Werk zu gewinnenden Roheisens vorlegte, welcher einen Minderaufwand von ca. 6 Sgr. pro Ztr. gegen die Kosten der Roheisenerzeugung in Gleiwitz nachwies.

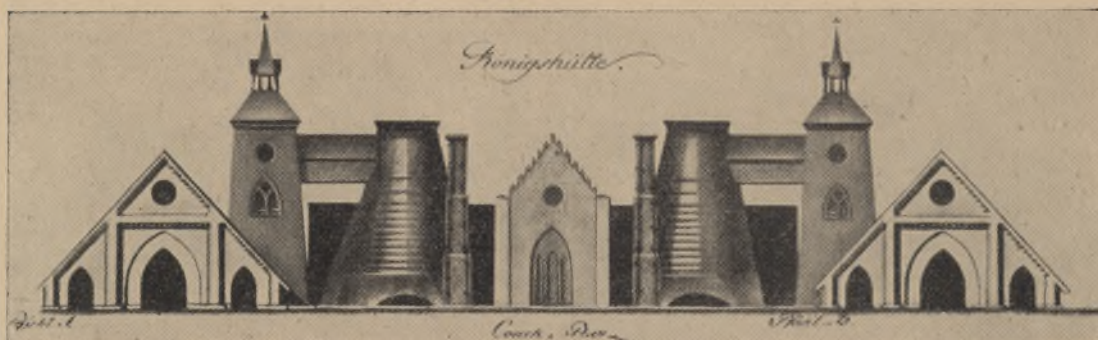
Alsdann erfolgte eine Kabinettsorder vom 17. Februar 1799, in der auf Grund der vorgelegten Pläne und Berichte des Oberbergamtes

1. die bereits vorläufig durch das Reskript vom 15. November 1797 erteilte Genehmigung zum Bau bestätigt,
2. die sofortige Erbauung von zwei Hochöfen mit den dazu erforderlichen und bereits projektierten Nebengebäuden gebilligt und bestimmt wurde,
3. dass dieses Werk den Namen „Königshütte“ erhalte.

Die Ausführung der Hochofenanlage fand genau nach den Anordnungen der Kabinettsorder statt. Die Hütte wurde an die Grube so nahe als möglich gelegt und mit ihr durch einen eisernen, nach der Hütte zu abfallenden Schienenweg in Verbindung gesetzt, so dass die Kohlen aus dem Schacht unmittelbar in die Kohlenwagen gestürzt und nach der Koksbank gebracht werden konnten. Die Koksbank war vom Hauptförderpunkt der Grube nicht weit entfernt. Ein einziges Pferd konnte den ganzen Kohlenbedarf für zwei im Betriebe befindliche Hochöfen täglich von der Grube herbringen. Zur Verkokung waren ausschliesslich Stückkohlen bestimmt, die mittels Meilerbetrieb abgeflammt wurden. Die Kleinkohle diente zur Kesselheizung. Die beiden zuerst erbauten Hochöfen erhielten eine Höhe von 40 Fuss und eine Kohlensackweite von 11 Fuss 4 Zoll; beide waren durch eine gemeinsame Giesshütte miteinander verbunden und jeder mit einem besonderen Gichturme versehen.

Zur **Zuleitung** des Wassers von der Steinkohlengrube, die inzwischen (1800) den Namen „Königsgrube“ erhalten hatte, wurde eine Rösche gebaut, die in ein Regulierungs- und Sammelbassin mündete, aus dem es der Dampfmaschine durch eine Leitung zugeführt wurde. Die Süswasser-Entnahme aus den Chrobokteichen erwies sich bald als unzureichend. An Stelle dieser Teiche wurde 1808 in einem bei der Hütte gelegenen Tale ein künstlicher Sammelteich — der grosse Hüttenteich — angelegt, der zur Aufnahme der Tage- und Kondensationswasser von den Maschinen diente und aus dem die Kesselspeisewasser entnommen wurden.

Die Haupteisenerzlagstätte, ein meist erdiger und mulmiger Brauneisenstein, tritt in Oberschlesien in dem Muschelkalkzuge, der gleichzeitig der Träger des Galmes und der Bleierze ist, an der Grenze seines liegenden und mittleren Gliedes, des Sohlenkalks und des Dolomits, auf und



Entwurf der Hochofenanlage der Königshütte 1798. — Ansicht von Norden.

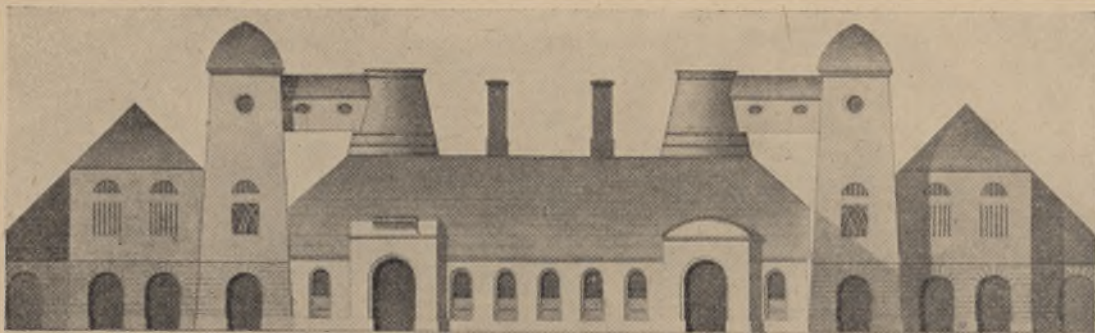
erscheint hier in nesterförmigen unregelmässigen Lagern und Kluftausfüllungen von der verschiedensten Ausdehnung bis zu einer Mächtigkeit von 40 Fuss, namentlich in der Gegend von Tarnowitz und Beuthen.

Von den übrigen in Oberschlesien auftretenden Gebirgsformationen bieten die Steinkohlenformationen, der Keuper, Jura und die Tertiärformation Vorkommen guter Eisensteine, die meist in Form toniger Sphärosiderite über den grössten Teil von Oberschlesien sporadisch verbreitet sind, und die, oft zusammenhängende Flöze bildend, in nierenförmigen Ablagerungen vorkommen, oder als einzelne Knollen den diesen Formationen angehörenden Tonlagen eingebettet sind.

Der Eisengehalt der Eisenerze streift meist sehr nahe die Grenze der Schmelzwürdigkeit; auch verunreinigt ein hoher Kieselerdegehalt die Erze, was die Verschmelzung erschwert. Und obwohl auch die Steinkohlen Oberschlesiens, die grösstenteils zur Klasse der Sand- und Sinterkohlen gehören und bei weitem nicht die für die Eisendarstellung geeignete Qualität anderer Bergreviere erreichen, beruht die Stärke der ober-schlesischen Eisenhüttenindustrie auf dem Nebeneinandervorkommen ergiebiger Erzlager und mächtiger Steinkohlenflöze, auf ihrer ausserordentlich leichten Gewinnbarkeit, auf dem Umstande, dass sämtliche Schmelzmaterialien Erz, Kalk, Steinkohle, auf kleinem Gebiet zusammengedrängt vorkommen, sowie endlich auf der Reinheit der Erze von schädlichen, die Güte des darzustellenden Produkts beeinträchtigenden Beimengungen.

Die **Erzanfuhr** ist schon während des Baues der Hochöfen von einer grossen Menge von Gewinnungspunkten aus eingeleitet worden, die seitens des Bergamtes in Tarnowitz mit Duckelbau und Haspelschächten in Angriff genommen waren. Besonders werden genannt die Erzförderungen bei Rudy-Piekar, Naklo, Radzionkau und Bobrownik im Tarnowitzer Erzrevier und bei Bendzin, Dombrowa, Zagorze, Sielce in Polen und bei Myslowitz und im Beuthener Walde. Die Anfuhr erfolgte durch Fuhrwerk zunächst auf Landwegen, später auf den Chausseen, die von den Kreisen und von der Bergbau-Hilfskasse angelegt wurden. Das Anfahren der Erze bot den Ackerwirten von Chorzow einen erwünschten Nebenerwerb und die Bauern hatten sich daher im Laufe der Zeit gelegentlich bei Grundstücksverkäufen an die Hütte das Recht auf „Vekturanz“ hypothekarisch zusichern lassen.

Auch für die **Abfuhr des Roheisens** zur Giesserei bei Gleiwitz und des Granuliereisens zum Bleihüttenbetriebe in Tarnowitz war man auf eine Verfrachtung durch Landfuhrwerk angewiesen. Aber bereits v. Heinitz und Graf Reden planten den Bau einer Kunststrasse zwischen der Königshütte und der Eisengiesserei in Gleiwitz. Sie ist 1829 ausgeführt worden. Auf der Strasse sollte ein eiserner Schienenweg den schnellen und billigen Transport von Eisen und Kohle nach diesem Zentralpunkt vermitteln und in Gleiwitz der Klodnitz-Kanal die Verbindung zur Oder her-



Entwurf der Hochofenanlage der Königshütte 1797. — Ansicht von Süden.

stellen. Im November 1806 war der Kanal von Laband aus schiffbar, aber erst 1823 konnten die Oderkähne nach Erweiterung der Schleusen herankommen. Es mag sein, dass der Kanal, trotz der Warnungen Weddings mit unzureichenden Mitteln gebaut, von vornherein grosse Mängel gehabt hat; das grösste Uebel lag aber in der sehr kurzen Zeit, die die obere Oder nur zu beschiffen ist und in dem Aufenthalt, den die Schiffe dort in den vielen Schleusen neben den Mühlwerken erlitten. Sehr oft ist das Eis des Kanals noch nicht aufgetaut gewesen, wenn die Frühjahrswasser der Oder bereits abgelaufen waren und in vielen Jahren ist während der Johanni-Wasser die Fahrt auf dem Kanal durch Schleusen-Reparaturen unterbrochen worden. Steinkohlen können aber weder ein Umladen, noch einen langen Aufenthalt ertragen, ohne an Ansehen und Güte zu verlieren. Darum hat die Kanalanlage für den oberschlesischen Kohlenbergbau nicht den erwarteten Erfolg gehabt. Bis in unsere Tage hinein blieb der Kanal ein Problem, das jetzt durch die grosszügige Anlage des „Adolf-Hitler-Kanals“ gelöst ist und später einmal ergänzt wird durch die Verbindung mit der Donau und der Weichsel.

Nach der Baugenehmigung vom 17. Februar 1799 hat der Aufbau der Königshütte alsbald begonnen. Neben der Hütte entstand ein Amtsgebäude mit der Direktorwohnung und eine Kolonie von 18 Familienhäusern zu je fünf Wohnungen, denen bald noch zwei neue und ein Schulhaus folgten. Auch die Verwaltung war organisiert. An der Spitze des Hüttenamtes stand der Oberhüttenbauinspektor **Wedding**. Unter anderen stand ihm der Hüttenfaktor **Kalide** (der Vater des Bildhauers Theodor Kalide) zur Seite. Kalide wurde die Leitung des Hochofenbetriebes der Königshütte übertragen; ihm war zugleich als Schichtmeister die Aufsicht über den Erzbergbau für Gleiwitz und Königshütte übertragen, der bis dahin dem Bergamt bei Tarnowitz unterstellt gewesen war. Später übernahm er als Hütteninspektor die Materialienverwaltung des Werkes, bis er 1836 in dem Hause Ecke Kalide-Hindenburgstrasse starb.

Die Maschinen-Oberaufsicht führte der geniale Maschinenbauer **Holtzhausen** in Gleiwitz, die allgemeine Leitung des neuen Werkes, ebenso die Hauptrechnungsführung stand nach wie vor dem Hüttenamt der Eisengiesserei bei Gleiwitz zu, derartig, dass beide Anlagen wirtschaftlich als ein Ganzes betrachtet wurden, wie ja auch der bei weitem grösste Teil des in Königshütte produzierten Eisens von der umfangreichen Eisengiesserei bei Gleiwitz verbraucht wurde. An Arbeitern waren einschliesslich der auf den Eisenerzförderungen angelegten Bergleute, die ausserhalb wohnten, 173 Mann beschäftigt. Der durchschnittliche tägliche Arbeitslohn eines Arbeiters stellte sich auf 10 Sgr. Die unverheirateten Arbeiter wurden in einem Zechenhouse gegen Entgelt gespeist. Nach dem Rechercheprotokoll des Hüttenrats **Abt** von 1802 wurden die Nahrungsmittel durch das Hüttenamt von Lagiewnik, Chorzow und Beuthen geholt. Die Ausführung von Anstalten auf Grund der Back-, Schlacht- und Braugerechtigkeit wurde als erforderlich angeordnet.

Im Herbst des Jahres 1802 konnte die vom Könige genehmigte Anlage der Königshütte als vollendet angesehen werden. **Das Anblasen des ersten Hochofens, den man Reden-Ofen genannt hatte, geschah am 25. September 1802** und am 27. September 1802 wurde zum ersten Male abgestochen, „wobei das Eisen ungewöhnlich flüsig war und ein weisslich graues Korn hatte“. Im Jahre 1802 ist auch der v. Heinitz-Ofen in Betrieb gesetzt worden. Diese beiden Oefen waren für die erste Anlage vorgesehen. In den Jahren 1805—1807 wurde der dritte (Wedding) Ofen gebaut, um beständig zwei Oefen in Betrieb zu haben, wenn einer der beiden ersten einmal ausfiel und um dem fortdauernden Mangel an Roh-eisen in der Gleiwitzer Eisengiesserei abhelfen zu können. 1818 kam der vierte Ofen hinzu.

Die Entwicklung der schlesischen Hütten in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts ist vor allem dem Oberberg- und Hüttenrat Karl Johann Bernhard **Karsten** zu danken. Er war von Reden im Jahre 1803 nach Schlesien gesandt worden, um seine chemischen Kenntnisse auf die Verbesserung der Hüttenprozesse anzuwenden. Er verstand es, die wissenschaftliche Erkenntnis mit der praktischen Anwendung zu verbinden. Ganz besonders widmete er der Darstellung des metallischen Zinks aus Galmei seine Aufmerksamkeit. Der Galmei wurde bisher ausschliesslich zur Messingfabrikation benutzt, nachdem er zuvor geröstet oder calciniert war. Dass man metallisches Zink aus Galmei gewinnen könne, erkannte zuerst der Hüttenfaktor **Ruhberg**, der im Jahre 1806 aus dem an den Eisenhochofenwänden abgesetzten Zinkschwamm zu Wessola im Fürstentum Pless das Zink abdestillierte. Er hielt das Verfahren geheim. Aber es gelang Karsten, sich Kenntnis davon zu verschaffen. Dann stellte er selbständig Versuche an und gewann schliesslich aus Galmei Zink. Bereits 1809 schritt er zum Aufbau einer fiskalischen Zinkhütte unter dem Namen „Lidognia-hütte“ (nach Karstens Gattin Lida so benannt) auf dem Terrain der Königshütte. Hier ist die Zinkdarstellung aus Galmei überhaupt zuerst regelmässig betrieben worden. Später erhielt die Hütte die Aufgabe, die Naturalabgabe zu verhütten, diedurch den Fiskus von den Galmeigruben erhoben wurde.

In Preussens schwerster Zeit widmete sich Karsten auch der Nutzbarmachung des Eisenhüttenwesens zur Darstellung von Gewehrarmaturstücken und Munition.

Von Malapane aus wurde die Armee in den Jahren der Befreiungskriege mit Gewehren, Büchsen und dem erforderlichen Zubehör versehen, auf der Kgl. Eisengiesserei bei Gleiwitz aber fand die Darstellung von Geschützen und Geschossen statt. Hier ist auch 1813 das Eiserne Kreuz gegossen worden. Als das Land 1809 von den Franzosen geräumt war, wurden die Flammöfen und Kupolöfen der Gleiwitzer Giesserei zuweilen ausschliesslich mit der Fabrikation von Geschützen und Geschossen, einpfündigen bis zwölfpfündigen Kartätschkugeln beschäftigt, besonders im Jahre 1813, da die Armee an Munition Mangel litt.



Johann Friedrich Wedding



Oberberg- und Hüttenrat C. J. B. Karsten

Diese Arbeiten, mit denen die Eisenindustrie Oberschlesiens in verhängnisvoller Zeit dem Staat den besten Dank für ihre Belebung abstattete, nahmen einen bemerkenswerten Teil der Roh-eisenproduktion der Königshütte in Anspruch. Aber auch durch Ausdehnung des Gusses für Brückenbau, Bildgiesserei und besonders für den Hausbedarf wusste Karsten die Werke zu beschäftigen. Im Jahre 1805 hatte man Versuche gemacht, die Brauchbarkeit der gusseisernen Kochgeschirre durch Auskleidung mit einer haltbaren guten Emaille zu erhöhen. Diese Versuche wurden 1812 von glücklichem Erfolge gekrönt, so dass eine Werkstatt für Poterieguss angelegt werden konnte, die sich später zu einer der grössten Deutschlands ausgebildet hat und die der Königshütte reiche Beschäftigung zuführte, besonders nachdem es 1821 dem Hüttenmeister **Eck** gelungen war, die Emaille bleifrei herzustellen.

Trotz aller politischen und wirtschaftlichen Wirren jener Zeit hatte die Königshütte genug zu tun. Nur im Kriegsjahr 1807 geriet der Betrieb wegen Geldmangels und wegen Unsicherheit ins Stocken. Ein französischer Offizier, Dupéron, hatte im November 1806 sogar die Bestands-gelder aus der gemeinschaftlichen Hüttenkasse in Gleiwitz abgeholt und polnische Offiziere, mit Namen Trepka und Graf Morstin, hatten mit einigen Trupps polnischer Soldaten zu derselben Zeit und im April 1807 die Königshütte beunruhigt.

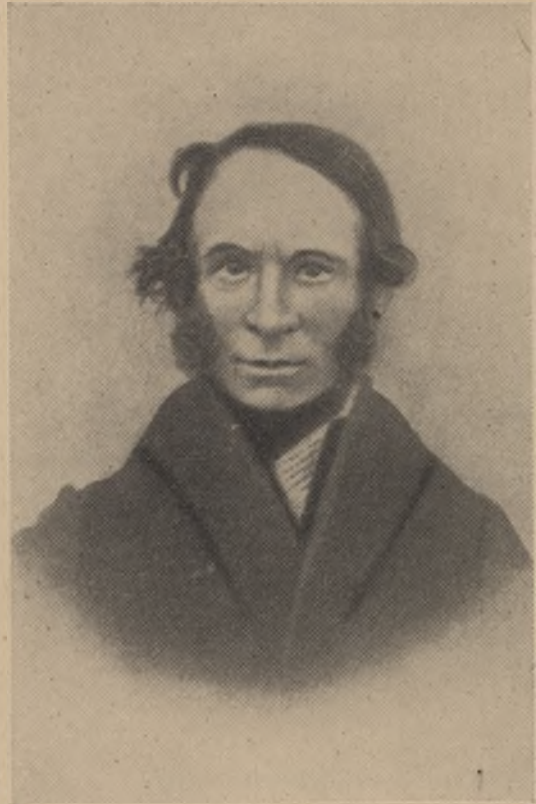
Die Einführung der Gewerbe- und Handelsfreiheit in Preussen anstelle des friderizianischen Prohibitivsystems und das Eindringen englischer Waren nach der Aufhebung der Kontinental-sperre hatten zwar auf die Beschäftigung und den Gang der schlesischen Hütten, speziell der Königshütte, deren Produkte wegen ihrer Art und vorzüglichen Güte den Markt behaupteten, keinen

direkten Einfluss. Wohl aber haben jene Vorgänge in der Folgezeit der englischen Industrie einen grossen Vorsprung vor der deutschen verschafft und so ihren Einfluss später auch auf die Königshütte ausgeübt.

Auf Wedding folgte im Jahre 1819 der Oberhütteninspektor Ernst **Martini** als Dirigent der Königshütte. Er hat den vierten Hochofen, den Gerhard-Ofen, 1820 fertiggestellt und die Produktion von 28 000 auf 73 000 Zentner gesteigert. Martini erwarb sich noch dadurch besondere Verdienste um das Werk, dass er „der Ungemütlichkeit des Lebens“, die schon Heinitz mehrfach beklagt hatte, zu steuern suchte. So wurde im Jahre 1820 eine Posthalterei zur regelmässigen Postverbindung mit Beuthen auf der stark benutzten Strecke von Breslau über Myslowitz nach Krakau angelegt. Es folgte die Anlage eines Gasthauses „Zur Königshütte“ „zu Gunsten der grossen Menge von jungen Leuten, die sich hier mit dem Studium des Gruben- und Hüttenbetriebes beschäftigten“. Dieses verhältnismässig vornehm ausgestattete und lange Jahre hindurch gut geleitete



Hütteninspektor Eck



Oberhütteninspektor Mentzel

Etablissement wurde im oberschlesischen Bergwerksbetrieb bald der Zentralpunkt eines fröhlichen, geselligen Lebens.

Die Arbeiterzahl der Hütte hatte sich inzwischen auf 203 Mann mit 121 Frauen und 369 Kindern vermehrt. Man schritt in den ersten 20er Jahren zur Anlage einer neuen Kolonie „**Charlottenhof**“ in der Art, dass man innerhalb des Gutsbezirks Königshütte einer Anzahl Arbeitern Bauplätze überwies, auf denen diese sich für eigene Rechnung ansiedelten. Auch das im Jahre 1810 gebaute Lazarettgebäude wurde erheblich erweitert, ebenso die Schule. Endlich wurde nach den Entwürfen Schinkels um 1840 eine evangelische Kirche gebaut und 1844 eingeweiht.

Die Schaffung des Deutschen Zollvereins (1834) und die Auswirkungen der Aufhebung der Landbinnenzölle und der Accise öffneten den inneren Markt und steigerten den Eisenverbrauch. Die wirtschaftliche Lage der Königshütte blieb fortgesetzt gesund; aber ein Fortschritt kann nicht verzeichnet werden, da der Gewerbebetrieb in Deutschland auf Handwerk, Hausarbeit und

Manufaktur beschränkt blieb; der Gebrauch und die Fabrikation der Dampfmaschine blieb wenig genutzt. Und überdies blieb auch das Holzkohlenroheisen gefragt. Der damalige Oberhüttenverwalter **Reil**, der als Schüler Karstens diesem 1819 in Breslau als Oberbergamtsleiter gefolgt war, warnte vor einer Ausdehnung des Steinkohlenbetriebes in Königshütte. Er berichtete 1828 nach Berlin, dass die Waldbesitzer Oberschlesiens grosse Aufforstungen vorgenommen hätten, so dass der Holzkohlen-, Hochofen- und der Frischfeuerbetrieb in Oberschlesien noch auf lange Zeit gesichert sei. Aber auch für ihren derzeitigen Bestand fand die Industrie bei der Regierung wenig Fürsorge. Die Absatzwege blieben mangelhaft. Der 1823 fertiggestellte Klodnitzkanal erfüllte die Ansprüche nicht; es stellten sich Stockungen im Absatz von Kohle und Eisen ein. Die Löhne der Arbeiter gingen zurück. Auch die Wohnungsverhältnisse der Arbeiter verzeichneten keinen Fortschritt. Für die anwachsende Zahl der Arbeiter sind nach Charlottenhof keine neuen Kolonien gebaut worden. Es trat Wohnungsnot ein. Besonders aber in der Umgegend des Werkes, wo in den 20-er Jahren eine glänzende Zinkkonjunktur eine starke Vermehrung der Arbeiterbevölkerung zur Folge gehabt hatte, war eine Wohnungsnot entstanden, die jeder Beschreibung spottete. Es kam vor, dass die massenhaft heranziehenden Arbeiterfamilien in den zu Wohnungszwecken hergerichteten Röschen der Zinkhütten wohnten, nicht zu reden von der massenhaften Ueberfüllung der in der Nähe der Werke vorhandenen Quartiere. Ausgehend von den Grundsätzen des seit Hardenberg herrschend gebliebenen Systems des „laissez faire“ hatte man die Sorge für das häusliche Leben der herangezogenen Arbeiter diesen selbst und dem Unternehmungsgeist der Bevölkerung überlassen; es entwickelten sich dadurch sehr schlimme Zustände, die erst in den 50-er Jahren eine Besserung erfahren haben.

Der Betriebserfolg der Königshütte sank 1838 von 114 000 Zentnern des Vorjahres auf 87 000 Zentner, da die Königsgrube die erforderlichen Steinkohlen nicht liefern konnte. Das Hüttenamt begann über Absatzmangel zu klagen. Graf Hugo Henckel von Donnersmarck erbaute in den Jahren 1835/38 das Konkurrenzunternehmen der Laurahütte im Nachbarort Siemianowitz (heute Laurahütte) und übernahm eine grosse Zahl der besten Hüttenarbeiter der Königshütte mit dem Hüttenmeister Naglo.

Zu all diesen Schwierigkeiten im Betriebe kam um diese Zeit das Eindringen von schottischem Giesserei-Roheisen nach Deutschland zu ausserordentlich billigen Preisen. Dieses Roheisen kam bis auf die Giessereien in Oberschlesien und verdrängte schliesslich das inländische Roheisen auf den eigenen Hütten.

Unter diesen Verhältnissen hatte der Hüttenmeister **Eck** den Mut, die Betriebsleitung der Hochöfen von Königshütte zu übernehmen. Er änderte den Betrieb so viel als möglich dahin ab, dass die Hochöfen nicht mehr wie bisher vorwiegend Giessereiroheisen, sondern ein zur Verarbeitung in Frischfeuern geeignetes Produkt erzeugten. Zum Raffinieren der siliciumreichen Erzeugnisse aber wandte er statt der mit Koks betriebenen englischen Raffinerief Feuer Gasflämmöfen mit Steinkohlenfeuerung an, die von ihm erfunden und konstruiert waren. Das flüssige Roheisen wurde direkt aus dem Hochofen in die Gasflämmöfen abgestochen und mit hochgespanntem Gebläsewind aus scharf stechenden Düsen behandelt. Das graue Koksroheisen wurde dabei in weisses, gefeintes Eisen umgewandelt. Der Erfolg Ecks war durchschlagend.

Das Aufkommen der Eisenbahnen in Europa gab auch der Königshütte neuen Antrieb. Der Nachfolger des 1834 scheidenden Oberberghauptmannes Gerhard, der Oberberghauptmann **v. Veltheim**, erliess unter dem 16. Juli 1835 eine Verfügung an das Oberbergamt zu Breslau, in der er auf die Pläne zur Anlage von Eisenbahnen in den östlichen Provinzen der Monarchie hinweist und fordert, die Anfertigung von gewalzten eisernen Schienen in Schlesien vorzubereiten, damit der künftige Bedarf gedeckt werden könne. Der Plan zur Anlage der Puddlingshütte und



Königshütte vom Redenberg um 1860. — Nach einem alten Stich.

des Walzwerkes auf der Königshütte auf dem schon seit 1828 bezeichneten Platze solle schleunigst wieder aufgegriffen und baureif gemacht werden. Bei der neuen Planung möge man davon ausgehen, dass alle Arbeit vom Feinmachen des Roheisens bis zur gänzlichen Vollendung der Schienen, auf der Königshütte vorgenommen werde. Die erforderlichen Dampfmaschinen solle man, um keine Zeit zu verlieren, aus England beziehen.

Den Auftrag zur Durchführung dieser Pläne erhielt im Jahre 1843 der Oberhütteninspektor **Carl Rudolf Mentzel** als Nachfolger des Hüttendirektors Martini. Mentzel ist durch vielseitige wissenschaftliche Interessen ausgezeichnet; er erfand z. B. die hüttenmännische Erzeugung des metallischen Cadmiams; er machte sich auch durch mehrere Verbesserungen im Metallhüttenwesen bekannt; er war ebenfalls ein eifriger Erforscher der geologischen Lagerungsverhältnisse Oberschlesiens.

Vom Jahre 1838 bis 1844 ist die nach dem damaligen Minister benannte **Alvenslebenhütte** gebaut worden, in einer Zeit, da Deutschland von billigem ausländischem Eisen überschwemmt wurde. Das Königshütter Eisen konnte sich aber behaupten, und als der Zollverein eine durchgreifende Aenderung der seit 1818 gültigen Zollbestimmungen für Eisen durchsetzte, war mit dem Schutz der inländischen Industrie auch der neue Aufstieg gewährleistet.

Die 1844 fertiggestellte „Alvenslebenhütte“ trat in die günstigste Konjunktur ein und unter dem 30. Dezember 1845 erhielt das Oberbergamt bereits den Auftrag, eine Beschleunigung der Fabrikation oder eine Erweiterung der Alvenslebenhütte, oder endlich den völligen Neubau einer Hütte nebst Erweiterung der Hochofenanlage um zwei Oefen in Erwägung zu ziehen und auch die Beschaffung der erforderlichen Kohlen und Erze sicherzustellen.

Die Durchführung dieses Auftrages ist durch mancherlei Umstände immer hinausgezögert worden. Einmal wollte Friedrich Wilhelm IV. die Vorteile der Eisenkonjunktur, die er zum Teil

durch den Zollschatz veranlasst hatte, nicht in Konkurrenz mit den Privatwerken zur Erweiterung der fiskalischen Hütten ausnutzen. Dann hatten die fiskalischen Hüttenkassen noch namhafte Schulden aus Vorjahren abzutragen, die die Ueberschüsse der Konjunkturzeit verbrauchten, ehe sie „extraordinäre Ueberschüsse“ nachweisen konnten. Dann wieder sind es die politischen Unruhen der 48er Jahren gewesen. Ein andermal brauchte das Ministerium die schon bewilligten Gelder plötzlich zu dringenden anderen Aufgaben. Auch die 1851/52 geführten Verhandlungen wegen Verkaufs der Königshütte an Privatunternehmer führten zu grosser Unsicherheit über die auszuführenden Arbeiten in den Beamtenkreisen.

Unter diesen schwankenden Verhältnissen musste es in Königshütte besonders grosse Freude auslösen, als der König sich entschloss, bei der Feier des 50-jährigen Jubiläums des Werkes am 25. September 1852 persönlich zugegen zu sein und an diesem Tage zugleich der **Enthüllung eines Denkmals für den Grafen Reden** auf dem sogenannten Redenberg bei Königshütte beizuwohnen. Gelegentlich der Feier, die der damals herrschenden Cholera wegen auf den 29. August 1853 verschoben wurde, wurden auch die Erweiterungsarbeiten für die Alvenslebenhütte wieder besprochen und in Gang gebracht. Vom Jahre 1853 ab bis zum Jahre 1860 erfolgte der Erweiterungsbau, der praktisch einem vollständigen Neubau der gesamten Königshütte gleichkam und einen Kostenaufwand von nahe an 1½ Millionen Thalern erforderte. Das Werk erhielt im wesentlichen die Gestalt, die es im Jahre 1869 beim Uebergang in den Privatbesitz hatte.

Während der zeitgemässe Ausbau der Königshütte verzögert worden war, hatte die Privatindustrie einen glänzenden Aufschwung erlebt. Dem ersten Jahrzehnt nach Einführung der Eisenzölle im Jahre 1804 verdanken die meisten noch heute bestehenden grösseren Eisenhütten Oberschlesiens ihre Entstehung: die Falzhütte, Friedenshütte, Eintrachthütte, Sophienhütte, Baildonhütte, Herminenhütte, Hugohütte, Donnersmarkhütte. Neben 5 Kokshochöfen und 2 Holzkohlenhochöfen auf königlichen Werken bestanden im Jahre 1853 in Oberschlesien 18 Kokshochöfen und 61 Holzkohlenhochöfen auf Privatwerken.

Zur Sicherung des Eisenerzbedarfs schritt man im Laufe der Neubauzeit der Königshütte zum Erwerb einer grossen Zahl von Eisenerzfeldern, unter denen u. a. eine Reihe grösserer Förderberechtsame auf Gräflisch Henckelschen Territorien, namentlich bei Radzionkau und Carlshof, sowie auf den Gutsländereien von Mittel-Lagiewnik zu nennen sind.

Zur Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses der Arbeiter schritt man endlich zur Anlage grösserer Arbeiterkolonien, nachdem durch einen Ministerialerlass vom Jahre 1853 für die Kgl. Werke in Oberschlesien aus Staatsmitteln 60 000 Thaler bewilligt waren, während gleichzeitig 80 000 Thaler aus der Bergbauhilfskasse in Anspruch genommen wurden. Die Arbeiterzahl der Königshütte hatte sich von 1818 bis 1853 von 135 auf 840 vermehrt. Die Arbeiter veranlasste man, selbst zu bauen. Man schenkte den Baulustigen unter gewissen Bedingungen von dem zur Kolonisation ausersehenen und erworbenen Mittel-Lagiewniker Gelände je einen Bauplatz von entsprechender Grösse, eine Bauprämie von 200 Thalern und einen Bauvorschuss von 500 Thalern. Damit führten die Arbeiter unter Zuhilfenahme eigener Mittel ihre Häuser nach den ihnen vorgeschriebenen Bauplänen aus. Auf diese Weise entstanden seit 1853 bis 1858 in Königshütte für Hütten- und Grubenarbeiter 104 Besitzungen von je 4 bis 8 Familienwohnungen. 1869 hatte die Königshütte ca. 200 derartige Wohnhäuser erstellt.

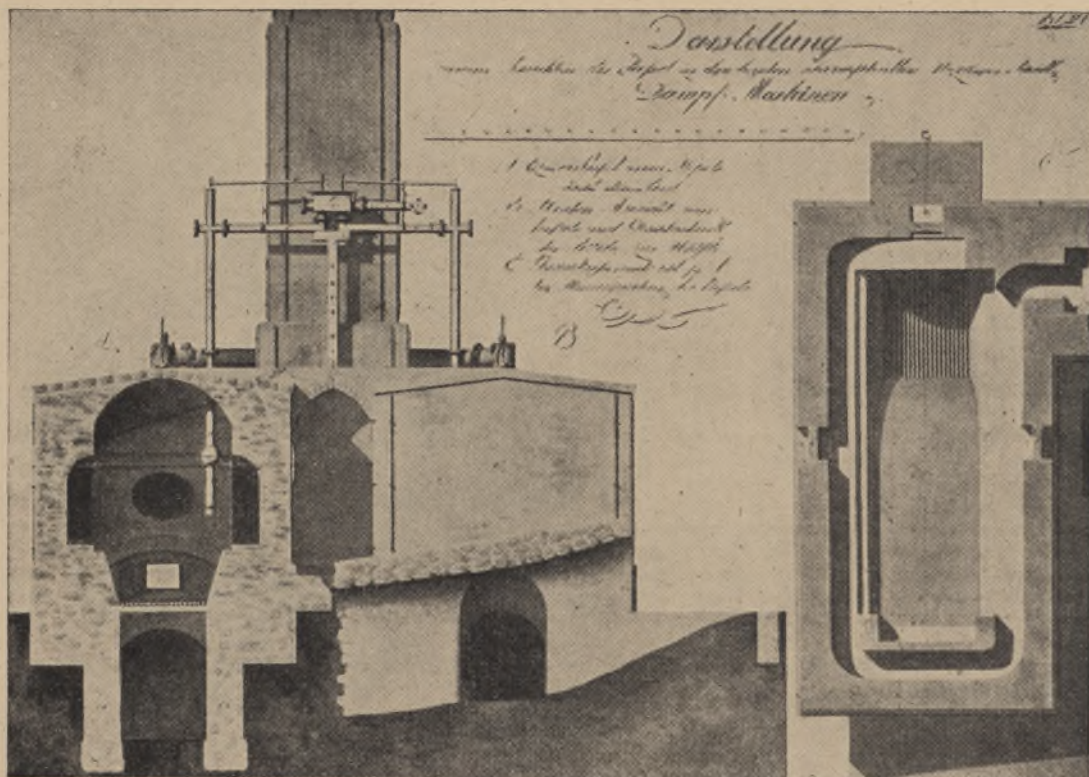
Die Erwartungen, die man von dem grossartigen Neubau der Königshütte gehegt hatte, erfüllten sich nicht. Ein unaufhörlicher Wechsel der Bau- und Betriebsbeamten sowie der Direktoren während der Bauzeit, die in die Privatindustrie hinüberwechselten, hatte einen ungünstigen Einfluss auf die Anordnungen der Anlage hinsichtlich des Ganges der Fabrikation, der Transportverhältnisse usw. zur Folge. Vielerlei kostspielige Abänderungen waren später unvermeidlich.

Auch die Fabrikationsbedingungen hatten sich während der Bauzeit in ungünstiger Weise verschoben. Die ungemein starke Nachfrage nach Eisenerzen für die zahlreichen, in den 50-er Jahren neu erbauten Hochofenanlagen hatte die Mitgewinnung weniger guter Erzmittel und somit eine allgemeine Verschlechterung der Eisenerze im Eisengehalt zur Folge gehabt. Seit ihrem Anschluss an die Oberschlesische Eisenbahn lernte ferner die Königshütte den Eisenbahndebit als eine sehr angenehme Absatzgelegenheit neben der Lieferung an die Hütte schätzen und die Auslese der für die Hütte besonders geeigneten Kohlen wurde weniger sorgfältig ausgeführt, so dass Klagen der Königshütte über die Kohlenqualität an der Tagesordnung waren. Endlich hat die Fertigstellung des Hauptschlüssel-Erbstollens von Zabrze bis zur Königshütte der Königshütte ein stark vitriolisches Grubenwasser als Betriebswasser gebracht, während die reineren Wasserzuflüsse der Grube durch den Stollen nach Zabrze abflossen. Trotz mancherlei Vorrichtungen zur Entsäuerung der Wasser und der teilweisen Ersetzung durch süsse Tageswasser litten die Dampfkessel der Königshütte stets grosse Not. Eine Dampfdruckerhöhung war aus Sicherheitsgründen nicht möglich. Hinzu kam, dass eine erhebliche Teuerung sämtlicher Bau- und Betriebsmaterialien während der 50-er Jahre auch die Selbstkosten der Produktion erhöhten. Schliesslich trat noch ein schwerer Rückschlag in der Eisenkonjunktur ein. Das Verdienst, die Königshütte aus diesen schweren Verlegenheiten herausgeführt zu haben, gebührt dem seit 1860 an die Spitze der Bergverwaltung gestellten Ministerialdirektor und Oberberghauptmann **Krug von Nidda**. Er liess durch tüchtige Beamte der Leitung der Königshütte, wie Hüttenmeister **Richter**, Bergassessor **Ulrich**, Hüttenmeister **Jüttner** u. a. wesentliche Betriebsverbesserungen durchführen. Eine besondere Leistung der Königshütte war damals die Erzeugung von Eisenbahnschienen mit aufgeschweisstem Feinkornkopf, durch die die englische Konkurrenz auf dem deutschen Schienenmarkt völlig aus dem Felde geschlagen wurde. In dieser Zeit fand auch die Einführung der Bessemerstahlerzeugung auf der Königshütte statt.



Oberberghauptmann Krug von Nidda

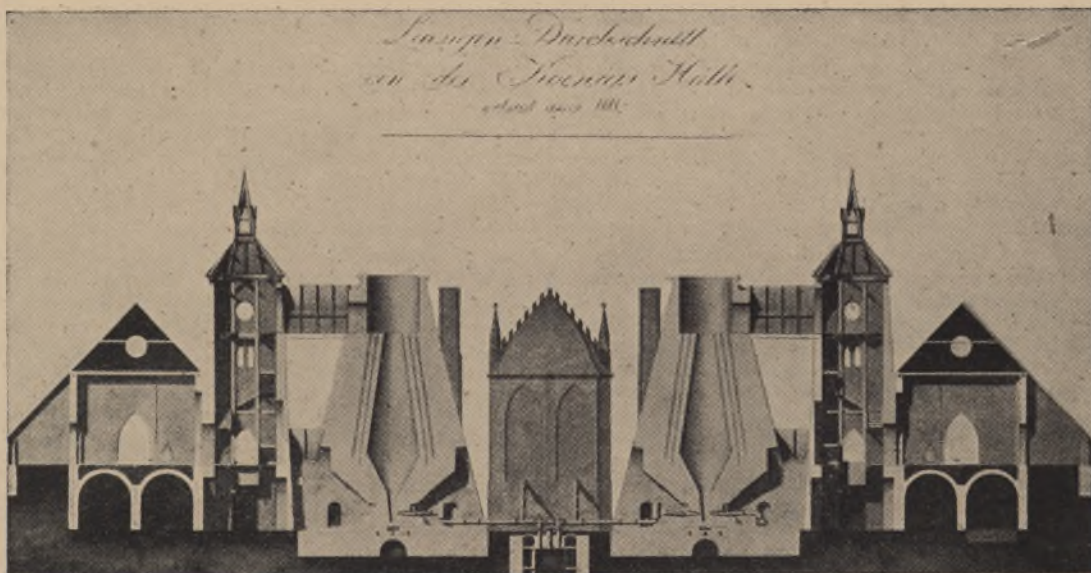
Sorgfältige Untersuchungen über die oberschlesischen Eisenerzvorkommen hatten ergeben, dass gerade auf der benachbarten Feldmark Chorzow ausserordentlich mächtige Ablagerungen von phosphorarmen Brauneisenerzen vorhanden waren, deren ausschliessliche Benutzung sich die Königshütte sicherte. Auf der Ausbeutung dieser Ablagerungen beruhte in den nächsten Jahrzehnten ein grosser Teil des gesamten Betriebes der Königshütte. Da bei der fast unmittelbar an die Hütte anstossenden, aber sehr zerstreuten Lage der mit Aufdeckarbeit zu gewinnenden Erze die Benutzung von Schienenwegen zur Hütte nicht praktisch erschien, so entwickelte sich hier neben dem sonst üblich gewordenen Rossbahnbetrieb wieder eine ausgedehnte Vekturanz der Chorzower Bauern, die unter ihrem Schulzen Fietzek für diesen Zweck eine förmliche Gesellschaft bildeten. Ihr Verkehr gab der Hochofenanlage der Königshütte in dieser Zeit ein besonderes Gepräge.



Dampfkessel-Anlage für die Königshütte 1802.

Die geschäftliche Lage der Königshütte hatte sich zwar in der zweiten Hälfte der 60-er Jahre zum Besseren gewendet, trotzdem wurde die Absicht, den Verkauf des Werkes baldigst durchzuführen, von der Bergverwaltung niemals aufgegeben. **Man sah die Aufgabe der Hütte, Musteranstalt für die Privatindustrie zu sein, als erfüllt an.** Ein Wettbewerb mit den Privathütten erschien nicht im staatswirtschaftlichen Interesse. Der Betriebsdirigent der fiskalischen Hüttenwerke hatte auch niemals die Freiheit der Entscheidung, die den Direktoren der Privathütten bei Konjunkturänderungen zustatten kamen. Und dadurch, dass die Königshütte bereits seit fast zwei Jahrzehnten gewissermaßen unter dem Hammer stand und den dadurch mitverschuldeten häufigen Beamtenwechsel, waren die Verhältnisse und die Aussichten des Werkes erheblich verschlechtert. Die allgemeine preussische Handelspolitik machte endlich wieder einer freihändlerischen Richtung Platz, die die Eisenzölle herabminderte.

Mit dem Verträge von 1868 hatte Oesterreich eine teilweise Erleichterung der Eiseneinfuhr zugestanden, indem der Roheisen Zoll von dem Satze von 42 Kreuzern wieder auf 25 Kreuzer herabgesetzt wurde. Der Eisenabsatz nach Oesterreich war lebhafter geworden, und so stand gerade für Oberschlesien augenblicklich eine günstigere Konjunktur in Aussicht. Dies hatte zur



Längen-Durchschnitt von der Königshütte 1802.

Folge, dass im Jahre 1868 wiederum einige hervorragende Industrielle Oberschlesiens mit neuen Kaufanträgen wegen der Königshütte an die Bergverwaltung herantraten. Nun glaubte diese nicht länger mit der Abstossung des Hüttenwerkes zögern zu dürfen, und die Verkaufsverhandlungen wurden energisch in Angriff genommen. Indessen noch eine Schwierigkeit schien sich dagegen aufzutürmen, nämlich **die Frage der Gestaltung der Kommunalverhältnisse der zu der Königshütte gehörigen Kolonien**, die in eigentümlicher Weise mit dem Terrain des fiskalischen Dominiums Königshütte im Gemenge lagen.

Bei der allmählichen Erweiterung des Werkes waren die Arbeiterkolonien nicht mehr wie anfangs ausschliesslich auf fiskalischem Gutsterrain, sondern meist auf angekauften Ländereien der Nachbargemeinden angelegt. Während die Summe der Gruben- und Hüttenarbeiter auf den Königshütter Werken nebst Familienmitgliedern vom Jahre 1840 bis 1864 von 1195 auf 8963 Personen gewachsen war, hatte sich die Einwohnerzahl auf dem Gutsgebiet in derselben Zeit nur von 778 Einwohnern auf 1144 vermehrt. Die übrigen Arbeiter hatten in den wenig leistungsfähigen alten Dorfgemeinden und in den neu gebildeten kleinen Gemeinwesen der Nachbarschaft Wohnung gefunden, denen damit die Vorsorge für alle kommunalen Bedürfnisse des bei weitem grössten Teils der Arbeiterschaft der Königshütte aufgebürdet war. Man zählte einschliesslich des Dominialbezirks der Hütte zwölf derartige Einzelgemeinwesen in der Umgebung des Werks. Die ausserordentlichen Schwierigkeiten, die sich in der Befriedigung der kommunalen Bedürfnisse jeder Art in Bezug auf Polizei, Kirche, Schule, Armenpflege und namentlich auch bezüglich der Beschaffung des immer knapper werdenden Trinkwassers ergaben, erheischten aufs dringendste eine Abhilfe, und **da man es nicht für zulässig hielt, das Werk in Privathände übergehen zu lassen, ohne vorher Ordnung in diese Verhältnisse gebracht zu haben, so wurde die baldige Zusammenfassung jener Kolonien in eine Stadtgemeinde mit voller Städteordnung beschlossen.** Diese wurde, trotz vieler Proteste, von den meisten Beteiligten als eine lebensfähige erkannt, wobei man

auf eine starke Heranziehung der Königsgrube und der Königshütte, sowie der Oberschlesischen Eisenbahn zu den Kommunallasten rechnete.

Nachdem die Stadt gegründet war, wurde auch der Verkauf der Hütte — nach einem gänzlich missglückten Versuch, im Wege mündlicher Versteigerung, der mit Rücksicht auf die Kommunalverhältnisse ein allzu niedriges, unannehmbares Gebot geliefert hatte, — im Wege der schriftlichen Submission durchgesetzt, und **am 1. Januar 1870 ging das Werk mit allem Zubehör, namentlich auch mit allem Besitz an Erz- und Kalksteinfeldern in das Eigentum des Grafen Hugo Henckel von Donnersmarck auf Naklo über**, zu einem Kaufpreise von 1003000 Thaler, wobei ein Feldesteil der fiskalischen Steinkohlengrube König in Grösse von 695000 Quadratlachtern, der der Hütte am zugänglichsten gelegen war, als Zubehör mit überwiesen wurde.

Der Ratgeber, der den Grafen Hugo Henckel zu diesem Geschäft veranlasst hatte, war der Direktor Richter von der dem Grafen selbst gehörigen Laurahütte. Dieser war früher als Hilfsarbeiter des Hüttendirektors Paul in Königshütte als fiskalischer Beamter beschäftigt gewesen und war in die Verhältnisse des Werkes genau eingeweiht. Er hatte mit der ihm eigenen genialen Kombinationsgabe die grossen Vorteile durchschaut, die der Erwerb dieses, wenn auch in der öffentlichen Meinung stark kompromittierten Staatswerks bei seiner Vereinigung mit der Laurahütte in einer Hand bieten konnte. Die üble **Meinung von dem Wert der Königshütte** war aber so stark, dass der Generaldirektor der preussischen Besitzungen des Grafen Hugo Henckel, der Bergrat Ficus, es ablehnte, das Werk in seinen Verwaltungskreis mit zu übernehmen. Dieses wurde hierauf als eine besondere Abteilung unter dem Namen „Das Berg- und Hüttenwerk Königshütte“ dem Geschäftskreis der österreichischen Besitzungen des Grafen angegliedert und dem Generaldirektor Valerius Ritter in Wien unterstellt. Richter trat als Werksdirektor an die Spitze des Werkes, indem er aus dem Direktorium der Laurahütte ausschied und die Betriebsleitung bezw. Inbetriebsetzung des bisher der Königsgrube, nunmehr der Königshütte zugehörigen Feldesteils dem Bergassessor **Junghann** übertrug.

Schon im ersten Jahre gelang es Richter, den Beweis von der Richtigkeit seiner Ansicht über den Wert des angekauften Werkes zu liefern. Es erbrachte im Jahre 1870 einen Ertrag von über 400000 Thalern, und gestützt auf diese Leistung, wurde es ihm leicht, ein Konsortium zu bilden, das das Berg- und Hüttenwerk Königshütte, in Verbindung mit der Laurahütte nebst einem ca. 1 Million Quadratlachter grossen Feldesteil der Hugo Henckel'schen Steinkohlengrubenfelder bei Laurahütte, gegen einen Kaufpreis von 6 Millionen Thalern vom Grafen Hugo Henckel erwarb und unter Beitritt des Grafen eine Aktien-Gesellschaft „**Vereinigte Königs- und Laurahütte, Aktien-Gesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb zu Berlin**“ zur Bewirtschaftung dieser Objekte bildete. Die Uebergabe erfolgte **am 1. Juli 1871**.

Die Direktion der Aktiengesellschaft wurde dem Generaldirektor Richter übertragen, der entsprechend dem Sitze der Gesellschaft seinen Wohnsitz in Berlin nahm. Die Direktion der Königshütte und der Gräfin Lauragrube übernahm der Berg- und Hüttendirektor Junghann.



VII.

Die Landschaft, in der die Stadt Königshütte liegt, ist eine wellige Hochebene. Nach alten Urkunden und Karten dehnte sich hier „grenzenlos“ ein stiller, dichter Wald „nach allen Seiten“ aus. Eine Siedlung nur wird um das Jahr 1100 bereits erwähnt, nämlich das Dorf Chorzow. Etwas später ist auch schon das Dorf Lagiewnik in den Karten verzeichnet.

Noch im Jahre 1780 bedeckte Wald und Buschwerk das Stückchen Erde, wo die Feldmarken der Gemeinden Chorzow, Lagiewnik, Heiduk und Schwientochlowitz zusammenstießen, auf dem sich heute die Stadt Königshütte erhebt. Damals noch beachtete niemand die unermesslichen Schätze an Kohlen, die die Erde barg und hier und da gar zu Tage anstand. Wo heute fast 250 000 Menschen gedrängt zusammen wohnen, lebten damals in der menschenleeren Gegend kaum 1000 Einwohner. So zählte Chorzow nach der amtlichen Zählung von 1783 nur 356, Lagiewnik 248, Heiduk 147 und Schwientochlowitz 179 Einwohner. Die den Höhenrücken bedeckenden Wälder hießen der Chorzower und Lagiewniker Kiefern- und Fichtenwald. Auf den südlichen Abhängen breiteten sich zahlreiche Hutungen aus, auf deren Jagd- und Hutungsrechte samt Eichelmast laut „Teilungszetteln“ aus den Jahren 1592, 1672, 1682 und der Kaufurkunde von Ober-Lagiewnik vom Jahre 1789 die anliegenden Ortschaften Ober-, Mittel- und Nieder-Lagiewnik, Ober- und Nieder-Heiduk und Klein-Schwientochlowitz ihre Ansprüche erhoben. Die westliche Senke an den drei Quellenbächen der Charlottenhofer Rawa, wurden von der „Schwientochlowitzer Dombrowa“, den Wäldern „Załawcze“, „Ogrodek“ und den Rodungen „Pieniowka“ und „Pniaki“ eingenommen. An diesen drei Rawabächen verzeichnet die Hohmannsche Karte vom Jahre 1736 drei Teiche, deren Abflüsse in einen Mühlenteich münden. Das war die „Gerlatka-Mühle“ und der „Mühlensee“, wie sie in der „Herrschaftlichen Specifikation vom Jahre 1723“ genannt werden.

Diese Mühle ist die älteste Siedlung in der „Schwientochlowitzer Dombrowa“, bis sie ihr Besitzer, der Bedrückung seines Gutsherrn, Wrochem, müde, 1728 selber in Brand steckte und dann über die Grenze entwich.

Bald darauf begegnen wir hier einer anderen Siedlung, der „Schwientochlowitzer Bergfreiheit“, die im Anschlag von der kontributablen Pertinentien des Dorfes Schwientochlowitz vom

Jahre 1747 neben den drei Ortsanteilen: Ober-, Mittel- und Nieder-Schwientochlowitz als selbständiger vierter Ortsteil genannt, und deren Ertrag an Getreide und Vieh mit 9 Thlr. 12 Sgr. und der drei anderen Anteile mit 408 und 127 und 138 Thlr. eingeschätzt wird.

Wie ihr Name „Bergfreiheit“ besagt, verdankte sie ihre Entstehung, ähnlich wie Elgut und Ligota (abgeleitet von Ulga = Erleichterung, Bergfreiheit) einem bergmännischen Unternehmen, anscheinend den Erzgräbern, die die benachbarten alten Eisenwerke, wie Althammer (1395), Bogutsker oder Kattowitzer Hammer (1486), Kokocziniec (1650), mit Eisenerzen versorgten und so der alten und wieder von Herzog Johann von Oppeln und dem Markgrafen Georg von Brandenburg, Besitzern der Herrschaft Beuthen, am 30. April 1526 den Bergleuten neugewährten Bergfreiheiten teilhaftig wurden, nämlich,

„dass sie kein amtmann, vogt oder richter, sie seien geistlich oder weltlich, edel oder unedel, auch des bergwerks arbeiter nit vergewaltigen noch misshandeln, sondern sie schützen, schirmen und bei recht behalten soll. Wir geben ihnen auch die Gnad und die Freiheit, dass sie unsere Wasserfluss hüten, mal- und prettmölen, pochwerken gebrauchen mögen, dass sie unsere Wälder genissen, hauen, auch weg und strassen haben und davon den gebührlichen zehnten geben“.

Als Fundstellen der Eisenerze, besonders der in unserem Kohlengebirge vorkommenden und durch Duckelbau gewonnenen Toneisensteine, waren damals bekannt: die im „Schadokholz“ bei Elgut, die Holde, d. h. Halde, nach der die Zalenzer Halde ihren Namen führt (Vergl. Hohmannsche Karte 1768), ferner die von Kochlowitz, Radoschau und endlich die Brauneisenerzlager von Chorzow, Maczejkowitz und die in „Szerokie Doly“ bei Mittel-Lagiewnik.

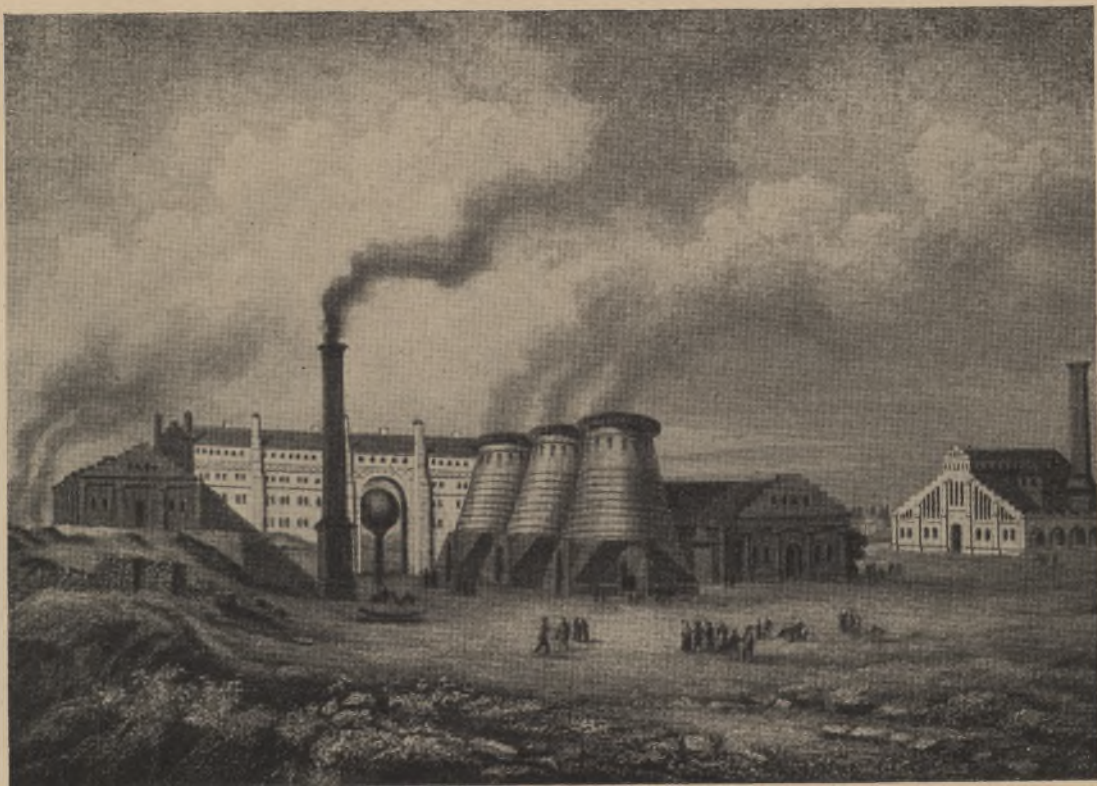
Wann die Schwientochlowitzer Bergfreiheit entstanden und wieder eingegangen ist, lässt sich nicht nachweisen, aber sie schlief nur den Dornröschenschlaf. 1818 taucht ihr Name neu auf.

Nachdem nämlich der alte Blei- und Silberbergbau bei Tarnowitz 1784 wieder aufgenommen worden war und die seit dem 19. Januar 1788 dort im Betrieb befindliche erste „Feuermaschine“ die Reste der dortigen Wälder zu verzehren drohte, beauftragte der Staatsminister von Heinitz, gestützt auf die hier an den Ausbissen der Flöze bereits bekannten Kohlenfunde, z. B., die der „Brandenburggrube“ bei Ruda, der „Jadwiga“ bei Chorzow etc., einen Berggeschworenen 1790 mit der Aufkundschaftung der hiesigen Kohlenlager.

Diesem glückte es noch in demselben Jahre im Czarnawkataler bei Zabrze und 1791 hier bei Nomiarki in elf Meter Tiefe ein Kohlenflöz von drei Meter Mächtigkeit zu erschürfen, worauf dann dort die „Luisengrube“ und hier die Schächte „Schuckmann“ und „Prinzessin“ abgeteuft wurden. Da aber die beiden letzteren Schächte unter zu grossen Wasserzuflüssen litten, wurde schon 1795 auf der Höhe des Lagiewniker Waldes, wo sich jetzt der Bahnhof Königshütte befindet, der neue Wilhelmschacht mit einer Wasserhaltungsmaschine errichtet und am 24. Juli 1800 die bisherige sogenannte Königliche Kohlenzeche mit dem Namen „Königsgrube“ belegt.

Das Hauptmotiv ihrer Entstehung war, wie schon erwähnt, die „Feuermaschine“ mit dem erforderlichen Heizmaterial zu versorgen. In welcher Weise dies geschah, illustriert ein Vermerk in den damaligen Chorzower Ablösungsakten, nach denen der damalige Probst Bojarsky bis 30 Stück Ochsen hielt, deren grösster Teil zur Anfuhr von Steinkohlen nach der Friedrichshütte bei Tarnowitz für die „Feuermaschine“ benutzt wurde.

Da aber die hier erschlossenen unerschöpflichen Kohlenflöze über dieses erforderliche Mass weit hinausgingen, anderseits der anderweitige Kohlenverbrauch infolge der Voreingenommenheit des Volkes, bei dem das Verbrennen der Steinkohle als Beschleunigung des Weltendes und deshalb als Sünde galt, selbst trotz der schon von Friedrich d. Gr. am 25. April 1775 darauf zugesicherten hohen Prämien von 1 bis 100 Tlr. noch sehr gering war und über die Verwendung in den Schmieden, Ziegeleien und Brennereien kaum hinausging, sah sich der Bergfiskus gezwungen, weitere Verwendungsmöglichkeiten zu erproben.



Die Königshütte im Jahre 1810. — Nach einem alten Stich.

Reden war es, der die Verwendung der Steinkohle statt des Holzes zur Erzeugung von Roheisen betrieb. Da die naheliegenden Eisenerzfelder von Nacló, Radzionkau, Tarnowitz, Lagiewnik, Zalenze u. a. reiche Schätze boten und hier ausreichende Mengen von Kohlen vorhanden waren, so sollte neben der Königsgrube (deren Flöze seit 1791 abgebaut wurden) auch eine Eisenhütte entstehen. Und da die in Malapane und in der Gleiwitzer Hütte 1795 angestellten Versuche, beim Hochofenbetrieb nach englischem Vorbild durch Verkoken entschwefelte Steinkohle zu verwenden, vollen Erfolg hatten, erhielt Reden am 15. November 1797 die Königliche Genehmigung zur Anlage eines Kokshochofenwerkes neben der „Königsgrube“.

Die erste Sorge des Oberbergamtes in Breslau war die Erwerbung von Grund und Boden aus den Dominial- und Rustikalanteilen der umliegenden Gemeinden. Schon am 7. Mai 1798 verkaufte der Propst Cyrillus Wassowicz in Chorzów das Feld und die Fischteiche Slupnia Pańska und Spollyska nebst Masikowietz, zusammen 12¾ Morgen gegen einen jährlichen Zins von 40 Thalern. Vom Gutsbesitzer Mikurek aus Mittel-Lagiewnik erwarb das Oberbergamt weitere 16 Morgen zu 24 Thalern und im Jahre 1800 noch 9 Morgen zu je 16 Thalern zur Anlage einer Eisenhütte und

zur Errichtung von Arbeiterkolonien. Für diese behielt sich Mikusch bei Errichtung einer Schänke das Verlagsrecht von Getränken vor.

Wenige Tage nach dem Erwerb der Chorzower Gebietsteile wurde bereits am 31. Mai 1798 mit dem Bau der ersten Arbeiterkolonie „Königshütte“ begonnen. Acht Häuser mit je 5 Wohnungen entstanden dort, wo sich heute die Kalidestrasse befindet. Diese Koloniehäuser bilden den Grundstock der heutigen Stadt Königshütte. Das Hüttenamt, als staatliches Verwaltungsorgan für seine Kolonie, die als souveräne Ortschaft bestand und deren Bewohner weder kommunale Rechte noch Pflichten hatten, errichtete 1802 eine Simultanschule für die Kinder der Beamten und Bergleute, ferner ein Amtsgebäude mit Direktorwohnung. Schliesslich erhielt das Hüttenamt auch die Schank-, Schlacht- und Backgerechtigkeit. 1804 entstand eine Postanstalt. Für die Evangelischen wurde 1836 im Schulhause ein Betsaal eingerichtet. Der Pastor von Beuthen versah die Seelsorge bis 1844 die Elisabethkirche fertig war. Die Katholiken besuchten je nach der Lage ihres Wohnortes die Kirche in Beuthen oder in Chorzow. Sie erhielten erst 1852 eine Kirche, die Barbarakirche in der Hindenburgstrasse und 1856 die erste katholische Schule (Volksschule II). Im Jahre 1810 baute man das erste Knappschaftslazarett. Als sich dieses als unzulänglich erwies, wurde es zur Schule umgewandelt, an der zwei evangelische Lehrer wirkten. Anstelle des alten Lazarets ist dann ein neues für 100 Kranke erbaut und 1840 bezogen worden. Es war Eigentum der Hauptknappschaftskasse und für die Knappschaft des Gleiwitzer, Beuthener und Myslowitzer Reviers bestimmt.

Die „Kolonie Königshütte“ zählte 1802 bereits 18 Familienhäuser, wuchs 1810 auf 21 und 1812 auf 27 Familienhäuser an. Seit 1816 wurde der Postkurs Breslau—Krakau nicht mehr über Beuthen—Bendzin, sondern über Beuthen—Königshütte—Myslowitz nach Krakau gelenkt.

Das Gelände der Königshütte hat schon am 26. November 1802 eine Erweiterung um 12650 Quadratlatcher Waldland westlich der Hütte erfahren. Verkäufer war der Gutsherr von Schalscha aus Ober-Lagiewnik, der das Waldland gegen 1100 Thaler und Lieferung von 5000 Scheffeln Staub- und 1200 Scheffeln Stückkohle für seine herrschaftlichen Ziegeleien abtrat. Das für die künftige Halde bestimmte Grundstück sollte binnen 12 Jahren vom Walde geräumt werden. Im nächsten Jahre schloss die Hütte mit dem Gutsherrn von Schalscha einen weiteren Vertrag ab, und zwar auf Entnahme von jährlich 5000 Kübeln Eisenerz zu je 2 Sgr. pro Kübel. Am 2. August 1804 überliess von Mikusch der Königshütte auch das Brauurbau und die Schankgerechtigkeit gegen einen jährlichen Kanon von 40 Thalern. 1803 und 1809 erwarb die Hütte weitere 33½ Morgen gegen einen Erbziens von je 2 Thalern von der Dorfgemeinde Chorzow zur Errichtung eines künstlichen Teiches und 1812 von Herrn von Schalscha 5 Morgen zur Anlage der sogenannten „Kohlenstrasse“ nach Beuthen und am 23. März 1816 weitere 113 Morgen Waldland für 4800 Thaler, auf dem dann später, 1836, die Häuser der Kolonie „Ober-Lagiewniker Bergfreiheit“ errichtet wurden. Die Kolonie bestand aus 18 Häusern, die schlüsselfertig für je 500 Thaler an die Bergleute abgegeben und von diesen dann mit 10 v. H. amortisiert wurden.

Seit 1802 ist der Erzbedarf ständig gewachsen, damit stieg auch die Förderung der Steinkohle, die von den verschiedenen Eisen- und Zinkhütten in steigendem Masse verbraucht wurde. Notwendigerweise erwachte auch die Frage nach den besten Verkehrs-, den An- und Abfuhrwegen für Kohlen und Erze von Grube zu Hütte.

Reden plante zunächst einen schiffbaren Stollen (ähnlich dem „Fuchsstollen“ bei Waldenburg) nach dem Klodnitzkanal. Die Fertigstellung dieses 1799 begonnenen, Hauptschlüssel-Erbstollen genannten Kanals von fast 13 km Länge schritt so langsam vorwärts, dass er die Königsgrube erst 1863 erreichte. Die anderen Pläne einer Kohlenbahn von 1804 und 1816 scheiterten, da sich das Dampfmaschinenmodell als zu schmalspurig und zu schwach erwies. Als letztes Mittel blieb jetzt nur noch eine gute Steinstrasse übrig.

Am 9. August 1818 schloss nun das Oberbergamt, das durch den Hüttenbaudirektor Wedding vertreten war, mit dem Schwientochlowitzer Gutsherrn Porembski einen Erbpachtvertrag ab auf Ueberlassung von Gelände von 441 Ruten Länge, zusammen 13,5 Morgen, zu je 40 Thalern zur An-



Barbarakirche in der Hindenburgstrasse.

lage einer Kunststrasse, die nach Zabrze führen sollte. Der Oberbauinspektor Lehmann der Königshütte hat die Strasse alsdann gebaut. Anlässlich der Reise des damaligen Kronprinzen und späteren Königs Friedrich Wilhelm IV. von Gleiwitz nach Königshütte erhielt die Strasse den Namen „Kronprinzenstrasse“. Sie hat heute noch in den Gemeinden, durch die sie führt, diesen Namen. In Königshütte heisst sie jetzt Hindenburgstrasse.

Dem neuen Verkehrswege schmiegte sich bald eine ganze Reihe neuer Siedlungen an. Den Anfang damit machte das Oberbergamt; es erwarb am ebendemselben 9. August 1818 von dem Gutsherrn Porembski „am dritten Wäldchen“ der zu errichtenden Kunststrasse ein Stück Land, 142 Ruten lang und $28\frac{1}{2}$ Morgen gross, für eine jährliche Pacht von 54 Thl. 10 Sgr. zur Etablierung einer Kolonie. Sie erhielt den Namen „**Schwientochlowitzer Bergfreiheit**“. Ursprünglich zählte sie 11 Häuser, die Eigentum der Arbeiter waren. Die Kolonie unterstand dem Hüttenamte, das namens des Bergfiskus die Dominialrechte ausübte.

Im weiteren Anschluss an die neue Strasse errichtete die Königshütte auf dem nördlich von Schwientochlowitz gelegenen Hügel Kamionka einen neuen Schacht, der nach der Prinzessin Charlotte, der Schwester Wilhelms I., und späteren Gemahlin des Zaren Nikolaus I. „**Charlottenschacht**“ benannt wurde. Um den hier beschäftigten Arbeitern ein nahes Heim zu bereiten, verpflichtete sich Gutsherr Porembski laut Vertrag vom 13. März 1823 „im rechten Winkel zur Kolonie

„Schwientochlowitzer Bergfreiheit“ gegen Mittag“ die neue **Kolonie „Charlotte“** mit acht Schrotthäusern zu erbauen. Jedes Haus erhielt 4 Morgen Waldland gegen einen jährlichen Grundzins von 2 Thalern pro Morgen. Die Häuser, zu deren Errichtung Porembski einen Zuschuss von 50 Thalern je Haus von der Bergbau-Hilfskasse erhielt, durften nur an Knappschaftsgenossen veräußert werden. Die Kaufsumme betrug 130 Thaler je Haus, wovon 65 Thaler sofort und der Rest in Raten von 2 Thalern je Monat zu leisten waren. Im Jahre 1845 zählte die Siedlung 18 Häuser und 257 Einwohner. 1854 erfuhr die Kolonie Charlotte eine Erweiterung, indem laut Vertrag vom 27. April 1854 die Gutsherrschaft Schwientochlowitz dem Bergfiskus einen östlich der alten Kolonie gelegenen Hutungsleck von 18 Morgen abtrat und dafür je 100 Thaler pro Morgen und die Tagbaulichkeiten des beim Bau des Hauptschlüssel-Erbstollens entstandenen Martinschachts bei Lipine erhielt. Die erworbenen 18 Morgen überliess der Fiskus laut Vertrag vom 13. September 1854 geschenktweise 24 auf der Königsgrube beschäftigten Bergleuten unter der Bedingung, dass jeder auf dem ihm überwiesenen Grundstücke unter darlehnsweiser Gewährung von Vorschüssen ein Haus zur Aufnahme von Bergleuten erbaut. So entstand 1854—56 auf den Brüchen in der Richtung der Halde die Kolonie **„Neu-Charlottenhof“**. Beide Anteile der Charlottenkolonie (nicht zu verwechseln mit dem heutigen Charlottenhof), samt Pniaki unterstanden der Schwientochlowitzer Gutsverwaltung, aber der Königshütter Polizeiverwaltung, bis sie, und zwar die beiden „Charlottenhof“ und „Schwientochlowitzer Bergfreiheit“ einerseits und Pniaki andererseits gemäss den Gesetzen vom 31. Dezember 1842 und 29. Mai 1861 „betreffs Verpflichtung zur Armenpflege bzw. Bildung von geschlossenen Gemarkungen behufs besserer Veranlagung zur Grundsteuer“ zu eigenen Gemeindebezirken im Gutsverbande Schwientochlowitz erhoben worden sind. Mit der Entstehung des Vorwerks Charlottenhof um 1824 und nachdem der Charlottenschacht nach dem Einstellen der Förderung nur noch ein Luftloch des Hauptschlüssel-Erbstollens geworden war, trat der Name „Charlotte“ gegen „Charlottenhof“ ganz zurück.

Im Jahre 1830 begannen Verhandlungen mit dem Grafen Henckel von Donnersmarck über die Errichtung einer **Kolonie „Pniaki“** auf Schwientochlowitzer Grunde. 139 Morgen sind in den Jahren 1836—38 in 3—7 Morgen grossen Parzellen an 25 Erbpächter vergeben worden. Jeder Siedler hatte je Morgen 1,5 Thaler Pacht zu zahlen und nach Erbauung des Hauses von jedem Kammermann 1 Thaler Zins zu entrichten. Laut Rezess vom Jahre 1851 wurden die Stellen gegen Zahlung einer durch 56½ Jahre zu leistenden Rente von zusammen 215 Thalern freies Eigentum ihrer Wirte. 1840 zählte die Siedlung 20 Häuser und 145 Einwohner, 1849 waren es 30 Häuser und 251 Einwohner.

Infolge des Gemeinheitsteilungsgesetzes vom 7. Mai 1821 kam auch die alte gemeinsame Waldhütung zur Aufteilung, wobei nach den Hutungsablösungsrezessen vom Jahre 1824 und 1826 auf den Besitzer von Ober-Heiduk, **Erdmann** Sarganek, von Ober- und Mittel-Lagiewnik 17 und 22 Morgen entfielen. Diese Flächen, die noch vor der Uebergabe von dem darauf befindlichen Kiefernwalde abzuholzen waren, wurden durch weiteres Gutsfeld abgerundet und 1826 bis 1834 an 25 Erbpächter mit 1 bis 9 Morgen bei einer Anzahlung von 6 bis 250 Thalern und einem jährlichen Grundzins von 2 Thalern je Morgen vergeben. Jeder Kolonist verpflichtete sich, innerhalb dreier Jahre ein Haus darauf zu erbauen, für jeden Einlieger ein Schutzgeld von 1 Thaler und bei jeder Besitzveränderung 5% Laudemium an die Gutsherrschaft zu entrichten. Diese Last ist am 7. Februar 1857 durch ein Rentenkapital von 1226 Thalern 20 Silbergroschen abgelöst worden. So entstand dicht anschliessend an die Hütte, in der Linie der späteren Kaiser-, der heutigen Adolf-Hitler-Strasse, die **Kolonie „Erdmannswille“**. Zu ihrer weiteren örtlichen Ausstattung erhielt sie 1836 eine gutsherrliche Arrende, die spätere „Urbanglocke“, 1847 eine Apotheke und 1848 die sogenannte „Aktienchaussee“ nach dem 1845 entstandenen Bahnhof „Königshütte in Schwientochlowitz“. 1852—57 wurden die erbzinslichen Stellen durch Zahlung einer Rente abgelöst.

Den Hutungsseparationen zwischen den einzelnen Gemeinden folgten 1837 die zwischen den Gutsherren und den bäuerlichen Interessenten zwecks Ablösung der Hutungs- und Waldnutzungsrechte. Nach solch einem Zumessen und Zuteilen von Ackerparzellen entstand die Mittel-Lagiewniker **Kolonie „Nomiarki“**. Bei ihrer Eingemeindung nach Königshütte zählte sie 20 Gebäude mit 173 Einwohnern.

Unterdessen entstanden im Anschluss an die „Kolonie Königshütte“, die „Kronprinzenstrasse“ und die „Beuthener Kohlen-Strasse“ auf dem benachbarten Lagiewniker Boden zahlreiche neue Siedlungen, die mit dem Wachsen der Hütte, dem Ausbau der Chaussee Königshütte—Chorzow im Jahre 1835—37 und Königshütte—Domb im Jahre 1854, der Einführung der Eisenbahn 1845 und der Erschliessung des Ostfeldes der Königgrube 1848 zu volkreichen Kolonien mit den amtlichen Namen Kolonie Ober-, Süd-, Mittel-Lagiewnik „Pniaki“ und „Wandelberg“ geworden sind. Diese und die übrigen Kolonien erhielten 1825 einen eigenen gemeinsamen Friedhof und wurden bald infolge der Errichtung der beiden Kirchen (der evangelischen im Jahre 1844 und der katholischen Barbarakirche im Jubiläumsjahr der Hütte 1852) zum Mittelpunkt des kirchlichen Lebens auch für die Gemeinden der nächsten Umgebung.

Die ständig steigende Arbeiterzahl verursachte eine fühlbare Wohnungsnot. Der Grubenfiskus sah sich nach neuen Siedlungsgrundstücken um. In **Nieder-Heiduk** lag am „Schwarzen Graben“ ein Mühlengrundstück, die „Charlottenmühle“, die 1812 abbrannte, wobei der Besitzer Chrobok mitverbrannte. Darauf ging die Mühle auf seinen Sohn Stanislaus über; dieser verkaufte sie 1817 für 566 Thaler an einen gewissen Klimsa, der die Tochter Marianne des Stanislaus Chrobok geheiratet hatte. Nach weiterem Besitzwechsel kam die Mühle am 1. März 1855 für 8000 Thaler an den Grubenfiskus, der das Grundstück im Jahre 1856—58 mit je 90 Quadratruten an 29 Häuer mit der Bestimmung überliess, auf jedem Platze ein Haus nach Anweisung der Grubenbeamten zu erbauen und zu möglichst vielen Arbeiterwohnungen einzurichten. Diese unter Gewährung von Bauprämien und Bauvorschüssen in 6 Parallelstrassen entstandene neue Arbeitersiedlung wurde vom Volke, entsprechend ihrem Ursprung und ihrer Lage, „**Klimsawiese**“ genannt. Schon 1866 erhielt sie eine eigene Knappschaftsschule. Dasselbe Jahr brachte die Kolonie einen weiteren Aufschwung und zwar durch einen grossen Zuzug von Bergleuten aus dem Hultschiner Ländchen, die des Krieges wegen ihre Arbeitsstellen im Ostrauer Revier verloren hatten und sich nun hier niederliessen und so die Zahl der Häuser bis 1868 von 29 auf 58 verdoppelten.

Die älteren Erwerbungen des Hüttenfiskus wurden dem im Jahre 1802 angelegten Hypothekenfolium der Königshütte selbst zugeschrieben, für die späteren aber ist der Besitztitel in den Hypothekenbüchern der Dörfer und Rittergüter, von denen Abtretungen erfolgten, berichtigt worden. Dieser Umstand ist für die Entwicklung der Gemeindeverhältnisse von Königshütte von Wichtigkeit. Zwei verschiedene Siedlungsgruppen waren entstanden. Der eine Bestandteil der künftigen Stadtgemeinde ist aus jedem Verbands mit anderen Gemeinden oder Gütern abgelöst worden (das war das Areal der eigentlichen „Königshütte“ mit 250,59 Morgen und die Kolonie „Schwientochlowitzer Bergfreiheit“ mit 39 Morgen, zusammen rund 290 Morgen). Der andere Bestandteil, der aus verschiedenen Besitzungen der angrenzenden Rittergüter und Gemeinden zusammengesetzt war, blieb, obgleich im Besitze der Königshütte, im Guts- und Gemeindeverband. Diese mit anderen Gemeinden noch in kommunalem Verbands stehenden Siedlungen waren

in der **Gemeinde Mittel-Lagiewnik** die Kolonien:

„Mittel-Lagiewniker-Pniaki“, „Nomiarki“, „Mittel-Lagiewniker-Colonie“ und „Wandelberg“;

in der **Gemeinde Ober-Lagiewnik** die Kolonien:

„Ober-Lagiewniker-Bergfreiheit“, „Ober-Lagiewniker Colonie“ und „Süd-Lagiewnik“ und

in der **Gemeinde Nieder-Heiduk** die Kolonie:

„Klimsawiese“.

1840 waren auf fiskalischem Grunde 110 Gebäude mit 778 Einwohnern vorhanden; 1852 erst 114 Gebäude aber mit 744 Bewohnern und 1864 zählte man 183 Gebäude mit 1144 Einwohnern.

Es bleibt also nur der Schluss übrig, dass die durch den Fortschritt der Hütte notwendig gewordene Vermehrung der Arbeiterbevölkerung der unmittelbaren Nachbarschaft der Königshütte zur Last gefallen sein muss. Denn die königlichen Werke beschäftigten 1840 an Arbeitern 459 Personen, die mit Familienangehörigen eine Bevölkerung von 1195 Personen ausmachten. Auf fiskalischem Boden wohnten aber nur 778 Personen. 1852 wurden 1146 Arbeiter beschäftigt. Mit Familienangehörigen waren es 2629 Seelen, aber nur 744 wohnten auf fiskalischem Boden. 1864 beschäftigte man bereits



3627 Arbeiter mit 5336 Familienangehörigen, so dass insgesamt 8936 Seelen gezählt wurden. Jedoch nur 1144 Personen wohnten auf dem Boden des Hütten- und Grubenfiskus.

Die Gesamtzahl der von der Hütte und Grube gelohnten Arbeiter nebst ihren Angehörigen war also allmählich so gewachsen, dass auf fiskalischem Boden nur knapp 13% wohnen konnten. Der grösste Teil der anderen musste sich in nächster Nachbarschaft der Arbeitsstätte in den angrenzenden Gemeinden ansiedeln. Diesen Gemeinden oblag nun die Vorsorge für alle kommunalen Bedürfnisse dieser Arbeiterbevölkerung. Von den auf diese Weise in der Nähe der Königshütte entstandenen Kolonien, die ausschliesslich von solchen Personen bevölkert wurden, deren Tätigkeit als Arbeiter oder Gewerbetreibende in mehr oder minder direkter Beziehung zu den Industriewerken standen, bildeten wenige schon früh selbständige Gemeinden wie **Charlottenhof** (auf Schwientochlowitzer Dominialgrund unmittelbar neben der zur Königshütte gehörenden Schwientochlowitzer Bergfreiheit. 1840 erst 257 Einwohner, 1864 aber schon 1232!), **Erdmannswille** (auf Ober-Heiduker Dominialterrain dicht neben der Kolonie Königshütte. 1840 mit 272 Einwohnern, 1864 mit 509) und **Pniaki** (auf Schwientochlowitzer und Chropaczower Dominialland. 1849 mit 251 Einwohnern. 1864 mit 273).

Neben diesen selbständigen, mit dem Besitztum der Königshütte im Gemeinde liegenden, neu entstandenen Gemeinden bildeten sich um diese und zwischen ihnen eine Menge anderer Kolonien. Sie entstanden auf Grund und Boden, der meist von den benachbarten Rittergütern erworben war



Totalansicht der Könighütte um 1870. — Nach einer Skizze von H. A. Littmann.

und nach der Besiedelung den entstandenen Rustikalfeldmarken einverleibt wurde. Ein grosser Teil dieses Koloniegeländes war von der Könighütte direkt für Siedlungszwecke erworben worden; aber auch private Interessenten hatten für gewerbliche Zwecke im Dienste der Industriebevölkerung Grund und Boden erworben.

Zu diesen Gruppen von Kolonien kamen noch eine ganze Anzahl von Besitzungen, die vereinzelt zwischen diesen in buntem Gemenge auf Schwientochlowitzer, Ober- und Nieder-Heiduker sowie Chorzower Boden lagen.

Die Entstehungsgeschichte der Stadtgemeinde Könighütte stellt in der Tat ein eigenartiges Siedlungsproblem dar. Und die Gründung der Stadt war bislang ohne Beispiel. Als in späteren Jahren sich die grossen Landgemeinden Altwasser in Schlesien und Schöneberg bei Berlin an den Magistrat der Stadt Könighütte wandten mit der Bitte um Einsendung der Stadtgründungsakten, um zu erfahren, „wie man es macht“, um Stadt zu werden, werden sie daraus nicht viel für sich haben lernen können, da hier die Verhältnisse ganz anders lagen, als in jenen Gemeinden.

Das Bedürfnis, aus diesem Gemenge von Kolonien ein mehr oder weniger einheitliches Ganzes zu bilden, war schon bald fühlbar und ist seitens der übergeordneten Behörden als dringendes Bedürfnis angesehen worden. Es lag ja auch nahe, alle diese Kolonien, deren Bewohner als Beamte und Arbeiter sämtlich von der Hütte und Grube lebten, deren übrigen Bewohner durch ihr Gewerbe oder sonstige Beschäftigung untereinander und mit den Werksangehörigen dieselben kommunalen Bedürfnisse hatten, zu einem geschlossenen Gemeinwesen zu vereinigen. Die Frage der Leistungsfähigkeit einer neuen Gemeinde, die Frage der Schaffung eines durch eine städtische Verfassung bedingten grösseren Verwaltungsapparates und die Errichtung der damals noch fehlenden öffentlichen Gebäude schien nicht schwierig zu erledigen. Man hatte unter den an der Stadtgründung Interessierten die Ueberzeugung gewonnen, dass die beabsichtigte Neubildung sich zu einer lebensfähigen und nützlichen gestalten würde und dass ihre Fortentwicklung für die Zukunft reichliche Früchte verhiesse. Man zweifelte nicht, „dass dem gewöhnlichen Gange der Dinge nach der Begründung der Stadt Könighütte ein Aufblühen des Gewerbebetriebes und Verkehrs, Herstellung der bis dahin äusserst mangelhaften öffentlichen Ordnung, Ausbreitung von Gesittung und Bildung und die Gewinnung eines neuen Schutzortes für die gedeihliche Pflege **deutschen** Lebens in Kraft und selbstgeschaffener Ordnung zur Folge haben würde.“

Es muss damals ein wunderliches Gemenge von Wiese und Wald, von Gruben und Halden und rauchenden Hüttenschloten und leuchtenden Hochöfen neben planlos hingeworfenen und geschmacklos gebauten Siedlungshäusern gegeben haben. Dörfliche und städtische Bauformen schoben

sich durcheinander und der äussere Anblick der künftigen Stadt war denkbar hässlich und planlos. Aber die Verfechter der Stadtgründung wiesen mit Recht darauf hin, „dass schon an vielen Orten eine aufblühende Industrie den Glauben beseitigt hat, dass nur in eng aneinander gebauten Wohnplätzen die Bewohner solch gleichartige Interessen und Bedürfnisse haben können, um die Bedingungen städtischen Lebens gelten zu lassen und dass mehr als Tage und Entfernung, die Verteilung der Rechte und Pflichten, sowie die Möglichkeit einer gleichmässigen Lebensordnung städtische Verfassungen zum Quell gesunder Lebensentwicklung machen.“ Die Rechtsverhältnisse aber der neu zu gründenden Gemeinde gestalteten sich höchst merkwürdig. Es verstand sich nach damaligen Rechtsanschauungen von selbst, dass die fiskalischen Grundstücke aus dem kommunalen Verbandsverband mit den Guts- und Gemeindebezirken, aus denen sie erworben waren, sofort austraten. Aber andererseits bildete der fiskalische Grundstückskomplex in sich ebenfalls keinen Kommunalverband. Die Verfassung der preussischen Landgemeinden, berechnet auf eine Gemeinschaft bäuerlicher Besitzer, passte durchaus nicht auf die neue Ortschaft, in der der Fiskus zunächst wohl der einzige Grundbesitzer, und zwar kein bäuerlicher, war. Es hätte nun nahe gelegen, die Ortschaft als Gutsbezirk, den Fiskus als Gutsherrn zu behandeln. Allein diese Auffassung hat der Fiskus bis zuletzt beharrlich abgelehnt, vermutlich deshalb, weil sie ihm die Pflicht auferlegt haben würde, die Kosten der Kommunalverwaltung zu tragen. Bisher hatten die Bewohner fiskalischen Bodens weder kommunale Rechte noch Pflichten. Das Kgl. Werk war souverän. Da indessen der Ort eine Verwaltung haben musste, so gestaltete sich der tatsächliche Zustand, ganz wie in einem Gutsbezirk, dahin, dass der Vorstandsbeamte des Königlichen Hüttenwerks die ihm ohnedies dienstlich untergeordnete Bevölkerung auch in ihren kommunalen Verhältnissen regierte und die Kosten der Verwaltung aus fiskalischen Mitteln bestritt. Es blieb dem Fiskus nichts anderes übrig. Es ist bemerkenswert, dass der Beuthener Landrat von Tischowitz in einer Denkschrift vom 30. Juni 1850 als vorläufige Lösung der kommunalen Verhältnisse die Bildung einer „Landgemeinde Königshütte“ ansah und die Stadterklärung auf spätere Zeiten verschoben wissen wollte. Die vorgesehene Landgemeinde wies im allgemeinen bereits den später verwirklichten Umfang der Stadt Königshütte auf, wollte aber darüber hinaus im Westen auch noch die Ortschaften Chropaczow (Schlesiengrube), Schwientochlowitz und Schwarzwald in den geplanten Bezirk des „Dorfes“ Königshütte einbeziehen. Aus dieser Landgemeinde Königshütte ist nichts geworden. Wenn der Ort eine Landgemeinde nicht sein konnte und ein Gutsbezirk nicht sein sollte, so fehlte es ihm an einem festen Rechtsboden, so gab es keinen Rechtstitel, unter dem man die Bewohner des fiskalischen Grundstückskomplexes zu Steuerleistungen hätte heranziehen können. Uebrigens werden die Kosten nicht bedeutend gewesen sein, da Knappschaft und Bergbauhilfskasse und Freikuxgelderfonds erhebliche Zuschüsse leisteten.

Dennoch muss die Kostenlast dem Fiskus bald unbequem geworden sein. Anders ist die Erscheinung nicht zu erklären, dass man neue Arbeiterkolonien, wo deren Gründung nötig wurde, nicht in „Königshütte“, sondern fast ausschliesslich auf dem Grunde der benachbarten Guts- oder Gemeindebezirke angelegt hat. Die Grundflächen, die man, meist aus den Gutsbezirken, ankaufte und parzellenweise den Arbeitern überliess, wurden, nachdem sie von diesen mit Häusern bebaut waren, dem nächsten Gemeindebezirk einverleibt. So kam es, dass die Bevölkerung von Königshütte keineswegs in dem Verhältnisse zunahm, in dem Bergbau und Hüttenbetrieb sich steigerten. Nach amtlichen Angaben vermehrte sich die Bevölkerung von „Königshütte“ in dem Zeitraume von 1840 bis 1864 von 778 Seelen auf nur 1144, also um 45,2 Prozent, während in dem gleichen Zeitraume die Roheisenproduktion der Hütte von 79 191 Zentnern auf 462 692 Zentner oder um 439 Prozent, die Produktion der Gruben von 279 586 Tonnen auf 3 163 354 Tonnen oder um 1032 Prozent, die Zahl der vom Hütten- und Grubenbetrieb lebenden Arbeiter einschliesslich Familie von 1195 auf 8963 also um 650 Prozent, die Bevölkerung des Kreises Beuthen überhaupt um 175,54 Prozent sich vermehrte. Von 1840 bis 1864, in der Zeit eines ungeheuren Wachstums der Industrie, war der Prozentsatz der in „Königshütte“ vom Hütten- und Grubenbetrieb lebenden Personen von 65,18 auf 12,76 gesunken. Aber auf die Dauer war die Zurückstellung einer Bevölkerung nicht durchführbar, die mit allen Bedingungen ihres Daseins auf die grossen Industrieanstalten zu „Königshütte“ angewiesen war. Je mehr sich die Bevölkerung vermehrte, desto mehr Uebelstände ergaben sich aus der zerstreuten Lage der Ansiedelungen. Das Ineinanderlaufen der Bezirksgrenzen, die missliche Konkurrenz so vieler



Die Eisenwalzwerke der Königshütte um 1870. — Nach einer Skizze von H. A. Littmann.

Polizeiobrigkeiten, die barbarischen Zustände des Schulwesens — alles dieses machte eine Neuordnung der Gemeindeverhältnisse unabweislich. Lange widersetzte sich der Fiskus den seit den fünfziger Jahren hervortretenden Plänen der Gründung einer Stadt Königshütte. (Schon im Jahre 1853 hatte der damalige Landrat des Kreises Beuthen von Tischowitz das Statut einer Gemeindeverfassung für Königshütte und Umgebung vorgelegt; die Hüttenverwaltung widersprach; sie widersprach auch 1856, als der Plan aufs neue aufgenommen wurde). Man fürchtete das Entstehen einer grossen Gemeinde, welche die ganzen Arbeitermassen hätte umfassen müssen, die man den Nachbargemeinden zugeschoben hatte. Man wusste wohl, welche Fülle von Bedürfnissen ihrer Befriedigung harpte — war doch seit Jahren jede noch so nötige Mehrausgabe für Schulzwecke von dem Fiskus, der eine Rechtspflicht zu solchen Ausgaben nie anerkannt hat, abgelehnt worden. Sassen doch in einer Schulklasse kurz vor Gründung der Stadt 232 Kinder; hatte doch die neue Stadt nichts Eiligeres zu tun, als 9 neue Klassen zu errichten. Man wusste wohl, dass die zerstreute Lage der zu gründenden Stadt die Verwaltungskosten sehr erhöhen müsse. Ein im Jahre 1857 gemachter Versuch, wenigstens einen gemeinschaftlichen Polizeibezirk bei fortbestehender Trennung der Gemeindeverbände ins Leben zu rufen, scheiterte an den Schwierigkeiten, zwischen den beteiligten Gutsherrschaften und dem Kgl. Hüttenfiskus eine angemessene Regelung zustande zu bringen. Die Verhandlungen zogen sich erfolglos bis zum Jahre 1861 hin, wann endlich der Polizeibezirk gebildet wurde. Aber schliesslich waren die Verhältnisse mächtiger, als der Wille. Es fand sich nämlich noch ein bergtechnischer Grund, der zur Anlage einer Stadt hindrängte. Die Ausdehnung des Grubenbetriebes führte häufige Kollisionen mit den regellos angelegten Ansiedelungen herbei und machte die Aufstellung eines einheitlichen Bebauungsplanes dringend notwendig, der seinerseits wieder ein einheitliches Gemeinwesen zur Voraussetzung hatte. Daher nahmen 1865 die Ministerien für Handel und Gewerbe und des Innern die Städtegründung in die Hand. Aus der Bevölkerung wurden Proteste laut, der Provinziallandtag warnte: vergebens, die Gründung wurde ins Werk gesetzt. Ueber die finanzielle Leistungsfähigkeit der neuen Gemeinde stellte man amtlich eine Berechnung auf, deren Ergebnis war, dass die Werke und die Eisenbahn stets $\frac{3}{4}$, die Bürgerschaft $\frac{1}{4}$ aller Gemeindeabgaben würde zu tragen haben. Man vernahm eine Anzahl von Interessenten (übrigens nicht aus den Kreisen der Arbeiter), die dem Plane beistimmten, nachdem sie, wie Ohrenzeugen berichten, nochmals die bündige Versicherung gefordert und erhalten hatten, dass die Werke stets $\frac{3}{4}$ aller Gemeindelasten tragen würden. Sehr gelegen kam die Gründung der Stadt den Gutsherrschaften,

die nunmehr die Kosten ihrer Polizeiverwaltung der Stadt zuschieben konnten. Diese Herren, die früher ihre patrimonialen Polizeigewalten so eifersüchtig gehütet hatten, dass sie sich nicht einmal über die Bildung eines gemeinschaftlichen Bezirks hatten einigen können, waren jetzt so ungeduldig, dass sie nicht einmal die Organisation der Stadt abwarten wollten und eine Frist festsetzten, innerhalb der die Polizeigewalt ihnen unter allen Umständen abgenommen werden müsse.

Die Schwierigkeiten, die bei der Gründung der neuen Ortschaft auftauchen würden, sind in den Berichten des Landrats von Beuthen O/S. vom 27. März 1858 und 18. Januar 1861 ausführlich dargestellt worden. Nach jahrelangen Verhandlungen wich der Widerstand des Berg- und Hüttenfiskus einer besseren Einsicht. Es war der damalige **Oberberghauptmann Krug von Nidda**, der im Jahre 1865 den **Landrat von Beuthen Hugo Solger** veranlasste, die Bildung einer Stadtgemeinde Königshütte bei den Ministern für Handel und Gewerbe und des Innern aufs neue in Anregung zu bringen.

Im Abgeordnetenhaus wurde nämlich dem Fiskus vorgehalten, dass er durch seinen Wettbewerb mit der Privatindustrie letztere schädige. Auch zeigte es sich immer deutlicher, dass private Unternehmungen geschäftlich, wirtschaftlich besser fortschreiten können als fiskalische. Die Bemühungen Solgers hatten diesmal Erfolg. Der Fiskus sagte sich: Ich verkaufe das Hüttenwerk; da brauche ich die grossen Lasten der Neueinrichtung einer städtischen Gesamtgemeinde nicht zu übernehmen, und den armen Dorfgemeinden, die sich jahrelang auf meine Kosten abgequält haben, tue ich wenigstens bei meinem Wegtritte einen Gefallen, wenn ich die Stadtgemeinde Königshütte genehmige. Geheimrat Junghann schrieb zwar: „Die Bergverwaltung hielt den Zweck, als Musterwirtschaft für Privatunternehmen zu dienen, für erledigt und suchte das Hüttenwerk zu verkaufen. — Da man es nicht für zulässig hielt, das Werk in Privathände übergehen zu lassen, ohne vorher Ordnung in die verwinkelten Gemeindeverhältnisse gebracht zu haben, so wurde die baldige Zusammenfassung jener Kolonien in eine Stadtgemeinde mit voller Städteordnung beschlossen.“ Aber „Fiskus ist weder ein wohlwollender Grundherr, noch ein gefühlvoller Arbeitgeber. Er ist eine moralische Person und kennt als solche keine Regungen des Herzens, welche seinen Nachbarn zugute kommen... Armenpflege, Kommunal- und Polizeiverwaltung, alles dies verursacht den Gemeinden und Gutsherrschaften des Kreises ungewöhnliche Kosten, denen sich Fiskus, wo es irgend die Gesetzgebung gestattet, zu entziehen sucht und zu denen er, das Schreckgespenst der Oberrechnungskammer in der Perspektive, nicht mehr beiträgt, als er nach einem Streit um Heller und Pfennig durchaus zahlen muss.“ Diese Worte sind 1860 von dem damaligen königlichen Landrat Hugo Solger in Beuthen O/S. geschrieben worden, indem er zum Beleg seiner Worte ausdrücklich auf das Beispiel des fiskalischen Gutsbezirks Königshütte hinwies.

War das Anwachsen der einzelnen Arbeitersiedlungen um die Königshütte in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine natürliche, der Entwicklung des königlichen Hüttenwerkes proportionelle und parallele Erscheinung, so ist die Bildung der Stadtgemeinde Königshütte aus dem „Konglomerat von Hüttenkolonien“ (wie es in den Berichten heisst) ausschliesslich das Werk des zielbewussten und gegenüber der mächtigen Industrie sehr energischen Landrats Hugo Solger. Wir lesen mit Bewunderung in der Quellensammlung zur Geschichte der Stadt, wie sich Hugo Solger durch unzählige Hindernisse Bahn brach, wie er die bestehende Gesetzgebung, die sich in diesem Falle seinen Plänen hindernd in den Weg stellte, nach einer Lücke absucht, durch die er sein Ziel erreichen könnte; wir verfolgen den zähen Kampf dieses Mannes, bis endlich auch die höchsten Instanzen nachgaben und die königliche Unterschrift unter die Stadtgründungsurkunde gesetzt war. In einer ausführlichen Denkschrift vom 24. Mai 1867 hat Landrat Hugo Solger das Für und Wider einer Stadtgründung erörtert und so überzeugend die Notwendigkeit der Bildung der neuen Gemeinde begründet, dass jeder Widerstand erlahmte.

Die unter dem 18. Juli 1868 ergangene königliche Bestätigung ist unter dem 17. April 1869 seitens des Herrn Oberpräsidenten der Provinz Schlesien wie folgt veröffentlicht worden:

Nachdem des Königs Majestät mittelst der Allerhöchsten Ordre vom 18. Juli v. J., welche wörtlich lautet:

Auf den Bericht vom 11. Juli ds. Js. will ich hierdurch, bei Rückgabe der Anlagen

I. genehmigen, dass mit dem selbständigen Gutsbezirke des Hüttenwerks Königshütte, im Kreise Beuthen O/S., folgende angrenzende Bestandteile benachbarter Guts- und Gemeindebezirke, als:

- 1) die zum Gutsbezirk Schwientochlowitz gehörige Kolonie Charlottenhof,
- 2) die im Gutsbezirk Ober-Heiduk gegründete Kolonie Erdmannswille,
- 3) die dem Gutsbezirke Schwientochlowitz angehörige Kolonie Pniaki,
- 4) die auf Mittel-Lagiewniker Gutsbezirks-Terrain gegründeten Kolonien Mittel-Lagiewniker Pniaki, Nomiarki, Mittel-Lagiewniker Kolonie und Wandelberg,
- 5) die auf Ober-Lagiewniker Gutsbezirks-Terrain errichteten Kolonien Ober-Lagiewniker Bergfreiheit, Ober-Lagiewniker Kolonie und Süd-Lagiewnik,
- 6) die auf Nieder-Heiduker Gutsbezirks-Terrain gelegene Kolonie Klimsawisna oder Nieder-Heiduk (Nummer 378 bis 409, 412 bis 468 der zurückfolgenden Pastorff'schen Karte), und die auf derselben Karte mit den Nummern 341 bis 369, 371 bis 377 bezeichneten, zum Dorfgemeinde-Verbande Nieder-Heiduk gehörigen Besitzungen,
- 7) die dem Gutsbezirke Ober-Heiduk angehörigen Grundstücke Nr. 370 bis 410 und 411 der gedachten Karte,
- 8) die unter Nr. 2 der Karte verzeichnete Parzelle des Gutsbezirks Schwientochlowitz,
- 9) die zum Bezirk der Landgemeinde Chorzow gehörigen Besitzungen Nummer 159, 161 bis 169, 469 bis 528 der Karte nebst den zugehörigen Ländereien, unter Abtrennung von ihrem bisherigen Gutsbezirks- oder Gemeindeverbande, zu einem einheitlichen Kommunal- und Polizeibezirke vereinigt werden, und

II. diesem vereinigten Kommunal- und Polizeiverbande die Verfassung als Stadtgemeinde, nach der Städteordnung für die östlichen Provinzen der Monarchie vom 30. Mai 1853 unter Beilegung des Namens

„Stadt Königshütte“

hierdurch ertheilen.

Bad Ems, den 18. Juli 1868.

(gez. Wilhelm).

Für den Minister des Innern.

(gegengez. v. d. Heydt).

An den Minister des Innern!

Die Vereinigung der darin sub I. namhaft gemachten Guts- und Gemeindebezirks-Theile mit dem selbständigen Gutsbezirke des Hüttenwerks Königshütte zu genehmigen, und dem so zu bildenden einheitlichen Kommunal- und Polizeiverbande die Verfassung als Stadtgemeinde nach der Städteordnung für die östlichen Provinzen der Monarchie vom 30. Mai 1853 unter Beilegung des Namens

„Stadt Königshütte“

zu ertheilen geruht haben, und die Ausführung der vorgedachten Allerhöchsten Ordre die Konstituierung sowohl der Stadtverordneten-Versammlung als auch der Magistrats-Kolegii erfolgt, auch die sonst nöthigen vorbereitenden Regelungen bewirkt sind, ist nunmehr

der Zeitpunkt für die wirklich erfolgte und vollendete Einführung der Städteordnung in Königshütte

der 1. Mai ds. Js.

anzusehen, was hiermit in Gemässheit des § 85 der Städteordnung vom 30. Mai 1853 zur öffentlichen Kenntnis gebracht wird.

Breslau, den 17. April 1869.

Der Königliche Wirkliche Geheime Rath und Ober-Präsident
der Provinz Schlesien
gez. Schleinitz.

Durch Kabinetts-Ordre vom 20. Juni 1884 ist der Name „Stadt Königshütte“ in „Königshütte Oberschlesien“ umgewandelt worden.

Mittels Allerhöchster Kabinetts-Ordre aus Baden-Baden vom 18. Oktober 1869 hat Se. Majestät der König von Preussen der Stadt Königshütte das hier abgebildete **Wappen** verliehen, das das Kgl. Herolds-Amt zu Berlin entwarf.

Lange Jahre noch blieb die „Stadt Königshütte Oberschlesien“ im Verbands des Landkreises Beuthen O/S., an dessen Geschichte sie von Anfang an Anteil hatte. Durch Verfügung des Herrn Ministers des Innern vom 12. März 1898 ist die Stadt **vom 1. April 1898 ab** aus dem Beuthener Landkreise für ausgeschieden erklärt worden und bildet seit dieser Zeit **einen selbständigen Stadtkreis**.

Im Jahre 1873 liess der Magistrat **das Stadtgebiet durch Marksteine begrenzen**. Damit war aber der Umfang der Gemeinde keinesfalls endgültig festgelegt. Denn bereits Ende 1871 beschloss der Kreistag von Beuthen, die **Kolonie Ober-Hayduk** mit dem Bismarckschachte nach Königshütte einzugemeinden; 1873 war dieses Projekt noch nicht durchgeführt, und der Magistrat gab sich der Hoffnung hin, „die Kgl. Regierung werde das ursprüngliche Projekt wieder herstellen, da nicht abzusehen ist, weshalb dasselbe, welches vor Jahresfrist durch allseitige Genehmigung als gut anerkannt worden ist, nach dieser kurzen Zeit unter gleichen Verhältnissen dem öffentlichen Interesse entgegenstehen sollte“.

Im Jahre 1879 machte die Stadtverwaltung den Versuch, das **Grubenfeld der Gräfin-Laura-Grube einzugemeinden**. Der Versuch scheiterte trotz der anfänglich guten Aussichten auf Erfolg an dem Widerstand des Kreises Kattowitz in der Ministerialinstanz. Die von seiten des Herrn Landrats v. Wittken zu Beuthen gleichzeitig angeregte **Ausgemeindung der Stadtteile Klimsawiese, No-miarki und Pniaki**, die zur Verkleinerung des Stadtgebietes und Verminderung der Einwohnerzahl der Stadt geführt haben würden, kam über die ersten Stadien der Verhandlung nicht hinaus.

Der Umfang des Stadtgebietes blieb seitdem lange Jahre hindurch unverändert. Erst 1934 sind die Grenzsteine erneut versetzt worden. Diesmal waren es nicht kommunale Gründe, die die Stadtgrenzen änderten, sondern politische Motive. Am 1. April 1934 schritten die polnischen Machthaber zur **Eingemeindung der Dörfer Chorzow und Neuheiduk**. Man hoffte auf diese Weise die bei künftigen Wahlen immer noch zu erwartende deutsche Mehrheit (zumal nach der nationalen Erhebung im Reich) verhindern zu können.

Das Dorf Chorzow (heute: Königshütte-Ost) gehörte vor 1922 zum Landkreise Beuthen, in polnischer Zeit zum Landkreis Kattowitz. 1930 hatten die Polen die Gemeinde **Maciejkowicz** (443 ha) mit 2023 Einwohnern der Gemeinde Chorzow eingegliedert. Jetzt sollte diese grössere Gemeinde Chorzow zu „Królewska-Huta“ geschlagen werden, um den deutschen Charakter der Stadt völlig zu verwischen und jede Erinnerung an den alten Namen „Königshütte“ auszutilgen. Man übertrug den Namen „Chorzow“ auf die gesamte neue Gemeinde und wählte das Wappen von Chorzow als Stadtwappen. Auch auf diese Weise sollte die Erinnerung an das deutsche Königshütte verwischt werden. Das Chorzower Wappen ist nun doch nicht so polnisch, wie man glauben machen wollte.



Chorzow und das mit ihm früher vereinigte Domb (heute Stadtteil von Kattowitz) erscheinen von Beginn der historischen Nachrichten an (1136) als Güter des Klosters des „Ordens vom Heiligen Grabe“ zu Miechow. Diese Ordensniederlassung zu Miechow war eine deutsche Niederlassung. Der Abt und sämtliche Konventsmitglieder waren Deutsche. Dem deutschen Abte Heinrich wurde seinerzeit das Dorf Chorzow zur Aussetzung nach deutschem Recht übertragen. Ein späterer Abt Heinrich spielte im sogenannten Aufstand der Deutschen im Krakauer Lande von Miechow aus eine hervorragende Rolle als Deutschumsführer. Es ist darum höchst wahrscheinlich, dass die Neuaussetzung der beiden klösterlichen Güter Chorzow und Domb gegen Ende des 13. Jahrhunderts nicht nur auf deutschrechtlicher Grundlage erfolgte, sondern dass diese neuen Dörfer damals auch direkt von deutschen Bauern angesiedelt und angelegt worden sind. Chorzow und Domb bilden mit anderen, ursprünglich deutsch besiedelten Dörfern des Beuthener Landes wie: Deutsch-Dombrowka, Kamin, Deutsch-Beckern, Rossberg, Schomberg (= Schönberg), Lagiewnik u. a. einen Kranz ursprünglich deutscher Siedlungsdörfer um die gleichfalls deutsche Stadtgründung Beuthen.

Ueber die Geschichte des Dorfes Chorzow schreibt Dr. P. Hübner folgendes:

„Ebenso wie das ganze erste Jahrtausend der christlichen Zeitrechnung für Schlesien ein weisses, unbeschriebenes Blatt ist, so sind auch die Urfänge von Chorzow in ein undurchdringliches Dunkel gehüllt. Ueber die Gründung und Entstehung fehlt jeder Anhalt, keine Urkunde ist vorhanden, die darüber Aufschluss geben könnte.

Nach den ältesten Nachrichten und dem übereinstimmenden Urteil der Geschichtsforscher waren es Slawen, die nach der im 4. und 5. Jahrhundert erfolgten Völkerwanderung Oberschlesien besiedelten. Auch Chorzow ist eine uralte slawische Gründung, in der Deutsche erst nach dem Einfall der Mongolen (1241) ansässig wurden.

In der Geschichte wird Chorzow zum ersten Male im Jahre 1136 erwähnt. Am 7. Juli 1136 bestätigte Papst Innocenz II. zu Pisa dem Erzbischof Jakob von Gnesen gewisse Besitzungen und Einkünfte, darunter den Zehnten vom Eisen, die diesem aus Schlesien und aus dem Beuthener Land zustehen.

In dieser Urkunde, die übrigens noch heute erhalten ist und sich im Kapitelarchiv in Gnesen befindet, heisst es:

Item villa ante Bitom, quae Zuersow dicitur, cum rusticis, argenti fossoribus, cum duabus tabernis nonnisi ad archiepiscopi pertinet jurisdictionem.

„Ebenso soll das Dorf vor Beuthen, welches Chorzow genannt wird, mit den Bauern, mit den Silbergräbern, mit 2 Gasthäusern der alleinigen Gerichtsbarkeit des Erzbischofs unterstellt sein.“

Eine Fülle interessanter, wissenswerter Tatsachen kann man aus dieser Urkunde schöpfen. Zu unserem grössten Erstaunen erfahren wir, dass Chorzow auf eine 800 Jahre alte Geschichte zurückblicken kann. Wer würde in der hiesigen Gegend, in der zahlreiche Ortschaften erst der verhältnismässig jungen Kohlen- und Hüttenindustrie ihr Entstehen verdanken, eine Gemeinde vermuten, die ein solch ehrwürdiges Alter aufweist!

Auffallend ist die Schreibweise des Ortsnamens Zuersow, deren sich die ältesten Urkunden bis etwa um das Jahr 1300 bedienen. Von da ab lautet der Ortsname Chorzow, vereinzelt aber taucht auch Karzuff und Garow auf. Nach einer früher verbreiteten Ansicht ist Chorzow von tchorz = Iltis, verächtlich aber auch Feigling, Hasenfuss, abzuleiten. Um Chorzow, so erklärte man, waren dichte Wälder, in denen furchtsame, scheue Bewohner Unterschlupf fanden. Diese Deutung erscheint aber sehr gesucht und unwahrscheinlich.

Einen besseren Anhaltspunkt für die Ableitung bietet die in der erwähnten Urkunde angewandte Schreibweise des Ortsnamens Zuersow. Es liegt sehr nahe, diesen Namen von zwierzę = das wilde Tier abzuleiten. Danach wäre Chorzow der Ort, wo viel Wild anzutreffen ist. Diese Annahme gewinnt an Wahrscheinlichkeit, wenn wir uns erinnern,



Bauernhäuser in Königshütte-Ost (Chorzow).

dass der polnische Herzog Boleslaus Chrobry (992—1025) sich in der Gegend von Beuthen ein Jagdschloss errichtet haben soll, wozu er sich eine besonders wildreiche Gegend ausgesucht haben wird.

Wie die Urkunde vom Jahre 1136 weiter ergibt, gehörte das Beuthener Land und damit auch Chorzow in kirchlicher Beziehung zum Erzbistum Gnesen, eine auffallende Tatsache, die aber leicht erklärt werden kann: Als nämlich der deutsche Kaiser Otto III. im Jahre 1000 eine Wallfahrt zum Grabe des heiligen Adalbert in Gnesen unternahm, hatte er, wie Grünhagen in seiner Geschichte Schlesiens berichtet, in Eilau bei Sprottau eine Zusammenkunft mit dem polnischen Herzog Boleslaus Chrobry. Die Folge dieses Zusammentreffens war die Loslösung Polens von dem deutschen Erzbistum Magdeburg sowie die Errichtung einer selbständigen kirchlichen Organisation für ganz Polen unter dem Erzbistum Gnesen.

Fast zu gleicher Zeit wurde auch das zum polnischen Reiche gehörige Bistum Breslau gegründet, das sich selbständig und ohne Anlehnung an ein deutsches Bistum ent-

wickelte. Die Abgrenzung der beiden Bistümer Gnesen und Breslau wurde lange Zeit hinausgeschoben, bis endlich Papst Gregor VII. zur Regelung der verworrenen Grenzverhältnisse einen Legaten entsandte. Die genauere Festsetzung der Grenzen geschah erst im Jahre 1123 durch den Kardinal Aegidius von Tusculum, den Legaten des Papstes Calix II. Durch päpstliches Privileg erfuhren die Grenzbestimmungen des Legaten Aegidius in Pisa am 7. Juli 1136 ihre Bestätigung. In dieser hierüber aufgenommenen Urkunde wird das Beuthener Land und Chorzow dem Erzbistum Gnesen zugewiesen.

Nur etwa 100 Jahre noch blieben das Beuthener Land und Chorzow beim Erzbistum Gnesen. Etwa um das Jahr 1250 kamen Beuthen und Chorzow zur Diözese Krakau, der sie bis in die neueste Zeit angehörten. Erst im Jahre 1821, also erst nach 80-jähriger preussischer Herrschaft wurden die Dekanate Beuthen und Pless dem Bistum Breslau einverleibt.

Politisch gehörten das Beuthener Land und Chorzow im Anfang des 11. Jahrhunderts zum Königreich Polen, ohne jedoch einen Bestandteil der ebenfalls zum polnischen Reiche gehörenden Provinz Schlesien zu bilden. In Polen regierte damals Herzog Boleslaus III. Bei Polen verblieb auch das Beuthener Land, als im Jahre 1163 das Grenzland Schlesien für immer bis auf den heutigen Tag vom Königreich Polen getrennt wurde und eigene von Polen unabhängige Herzöge aus dem Geschlechte der Piasten erhielt. Das Beuthener Land blieb unter polnischer Herrschaft noch bis zum Jahre 1179, wo König Casimir II. die Gebiete von Oświęcim und Siwierz (das spätere Neu-Schlesien) nebst dem Beuthener Lande an den schlesischen Herzog Miecislav von Ratibor abtrat. Seit diesem geschichtlich bedeutsamen Zeitpunkt ist das Beuthener Land gänzlich von Polen losgelöst, von da an beginnt seine Zugehörigkeit zu Schlesien, mit dem es ununterbrochen seit 750 Jahren verbunden ist und dessen Geschicke es bis zum heutigen Tage geteilt hat.

Die Urkunde von 1136 gibt uns ferner Aufschluss darüber, dass in Chorzow wie noch heutigen Tages Ackerbau getrieben wurde, und zwar scheint der Ackerbau die Hauptbeschäftigung der Bewohner gebildet zu haben. Dafür spricht der Umstand, dass die Bauern an erster Stelle genannt werden. Erst in zweiter Linie werden die Silbergräber und der Silberbergbau erwähnt. Die Urkunde stellt damit unbestritten das älteste geschichtliche Zeugnis dar, das über den Bergbau nicht bloss in Oberschlesien, sondern in Schlesien überhaupt vorhanden ist. Selbst der uralte Bergbau von Schmiedeberg, Kupferberg, Goldberg und Reichenstein wird erst durch spätere Urkunden bezeugt.

Die Chorzower Gegend war reich an Silbererzen, der Bergbau wurde jedoch bald durch Eindringen grosser Wassermassen lahmgelegt und als nicht mehr lohnend aufgegeben. Erst vier Jahrhunderte später begann man in der Chorzower Gegend wieder Bergbau zu treiben und zwar grub man Bleierz. Nach den vorhandenen Urkunden mutete man in den Jahren 1532—1553 im Chorzower Revier nicht weniger als 109 Schächte für Bleierz. Später um das Jahr 1597 wurde auch Eisenerz gewonnen.

Dass schliesslich die Bewohner von Chorzow bereits im Jahre 1136 an Durst litten, beweist die Erwähnung zweier Tabernen (Gasthäuser). Es fehlen allerdings weitere Angaben, insbesondere darüber, was es dort alles zu trinken gab. Die Silbergräber von Chorzow werden wohl zu ihren hauptsächlichsten Besuchern gezählt haben. Bemerkenswert ist dabei die Tatsache, dass die in der päpstlichen Urkunde vom Jahre 1136 erwähnten Gasthäuser noch heute bestehen. Diese noch heute allgemein als „bischöflich“ bezeichneten Gasthäuser sind das Dominialgasthaus von Kaluza an der nach Laurahütte führenden Chaussee, sodann das früher Wolf'sche, jetzt Suchan'sche Gasthaus. Wir dürfen mit Recht behaupten, dass diese beiden Gasthäuser die ältesten Gasthäuser nicht bloss Oberschlesiens, sondern ganz Schlesiens, vielleicht sogar von ganz Deutschland sind.

Leider fand die erste Blütezeit von Chorzow ein jähes Ende, als im Jahre 1241 der alles verheerende Mongolensturm durch das Land brauste. Chorzow wurde in einen

Trümmerhaufen verwandelt. Die Tataren, so heisst es in einer noch vorhandenen, bei der Regierung in Oppeln befindlichen Urkunde vom Jahre 1257, wüteten gegen die Dörfer Chorzow und Domb derart grausam, dass nur die kahlen Felder und der Name der Ortschaften verblieben, oder wie die Chronik sagt:

Sevierunt etiam ferro et igni in villas Charzow et Domb ita crudeliter, ut tantum nudae areae earundarum villarum et nomen remanserint."

Die Besitzverhältnisse blieben bei Chorzow seit dem 13. Jahrhundert, in dem es aus unmittelbarem herzoglichen Besitz in den des Klosters zu Miechow gelangte, unverändert die gleichen. Besitzer und Grundherr war seitdem immer das Kloster zu Miechow, das dem Hospitalmeister des „Hospizes zum heiligen Geist“ vor Beuthen, einem Ordensmitgliede, die Verwaltung und Nutznutzung der Dörfer Chorzow und Domb übertrug.

Nach dem Einfall der Tataren schenkte der Herzog Wladislaus von Oppeln und Ratibor im Jahre 1257 dem Miechower Probst die Felder in der Absicht, dass er diese neuen Ansiedlern zuweise. Die Schenkungsurkunde vom 24. Juni 1257 ist in einer nach einer Kirchenvisitation zu Chorzow hinterbliebenen Urkunde vom 27. September 1792 ausdrücklich erwähnt. Der Herzog Wladislaus (1230—1286) hat dem Kloster Miechow erlaubt, die beiden Dörfer Chorzow und Domb nach deutscher Dorfverfassung neu zu gründen. Das Kloster Miechow nun war seit der Eroberung Jerusalems durch Sultan Saladin im Jahre 1187 der Sitz des Generalabts der Jerusalemer Grabhüter Kreuzherren mit dem doppelten roten Kreuz. Die zum Besitz des Klosters gehörenden Dörfer, also auch Chorzow, trugen das Wappen des Klosters. Uebrigens gehörte Chorzow später zur Grundherrschaft des Hospitals in Beuthen, dem der Herzog von Beuthen, Kasimir (1289—1312), auf „ewige Zeiten Freiheit gegeben von allen Zahlungen und Steuern, nämlich von der Pflugsteuer, von der Kuh, vom Schweine, vom Bergbau, vom Fuhrwerk, von der Gewalt des Kastellans und seiner Richter....“.

Die Einwohner von Chorzow wurden alsbald wohlhabende Bauern, und durch die Jahrhunderte hat sich das Chorzower Bauerntum bis heute erhalten.

Die bei der Eingemeindung von Chorzow am 1. April 1934 ebenfalls zu Königshütte geschlagene Gemeinde **Heuheiduk** entstand aus den Kolonien: „Bankerottkolonie“, „Schlafhauskolonie“ und „Grenzkolonie“. Sie ist im Jahre 1922 als selbständige Gemeinde bestätigt worden und hatte im Jahre 1930 eine Fläche von 85 ha 34 ar und 92 qm mit 6093 Einwohnern.

Mit den Eingemeindungen von Chorzow und Neuheiduk glaubten die Polen die Gefahr einer deutschen Mehrheit bei Wahlen immer noch nicht beseitigt. Daher schritt man am 1. April 1939 auch noch zur **Eingemeindung von Bismarckhütte** und eines Teiles von Schwientochlowitz und Kochlowitz. Die Gemeinde Bismarckhütte entstand aus den Gemeinden Ober- und Niederheiduck. Der Ort „Haiduck“ scheint eine Gründung jüngeren Datums zu sein. Er ist wahrscheinlich auf ehemals Schwientochlowitzer Gebiet, wohl im Anschluss an ein älteres Vorwerk von Schwientochlowitz zu Anfang des 17. Jahrhunderts gegründet worden und zwar als neues „Gärtnerdorf“. Der Ortsname „Haiduck“ ist aus dem ungarischen „Hajduk“ entstanden und geht auf einen „Haiduck“ genannten Siedler zurück; der Name Heiduck wurde später auch in der Bedeutung „herrschaftlicher Diener“ gebraucht. Am 1. April 1903 sind die beiden Gemeinden Ober- und Niederheiduck durch eine Kgl. preussische Verordnung vereinigt worden und erhielten den Namen „Bismarckhütte“ nach der dort gelegenen Hütte. Die „Bismarckhütte“ selbst ist am 23. September 1872 durch die „Kattowitzer A. G. für Hüttenbau“ gegründet worden.

Durch die aus politischen Gründen vollzogenen Eingemeindungen von „Chorzow“, „Neuheiduck“ und „Bismarckhütte“ ist ohne Zweifel eine für die Leistungsfähigkeit der Stadt wertvolle Erweiterung und Abrundung erfolgt. Der Charakter der Stadt als Industriestadt ist aber eher noch betont als abgeschwächt worden.

Noch einmal schienen die Grenzsteine des Stadtgebietes ihren Standort verändern zu müssen, als der damalige Landkreis Schwientochlowitz aufgelöst wurde. Die Gemeinden dieses Landkreises, wozu auch **Schwientochlowitz** gehörte, waren längst schon grosse Industriedörfer mit vielen Tau-

senden Einwohnern. Die Schwientochlowitzer Gemeindevertreter und Gemeindegewählten sprachen sich für ein Weiterbestehen einer selbständigen Gemeinde aus und traten dafür ein, dass man sich mit allen Mitteln um das Stadtrecht bewerben solle, das sich Schwientochlowitz mit seinen fast 30000 Einwohnern schon redlich verdient habe. Es gab aber auch andere, die es für vorteilhafter hielten, wenn Schwientochlowitz gleichzeitig mit Bismarckhütte zu Chorzow eingemeindet wurde. Sie befürchteten, dass Gross-Chorzow die schwächere Gemeinde Schwientochlowitz förmlich erdrücken werde, und dass es dann nur noch ein paar Jahre dauern würde, bis die Grosstadt auf natürlichem Wege und durch wirtschaftliche Verhältnisse bedingt, auch diese Gemeinde verschluckt habe.

Es kam weder zu einer neuen Stadtgründung noch zur Eingemeindung nach Chorzow (Königshütte). Schwientochlowitz blieb Dorfgemeinde und ist zum Landkreis Kattowitz geschlagen worden.

Inzwischen kam der Krieg. Das oberschlesische Land ist wieder ins Reich zurückgekehrt. Energisch und gründlich begann der Neu-Aufbau. Eine grosszügige und weitschauende Raumordnung wird nicht ausbleiben. Ob die Grenzsteine der Stadt stehen bleiben werden, ist dabei eine nicht unwesentliche Frage.



Königshütte am Abend. — Oelgemälde von Rudolf Kober.

VIII.

„So erscheint denn“, heisst es in der Denkschrift des Landrats Solger von Beuthen, „die beabsichtigte Neubildung einer Stadtgemeinde Königshütte als eine lebensfähige und nützliche. Ihre Fortentwicklung verspricht für die Zukunft reichliche Früchte und wird, dem gewöhnlichen Gange der Dinge nach, ein Aufblühen des Gewerbebetriebes und Verkehrs, Herstellung der bisher äusserst mangelhaften öffentlichen Ordnung, Ausbreitung von Gesittung und Bildung und die Begründung eines neuen Schutzortes für die gedeihliche Pflege deutschen Lebens in Kraft und selbstgeschaffener Ordnung zur Folge haben.“

Die junge Stadtgemeinde ist ehrlich bemüht gewesen, die ihr gestellten Aufgaben zu meistern. Und wenn es ihr auch nicht gelungen ist, allen Anforderungen zu genügen und die junge Stadt auf den Standpunkt ihrer alten Nachbarstädte zu heben, so lag es nicht an ihrem Willen, sondern an ihrem Können, das überall und immer beeinträchtigt worden ist durch den Mangel an denjenigen Mitteln, die dazu unentbehrlich waren und die man trotz der im § 1 der Landgemeindeordnung vom 14. April 1856 vorgeschriebenen Auseinandersetzung unterlassen hatte, ihr mitzugeben, als man sie in die Welt setze, weil — wie es in der Solgerschen Denkschrift heisst —

„die Verwaltung der Polizei fortan ex lege dem Bürgermeister der Stadt zufallen wird, für Armenpflege und Schule aber der Wegfall der bisherigen Leistungen der Gutsherrschaft mit dem Wegfall des durch die Bewohner ihrer Bezirke hervorgerufenen Bedürfnisses, zu dessen Befriedigung auch die Gemeinde mit beitragen muss, kompensiert werden durfte.“

Die junge Stadt war also nackt und bloss ins Leben gesetzt worden. Ihre Mitgift bestand nach der darüber aufgestellten Zusammenstellung vom 23. September 1863 und dem Protokoll vom 24. September 1863 nur in einigen Plätzen, Wegen, Brücken und Kanälen, einem alten evangelischen und zwei katholischen Schulgebäuden, zusammen mit 17 Klassenzimmern, zum angeblichen Werte von 91 990 Thalern und 17 Lehrerdienstwohnungen nebst Geräten, im Werte von 1530 Thalern und 2722 Schulkindern (d. h. 160 Schulkindern je Klasse), einigen Wasserleitungen, Wasserständen und Brunnen alten Musters, 89 Thalern 19 Silbergraschen Grabstellengeldern, die zur Erhaltung und Ausstattung des evangelischen Friedhofes zu verwenden waren und je einer Baustelle für das Rathaus und für ein neues Schulgebäude.

Reich wird man diese Ausstattung gerade nicht nennen können, am wenigsten, wenn man erwägt, welche Lasten an diese geknüpft wurden und welche Aufgaben der jungen Stadt in die Wiege gelegt worden waren, indem man ihr gleichzeitig 13912, überwiegend dem Arbeiterstande angehörige Einwohner mit ihren Bedürfnissen mitgab und die Aussicht, dass die Zahl der Einwohner im Laufe der kommenden Jahre erheblich wachsen würde.

Die Stadt war auf ihre eigene Steuerkraft angewiesen, um die Kosten der städtischen Verwaltung zu bestreiten. „Das Einkommen der Grube, Hütte und Eisenbahn“, so nahm Solger an, „verhält sich zu dem der Bürgerschaft wie 4 zu 1,4 und hätten dieselben also zu dem mit 3738 Thalern berechneten Ausgaben in demselben Verhältnis beizutragen. Nach dieser Verteilung würden auf die Bürgerschaft nur 969 Thaler entfallen. Letztere würden also mehr als $\frac{3}{4}$ der Kommunalabgaben, die Bürgerschaft aber für die Herstellung des städtischen Kommunal-Verwaltungs-Apparates noch nicht $\frac{1}{4}$ der Kosten beizutragen haben.“

Wenn auch die aufgestellte beispielsweise Berechnung in Wirklichkeit nur teilweise zutreffen sollte, so ist doch ersichtlich, dass der städtische Haushaltsplan, selbst wenn er in Anerkennung des Bedürfnisses, so Vieles neu zu schaffen und der zerstreuten Lage des Orts ungewöhnlich hoch ausfallen sollte, den künftigen Bürgern nicht unerschwingliche Lasten auferlegen wird.“

Wenn so der Fiskus erreicht hatte, die Gemeindelasten nicht allein tragen zu müssen, so erwies sich doch die Hoffnung des damaligen Beuthener Landrats Hugo Solger alsbald als trügerisch. Und die Königshütter merkten sehr bald, was es kostet, städtischer Bürger zu heissen. Schon der erste Etat der Stadt erforderte 90000 Mark, wovon durch Gemeindesteuern 85815 Mark zu decken waren (Solger hatte 3738 Thaler = 12114 Mark angenommen!). Die Einwohnerzahl nahm sprunghaft zu. Sie stieg von 9000 im Jahre 1867 auf 13912 im Jahre 1869, ohne jedoch steuerkräftiger zu werden. Sie stieg weiter bis auf 40050 Personen am 12. November 1893 und mit diesem Anstieg stieg das Bedürfnis der Stadt von 90000 Mark im Jahre 1869 auf 660 875 Mark im Jahre 1893/94, wovon 467 156 Mark durch Gemeindesteuern aufgebracht werden mussten.

„Die finanzielle Lage der Einwohner hielt damit nicht gleichen Schritt, denn der Zuwachs des Einwohnerbestandes vermehrte immer nur die Zahl der Arbeiter, die wohlhabenden Geschäftsleute dagegen wurden immer weniger. Und Rentner oder Pensionäre vermieden nicht nur die Stadt, sondern diejenigen, die es hier wurden, verliessen sie, und zwar nicht nur deshalb, weil die Stadt mit ihrem Rauch, Russ und Staub und der Aermlichkeit ihrer Einwohnerschaft wenig Anziehendes hat, sondern deshalb, weil mit der Abnahme der Wohlhabenheit der Bevölkerung und infolge ungünstiger Jahre für die Industrie die Gemeindesteuern eine Höhe erreichen mussten, die ihnen nicht behagte.“

Während sich also die Zahl der Einwohner verdreifachte, das dadurch hervorgerufene kommunale Bedürfnis mehr als versiebenfachte, und die aufzubringenden Gemeindesteuern mehr als verfünffachte, blieb das Wachstum der Steuerkraft, namentlich bei der Grube, Hütte und Eisenbahn verhältnismässig und derart zurück, dass der zur Deckung des Bedürfnisses zu erhebende

Zuschlagssatz von 125% der Klassen- und Einkommensteuer im Jahre 1869 bis auf 478% im Jahre 1880/81 stieg, dann wieder auf 300% im Jahre 1883/84 herunterging, um vom nächsten Jahre ab wieder bis auf 406% im Jahre 1887/88 zu steigen und dann wieder bis auf 250% im Jahre 1892/93 herabzugehen und im Jahre 1893/94 wieder auf 250% der Einkommen- und 75% der Realsteuer zu steigen.“ Der Gemeindesteuerzuschlag zur Klassen- und Einkommensteuer hat im Durchschnitt der Jahre 1869/1887 253% betragen.

So hatte sich Hugo Solger in seiner Denkschrift vom 24. Mai 1867 nicht geirrt in der Annahme, dass der Stadt aussergewöhnlich hohe Ausgaben erwachsen würden aus der Aufgabe, das zerstreute und zerrissene Siedlungsgebiet in eine städtische Gemeindegewirtschaft zu nehmen. Getäuscht hat ihn aber die Hoffnung, dass die ungewöhnlich hohen Ausgaben des Stadthaushalts für die künftigen Bürger nicht unerschwinglich sein würden. Die Lasten sind nach und nach zu einer Höhe angewachsen, dass sie den Bürgern je länger je mehr unerträglich werden mussten und die Verarmung nicht aufzuhalten war.

Es hat nun nicht an Vorwürfen gegen die Königshütter gefehlt, die damals die Gründung der Stadt erlebten und gebilligt hatten. Man hielt ihnen vor „es sei ihr Wunsch und Streben gewesen, städtische Bürger zu werden, sie hätten unbesonnen gehandelt und es sich nunmehr selbst zuzuschreiben, wenn ihre Gründung keine glückliche geworden sei, weil sie schon damals hätten erkennen müssen, dass die Einwohner der zukünftigen Stadt nicht wohlhabend genug seien, um sich den Luxus eines städtischen Gemeinwesens gönnen zu können“.

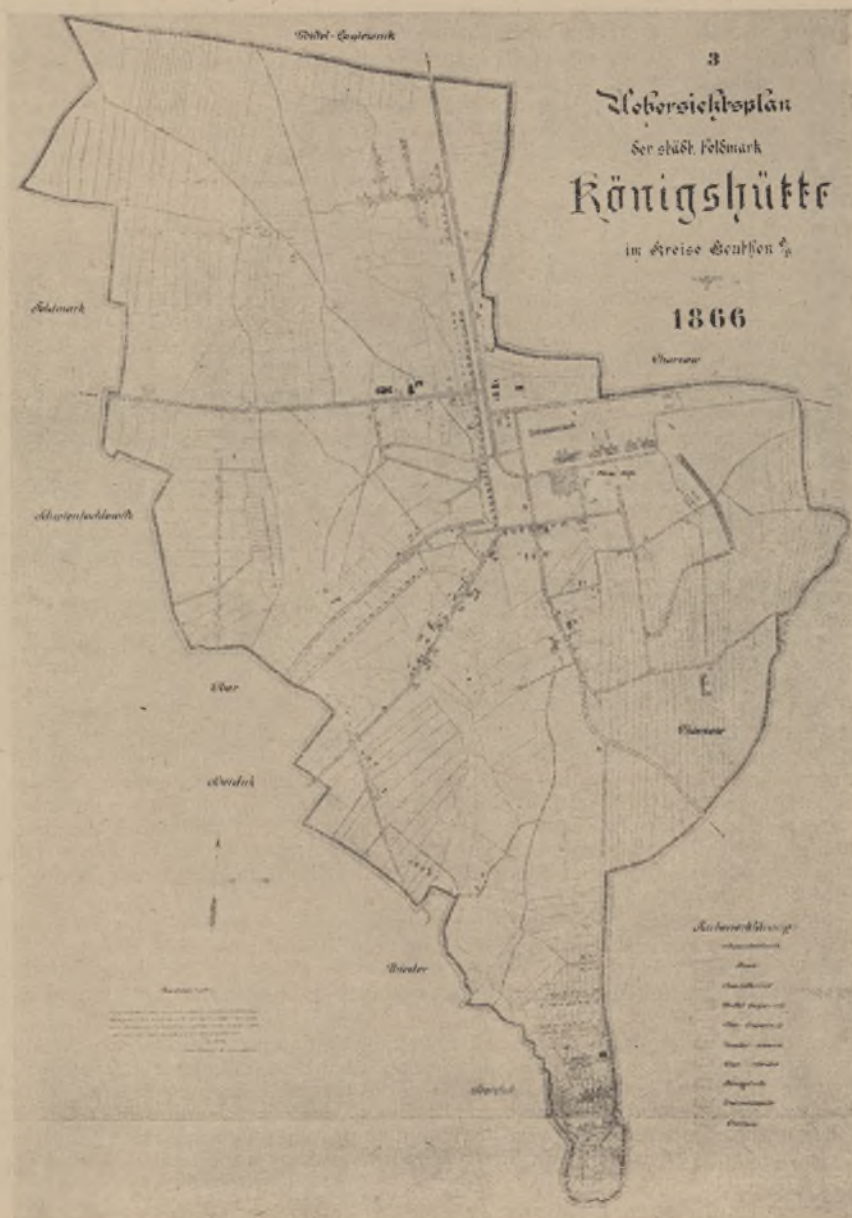
Als die Vorwürfe nicht verstummten und die junge Stadt immer wieder nur schwer und kaum imstande war, die Kosten ihres Gemeinwesens aufzubringen, sah sich der damalige Bürgermeister Girndt im Juni 1887 veranlasst, in einer „Denkschrift betreffend die Begründung der Stadt Königshütte O/S., ihre Bedeutung im öffentlichen Interesse und ihre Entwicklung namentlich in wirtschaftlicher und finanzieller Beziehung innerhalb der ersten 18 Jahre ihres Bestehens, d. i. in den Jahren 1869 bis 1887“ der Königlichen Staatsregierung klar zu machen:

„1. dass die Stadtgemeinde Königshütte O/S. nicht auf Wunsch oder Drängen der Einwohner, sondern auf Betreiben der Staatsbehörden und namentlich auf Anregung des Herrn Minister für Handel und Gewerbe und des Innern gegen den Widerspruch der Einwohner begründet worden ist;

2. dass die Begründung im öffentlichen Interesse für notwendig erachtet worden und erfolgt ist,

- a) um geordnete Zustände innerhalb der grossen Anzahl der auf einem engen Raume zusammengedrängten, im Gemenge liegenden und teils verschiedenen, teils keinen Kommunalverbänden angehörigen, im Interesse der fiskalischen Gruben- und Hüttenwerke errichteten und reich bevölkerten Arbeiter-Kolonien zu schaffen;
- b) um die dem Bergfiskus und einigen Gutsbesitzern obliegenden Schul-, Polizei-, Armen- und sonstigen kommunalen Lasten auf die Einwohner, zu deren Gunsten sie zu tragen waren, zu übertragen;
- c) um durch Begründung eines neuen Schutzortes für die gedeihliche Entwicklung und Pflege deutschen Lebens, deutscher Sitte, deutscher Kraft in selbstgeschaffener Ordnung, Gesittung und Bildung zu verbreiten und dem Aufblühen des Gewerbebetriebes und des Verkehrs Vorschub zu leisten;

3. dass bei Begründung der Stadt die durch § 1 des Gesetzes vom 14. April 1856 betreffend die Landgemeindeordnung in den östlichen Provinzen vorgeschriebene Auseinandersetzung zwischen den Beteiligten seitens der Staatsbehörden nicht für erforderlich erachtet, und der Stadtgemeinde daher das ihr zukommende Abfindungskapital für die Uebernahme der Schul-, Polizei-, Armen- und sonstigen kommunalen Lasten von den bisherigen Trägern derselben entzogen worden ist;



4. dass die junge Stadt den ihr durch ihre Begründung aufgelegten Aufgaben nach besten Kräften und unter grossen Opfern nachgekommen ist;

5. dass jedoch die bei ihrer Begründung seitens der Staatsbehörden gehegten Erwartungen und bei den Verhandlungen ausgesprochenen Zusicherungen in Bezug auf die Verteilung der kommunalen Lasten zwischen den Industrie-Anstalten und den physischen Personen sich nicht erfüllt haben, vielmehr diese Lasten zum überwiegenden Teile den Letzteren zugefallen sind;

6. dass die physischen Personen fast ausschliesslich aus Arbeitern und gering besoldeten Beamten bestehen, welche nicht imstande sind, über das Mass des Gewöhnlichen hinüber gehende Kommunallasten auf die Dauer zu tragen;

7. dass infolge der rapiden Zunahme dieser Arbeiterbevölkerung und der Notwendigkeit, Vieles, was bisher nicht vorhanden und nicht entbehrlich war, neu zu schaffen, sowie infolge des fortgesetzten Wachsens namentlich der Schul-, Polizei- und Armenlasten und der Schuldenzinsen die Bevölkerung nach und nach in einer Höhe mit Kommunalsteuern hat belastet werden und voraussichtlich in Zukunft noch mehr wird belastet werden müssen, dass sie denselben binnen kurzem unterliegen, und nach und nach der vollständigen Verarmung zugeführt und dass die bereits in reichem Masse vorhandene Unzufriedenheit immer grösser werden muss.

8. dass die junge Stadtgemeinde eigene Mittel zur Beseitigung der vorhandenen und für die Zukunft drohenden Uebelstände nicht hat, auch aus eigener Kraft nicht herbeischaffen kann, eine weitere Einschränkung der schon auf das Aeusserste bemessenen Ausgaben des Stadthaushaltes einestheils nichts Wesentliches zur Abhilfe beitragen, andernteils aber mit der der Stadt obliegenden, beziehungsweise durch ihre Begründung ihr aufgelegten Pflichten und Aufgaben und mit den Zwecken ihrer Begründung nicht vereinbar erachtet werden kann;

9. dass auch von einer Besserung der Lage der Industrie eine wesentliche Steigerung ihrer Finanzkraft für die Stadtgemeinde nicht mit Sicherheit zu erhoffen ist, da solche in ungewisser, nicht absehbarer Zukunft liegt, vielleicht auch niemals, und, wenn sie eintreten sollte, nur vorübergehend eintreten wird, das Gemeindesteuergesetz vom 27. Juli 1885 aber namentlich der Heranziehung der Staatseisenbahnen der Stadtgemeinde Königshütte, bei deren Bahnhöfe nur sehr geringe Ausgaben an Löhnen und Gehältern anwachsen, obwohl er einer der gewinnbringendsten ist, im besonderen Masse nachteilige Grenzen gesetzt, und den Bergwerken das Recht der Abschreibung für die Verminderung der Substanz zugesprochen hat;

10. endlich, dass zweifellos in irgendeiner Weise Wandel und Besserung der Verhältnisse der Stadt geschaffen werden muss, wenn sie ferner bestehen, die Steuerkraft der Einwohnerschaft erhalten und der Eingang der Staatssteuern gesichert bleiben und die Einwohnerschaft nicht vollständiger Verarmung verfallen soll, und dass daher nicht aus Billigkeitsgründen, sondern auch weil der Staat die Stadtgemeinde Königshütte nicht nur im öffentlichen Interesse, sondern auch im besonderen Interesse der Entlastung des staatlichen Bergwerks- und Hüttenbesitzes gegründet und geschaffen hat, — auch die Staatsregierung vor allen die moralische und rechtliche Pflicht hat mit ihr zu Gebote stehenden Mitteln die finanzielle Kraft der Stadt in geeigneter Weise und in dem erforderliche Masse zu stärken.“

Auch die Bürgerschaft wandte sich in eine Petition um Staatshilfe an die Königliche Staatsregierung und verwies auf die Tatsache, dass schon am 18. Februar 1869 270 Haus- und Grundbesitzer in einer Immediateingabe Sr. Majestät den König um Zurücknahme der Allerhöchsten Kabinettsordre vom 18. Juli 1868, die die Stadtgründung befahl, gebeten hatten und nun die Hilfe des Staates erwarteten.

Am 1. März 1889 ging vom damaligen Oppelner Regierungspräsidenten von Bitter folgende Antwort ein: „Dem Magistrat eröffne ich auf die an den Herrn Minister des Innern gerichteten Vorstellungen vom 1. Juli v. J. (M 3171 und 3172 im Auftrage desselben sowie im Auftrage des Herrn Ministers der öffentlichen Arbeiten, der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten und der Finanzen, ergebenst, dass von der Bewilligung eines Beitrages aus Staatsfonds zu den Kosten der Allgemeinen Verwaltung der Stadt Königshütte, den bestehenden Grundsätzen gemäss abgesehen werden muss.



Kraftwerk in Königshütte-Ost.

Ingleichen erscheint der Antrag der städtischen Behörden wegen Einverleibung des im Gemeindebezirk Chorzow belegenen Feldes der Gräfin-Laura-Grube und der im Gemeindebezirke Neu-Heiduk belegenen fiskalischen Bismarckschächte in den Stadtbezirk Königshütte bei den Widersprüchen der Beteiligten zu einer weiteren Erörterung umsoweniger geeignet, als ein öffentliches Interesse im Sinne des § 2 der Städte-Ordnung vom 30. Mai 1883 für diese Bezirksveränderung nicht erkennbar ist.

Was sodann die von dem Magistrat in Königshütte befürwortete Bewilligung eines Beitrages aus Staatsfonds zu den Kosten der dortigen Volksschulen betrifft, so darf derselbe umso mehr als erledigt angesehen werden, als — wie nunmehr festgestellt ist —, an die Stadt Königshütte gemäss dem Gesetze vom 14. Juni v. J. zum Einkommen der Lehrerstellen an den dortigen Volksschulen ein Staatsbeitrag von jährlich 16400 Mark zu zahlen ist, auch die Stadtgemeinde zu den Unterhaltungskosten der Volksschulen nicht unwesentliche Beiträge aus dem Freikuxgelderfonds und von der Synagogengemeinde zufließen.“

So blieb die Steuerkraft der Königshütter Bürger die alleinige Grundlage des Stadthaushaltes. Die hohe steuerliche Belastung der Einwohner herabzusetzen, gelang nicht, und stets liest

man in den Schlussbemerkungen der Verwaltungsberichte Sätze wie: „dringend zu wünschen ist, dass die Kgl. Staatsregierung, die allein die Zusammenlegung der Einzelortschaften zur Stadt und die Gründung der Stadt veranlasst, aber die neue Stadt nackt und bloss, ohne fundiertes Vermögen, allein auf die Steuerkraft angewiesen, in die Welt gesetzt hat, ihrer Mutterpflichten nicht vergisst, sondern in Zukunft stets daran erinnert, dass ihre Unterstützung zur Erfüllung der Aufgaben der Stadtverwaltung, insbesondere bei Tragung der Schullasten und zur Arrondierung des vielfach zerrissenen Weichbildes und der spinnenfussartigen sich nach allen Seiten ausdehnenden Gemarkung dringend erwünscht und notwendig ist.“ (1903).

* * *

Vor der Stadtgründung waren die **Schulverhältnisse** in Königshütte ziemlich mangelhaft. Zwar hatte das Hüttenamt im Jahre 1802 eine Simultanschule für die Kinder der Beamten und Bergleute errichtet, aber mit der wachsenden Bevölkerungszahl den Ausbau des Schulwesens nicht gefördert. Erst am 10. 11. 1856 wurde die erste katholische Volksschule in der damaligen Kronprinzenstrasse (heute Hindenburgstrasse) mit vier Lehrkräften eröffnet. Eine evangelische Schule mit zwei Lehrern bestand bereits seit einigen Jahren. In Klimsawiese war für die Kinder der Bergleute eine fiskalische Werkschule erbaut. In den Lagiewniker Kolonien und in Pniaki waren sogenannte „Hilfsschulen“ in Mietslokalen untergebracht. Charlottenhof und Erdmannswille besaßen keine Schule. Die Kinder der Niederheiducker und Chorzower Gebietsteile mussten die entlegenen und überfüllten Schulen ihrer Muttergemeinden aufsuchen. Eine der Hauptsorgen der neuen Stadtgemeinde war es, das Schulwesen in Ordnung zu bringen und auszugestalten. Es vergeht kein Jahr, wo nicht neue Schulsorgen entstanden. Die Verwaltungsberichte des Magistrats seit Gründung der Stadt berichten immer wieder von der Notwendigkeit, Schulen auszubauen, Schulen neu zu bauen, neue Lehrerstellen zu schaffen. Immer und immer wieder musste der Magistrat auch darauf hinweisen, dass die Schullasten unerträglich hoch waren.

1907 heisst es im Bericht, dass die Kommunalsteuer, die als hoch bezeichnet werden muss, „leider in absehbarer Zeit eine wesentliche Minderung nicht erfahren kann, da die enorme Steigerung der Schullasten die Erhöhung der Steuerkraft für sich allein in Anspruch nimmt. Es tut dringend Not, dass der Staat den unter den Schullasten besonders leidenden Industriestädten mehr wie bisher mit Zuschüssen zur Seite steht und dass Massregeln getroffen werden, die eine gleichmässige Verteilung der Schullasten durch ganz Preussen ermöglichen“. Und im Jahre 1908 berichtet der Magistrat, dass die Ausgaben für die Schulen wiederum nicht unbedeutend gestiegen und jetzt derartig hoch seien,

„dass die anderen Aufgaben der Stadtverwaltung notleidend geworden sind und viele für das Gedeihen der Stadt notwendige Arbeiten und Einrichtungen zum Schaden der Entwicklung der Stadt zurückgestellt werden müssen. Dabei wachsen diese Ausgaben für die Schule ständig und werden von Jahr zu Jahr drückender. Es ist bisher trotz aller Versuche der Industriestädte nicht gelungen, eine gerechtere Verteilung der Schullasten in ganz Preussen durch Besoldungskassen pp. zu erreichen. Es muss aber bald etwas hierin geschehen, sonst werden die Lasten unerträglich. Staatszuschüsse, die mangels genügend zur Verfügung gestellter Mittel einmal unzureichend sind und deren Gewährung dann von dem diskretionären Ermessen der Staatsregierung abhängig für alle Gemeinden, eine unsichere ist, genügen nicht mehr zur Erleichterung der Schullasten auf die Dauer bei ihrer steigenden Tendenz. Trotzdem das Schulwesen als Gegenstand der Aufgaben der Kommunen in Preussen einen unvergleichlichen Aufschwung genommen hat und trotzdem die Stadtverwaltungen mit ganzer Liebe und grossem Verständnis sich dieser Aufgabe gewidmet haben und dies auch gern weiter tun würden, bleibt den Industriestädten, wenn nicht bald andere Mittel zur Erleichterung der Schullasten gefunden werden, nichts anderes übrig, als den Ruf auf Uebernahme der Volksschulen durch den Staat zu erheben. Wie ungleich die Verteilung der Schullasten in Preussen sich darstellt, geht aus der Zahl der Schulkinder in den Gemeinden auf Tausend Einwohner am klarsten hervor. In manchen Gemeinden

kommen weniger als 100 Schulkinder auf 1000 Einwohner, in unserem Industriebezirk mehr als 200. Wenn nun noch hinzugefügt wird, dass die Steuereinnahmen in unseren Industriegemeinden prozentual bedeutend geringer sind als in nicht industriellen Gegenden, so ist deutlich, wie verschieden die Schullasten die Etats der Städte belasten. Hier ist Hilfe dringend erforderlich“.

Und wiederum heisst es im Schlusswort des Verwaltungsberichts für das Jahr 1909:

„Die Schullasten sind infolge der Vermehrung der Lehrerstellen und der Erhöhung der Lehrergehälter leider nicht unbedeutend gestiegen, wenn auch mit grossem Dank die weitere Unterstützung des Staates bei Tragung der Volksschullasten anerkannt werden muss. Die Aussichten in die Zukunft sind keine rosigen und für das Jahr 1910 hat leider deshalb eine Steuererhöhung um 10% Zuschläge erfolgen müssen. Der bei weitem grösste Teil der Einnahmen der Stadt muss zu Ausgaben für die Schulen verwendet werden. Im Interesse der Hebung unseres Ostens muss hier eine Aenderung eintreten; entweder muss, wie im vorigen Bericht ausgeführt ist, die Schule zur Staatsschule gemacht werden oder es müssen andere Wege zur besseren und gleichmässigeren Verteilung der Schullasten auf die einzelnen Gemeinden des preussischen Staats gefunden werden. Der jetzige Zustand, dass eine ärmere Industriegemeinde allein infolge der grösseren Zahl ihrer Schulkinder bedeutend höhere Kosten für ihr Schulwesen aufwenden muss, als eine gleich grosse und steuerkräftigere Gemeinde, und dass dieser Unterschied häufig 100 und mehr Prozent beträgt, ist ein Unding; eine gleichmässige Entwicklung der Gemeinden zu Kulturwerken ist dabei unmöglich; die ärmere Industriegemeinde muss bei solchen Zuständen immer weiter zurückbleiben und ihre Einwohner müssen trotz höherer Steuerzuschläge vieles entbehren, was den mit Schulkindern weniger gesegneten Gemeinden infolge geringerer Ausgaben für ihr Schulwesen leicht geboten werden kann.

Baldige Hilfe tut not, sonst leidet entweder das Schulwesen oder die andere Kultur in den schwer belasteten Gemeinden zum Schaden des Ganzen.“

Noch ein Hilferuf des Magistrats verdient in diesem Zusammenhang ausführlich zitiert zu werden, da er die besondere volkspolitische Lage beleuchtet. Es heisst in der Schlussbemerkung des Verwaltungsberichts von 1905:

„Insbesondere üben die ständig steigenden Schullasten in dieser Beziehung einen sehr ungünstigen Einfluss aus. Und trotzdem hat die Stadtverwaltung stets Gewicht darauf gelegt und tut dies heute mehr wie je, nur das Beste für ihre Schulen gut genug sein lassen, wie dies die neu errichteten Schulgebäude, die inneren Einrichtungen derselben und die wenn auch noch immer hohe, doch bedeutend verminderte Klassenfrequenz dartun. **Die Stadtverwaltung ist der Ansicht, dass durch gute Schulen das Deutschtum in den vom Polen-tum mehr und mehr bedrängten Industriebezirk am besten aufrechterhalten und gestärkt wird.** Aber es erscheint auch als eine der ersten Pflichten des Staates, hierin den schwer belasteten Gemeinden des oberschlesischen Industriebezirks durch höhere Zuschüsse und Unterstützungen beizustehen, mehr als dies bisher geschehen ist. Ebenso wie die Staatsverwaltung, wenn auch sehr spät trotz aller eindringlichen Mahnungen die polnische Gefahr für den oberschlesischen Industriebezirk endlich hat anerkennen müssen, ist es nun auch ihre Pflicht, die deutschen Interessen mehr und mehr zu schützen und zu stärken, damit die äusserste südöstliche Ecke des preussischen Staates ihren wichtigen und staatserhaltenden Aufgaben stets gerecht werden kann.“

Der Magistrat hat sich seiner Aufgabe, ein geordnetes Schulwesen zu schaffen, nicht entzogen, sondern trotz aller Schwierigkeiten Jahr für Jahr neue Schulen aufgebaut. In erster Linie richtete sich der Aufbau des Schulwesens auf die Volksschulen. Bereits im zweiten Jahre seit der Stadtgründung trug die Gemeinde die Lasten für 34 Lehrerstellen, die 2745 Kinder zu betreuen hatten. 13832 Taler und 7 Silbergroschen musste die Stadt für die Volksschulen aufbringen.

Die Sorge für die Jugend der Gruben- und Hüttenstadt beschränkte sich nicht auf die Betreuung in der Schule allein, sondern griff darüber weit hinaus. Die städtische Verwaltung suchte den ungünstigen häuslichen Verhältnissen nach Möglichkeit entgegenzuwirken. So finden wir in der Chronik schon früh Hinweise auf die segensreiche Arbeit von **Kinderbewahranstalten**, von **Kindergärten** und **Spielschulen** in allen Stadtteilen.

Seit 1900 liess die Stadt die ihren Schulen anvertrauten Kinder durch **Schulärzte** überwachen und bei gesundheitlichen Schäden ärztliche Hilfe anordnen. Die „schulärztlichen Berichte“ haben dem Magistrat stets wichtige Fingerzeige für hygienische Verbesserungen gegeben.

Um den Schulkindern, die fast sämtlich im Elternhause keine Badegelegenheit hatten, Gelegenheit zum Baden zu geben, ist in den 1904 neuerbauten Schulgebäuden an der Schützenstrasse, Peterstrasse und an der Gneisenaustrasse (und später auch an anderen Schulen) je eine **Brause-Badeanstalt** errichtet worden. Das Baden fand in der Regel während einer Turn- oder Spielstunde statt. „Die Kinder badeten sehr gerne und nur wenige wünschten befreit zu werden. Für die meisten war eine öftere Reinigung nicht nur eine Wohltat, sondern eine Notwendigkeit.“

Im Jahre 1902 begann der Vaterländische Frauenverein mit der Einrichtung von **Kindervolksküchen**, von denen je eine im südlichen und nördlichen Stadtteil während des Winters unterhalten wurde. Hunderte von bedürftigen Kindern haben so Jahre hindurch unentgeltlich eine warme Speisung erhalten.

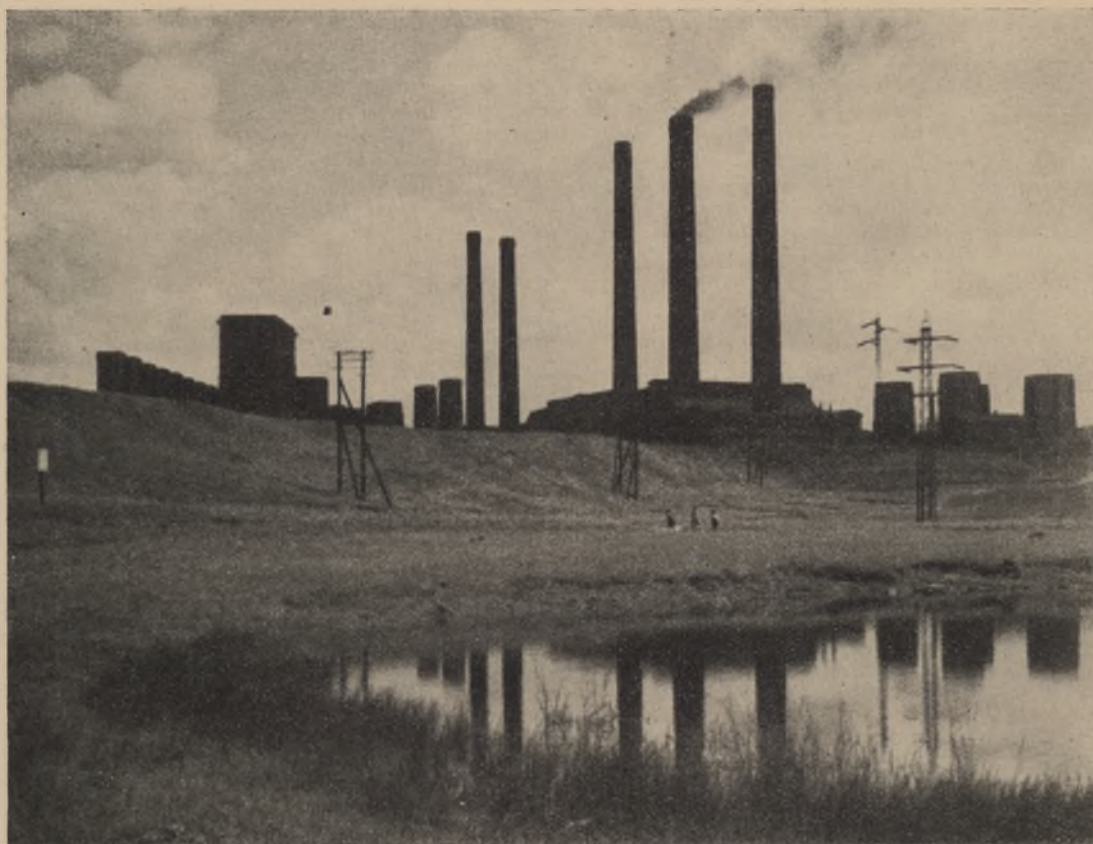
Der körperlichen Ertüchtigung nicht nur der Schulpflichtigen diente die Einrichtung der **Volks- und Jugendspiele**.

Im Jahre 1901 war die Stadt zum ersten Male bemüht, einer Anzahl körperlich zurückgebliebener Kinder die Segnungen eines mehrwöchigen Landaufenthalts unter Aufsicht von Lehrern zu ermöglichen. Diese „**Ferienkolonien**“ siedelten sich einmal in Ketschdorf bei Schönau, Bez. Liegnitz, dann aber regelmässig in Bad Ziegenhals an.

Zu den Wohlfahrtseinrichtungen, die der Jugend der Stadt zum Besten dienten, gehörte auch die Einrichtung von „**Sprachheilkursen**“ für Stotterer und mit sonstigen Sprachfehlern behafteten Schulkinder, die seit 1899 von Zeit zu Zeit abgehalten wurden.

Um 1900 hatte sich „das Bedürfnis fühlbar gemacht, diejenigen Schulkinder, welche, ohne Idioten zu sein, doch so schwache Geistesanlagen besitzen, dass sie dem gewöhnlichen Unterricht in der Volksschule nicht zu folgen vermögen und dadurch nur störend und hemmend auf den Unterricht in der letzteren wirkten, getrennt zu unterrichten. Trotz der besonders hohen Mittel, welche gerade unsere Stadt für Schulzwecke aufwandte — es werden etwa die Hälfte der gesamten Gemeindesteuereinnahmen für Schulzwecke hergegeben —, entschloss sie sich, doch diesem Uebelstande abzuhelpfen und eine **Hilfsschule** für schwach befähigte Kinder zu errichten“, die 1900 in dem Gebäude der Volksschule I untergebracht war.

Als die Ideen des dänischen Rittmeisters a. D. von Clauson-Caas über die Betätigung des in jedem Menschen liegenden Arbeitstriebs und die Unterstützung des Hausfleisses durch Einführung leicht auszuführender Handarbeiten über die engen Grenzen seines Vaterlandes hinaus sich verbreiteten, wurden seine nützlichen Ideen in unserer heimatlichen Provinz durch Herrn von Schenkendorff-Görlitz aufgegriffen und weiter ausgebildet. Auf seine Anregung hin entstanden bald hier und da die sogenannten **Handfertigkeitsschulen**, in denen den heranwachsenden Knaben Gelegenheit geboten wurde, ihren Tätigkeitstrieb in praktischer und geordneter Weise zu betätigen, Hand und Auge durch Anfertigung von für Schule und Haus nützlicher Gegenstände zu üben, sich dadurch für den künftigen Beruf allgemein vorzubereiten und einen Teil der freien Zeit in für Geist und Körper fördernder Weise zuzubringen. Der damalige Landrat des Kreises Beuthen war es, der „die Nützlichkeit und nachhaltige Einwirkung der bisher noch unbekannten Handfertigkeit gerade für unsere lose Industriejugend erkannte“. Die Kreisverwaltung beschloss, in Beuthen und Königshütte je eine Handfertigkeitsschule ins Leben zu rufen und die hierfür nötigen Mittel zu bewilligen. Aus Königshütte wurde der Lehrer Duda am Seminar für Knabenhandarbeit in Leipzig für Papparbeit, Hobelbankarbeit und Kerbschnitzerei ausgebildet. Am 1. Oktober 1888 kam



Industrielandschaft in Königshütte-Ost.

es dann zur Eröffnung der Schule. Sie war anfangs in Gebäuden von Volksschulen in der Bismarckstrasse, dann in der Kronprinzenstrasse, in der Kattowitzer Strasse und schliesslich in eigens für sie hergestellten Räumen des neuerbauten Seitengebäudes der Volksschule in der Tempelstrasse untergebracht, wo sie neun Jahre hindurch bestand. Mit dem Ausscheiden der Stadt aus dem Landkreisverband Beuthen wurde die Handfertigkeitsschule von der Stadt übernommen und erfreute sich besonderer Fürsorge der städtischen Behörden. Sie erhielt in Räumen des neuerbauten Feuerwehrdepots zwei helle grosse Räume, in denen sie ab 1. Oktober 1906 geblieben ist. Die Schüler erhielten anfangs den Unterricht Mittwoch und Sonnabend nachmittags unentgeltlich, ebenso die Materialien; später ist ein monatliches Schulgeld von 30 Pfg erhoben worden. Die angefertigten Gegenstände blieben Eigentum der Schüler. Der Eifer, den Lehrer und Schüler von Anfang an bewiesen, fand die Anerkennung der Bürgerschaft und der Behörden. Der Fleiss der Schüler wurde durch Ausstellung der Arbeiten und durch Prämien (bis 1901 als Prämien Taschenuhren und Wecker, später eine Bergfahrt in die Bielitzer Berge) gefördert.

Für die Mädchen begannen 1901 besondere **Haushaltungsschulkurse** in dem neu erbauten Schulhause an der Schützenstrasse. Seit 1904 ist der Unterricht in den zur Volksschule gehörigen Haushaltungsschulen obligatorisch geworden. Das Ziel war, den Mädchen Kenntnisse und Fertigkeiten beizubringen, die zur Führung eines kleinen Haushalts notwendig sind. „Es zeigte sich, dass die Lust und Neigung der Schülerinnen zum Kochen grösser war als zur Ausübung der übrigen praktischen Arbeiten“ in dem seit 1900 eingerichteten **Handarbeitsunterricht**.

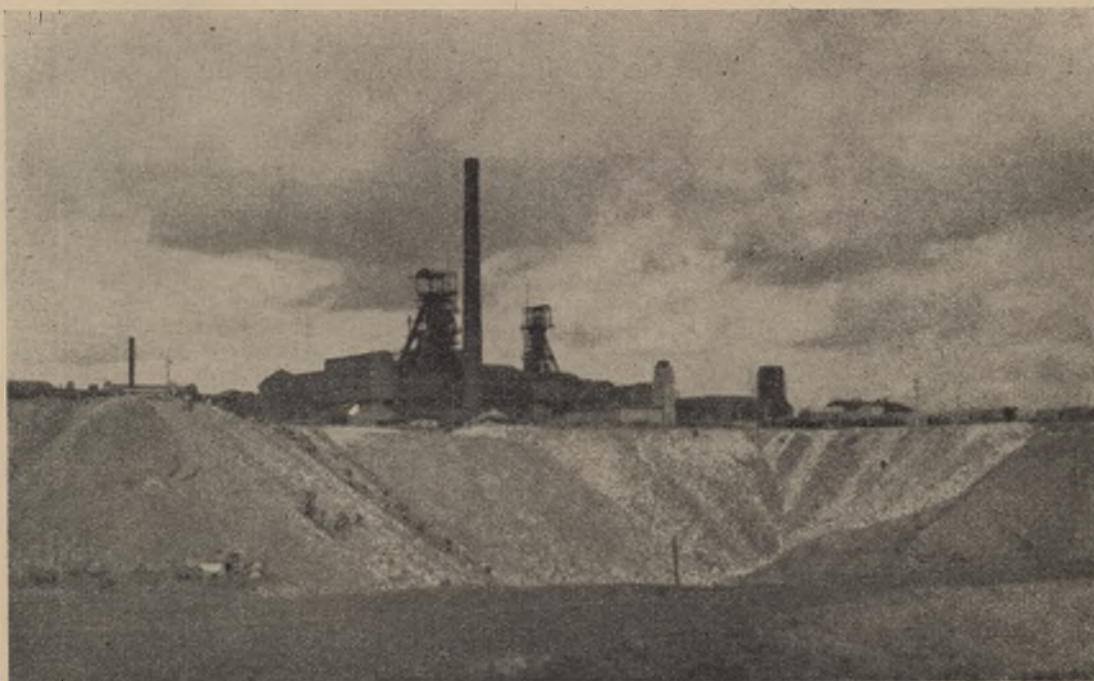
Als im Jahre 1912/13 eine Fleischsteuerung eintrat, sah sich der Magistrat veranlasst, die Bevölkerung mit der Verwendung der Seefische im Haushalt bekannt zu machen. In den städtischen Haushaltungsschulen sind deshalb **Lehrkurse über Fischzubereitung** aller Art für Frauen und schulentlassene Mädchen aller Bevölkerungsschichten mit Unterstützung der grossen Seefischhandlung „Nordsee“ eingerichtet worden.

Vorübergehend hat die am 1. August 1900 eröffnete „**Industrieschule**“ der staatlich geprüften Industrielhrerin Elise Jakoby bestanden, in der Handarbeit, Wäschezuschneiden und Maschinennähen, Schneidern und Unterricht in kunstgewerblichen Fächern (Malen, Brennen) erteilt wurde.

Die städtischen Behörden widmeten ihre Aufmerksamkeit auch den **Einrichtungen zur Fortbildung der schulentlassenen Jugend**. Den Anfang machte im Jahre 1869 die Königshütte mit der Errichtung einer „**Sonntags- und Fortbildungsschule**“ für die jugendlichen Arbeiter und Gehilfen des Hüttenwerks, weil man damit eine qualifiziertere Arbeiterschaft zu erhalten hoffte.

Die Gründung einer **gewerblichen Fortbildungsschule** fällt in das Jahr 1888. Die erste Anregung dazu gab der Lehrer Kaufmann, der Vorsitzende des Gewerbevereins. Er stellte in einer Vorstandssitzung am 2. Juli 1888 den Antrag zur Errichtung einer Zeichenklasse für Handwerkerlehrlinge. Es fehlte seitens der Handwerksmeister nicht an heftigen gegnerischen Stimmen. Nachdem aber eine Summe von 210 Mark jährlich garantiert wurde und der Gewerbeverein selbst einen Jahreszuschuss von anfangs 62 Mark, später von 75 Mark bewilligt hatte, konnte am 28. Oktober 1888 nicht nur die zuerst geplante Zeichenklasse, sondern auch eine Klasse für Deutsch und Rechnen eröffnet werden. Der Unterricht fand im ersten Jahre nur Sonntags von 1 bis 3 Uhr in der Volksschule I statt. Jedoch schon 1889 wurden die Unterrichtslokale in die Schule IV — jetzt XIV — und der Unterricht für Deutsch und Rechnen auf 2 Wochentage von 8 bis 10 Uhr abends verlegt. Der Zeichenunterricht wurde weiter von 1 bis 3 Uhr Sonntags erteilt. Der Besuch des Unterrichts war den Lehrlingen freigestellt.

Langsam, aber stetig schritt die Entwicklung der neuen Bildungsstätte des Handwerks fort, obwohl einige Innungen sich noch immer ablehnend verhielten. Durch Ausstellungen von Schülerarbeiten, namentlich von Zeichnungen, wurden noch fernstehende Handwerksmeister gewonnen, durch Prämiierung fleissiger Schüler ein besserer Schulbesuch erzielt. Allein die Klagen über das geringe Interesse der Meister an der geistigen Hebung ihres Nachwuchses sowie über den schlechten Schulbesuch der Lehrlinge verstummten nicht. Die Uebernahme der Fortbildungsschule durch die Stadt und ihre Umwandlung in eine obligatorische, von der der Herr Minister die weitere Zuwendung der Beihilfe abhängig gemacht hatte, sollten die gewünschte Abhilfe bringen. Allein der Magistrat lehnte einen diesbezüglich vom Gewerbeverein 1895 gestellten Antrag mit der Begründung ab, dass die schlechte Finanzlage der Stadt eine weitere Belastung des Stadtsäckels nicht zulasse. Da in der Fortbildungsschule bereits ein Defizit von 102,50 Mark entstanden war, teilte der Vorstand des Gewerbevereins dem Magistrat am 24. April 1898 mit, dass er wegen unzureichender Mittel den Unterricht der gewerblichen Fortbildungsschule bis auf weiteres einstellen müsse. Es gelang jedoch bald, den unhaltbar gewordenen Zustand der gewerblichen Fortbildungsschule zu regeln. Am 27. April 1898 beschloss der Magistrat, den Fehlbetrag zu decken, die Fortbildungsschule vom Gewerbeverein zu übernehmen und der Forderung des Herrn Ministers entsprechend in eine obligatorische umzuwandeln. Am 15. August 1898 ist die gewerbliche Fortbildungsschule unter Aufsicht des Magistrats auf Grund eines Ortsstatuts neu



Industriellandschaft in Königshütte.

eröffnet worden. Da die Forderung des Herrn Ministers erfüllt war, gewährte er 1899 einen jährlichen Zuschuss von 3600 Mark und zur Beschaffung der erforderlichen Einrichtungsgegenstände, Lehr- und Lernmittel eine einmalige Beihilfe von 1080 Mark. Die bisher äusserst ungünstig gelegene Unterrichtszeit konnte nur Erfolge zeitigen, die weder in erziehlicher noch in unterrichtlicher Hinsicht befriedigten. Darum wurde 1901 der Zeichenunterricht des Sonntags auf die Zeit von 11 bis 1 Uhr, der Wochentagsunterricht auf die Stunden von 6 bis 8 Uhr verlegt. Die Bäckerklassen, die bisher von 5 bis 6 Uhr nachmittags, also während der Schlafenszeit der Lehrlinge unterrichtet wurden, erhielten 1904 Tagesunterricht von 1½ bis 3½ Uhr, der später auch für die Barbierklassen von 2 bis 4 Uhr eingeführt worden ist.

Am 1. April 1905 trat die gewerbliche Fortbildungsschule infolge beruflicher Gliederung der Klassen in ein neues Stadium ihrer Entwicklung ein, nachdem bereits 1904 durch Verfügung des Herrn Ministers die Zeichenklassen beruflich gestaltet worden sind. Aus der noch stark an die alte „Wiederholungsschule“ erinnernden Fortbildungsschule ist eine „Fachschule“ geworden, in der der Beruf des Lehrlings den leitenden Gesichtspunkt für die Klassenbildung und für den Unterricht bildet, so dass der gesamte Unterrichtsbetrieb auf Grund der lebendigsten Anschauung sich um das Berufs- und Lebensinteresse des Schülers dreht. Die Berufskunde ist das Hauptfach geworden, zu dem die übrigen Unterrichtsdisziplinen: Lesen, Schreiben, Rechnen und die Buchführung die Stellung von Hilfsfächern annahmen. Die Schüler brachten dem fachkundlichen Unterricht ein grösseres Interesse entgegen, weil sie sich dadurch in ihrem Berufe gefördert sahen.

Die immer schärfere Konkurrenz, die sich namentlich in den letzten Jahren des vorigen Jahrhunderts auf allen Gebieten des geschäftlichen Lebens bemerkbar machte, brachte jeden einsichtigen Kaufmann zu der Erkenntnis, dass eine erfolgreiche Tätigkeit des Einzelnen sowie eine Hebung des ganzen Standes ohne eine gediegene praktische und theoretische Berufsbildung geradezu unmöglich sei. Um nun dem Nachwuchs nach Möglichkeit in dieser Beziehung entgegen zu kommen, wurde auf Veranlassung des kaufmännischen Vereins eine **kaufmännische Fortbildungsschule** ins Leben gerufen, die am 24. März 1897 mit 42 Schülern eröffnet wurde. Das steigende Bedürfnis nach Fortbildung brachte bald eine Erhöhung der Stundenzahl von 2 auf 4 mit sich. Unterrichtsfächer waren Deutsch, Rechnen, Korrespondenz und einfache Buchführung. Der Unterricht fand abends von 7½ bis 9¼ Uhr statt. Mit Beginn des Schuljahres 1903 wurde die wöchentliche Stundenzahl auf 6 erhöht; jeder Schüler sollte jährlich $40 \times 6 = 240$ Stunden erhalten. Das Lehrerkollegium wurde verstärkt, der Abendunterricht abgeschafft und auf nachmittags von 2 bis 4 Uhr verlegt. Freilich machte ein kleiner Teil der Kaufmannschaft gegen diese Massnahme energisch Front. Einzelne Chefs suchten sich ihrer Verpflichtung, ihre Lehrlinge in die Schule zu schicken, ganz oder teilweise zu entziehen, indem sie diese als Laufburschen, Arbeiter u. a. ausgaben oder vorzeitig „freisprachen“, unter der Bedingung, dass sie mindestens für die „geschenkte“ Zeit gegen geringes Entgelt weiter blieben. Um diesen Umgehungen entschieden begegnen zu können, wurde für die kaufmännische Fortbildungsschule ein neues Ortsstatut ausgearbeitet, das am 1. Juni 1904 in Kraft trat. Die Wirkung war eine geradezu frappierende. Schon am 1. August 1904 musste eine 4., am 1. Oktober eine 5. Klasse neu errichtet werden. Die Schülerzahl stieg über 80. Mit der Errichtung einer Vorstufe am 1. April 1905 gelangte die Entwicklung der kaufmännischen Fortbildungsschule zu einem gewissen Abschluss. Die Anstalt erhielt einen neuen Lehrplan für 3 aufsteigende Klassen mit einer Vorstufe. Um dem wiederholten Wunsche der Gastwirte zu entsprechen, wurde am 26. November 1905 eine Fachklasse für Gastwirtslehrlinge angegliedert. Und um die Herren Chefs für die Fortbildungsschule mehr und mehr zu interessieren, gelangten Zeugnisbogen zur Einführung. Am 14. November 1906 erhielt die Schule die oberen Räume des neubauten Feuerwehrdepots zu ständigen Klassenzimmern.

„Um Frauen und Mädchen Gelegenheit zu geben, sich in kaufmännischen Wissenschaften und Fertigkeiten gründlich auszubilden, ohne unnötig hohe Ausgaben, wie sie in Privatschulen gleichen Zwecks erfordert werden, machen zu müssen, wurde von den städtischen Behörden beschlossen, zu Ostern 1906 eine **„Handelsschule für Frauen und Mädchen“** zu errichten. Sie wurde im Gebäude der höheren Mädchenschule untergebracht. Zum Eintritt in den Unterkursus wurde die Absolvierung der Oberklasse einer mehrklassigen Volksschule, zum Eintritt in den Oberkursus das Zeugnis einer neunklassigen höheren Mädchenschule verlangt. Deutsch, Schreiben, Buchführung, Wechsellehre, Rechnen, Stenographie, Maschinenschreiben, Erdkunde, deutsche, französische und englische Korrespondenz waren die Unterrichtsfächer. Vom Jahre 1910 ab führte diese Anstalt den Namen **„Städtische Handelsschule“** und nahm auch Schüler auf.

Auch das **Fachschulwesen** bedarf der Erwähnung. Am 23. Juli 1856 wurde hier durch den Bergrat Herold vom Bergamt Tarnowitz eine **Bergschule** gegründet und am 4. November 1856 mit 20 Schülern eröffnet. Sie sollte der Vorbereitung junger Bergleute für die Bergschule zu Tarnowitz dienen. Bis zum 1. Juli 1864 hat diese Schule bestanden. Drei Jahrzehnte später, seit 1895, gab es dann eine **Berg-Vorschule**, die der Bergfiskus unterhielt. In ihr wurden an einigen Nachmittagen der Woche solche junge Leute unterwiesen, die nach mehrjähriger, gleichzeitig praktischer Ausbildung im Bergmannsberufe die Bergschule in Tarnowitz besuchen wollten.

Auch die Königshütte schritt 1867 zur Einrichtung einer **„Hüttenschule“**. In der Lohnhalle der Hütte wurden vormittags von 8 bis 10 Uhr und Sonntag nachmittags von 2 bis 3 Uhr unterrichtsfähige junge Arbeiter im Alter von 15 bis 18 Jahren von Hüttenbeamten und Lehrern in Deutsch und Rechnen, in Mathematik, Geometrie, Physik, Chemie, Maschinenkunde und Zeichnen unterrichtet. Denjenigen Schülern, die den Unterricht mit Erfolg besuchten, wurde in Aussicht gestellt, bei Besetzung von Unterbeamtenstellen an der Hütte berücksichtigt zu werden.



Gymnasium in der damaligen Tempelstrasse. Heute ist in diesem Gebäude das Arbeitsamt untergebracht.

Bei dem in den neunziger Jahren immer fühlbarer werdenden Lehrermangel an den Volksschulen schritten manche Gemeinden zur Selbsthilfe. So eröffnete die Stadt Königshütte auf Anregung der Kgl. Kreisschulinspektion am 9. April 1888 als behördlich genehmigtes Privatunternehmen in Räumen der Volksschule V eine **Präparandenanstalt** zur Vorbildung des Lehrernachwuchses. Seit dem 1. April 1904 galt diese Anstalt als „ausserordentlicher staatlicher Präparandenkursus“, der bis in den Weltkrieg hinein manchen jungen Mann in den Lehrerberuf hinein geführt hat.

Mit dem Staatlichen Gymnasium war seit dem 1. Oktober 1898 ein **„Seminar zur praktischen Ausbildung der Kandidaten für das Lehramt an höheren Schulen“** verbunden. Zu Ostern 1922 sind in Königshütte auch **„Kurse zur Vorbildung für die Mittelschullehrerprüfung“** durchgeführt worden.

Im Oktober 1892 begann die hiesige Handarbeitslehrerin Wahl Kurse, um in den städtischen Volksschulen einen einheitlichen, planmässigen Handarbeits- und Haushaltsunterricht herbeizuführen. 1894 entwickelte sich daraus ein Kursus zur Vorbereitung auf die staatliche Handarbeitslehrerinnenprüfung, der seit 1903 ganzjährig durchgeführt worden ist. Im Oktober 1905 beschloss der Magistrat die Uebernahme dieser Kurse auf die Stadt. Am 15. November 1905 fand die feierliche Eröffnung der zu einem Handarbeits- und Haushaltslehrerinnen-Seminar erweiterten Anstalt statt, die alsbald den Namen **„Städtisches technisches Lehrerinnen-Seminar“** führte. Das „Technische Seminar“ bereitete seine Schülerinnen auf die Prüfungen vor, deren Bestehen zur Anstellung als Handarbeits-, Haushalts- und Turnlehrerinnen an einer öffentlichen Schule befähigten.

Noch eine Fachschule muss erwähnt werden, das ist die **„Oberschlesische Polizeischule“**, die am 4. Januar 1913 eröffnet worden ist. Als Schulhaus diente das alte ehemalige Krankenhaus in der Tempelstrasse (heute: Horst-Wessel-Strasse) Nr. 25, das für die Zwecke der Polizeischule um- und aufgebaut worden ist.

Nachdem die Stadt Königshütte mit dem Jahre 1868 die Einwohnerzahl von 14 000 überschritten hatte, regte sich auch **das Bedürfnis nach einer höheren Unterrichtsanstalt**, zumal die Verkehrsverbindung mit der Kreisstadt Beuthen mancherlei zu wünschen übrig liess und aus diesem Grunde der Besuch der höheren Lehranstalten Beuthens für die Kinder der wohlhabenderen Bürger und Gruben- und Hüttenbeamten unserer Stadt sehr erschwert war. Auf Anregung des Oberbergamtes Bäuml er und des Hauptmanns a. D. Schimmelpfennig wurde deshalb am 1. Oktober 1869 die **„Familienvereinsschule für Knaben“** mit 32 Schülern in zwei Klassen gegründet und in dem damaligen Koloniehause Nr. 11 (später Nr. 2) eingemietet. Diese private Knabenschule bereitete ihre Schüler bis zur Quarta eines Gymnasiums vor.

Auf Veranlassung der Kgl. Regierung haben die städtischen Behörden die Uebernahme der Schule auf den städtischen Etat beschlossen und den Ausbau zu einem Vollgymnasium beantragt. Das Bedürfnis einer solchen Anstalt hatte sich schon 1871 aus der Grösse der Stadt und der Frequenz der Schule ergeben; man hoffte mit dem **Gymnasium** eine Stätte zu schaffen, „durch welche Aufklärung und Bildung unter die hiesige Bevölkerung getragen werden kann, welche zur gedeihlichen inneren Fortentwicklung unseres Gemeindewesens und des nationalen Bewusstseins dringend notwendig ist.“ Am 1. Oktober 1872 ist die private höhere Knabenschule von der Stadtgemeinde übernommen worden. Sie wurde vorläufig in gemieteten Räumen, die dem Bergfiskus gehörten, untergebracht und umfasste eine Vorschule und die Klassen Sexta bis Obertertia. Am 1. April 1874 wurde eine Sekunda eröffnet. Die Erhebung der Schule zu einem Gymnasium gelang noch nicht. Die Regierung zog die Leistungsfähigkeit der Stadt zur Tragung der Kosten in Zweifel. Nachdem der Magistrat diese Zweifel zerstreut hatte, machte die Regierung die Genehmigung abhängig von der Elementarlehrerbesoldung, die die Regierung zu bemängeln Anlass zu haben glaubte.

„Wenn wir nun auch geglaubt haben“, so heisst es im Verwaltungsbericht, „in dieser Beziehung schon Hinreichendes getan und durch die bisherigen Leistungen für die Elementarschule hinlängliche Garantie geboten zu haben, dass wir weiteren Forderungen



Das frühere Lyzeum am Eichendorffplatz.
Heute: „Clara-Schumann-Schule“. Deutsche Oberschule für Mädchen.

der Kgl. Regierung nachgekommen sein würden, so werden wir, um endlich die Stellung unserer höheren Lehranstalt zu fixieren, auch diese Forderung erfüllen müssen. Wir konnten nur nicht erwarten, dass diese Angelegenheit als ein Hindernis für die Anerkennung des Gymnasiums angesehen werden würde, da, unabhängig hiervon, uns in einem anderen Reskripte mit Zwangsmassregeln gedroht wird, wenn die Gehaltsforderungen nicht erfüllt werden. Hoffentlich wird dies aber das letzte Hindernis sein, denn je länger die Anerkennung hinausgeschoben wird, je länger also die Schule ihren provisorischen Charakter behält, desto weniger wird sie besucht sein, obgleich sie schon jetzt über 140 Schüler zählt. Der Staat hat wahrlich nicht das geringste Interesse an der Errichtung einer höheren Bildungsanstalt unter der hiesigen Bevölkerung, die zum grossen Teil aus Beamten und Arbeitern des fiskalischen Bergwerks besteht, darum haben wir doch die Hoffnung, dass zum Beginn des neuen Schuljahres die Anstalt als Gymnasium wird eröffnet werden können.“

Die Industrie der Stadt hat die Erhebung der höheren Knabenschule zu einem vollausgebauten Gymnasium stark gefördert und jährliche Zuschüsse zugesagt. Die Verhandlungen mit der Regierung über die Errichtung eines Gymnasiums fanden endlich ihren Abschluss. Am 15. Oktober

1877 ist das Königliche Gymnasium feierlich eröffnet worden. Einige Jahre noch trug die Stadt die Lasten des Gymnasiums allein, bis es gelang, das Gymnasium am 1. April 1874 zu verstaatlichen. Die Regierung zahlte der Stadt einen Unterhaltungskostenzuschuss von 6000 RM. jährlich, wogegen die Stadt die Verpflichtung übernahm, für ihre Rechnung ein Gymnasialgebäude herzustellen und dem Staate zu übergeben. Für den Bau des Gymnasiums hat die Stadtgemeinde durch Vertrag vom 7. Mai 1885 von den Bergkommissar Tempel'schen Erben das Grundstück (Grundbuch Nr. 1151) in der Tempelstrasse von 51 Ar 40 Quadratmeter Flächeninhalt für 15934 Mark käuflich erworben.

Bis zum Neubau war das Gymnasium in Mietsräumen des Fränkel'schen Hauses an der Ecke der Tempel- und Meitzenstrasse Nr. 7 untergebracht.

Am 21. Juni 1889 hat der damalige preussische Kultusminister Dr. v. Gossler den Grundstein zu dem neuen Gymnasium gelegt, das am 7. April 1891 dem Staate übergeben wurde.

Zu Anfang der neunziger Jahre machte sich in der Bürgerschaft der Stadt der Wunsch geltend, die Errichtung einer lateinlosen **Realschule** in die Wege geleitet zu sehen, da für viele junge Leute, die sich dem berg- und hüttenmännischen Berufe zuzuwenden gedachten, eine humanistische Bildung nicht notwendig erschien. Auf Anregung eines hier privatisierenden Mathematiklers kam zunächst ein Realschul-Verein zustande, der die Gründung einer Realschule betreiben wollte. Die städtischen Behörden erklärten sich bereit, sich mit einem Gesuche um die Errichtung einer lateinlosen Schule an die Staatsbehörden zu wenden. Nachdem die Schulbehörden die Bedürfnisfrage bejaht hatten, begann man im Sommer 1896 mit der Einrichtung einer Realexta und mit Beginn des Sommersemesters 1897 mit der Eröffnung einer Realquinta. Die Stadtgemeinde übernahm die Verpflichtung, am Gymnasium auf ihre Kosten den Anbau eines sechsklassigen Realschulgebäudes einschliesslich der gesamten inneren Einrichtung zu errichten. Das neue Gebäude ist am 21. September 1898 dem Staate übergeben worden. Nach drei Jahren war der Ausbau der Realschule abgeschlossen und 1902 als lateinlose Realschule anerkannt mit der Berechtigung, die Reife für O II einer Oberrealschule zu erteilen.

Die Verbindung des Gymnasiums und der Realschule unter einer Leitung und in einem Gebäude erschwerte die Arbeit beider Anstalten. Die Räume des Gymnasiums reichten nach 1900 für die wachsende Schülerzahl bald nicht mehr aus, es mussten Mietsräume hinzugenommen werden, zuerst in dem Hause Tempelstrasse Nr. 3 und vom 1. Januar 1908 zwei Räume im Hinterhaus Tempelstrasse 7.

Da aber die Schülerzahl ständig anstieg, musste an eine grössere Erweiterung gedacht werden. Es wurde beschlossen, die Realschule zu einer **Oberrealschule** zu erweitern und für diese auf Staatskosten ein neues Gebäude in der Nähe des Bismarckringes zu erbauen. Die Stadt musste zur Hälfte des Wertes den Bauplatz hergeben und hatte ihren Zuschuss für beide Anstalten nach und nach auf 20 000 Mark zu erhöhen.

Gleich nach Ostern 1908 ist mit dem Bau des Oberrealschulgebäudes in der heutigen Moltkestrasse begonnen worden. Seit 1914 war die Anstalt mit der Oberprima voll ausgebaut.

Für die Töchter der Stadt ist eine höhere Schule verhältnismässig spät geschaffen worden. Die Anfänge der **höheren Töchterschule** liegen in der 1876 von Fräulein Xenie Dynnebieer eröffneten Töchterschule. Allein, der Anstalt wurde seitens der Eltern so wenig Vertrauen entgegengebracht, dass sie wieder aufgegeben werden musste. Infolgedessen bildete sich am 25. März 1879 unter dem Vorsitz des damaligen Knappschaftsarztes Dr. med. Wagner ein Kuratorium, das die Konzession zur Errichtung einer höheren Töchterschule für alle Konfessionen bei der Kgl. Regierung zu Oppeln beantragte. Unter dem 10. April 1879 wurde der Lehrerin Selma Neumann die Genehmigung zur Eröffnung der Schule erteilt. Die junge Anstalt erfreute sich eines guten Besuches. Schon im ersten Jahre zählte sie 103 Schülerinnen. Die Mietsräume an der Wilhelmstrasse genügten aber alsbald der ständig wachsenden Schülerinnenzahl nicht mehr. Deshalb begann man im Jahre 1893 mit dem Bau eines neuen Schulgebäudes an der

Girndtstrasse, das am 27. März 1893 eingeweiht wurde. Nach 21-jährigem Bestehen ist die Schule von dem Mädchenschulverein am 1. April 1900 auf die Stadt übernommen worden. Die Anstalt zählte damals 215 Schülerinnen.

Das bisherige Gebäude der Schule auf der Girndtstrasse (jetzt Jahnstrasse) war alsbald wegen der weiteren Zunahme der Schülerinnenzahl auch nicht mehr ausreichend, so dass 3 Unterrichtsräume in einem Privathause gemietet werden mussten. Die städtischen Körperschaften beschlossen deshalb, ein neues Schulgebäude an der Gütler- und Scharnhorststrassenecke (am Moltkeplatz — heute Eichendorffplatz —) zu errichten. Im Herbst des Jahres 1905 ist mit dem Neubau der höheren Mädchenschule begonnen worden, die den Namen „**Cäcilien**schule“ erhielt. Ostern 1907 wurde sie bezogen. Der Ziegel-Rohbau mit den Sandstein-Fassaden am heutigen Eichendorffplatz beherbergt jetzt die Deutsche Oberschule für Mädchen.

* * *

Neben dem Ausbau des Schulwesens richtete sich die Aufmerksamkeit des Magistrats seit den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts auf die **Förderung von Volksbildungseinrichtungen**, die einerseits aus dem wachsenden Kulturbedürfnis heraus wünschenswert erschienen, andererseits gegenüber der sich ausbreitenden polnischen Agitation zur Festigung des deutschen Volkstums notwendig errichtet werden mussten. Zwar bestanden in Königshütte zahlreiche Vereine, die vaterländische, gemeinnützige und gesellschaftliche Interessen pflegten, aber „abseits von den zahlreichen Vereinen in Stadt und Dorf stand der grosse Volksteil der oberschlesischen Arbeiter, Handwerker, kleinen Gewerbetreibenden und Angestellten, deren Lebensumstände die Zugehörigkeit zu einem, die geistige und leibliche Kultur wirksam fördernden Verein nicht gestatteten, die aber das Bedürfnis unterhaltender und belehrender Anregung nicht minder tief empfanden als die anderen Berufs- und Bildungsklassen“ ... „Seitdem der gesetzliche Arbeiterschutz die Sonntags- und Feiertagsruhe herbeigeführt hatte und auch die Werktage durch einen zeitigen Schluss der Arbeit längere Feierabende darboten, musste es als eine naheliegende Aufgabe der Gesellschaft erscheinen, anständige Gelegenheiten zu einer geistigen Erholung und Erfrischung für die Volkskreise zu schaffen, die in den Genuss dieser Arbeitsruhe gekommen waren, sie abzulenken von dem öden Geschwätz und dem ungesunden Dunstkreise der Schankstube und Herz und Sinn für edlere Genüsse empfänglich und begehrlieh zu machen. Die im allgemeinen reizlose Gegend Oberschlesiens, die wenig zur Naturfreude anregt, die Lockungen der Gasthäuser, deren äusserer Komfort sich ungleich rascher zu heben pflegt als die Wohnungsverhältnisse der Arbeiter sich bessern, der sich immer mehr aufdringende Kampf gegen den das sittliche Gefühl abstumpfenden Schnapsgenuss mussten um so mehr den Versuch nahe legen, die Gedanken des Volkes auf edlere Erholungs- und Bildungsinteressen zu lenken. Und wo das soziale Gewissen hinreichend geschärft war, bekannte man ferner ehrlich die Notwendigkeit, den so vielfach durch Vorurteile getrennten Klassen der Bevölkerung einen gemeinsamen Boden für Unterhaltung, Belehrung und Fortbildung in geistiger wie leiblicher Beziehung zu schaffen und so ein einigendes Band zwischen ihnen zu knüpfen“. (Küster).

Solch ein Volksunterhaltungsabend hatte lange Jahre das typische Programm: kurze Ansprache des Leiters, Solo- und Chormusikstücke, ein volkstümlich belehrender Vortrag, gemeinsame Gesänge, Darbietungen von Reigen-, Frei- und Geräteübungen von Turnvereinen und eine kleine theatralische Aufführung. In Königshütte hat die Verwaltung der Königsgrube seit 1900 regelmässig Unterhaltungsabende für ihre Belegschaft durchgeführt.

* * *

In den Volksunterhaltungsabenden hat **das deutsche Lied** eine besondere Pflege gefunden. „Die Männerchöre, in denen wiederum die Lehrerschaft stark vertreten war, wie die unter Beteiligung der weiblichen Jugend auftretenden gemischten Chöre haben bei den Zuhörern die Erinnerung an alte Lieder wachgerufen, die Kenntnis neuer vermittelt und immer reichen Beifall geerntet“. (Küster).

Königshütte hat den Ruhm, das erste oberschlesische Gesangsfest veranstaltet zu haben. Ueber 300 auswärtige Sänger haben an diesem Feste, das unter Leitung des Königlichen Musik-

direktors Rudolf Tschirch aus Berlin stand, teilgenommen. „Das Fest verlief glänzend und ergab eine Geldeinnahme von 532 Thalern 2½ Silbergroschen, d. s. 1596 Mark 25 Pfennig“. Achtundzwanzig Jahre später (am 15. Juni 1884) hatten sich wiederum die Gesangsvereine des ober-schlesischen Industriebezirks zu einem Gesangsfest auf dem Redenberg eingefunden. Die Wahl der Stadt Königshütte als Ort der Gesangsfeste war eine Anerkennung für die Leistungen der Gesangsvereine der Bergknappen und Hüttenleute. Man hat behauptet, der Oberschlesier singe gern, und Königshütte sei eine musikliebende Stadt. Lange Jahrzehnte hindurch hat sie diesen Ruhm verteidigt.

Für Konzerte sorgten damals die Kapellen der Königlichen Berginspektion und der Königshütte. Die Kapelle der Königsgrube spielte lange Jahre hindurch an schönen Sonnabend-Nachmittagen unentgeltlich auf dem Ringe, die der Königshütte Sonntags mittags unentgeltlich im Hüttenpark. In der Wintersaison gab es „neben besseren Konzerten regelmässig Volkskonzerte zu billigen Eintrittspreisen“.

Unter den Königshütter Gesangsvereinen gewann ein Verein weit über den Stadtbereich hinaus Geltung und Bedeutung, das war der Lehrergesangsverein unter der musikalischen Leitung von Gerhard Fischer. Mit seiner Arbeit begann Ende 1906 das eigentliche gesangskulturelle Leben der Stadt, das in erster Linie von der Lehrerschaft geschaffen und getragen wurde. Gerhard Fischer hatte auch ein „Musikinstitut“ aufgebaut, das in der Girndtstrasse (heute Jahnstrasse) untergebracht war. Nach dem frühen Tode des hochbegabten und erfolgreichen Chormeisters Fischer übernahm Franz Kauf die Nachfolgerschaft im Lehrergesangsverein und im Musikinstitut. Bis zum Weltkriege hat der Lehrergesangsverein hervorragende Chorarbeit geleistet. Dann kam mit dem Verluste dieser Stadt an Polen auch sein Ende. Im Protokollbuch des Vereins lesen wir: „Dem ersten Chronisten, der diese vielbewegte Vereinsgeschichte zu schreiben begonnen hat, wird nichts weltenferner gelegen haben als der Gedanke, dass einst sein Nachfolger auf den letzten Blättern schreiben wird vom jähren, tragischen Ende des einst so stolzen Lehrergesangsvereins Königshütte. Die heimatliche Stadt, die deutsche von allen, ward Deutschland entrissen und einem Machthaber ausgeliefert, dem deutsche Kultur wenig gilt. Es kommt für alles, was deutsch heisst, hierzulande ein grosses Sterben, auch für das deutsche Lied.....“ Der Chronist, der die allgemeine tiefe Niedergeschlagenheit jener Zeit in seine Zeilen einfließen lässt, sollte nicht recht behalten.

Seit der Uebernahme durch Polen schritten die deutschen Vereine zur Sammlung. So beschlossen der Männergesangsverein, der Musikverein und der Lehrergesangsverein sich zu gemeinsamer Arbeit unter dem Namen „**Chorvereinigung**“ zusammenzuschliessen. Ueber hundert Sänger blieben unter Franz Kaufs Leitung der deutschen Chorpflege treu und liessen das deutsche Lied nicht ersterben. Die bedeutendsten Schöpfungen deutscher Meister (Matthäuspasion, Jahreszeiten, Schöpfung, deutsches Requiem u. a.) waren im Graf-Reden-Saal zu hören und liessen die Hoffnung nicht ersterben, dass eines Tages doch die Heimkehr kommen werde. Männer wie Bialas, Ringmann, Rodewald, Cwienk haben der Erhaltung und Pflege deutscher Musik in schwerster Zeit ihre besten Kräfte gewidmet. Als Franz Kauf nach zehnjähriger Tätigkeit sein Dirigentenamt in der Chorvereinigung aus gesundheitlichen Gründen niederlegen musste, übernahm der um das ober-schlesische Musikleben hochverdiente Nachfolger Meisters im Kattowitzer Meisterschen Gesangsverein Professor Fritz Lubrich auch die Leitung der Chorvereinigung, die dem Meisterschen Gesangsverein oftmals wertvolle Ergänzung und Hilfe leistete.

* * *

Um die Jahrhundertwende begannen die Bemühungen um den Aufbau eines **Theaterwesens**. Bis weit in die achtziger Jahre hinein ist Königshütte im allgemeinen wohl zu klein gewesen, um grössere Theaterrichtungen anzulocken. Aber vielen Marionetten- und Puppenspiellern, Bauchrednern, Artisten, Tierdressuren und derlei Leuten wird die Stadt ein gern abzugrasendes Feld gewesen sein. In alten Zeitungsbanden und Theater Almanachen finden sich zwar ab 1847 recht interessante Repertoirangaben von „Theaterrichtungen“ wie C. Nachtigall, Adolph Stegemann, F. Reindel, Eduard Pick u. a., aber erst seit 1901 gewinnt das Theaterleben in Königshütte festere

Formen. Am 10. August 1901 wurde in einer Konferenz von Vertretern der Industrie, des Staates und der Gemeinden die Gründung eines „**Oberschlesischen Volkstheaters**“ beschlossen, das durch Beiträge des Staates, der Industrie und der Gemeinden getragen werden sollte. Wir haben hier den ersten Versuch eines von den Behörden unterstützten und überwachten Volkstheaters, und wenn man will, den Vorläufer des heutigen Oberschlesischen Landestheaters. Als Sitz des Volkstheaters wurde Königshütte bestimmt. Den Vorsitz im Kuratorium („Aufsichtsrat“) führte der Königshütter Oberbürgermeister. Sein Etat betrug jährlich 60 000 Mark. Das Personal zählte rund 30 Schauspieler.

Am 9. Oktober 1901 fand in Gegenwart hoher staatlicher und städtischer Behördenleiter sowie zahlreicher Industrievertreter und Ehren Gäste die feierliche Eröffnung des Oberschlesischen Volkstheaters statt. Es ist bemerkenswert, dass die Polen dem Volkstheater in Königshütte ihr „Liebhabertheater“ entgegensetzten und von hier aus im Dienste der polnischen Propaganda dirigierten.

Bei seiner Begründung fand das Volkstheater manche Anfeindungen, doch setzte es sich durch und bewährte sich in den ober-schlesischen Industrie- und Bauerndörfern. In der Spielzeit 1905/1906 konnte das ober-schlesische Volkstheater in 198 Vorstellungen von 86 verschiedenen Stücken bereits 125 000 Besucher nachweisen. Der Mann, der das Theater auf eine beachtliche Höhe brachte, war Julius Ricklinger. Als Spielstätten dienten die Säle von Leubuscher und Wandel und später der grosse Saal des Hotels „Graf Reden“.



Hotel „Graf Reden“

Am Neujahrstage 1941 waren es 40 Jahre, seit das von Franz Oppawski in Königshütte errichtete **Hotel „Graf Reden“** seiner Bestimmung übergeben wurde. Franz Oppawski, der sich vor 53 Jahren in Königshütte als Kolonialkaufmann niederlies, kaufte zunächst die alte „Wandelei“ auf, um dann an den Bau des Hotels heranzugehen. Der Rohbau kostete allein 500 000 *ℳ*, Pflasterung und Kanalisation des damals noch fast unbewohnten Stadtviertels verschlangen weitere 25 000 *ℳ*. Hinzu kamen noch die vielen Tausende, die zur Inneneinrichtung notwendig waren. Durch die Schaffung dieses Werkes hat sich der Erbauer, Franz Oppawski, der heute im 79. Lebensjahre steht, grosse Verdienste um die Stadt erworben. Während der Polenzeit hatten freilich die Pächter manche bittere Pille schlucken müssen. Die Schikanierungen gingen soweit, dass man es fertig brachte, das Hotel mit dem Saal und der Gaststätte wegen angeblicher Baufälligkeit zu schliessen, um dem Deutschtum die letzte Unterkunftsstätte zu nehmen. Die Stadtverwaltung plant nun grosse Umbauten und Modernisierungen. Wir werden alsdann eine vorbildliche Hotel- und Gaststätte besitzen mit schönen Repräsentationsräumen und einem akustisch hervorragenden Konzertsaal.

Neben dem Oberschlesischen Volkstheater und den Konzerten erfreuten sich die vom Lehrerverein eingerichteten **Vorträge**, sowie die von einem Komitee zu geringen Eintrittspreisen veranstalteten **wissenschaftlichen** Vorträge, die von Professoren der Breslauer Universität gehalten wurden, grosser Beliebtheit. Die Vorträge wurden im Jahre 1912/13 durchschnittlich von 400 Personen besucht.

* * *

Seit den neunziger Jahren begannen hier und da einzelne Gemeinden mit der Einrichtung von Volksbibliotheken, deren Zahl sich bis 1903 so vermehrte, dass sich der Zusammenschluss zu einem „Verbande oberschlesischer Volksbüchereien“ empfahl, den der verdienstvolle Lehrer Karl Kaisig im Auftrage der Oppelner Regierung begründete und leitete.

Königshütte weist seit dem Jahre 1897 eine Volksbücherei nach, die von einem Volksbibliotheksverein, an dessen Spitze der Oberbürgermeister stand, unterhalten wurde. Bis zum 3. November 1905 war die Bücherei in gemieteten Räumen, Teichstrasse 5, untergebracht. Seit diesem Tage befand sie sich in grossen, hellen Räumen im Erdgeschoss der Feuerwache, Beuthener Strasse 19. Mit der Bücherei war ein geräumiges, den Anforderungen der damaligen Zeit entsprechendes Lesezimmer, das ungefähr 80 Lesern Platz gewährte, verbunden. Fast 8000 Personen haben im Jahre 1909 dieses Lesezimmer besucht. Auch die Benutzung der Bücherei war so stark, dass 1906 die Errichtung einer zweiten Volksbücherei notwendig wurde. Diese ist zunächst (2. Januar) wieder in den alten Büchereiräumen der Teichstrasse, dann aber (1. Juli) „im südlichen Stadtteil“, d. h. in der Girndtstrasse (heute Jahnstrasse) Nr. 3, dem früheren Mädchenschulgebäude, untergebracht worden. Im Jahre 1910 zählten beide Büchereien 7004 Bände, die eine Ausleihziffer von 65399 erreichten. Bis zum Jahre 1917 sind die Königshütter Volksbüchereien nebenamtlich verwaltet worden. Dann erfolgte jedoch ihre Kommunalisierung und Leitung durch eine hauptamtlich tätige Berufsbibliothekarin. Die erste Bibliothekarin war Fräulein Elfriede Auras. Sie hat unter Mithilfe der Volontärin, Frl. Seiffert, und der Verbandsbibliothekarin, Frl. Synowitz, den gesamten Büchereibetrieb auf neuzeitliche Betriebsformen umgestellt.

Bismarckhütte, das damals noch zum Kreise Beuthen gehörte, gründete drei Büchereien in den verschiedenen Ortsteilen, die von einem Bürgerverein unterhalten wurden. Daneben bestand eine Werksbücherei der Bismarckhütte. Im Jahre 1909 wurden in diesen vier Büchereien 40 000 Bände ausgeliehen; das war fast doppelt soviel, als die damalige Einwohnerzahl!

Mit den Volksbüchereien in Bismarckhütte war die Bücherei in **Neu-Heiduk** organisch verbunden. Sie bestand seit 1887 und ist am 1. April 1911 wie die Bismarckhütter Büchereien „kommunalisiert“ worden. Bis zu diesem Jahre hatte die Bücherei in Neu-Heiduk bereits 82182 Bücher ausgeliehen. Die Bücherei der Gemeinde Neu-Heiduk ist die älteste Bücherei des Bezirks gewesen. Am 1. Februar 1888 wurde der erste Stammkatalog für die damaligen Gemeinden und Neu-Heiduk angelegt. Ausgabestelle war das Vereinslokal Wolff des Bürgervereins.

Auch die **Chorzower** Volksbücherei erfreute sich seit ihrer Gründung im Jahre 1900 regen Zuspruchs. 1033 ständige Leser weist der Bericht vom Jahre 1909 nach. Zu Beginn des Weltkrieges zählte die Bücherei in Chorzow 1856 Leser. 3773 Bände erzielten eine Ausleihziffer von 9335.

Am 21. Mai 1910 ist in **Wenzlowitz** eine Volksbücherei als Zweigbücherei von Chorzow eingerichtet worden. $\frac{1}{4}$ der Dorfeinwohner waren Leser, denen 500 Bände zur Verfügung standen.

Es ist nicht unwichtig, darauf hinzuweisen, dass der „Verband oberschlesischer Volksbüchereien“ in Königshütte eine **Zentralstelle für Bibliotheksbedarf** errichtete, die der Hauptlehrer a. D. Jelitto leitete und von der die den Bibliotheken nötigen einheitlichen Formulare und sonstigen äusseren Einrichtungsgegenstände bezogen werden konnten.

Als mit der Genfer Entscheidung auch Königshütte an Polen fiel, begann für das Volksbüchereiwesen eine harte Zeit. Der „Verband deutscher Büchereien in Polen“, der sich der Erhaltung, Festigung und weiteren Ausbreitung des volksdeutschen Büchereiwesens annahm, hat auch die Büchereien in Königshütte in seine Obhut genommen. Zwar mussten die deutschen Büchereien aus ihren bisherigen Räumen weichen, es gelang aber, in Bismarckhütte einen mutigen Vermittler

zu finden, der eine deutsche Bücherei in seiner Wohnung, Richthofenstr. Nr. 34 aufnahm. Die Königshütter Bücherei fand im Hause des „Kuriere“ eine Heimstätte. In Chorzow, in Wenzlowitz und in Neu-Heiduk mussten die deutschen Büchereien den polnischen weichen.

Was das deutsche Buch in der Leidenszeit der Stadt den Bürgern bedeutet hat, wird demnächst einmal dargestellt werden.

* * *

Unter den Einrichtungen der ausserschulischen Volksbildung haben auch bei uns die „**Jugend- und Volksspiele**“ eine grosse Rolle gespielt. Am 3. September 1902 traten zu Bismarckhütte, dem Wohnsitz des um die oberschlesische Spielbewegung schon damals besonders verdienten Lehrers Michael Münzer, 50 Lehrer des Industriebezirks auf Grund der Ueberzeugung, „dass das deutsche Jugend- und Volksspiel keine Spielerei, sondern eine ernste Arbeit im Gewande jugendlicher Freude sei“, zu einer „Spielvereinigung“ zusammen, die sich schon am 16. April 1904 zu dem allgemeinen „Oberschlesischen Spielverbände“ erweitern konnte. Man erstrebte die Hebung von Volks- und Jugendspielen durch Veranstaltung von Wettspielen und Spielfesten, durch Einwirkung auf die öffentliche Meinung zur Schaffung von Spiel- und Eislaufplätzen und Schwimmanstalten, durch Unterstützung der Ortsgruppen mit Spielgeräten und enge Fühlung mit dem Zentralausschuss für Jugend- und Volksspiele in Deutschland. Das erste Königshütter „Volksspielfest“ fand am 14. September 1902 auf dem Redenberge statt. Zwei Jahrzehnte hindurch ist von Königshütte aus die oberschlesische Spielbewegung gelenkt und gefördert worden. An anderer Stelle dieses Buches wird die Lebensarbeit des Königshütter Michael Münzer ihre Würdigung finden.

* * *

An **Wohnungen**, insbesondere an kleinen Arbeiterwohnungen, war ständig Mangel. Denn die Bevölkerung nahm ständig und schnell zu. Neubauten dagegen waren selten. 1880 trat ein besonders fühlbarer Wohnungsmangel ein, als durch den Erlass einer Oberpräsidialverordnung über das Kost- und Quartiergängerwesen ein grosser Teil von ledigen Arbeitern gezwungen wurde, sich besondere Wohnungen zu mieten, da sie nicht alle in den vorhandenen Schlafhäusern der Grubenverwaltungen Unterkunft finden konnten. Der plötzlich entstehende Wohnungsbedarf löste eine gewerbmässige Wohnungsproduktion aus. Die damaligen Bauordnungen, die die Errichtung hoher Häuser zulassen, sowie die fast unbeschränkte Möglichkeit Seitenflügel und Hinterhäuser zu bauen, begünstigten die Bodenspekulation. Die Folge war, dass die Erhöhung der Grundstückspreise, der Aufschliessungskosten sowie das Gewinnstreben von Bauunternehmern und Hauseigentümern ein immer stärkeres Steigen der Mieten bewirkten, von den Kellerwohnungen angefangen bis zu den „herrschaftlichen“ Wohnungen.

In den nächsten zehn Jahren ist wohl erheblich gebaut worden; so zählte man Ende 1887 im Stadtbezirke 7091 Wohnungen, so dass bei 32134 Einwohnern in jeder Wohnung 4,6 Personen wohnten. Doch blieben die kleinen und mittleren Wohnungen immer knapp, weil deren Errichtung einen zu geringen wirtschaftlichen Anreiz bot. „Die Wohnungen werden gut bezahlt“, heisst es in den Verwaltungsberichten, „so dass das in Häusern angelegte Kapital sich gut verzinst. Für Bauplätze, die, wenn auch nicht in allzu grosser, aber genügender Anzahl vorhanden sind, werden Preise erzielt, die in den letzten Jahren eine steigende Tendenz verfolgen“.

Schon damals, um 1900, musste die Polizei gegen einen Uebelstand einschreiten, der trotz aller Bemühungen bis heute noch nicht beseitigt ist: gegen die Wohnungen in den Kellern und in den Dachgeschossen. Ueber 200 solcher ungesunden Wohnungen mussten 1904 auf Grund einer Orts-Polizei-Verordnung vom 26. Oktober 1877 bzw. der Regierungs-Polizei-Verordnung vom 9. Juli 1881 polizeilich geschlossen werden und sind ein Jahrzehnt hindurch geschlossen geblieben. Die Hausbesitzer haben freilich immer wieder versucht, diese geschlossenen Wohnungen erneut zu vermieten, so dass sich die Verwaltung zu einer regelmässigen Kontrolle veranlasst sah.

Wenn im Durchschnitt auch 4,6 Personen auf eine „Wohnung“ entfielen, so gab es auch damals schon Einraumwohnungen, in denen mehr als 10 Personen hausten. Wenn darum einmal ein Neubau fertig wurde, ist es kein Wunder, dass die frischen Wohnungen schon vor Ablauf der damals gesetzlichen Trockenfrist von 5 Monaten vermietet und bezogen wurden. Die Behörde

glaubte, gegen die Eigentümer der Neubauten mit Zwangsmassregeln vorgehen zu müssen; „da namentlich bei Errichtung während einer Regenperiode oder zur Herbstzeit diese Neubauten nicht genügend austrocknen und hierdurch leicht Anlass zum Ausbruch von Krankheiten gegeben wird“. Im Jahre 1904 wird auch über „eine Anzahl von Wohnungen in alten sogenannten Blockhäusern“ geklagt: „Die Wohnungen in diesen Häusern entsprechen nicht den bestehenden Vorschriften; die Räume haben nur eine ganz geringe Höhe (etwas über 2 m) und daher nur geringen Licht- und Luftzutritt.“ Blockhäuser dieser Art bestanden in den Stadtteilen Klinsawiese, Nomiarki und Pniaki, sowie in der Knappengasse.

Noch eine andere Unsitte machte sich seit 1900 breit; das war „eine ungesunde Vermehrung von Läden, insbesondere in den Nebenstrassen, so dass viele solcher Läden leerstehen und häufig nach einigen Jahren zu Wohnungen umgebaut werden mussten.“ „Wahrscheinlich“, so heisst es in den Verwaltungsberichten, „ist die Ursache dieser Ladenbauten darin zu suchen, dass die Hypothekenbanken bei Anleihe solcher mit Läden versehenen Häuser den Mietwert der Läden hoch anrechnen und infolgedessen höhere Hypothekendarlehen bewilligen, als empfehlenswert ist.“ Die Stadtverwaltung hat wiederholt vor dem Bau von Läden gewarnt, ohne dass sie Erfolg erzielte.

Der Verwaltungsbericht vom Jahre 1907 konnte feststellen, dass sich die Stadt in baulicher Hinsicht in den letzten 16 Jahren stark entwickelt habe. Jedes Jahr sei eine grössere Anzahl neuer Wohngebäude errichtet worden, die gesündere Wohnungsverhältnisse schaffen halfen. Da die bisherigen ortsstatutarischen Bestimmungen nicht ausreichten, habe man ein neues Ortsstatut betreffend die Anlegung und Veränderung von Strassen und Plätzen erlassen, und um Klarheit über die Verpflichtung zur Zahlung von Strassenbaukosten zu schaffen, wurde nach eingehender Prüfung der Strassenverhältnisse ein Verzeichnis der historischen und nicht historischen Strassen angelegt.

Durch die Anlage neuer Strassen ist die Baulust geweckt worden. Auf schöne Fassaden legte man bei den Neubauten besonderen Wert. Zwischen der Kattowitzer- und Tempelstrasse entstand ein neues besseres Wohnviertel. In der Kaiserstrasse (jetzt Adolf-Hitler-Strasse) machten alte Geschäftshäuser neuen modernen Platz. Der damals (1908) gegründete Wohnungsbauverein errichtete in der Gneisenaustasse prächtige Häuserreihen. Auch die Industrieverwaltungen schritten seit 1900 zur Errichtung von Wohnhäusern in den verschiedensten Stadtteilen.

Mit dem Jahre 1912 setzte eine erneute Verschärfung des Wohnungsmangels ein, der niemals behoben worden ist. Und als der Weltkrieg kam, ruhte jede Bautätigkeit, die auch unter polnischer Herrschaft nicht wieder auflebte.

Zur Schaffung gesünderer Wohnungsverhältnisse für ihre Arbeiter hat auch die Berg- und Hüttenverwaltung der Vereinigten Königs- und Laurahütte sowie der Königliche Bergfiskus beigetragen. Beide bauten eine Anzahl solider Familienhäuser und pachteten von städtischen Grundbesitzern eine Reihe Häuser, deren Wohnungen gegen geringe Miete an Arbeiter und Angestellte vergeben wurden. Die Bergverwaltung der Königshütte und die Kgl. Berginspektion „haben für jedes der Familienhäuser entweder am Hause selbst oder in unmittelbarer Nähe Gärten angelegt und diese so eingeteilt und abgegrenzt, dass jedem Mieter ein Teil ohne Entgelt abgegeben werden konnte. Die Bergverwaltung lieferte auch Bäumchen und Sträucher für die Gärten, auch liess sie den Familien Lauben kostenlos bauen“. Die Berginspektion sowie die Hüttenverwaltung richteten auch für einen Teil ihrer unverheirateten Arbeiter Schlafhäuser ein, die damaligen hygienischen Anforderungen entsprachen.

* * *

Von segensreichen Folgen war der Entschluss der Gräflin Hugo Henckel von Donnersmarck'schen Berg- und Hüttenverwaltung im Jahre 1870, an der Kattowitzer Strasse einen Teich, den „**Hüttenenteich**“, anzulegen. Die aus der Teichanlage gewonnene Erde wurde auf der gegenüberliegenden Seite der Kattowitzer Strasse zum Auffüllen einer Senke benutzt. Und hier entstand 1873 der „**Hüttenpark**“, der eine beliebte Erholungsstätte geworden ist. Auch der neue „Ring“ (heute Adolf-Hitler-Platz) ist 1870 geschaffen worden.



Hüttenpark

Vier Jahre später (1874) erpachtete die Stadt von dem Oberschlesischen Knappschaftsverein zu Tarnowitz den 3 Morgen 155 Quadratruten grossen **Redenpark**, der heute eine Zierde der Stadt ist. Die Stadtchronik berichtet von einer Königshütter Dampfmühle, die 1874 noch jährlich 120 000 Zentner Roggen und Weizen verarbeitete, der aus der näheren Umgebung stammte. 1878 sollen noch 338 ha Acker- und Gartenländereien, 11 ha Wiesen, 34 ha Weiden und Hutungen vorhanden gewesen sein. Auf der 613 ha grossen Gesamtfläche zählte man im Sommer desselben Jahres noch 658 Apfelbäume, 1540 Birnbäume, 607 Pflaumbäume, 1667 Kirschbäume, 18 Walnussbäume. Und im Jahre 1885 schoss der Pächter der städtischen Jagd auf den hiesigen Feldmarken: 26 Hasen, 8 Rebhühner, 11 Wachteln, 5 Wiesel, 1 wilde Ente, 4 Krammetsvögel, 1 Raubvogel, 1 Möve, 1 Wasserhuhn und 2 Eisvögel.

Aus Mangel an Mitteln konnte für Verschönerungs- und Promenadenanlagen nur wenig getan werden. „Die Einwohnerschaft wird sich“ so heisst es im Verwaltungsbericht von 1894, „in dieser Beziehung auch lange noch auf bessere Zeiten vertrösten müssen, und dürfte der Verwaltung darum, weil sie die nach ihrer Ansicht hoch genug angespannten Steuerkräfte zu schonen bereit ist, ernste Vorwürfe nicht gemacht werden können . . .“.

Die grosse Sorge der jetzigen Stadtverwaltung ist es daher geworden, **Grünflächen** zu erhalten und neue zu schaffen. Der nationalsozialistischen Stadtführung blieb es vorbehalten, nach dieser Seite hin die Durchführung einer grosszügigen Planung zu beginnen und in Verbindung



Neubau des Städt. Krankenhauses im Jahre 1904.

mit dem ausserordentlich starken **Kleingartenwesen**, das 1905 auf vereinsmässiger Grundlage in raschem Anstieg begann, eine möglichst zusammenhängende, lückenlose Verbindung aller Grünflächen zu schaffen, die in einem neu aufgeforsteten **Stadtwalde** am Redenberg und im „Schweizer Tal“ ihre Krönung finden sollen. Nicht gelingen wird es freilich, Königshütte zu einem **Badeort** zu machen, der es um 1830 gewesen ist. Dort, wo heute die Lobestrasse ist, befand sich das „Amalienbad“ des Dr. Bannerth. Eine solehaltige Quelle lieferte das Heilung bringende Wasser gegen Gicht, Rheuma und Frauenleiden. Ein lieblicher, baumreicher Park muss den zahlreichen Besuchern ein angenehmer Aufenthaltsort gewesen sein. Durch den Grubenabbau trat dann Wassermangel ein; 1850 ist die Solequelle versiegt und der Ruf als Badeort war dahin.

Badeanstalten befanden sich für die Gruben- und Hütten-Beamten und -Arbeiter in den Werken. Für die übrige Einwohnerschaft war eine Badeanstalt, jedoch nur für die Sommermonate, im Hüttenteiche eingerichtet. Ausserdem hielt der Kupferschmiedemeister R. Aust in der Kattowitzer Strasse Nr. 8 „Wannenbäder mit Douche für den Privatgebrauch“ gegen billige Vergütung zur Verfügung. Bis heute ist es auch auf diesem Gebiete sozial-hygienischer Einrichtung nicht besser geworden. Königshütte braucht neben dem Freischwimmbad auf dem Redenberge ein grösseres, moderneres, und vor allem aber ein neuzeitliches Hallenschwimmbad.



Das alte Rathaus am Ring.

Krankenhäuser oder krankenhaushähnliche Einrichtungen befanden sich bis weit ins 19. Jahrhundert hinein im Besitz von religiösen Gemeinschaften oder in Privathänden. Die Städte gingen erst allmählich dazu über, eigene Krankenanstalten zu gründen. In Königschütte war es nicht anders.

Als erstes „Krankenhaus“ diente ein im Jahre 1854 vom Hüttenfiskus für Arbeiterwohnungen bestimmtes Haus in der Beuthener Strasse 15. Zwei Giebelstuben dieses Hauses waren als Krankenzstuben für solche Personen reserviert, die ihren Unterstützungswohnsitz nicht in Königschütte hatten. Die Kur- und Verpflegungskosten wurden von denjenigen Armenverbänden eingezogen, die zur Unterstützungszahlung verpflichtet waren. Als im Jahre 1867 die Cholera ausbrach, rief man zur Pflege der Cholerakranken „Graue Schwestern“ herbei, denen man in diesem Hause eine Wohnung einräumte.

Dieses „Krankenhaus“ genügte alsbald nicht mehr den Anforderungen. Man schritt zur Selbsthilfe. Das katholische Kirchenkollegium erwarb mit freiwilligen Spenden der Königschütter vom Ober-Bergamt das Haus Beuthener Strasse 15 zuerst mietweise und später käuflich. Das „Krankenhaus“ mit zwei Giebelstuben erweiterte sich so beträchtlich zu einem **Privatkrankenhaus**, dem ersten „**St.-Hedwigs-Krankenhaus**“.

Auch dieses konnte mit dem Anwachsen der Bevölkerung nicht Schritt halten. Darum errichtete man im Jahre 1872 in nächster Nähe des ersten „Krankenhauses“, ebenfalls in der Beuthe-
ner Strasse, ein neues „St.-Hedwigs-Stift“ mit 30 Betten. Weil aber dieses Haus durch den Gruben-
abbau bedroht schien, wurde es im Jahre 1890 an die Bergverwaltung verkauft. Dafür entstand
1891/92 an der Peterstrasse ein grosses neues Krankenhaus, das 1898 bedeutend erweitert worden ist.
8460 Kranke sind hier in den Jahren 1893 bis 1901 gepflegt worden. Der berühmte Operateur
Geheimer Sanitätsrat Professor Dr. Wilhelm Wagner hatte in diesem „St.-Hedwigs-Krankenhaus“
seine Privatklinik.

Im Jahre 1873 schritt man zum Bau eines **Städtischen Krankenhauses** in der damaligen
Tempelstrasse Nr. 25, das am 1. Juni 1875 mit 40 Betten in Betrieb genommen wurde. Bis 85 Betten
konnten aufgestellt werden. Und lange Jahre hindurch genügte es den Bedürfnissen. Aber im Frühjahr
1901 stellte eine Revision fest „dass das Krankenhaus zu klein ist. Dass es sowohl in bezug auf
die Lagerung der Kranken, als auch insbesondere in bezug auf die gesteigerten Anforderungen der
modernen Hygienie und der übrigen medizinischen Wissenschaft nicht mehr ausreichend war“.
Man plante einen Neubau an der Scharnhorststrasse, der am 12. Juli 1904 mit 130 Betten einge-
weihet worden ist. Aus dem alten Krankenhaus in der Tempelstrasse Nr. 25 wurde durch Um-
und Ausbau im Jahre 1912 ein Polizeischulgebäude. Durch mancherlei Um- und Ausbauten hat sich
das Krankenhaus wohl immer wieder den Verhältnissen angepasst, aber bald nach dem Kriege ist
die Neubauforderung wieder aufgetaucht, die erst jetzt ihre Lösung finden wird.

Neben der Gemeinde schuf der oberschlesische Knappschaftsverband zunächst in der
Richterstrasse und später im Gebäude des Hüttenamtes ein besonderes **Lazarett**. Erst später wurde
hart an der Stadtgrenze, im damaligen Ober-Heiduk, ein **Knappschaftslazarett** mit 150 Betten errichtet,
das noch heute segensreich wirkt.

* * *

Als die neue Stadt gegründet war, begann die Verwaltungstätigkeit in einem Hause der
Ringstrasse, wo das **Rathaus** mietweise untergebracht war. Der Grundstein zum heutigen Rathaus
ist am 15. Juli 1874 gelegt worden. Viele Jahrzehnte hindurch sind von diesem, gegenüber anderen
oberschlesischen Stadthäusern immerhin repräsentativen Rathause aus, die Geschicke der Stadt
geleitet worden.

Schon im Jahre 1900 war die Erweiterung des Rathauses, dessen Räume für die sich mit
der wachsenden Stadt stets vergrössernde Verwaltung nicht mehr ausreichten, in Aussicht genommen
und zwar auf dem neben dem Rathaus gelegenen freien Platze am Ringe bis zur Meitzenstrasse.
Durch die Zumietung je einer Etage des Nebenhauses in den Jahren 1902, 1903 und 1905 konnte der
geplante Neubau noch einmal hinausgeschoben werden. Doch wurde dadurch nur vorübergehend
Abhilfe geschaffen. Zur Erlangung von Plänen wurde 1905 eine „Konkurrenz“ unter den deutschen
Architekten ausgeschrieben. Im Jahre 1907 hat man dem dringenden weiteren Bedarf an Verwal-
tungsräumen dadurch abgeholfen, dass der Ratskeller aufgegeben und seine Räume für Bürozwicke
umgebaut wurden. Ausserdem wurde das Stadesamt aus dem Rathaus nach dem alten Gebäude
der höheren Mädchenschule in der Girndtstrasse (heute Jahnstrasse) verlegt, das durch Auszug der
Töcherschule in den am heutigen Eichendorffplatz errichteten Neubau frei geworden war. Ein
erheblicher Platzmangel bestand nach wie vor, so dass der Plan der Rathauiserweiterung weiter
verfolgt werden musste. Ein entsprechender Entwurf nebst Kostenanschlag wurde 1907 im Bauplatz
ausgearbeitet. Als der Weltkrieg kam, stand die Ausführung des Rathauiserweiterungsbaues bevor;
er musste, wie schon oft, verschoben werden. Erst 1928 kam die Ausführung der vorliegenden
Pläne zustande.

* * *

Aus dem Bedürfnis nach einwandfreier Schlachtung und der Notwendigkeit, die Möglichkeit
von Infektionen immer mehr einzudämmen, beschloss die Stadtverwaltung, einen **Schlachthof** zu
erbauen. Am 18. November 1901 fand in Gegenwart geladener Ehrengäste, der städtischen Körper-
schaften sowie der hiesigen und der benachbarten Fleischer-Innungen die Eröffnung des städtischen



Eingang zum Städt. Schlachthof.

Schlachthofes statt. Die Kosten der Herstellung der Schlachthofanlage haben einschliesslich Grunderwerb 1 117 913,74 Mark betragen. Im Laufe der Jahre sind eine ganze Reihe von Erweiterungen und Ergänzungen notwendig gewesen. Die Modernisierung der technischen und hygienischen Anlagen wird auch jetzt wieder in Fluss kommen müssen, nachdem zur Polenzeit ein Stillstand eingetreten war.

Wochenmärkte spielen für die Versorgung der Bevölkerung in jeder Stadt eine bedeutende Rolle. Die Jahr- sowie die Wochenmärkte sind seit Stadtgründung auf dem „Ringe“ und den den Ring umgebenden Strassen abgehalten worden. Mit dem Anwachsen der Bevölkerung „trat das Bedürfnis der Herbeischaffung der erforderlichen Lebensmittel aus immer weiteren Entfernungen und hiermit die Notwendigkeit zu Tage, die für die Lebensmittelversorgung der Stadt bestehenden Einrichtungen den gesteigerten Anforderungen auch in sanitärer Hinsicht entsprechend zu verbessern“. Man dachte an die Errichtung einer **Markthalle**, weil die Lebensmittel in einer gedeckten Halle sauberer bleiben, die gesundheitspolizeiliche Aufsicht dadurch besser ausgeübt werden kann, die Waren dem Verderben weniger ausgesetzt, auch die Käufer und Verkäufer dem Wetter und der Erkältung in einer gedeckten Halle nicht preisgegeben sind, wie auf dem freien Marktplatz. Hauptsächlich sollte die Halle zum Schutze der Verkaufsware vor den Einwirkungen von Sonne, Staub, Regen, Hitze und Frost dienen. Nicht weniger sollte durch den Bau der Markthalle das Kaufen und Verkaufen erleichtert werden, da alle Ware übersichtlicher geordnet werden kann, als auf dem offenen Markte. Die Markthalle sollte überhaupt beiden Teilen, Käufern wie Verkäufern von Nutzen, sie sollte ein gemeinnütziges, kein bloss finanzielles Unternehmen sein. Von diesen Gesichtspunkten



Markttag auf dem Ring (heute: Adolf-Hitler-Platz) 1905.

ausgehend, haben die städtischen Körperschaften am 14. Februar 1902 und am 5. März 1903 die Erbauung einer Markthalle auf dem der Stadt gehörenden Gelände zwischen Schlachthof und Beuthener Strasse beschlossen. Mit dem Bau ist sofort nach der Beschlussfassung begonnen und der Bau so gefördert worden, dass er bereits am 16. August 1905 seiner Bestimmung übergeben werden konnte. 640 000 Mark hat der Bau gekostet. Aber **Königshütte war die erste unter den oberschlesischen Städten, die eine Markthalle erhielt.** Heute noch entbehren einige Nachbarstädte diese Einrichtung. Es ist übrigens bemerkenswert, dass die erste Markthalle im Reiche 1865 in Stuttgart erbaut worden ist; später folgten Frankfurt a. Main, Berlin, Leipzig und einige andere Grosstädte.

* * *

Mit der Errichtung der Stadt übernahm der Magistrat auch die Verpflichtung, sich des **Feuerlöschwesens** anzunehmen. Anfangs begnügte man sich mit freiwilligen Feuerwehren, die für jeden einzelnen Brand entlohnt wurden. Auch „die Arbeiter-Colonnen zum Drücken der Spritzen usw. sowie die Pferde wurden der Feuerwehr seitens der Stadt gestellt“. Ferner schaffte die Stadt alle Feuerlöschgeräte an und die Uniformen für die Feuerlöschmänner. Das Spritzenhaus stand im Rathaus. Hier wurde auch eine ständige Brandwache unterhalten. Um die Jahrhundertwende aber schritt man zur Bildung einer Berufsfeuerwehr. 1904 begann der Bau des **Feuerwehrdepots** in der Beuthener Strasse 19. „Am 6. November konnte das neue Heim der Feuerwehr bezogen werden. Der Umzug von der alten nach der neuen Feuerwache wurde gemeinsam mit der freiwilligen Feuerwehr unter Mitführung der Geräte bei Fackellicht unter Vorantritt einer Musikkapelle und Bewirtung im neuen Heim in feierlicher Weise begangen“. Auch die Feuerlöschgeräte wurden ergänzt. Die erste Automobilspritze ist im Jahre 1912 angeschafft worden.

Um dieselbe Zeit entstand das städtische **Pfandleihamt**, das seit dem 18. Oktober 1906 eine recht segensreiche soziale Arbeit geleistet hat. Im selben Jahr erbaute man das **Gewächshaus** auf dem Redenberg. Einige Jahre früher, am 6. April 1902, begann die **Stadtparkasse** ihre Tätigkeit. Von 1902 bis 1905 baute man am **Alters- und Kinderheim**.

* * *

Nicht nur die Stadtverwaltung baute für öffentliche Einrichtungen besondere Gebäude, auch die übrigen Behörden folgten.



Markttags-Verkaufsstände auf dem Ring um 1905.

So entstand im Jahre 1878/79 das Amtsgerichtsgebäude und 1880 das Gerichtsgefängnis. Im März 1905 bezog die Reichsbanknebenstelle, die seit 1899 in Mietsräumen an der Tempelstrasse untergebracht war, ihre städtischerseits neugeschaffenen Räume an der damaligen Parkstrasse.

Eine **Postanstalt** gab es in Königshütte schon im Jahre 1804; sie war dem Postamt Gleiwitz unterstellt. Am 1. Oktober 1849 ist eine „Postexpedition III. Klasse“ und im Jahre 1856 eine solche II. Klasse, im Jahre 1874 dann ein „Postamt I. Klasse“ geschaffen worden. Im Jahre 1865 ist mit der Postanstalt eine Telegraphenstation vereinigt worden.

Tägliche **Postverbindung** bestand 1882 mit der Station Schwientochlowitz der Oberschlesischen Eisenbahn durch täglich 4 Personen- und 1 Botenpost, ferner mit den Bahnhöfen Chorzow

und Beuthen O/S. der Rechten-Oder-Ufer-Eisenbahn. Nach Chorzow verkehrten täglich 3 Botenposten und nach Beuthen wurden täglich einmal Briefpostsendungen durch Vermittlung der Eisenbahnschaffner befördert.

Mit dem 1. Juli 1886 hörte die Personen- und Botenpost auf. Von diesem Tage an sind die Postsendungen direkt durch die Eisenbahn befördert worden.

Das Kaiserliche **Postamt** befand sich 1882 noch in der Kaiserstrasse im Hause des Herrn N. Danziger. Ausserdem bestanden 8 Verkaufsstellen, die 1882 4905 Mark umsetzten. 12 Postbriefkästen waren im Stadtbezirk verbreitet. In demselben Jahre sind 764 154 Briefe, Postkarten und Drucksachen durch die Königshütter Post befördert und zugestellt worden. 2 288 465 Mark wurden durch Postanweisung eingezahlt und 676 817 Mark durch Postanweisung in Königshütte ausgezahlt. 50 996 Pakete musste die Post befördern. Man sieht, dass der Geschäftsverkehr in Königshütte sehr rege war.

Ende 1892 zog die Post in ein reichseigenes Gebäude in der damaligen Kaiserstrasse um, wo sie noch heute untergebracht ist.

* * *

Wenige Jahre nachdem 1835 zwischen Nürnberg und Fürth die erste deutsche Eisenbahn fuhr, ist auch in Oberschlesien das „Dampfross“ den Schienenweg gezogen. 1842/43 war die Strecke Breslau-Oppeln fertig, bis 1845 wurde die Strecke von Oppeln bis Schwientochlowitz in Betrieb genommen, die 1847 über Myslowitz hinaus bis zur russischen Grenze führte.

So hatte die damalige Königshütte und Königsgrube vom Bahnhof „Königshütte in Schwientochlowitz“ aus Anschluss an die Eisenbahn. 1870 entstand eine Zweigbahn von Schwientochlowitz bis zum Bahnschacht der Königshütte; sie diente dem sehr bedeutenden Kohlen- und Gütertransport. Etwas später wurde sie bis Beuthen durchgeführt und erhielt hier Anschluss an die Rechte-Oder-Ufer-Bahn.

Seit dem 27. Oktober 1872 wurde auch die Personenbeförderung zugelassen.

Inzwischen war der Güterverkehr erheblich gewachsen und die Erweiterung des Bahnhofs immer dringender geworden. Daher sah sich die Eisenbahnverwaltung im Jahre 1889 genötigt, an eine Verbesserung ernstlich zu denken. Anstatt jedoch die Erweiterung des Bahnhofs in Aussicht zu nehmen, fasste man seine Entlastung ins Auge. Man plante, um den Königshütter und Schwientochlowitzer Bahnhof zu entlasten, eine unmittelbare Eisenbahnverbindung zwischen den Bahnhöfen Chorzow und Kattowitz herzustellen. Dadurch wäre Königshütte von der Hauptlinie abgeschnitten worden, woran auch die Einrichtung von Pendelzügen zwischen Chorzow und Schwientochlowitz nichts geändert hätte. Der Magistrat hat die Ausführung des Projektes mit Entschiedenheit zu verhindern versucht. Als die hiesigen Stellen nicht nachgaben, blieb dem damaligen Oberbürgermeister Girndt nichts anderes übrig, als das Abgeordnetenhaus zu bemühen, dem gerade (1890) der Entwurf eines Gesetzes betr. die Erweiterung und Vervollständigung des Staatseisenbahnnetzes zur Beratung vorlag. Die Eingabe des Magistrats ist in mancher Beziehung aufschlussreich für die damaligen wirtschaftlichen Verhältnisse der Stadt, weshalb sich ihre vollständige Zitierung empfiehlt. Sie lautet:

„In dem dem hohen Hause der Abgeordneten gegenwärtig vorliegenden Entwürfe eines Gesetzes betreffend die Erweiterung und Vervollständigung des Staatseisenbahnnetzes wird seitens der Kgl. Staatsregierung in § 1 unter III Nr. 1 für die Vereinigung der Bahnhöfe der früheren Oberschlesischen und der Rechteoderufer-Eisenbahn in Beuthen O/S. sowie der anschliessenden Strecken bis Chorzow und Herstellung einer Bahnverbindung Chorzow-Kattowitz die Summe von 5 400 000 Mark gefordert.

Als dies durch die Zeitungen bekannt wurde, musste die Einwohnerschaft der Stadt Königshütte sich durch den Plan der Herstellung einer Bahnverbindung Chorzow-Kattowitz schmerzlich berührt fühlen. Sie musste besorgt werden für ihre fernere Entwicklung, wie für ihre Zukunft überhaupt, die dadurch gefährdet erscheinen, dass die geplante Ver-



Die erste oberschlesische Markthalle im Jahre 1905.

bindung unmittelbar bei der Stadt vorübergeführt werden soll, ohne sie mit einem Bahnhofe zu berühren, dass die günstige Gelegenheit, die Stadt an eine Hauptbahn anzuschliessen, die nie wiederkehren wird, ungenutzt vorübergehen, und dass die Stadt nunmehr für alle Zukunft an einer unbedeutenden Zweigbahn, einer ehemaligen Kohlenbahn, ohne unmittelbaren Anschluss an den Weltverkehr verbleiben soll.

Die Stadt Königshütte O/S., im Jahre 1869 auf Grund der allerhöchsten Kabinettsordre vom 18. Juli 1868 durch Zusammenlegung verschiedener, von Arbeitern der fiskalischen Werke bewohnten Gemeinden und Gutsbezirke und von Teilen solcher mit 13 911 Einwohnern gegen den lebhaften Widerspruch derselben im öffentlichen Interesse gegründet, ist leider zu spät in die Reihe der oberschlesischen Städte getreten, als dass sie bei dem Bau der Oberschlesischen oder Rechte-Oder-Ufer-Bahn hätte Berücksichtigung beanspruchen können. Es ist deshalb gewiss nicht ihr Verschulden, wenn sie damals nicht Bahnhof einer dieser Bahnen geworden ist.

Inzwischen hat sich die Stadt zu einer Mittelstadt entwickelt, welche bei der Volkszählung i. J. 1885 32 072 und bei der letzten Personenstandsaufnahme im November v. J. 34 507 Einwohner gezählt hat. Sie ist dadurch die viertgrößte Stadt in der Provinz Schlesien und die grösste des Regierungsbezirks Oppeln geworden und steht vermöge der Entwicklung ihrer Berg- und Hüttenwerke nicht zurück gegen die anderen Städte des oberschlesischen Industriebezirks, wenn ihre Einwohner auch zumeist nur Arbeiter jener Werke sind.

Trotzdem ist in den Eisenbahnfahrplänen ihr Name nur an einer Zweigbahn zu finden, während die Nachbardörfer Schwientochlowitz und Chorzow in denselben auf den Hauptbahnen prangen, und müssen die Reisenden auf diesen Bahnhöfen umsteigen, um auf die Hauptbahn bzw. von dieser nach Königshütte zu gelangen, und auf dem Bahnhof Königshütte sich mit Einrichtungen genügen lassen, welche weit hinter denen der Nachbarbahnhöfe zurückstehen.

Alles dies sind Verhältnisse, wie sie gegenüber einer Stadt von annähernd 35 000 Einwohnern herabdrückender wohl nicht gedacht werden können. Dennoch sind sie bislang von der Einwohnerschaft mit stiller Ergebung und in Bescheidenheit getragen worden, weil die gegebenen Verhältnisse zur Zeit tatsächlich unabänderlich erschienen. Sie sind jedoch so getragen worden zugleich in der zuversichtlichen Hoffnung, dass bei sich bietender Gelegenheit seitens der Eisenbahnverwaltung selbst darauf ernst Bedacht werde genommen werden, die in industrieller Beziehung so bedeutende Stadt mit dem Weltverkehre in eine dieser Bedeutung und ihrer Grösse entsprechende Verbindung zu bringen.

Wider Erwarten soll dieses nach dem Gesetzentwurf nicht geschehen. Deshalb glauben wir ferner nicht in Zurückhaltung verharren zu dürfen. Denn wenn die Stadt Königshütte auch nur eine Arbeiterstadt ist, so ist sie es in der Hauptsache doch einzig und allein dadurch, dass ihre Industriellen nur der Kgl. Staatsfiskus und die Vereinigte Königs- und Laurahütten-Aktiengesellschaft sind, von denen jener die Erträge seiner Bergwerke in die Staatskasse einbezieht, während die Aktiengesellschaft den Reingewinn ihrer Hüttenwerke als Dividende in alle Welt zerstreut und dass bei der mangelhaften Eisenbahnverbindung eine Kleinindustrie, sowie der Handel im allgemeinen und damit der für jedes Gemeinwesen unentbehrliche Mittelstand sich nicht hat entwickeln können, sowie dass infolge dieser Tatsachen bisher die Gemeindesteuer zeitweilig über 400% der Staatseinkommen- und Klassensteuer betragen und im Durchschnitte der letzten 10 Jahre sich auf rund 350% behauptet hat, was jeden, der nicht auf Grube und Hütte angewiesen ist, davon abhält, in Königshütte sich niederzulassen.

Deshalb und weil wir der Ansicht und zuversichtlichen Hoffnung sind, dass durch Anschluss der Stadt Königshütte an eine Haupteisenbahnlinie die Zukunft derselben eine bessere werden wird, insofern dieser Anschluss die Heranziehung und Entwicklung einer Kleinindustrie, die Belegung von Handel und Wandel und damit die Begründung und Kräftigung eines mittleren Bürgerstandes und als Folge hiervon die Herabsetzung der Gemeindesteuern auf eine erträgliche Höhe möglich machen wird, wenden wir uns vertrauensvoll an das hohe Haus der Abgeordneten mit der dringenden Bitte gehorsamst:

Hochdasselbe wolle gelegentlich der bevorstehenden Beratung des Staatseisenbahnerweiterungsgesetzes hochgeneigtest zu Gunsten der Stadt Königshütte O/S. dahin wirken, dass die Abkürzungslinie Chorzow—Kattowitz ihr nicht zum Nachteil gereiche, dass vielmehr der Hauptbahnverkehr zwischen der Oberschlesischen und der Rechteoderufer-Eisenbahn

entweder

über den bestehenden Bahnhof Königshütte O/S. der Linie Beuthen — Schwientochlowitz
oder

über einen auf Königshütter Feldmark an anderer geeigneter Stelle neu anzulegenden Bahnhof geleitet werde.



Bahnhof Königshütte Oberschlesien im Jahre 1903.

Wie dies zu ermöglichen, werden nur Sachverständige feststellen können, und befinden wir uns nicht in der Lage, in bestimmter Weise vorzuschlagen. Wir können vielmehr nur Andeutungen machen und haben uns erlaubt, dies in der angehängten Lagezeichnung zu tun. In derselben haben wir, wie einerseits

- a) die geplante Abkürzungslinie Chorzow—Kattowitz, so auch andererseits
- b) drei Linien für die Leitung des Hauptpersonen- und Güterverkehrs zwischen der Oberschlesischen und der Rechteoderufer-Eisenbahn, wie wir sie für möglich erachten,

in geeigneter Weise durch von einander verschiedene Zeichen zu veranschaulichen versucht. Sollten durch die Ausführung der angedeuteten Linien, was nicht ausgeschlossen ist, auch wirklich höhere Kosten entstehen, so dürfte das nur unbedeutend sein, jedenfalls aber von der Ausführung nicht abhalten dürfen, da es sich um die Erfüllung nicht unberechtigter und nicht unbilliger Wünsche, sowie um die Zukunft einer Stadt handelt, die in wenigen Jahren 40 000 Einwohner und darüber zählen wird und schon jetzt die viertgrößte Stadt der Provinz Schlesien und die größte des Regierungsbezirks Oppeln ist, einer Stadt, die vor 20 Jahren staatlicherseits im öffentlichen Interesse für notwendig erachtet und

begründet worden ist und allein schon um deshalb notwendig auch erhalten und weiter entwickelt werden muss, wenn den auf die Gründung gesetzten Erwartungen weiter Genüge geschehen soll.

Der Magistrat
Girndt
Erster Bürgermeister.“

Diese Bittschrift hatte nicht den erstrebten Erfolg. Wohl wurde vom Abgeordnetenhaus der Anspruch der Stadt als berechtigt anerkannt, indessen nahm es den vorliegenden Gesetzentwurf an und erklärte die Bittschrift in der Sitzung vom 23. April 1890 als hierdurch erledigt.

Nunmehr galt es für den Magistrat, in dem alsdann eingeleiteten Verfahren zur landespolizeilichen Prüfung der Bahnstrecke Kattowitz—Chorzow den Versuch, das Projekt zu Fall zu bringen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu wiederholen. Mit Unterstützung der Königsgrube und der Gewerkschaft v. Giesches-Erben, deren Bergbauinteressen durch das Projekt berührt wurden, gelang es, ein neues, die alte Linie Chorzow—Königshütte—Schwientochlowitz innehaltendes Projekt auszuarbeiten, das am 19. April 1894 die landespolizeiliche Genehmigung erhielt und 1900 zur Ausführung kam.

Der Personenbahnhof für Königshütte der Strecke Schwientochlowitz—Beuthen war anfangs in Chorzow. 1872 erhielt die Stadtmitte endlich auch einen Personenbahnhof, dessen Gebäude 1885 renoviert und vergrößert wurde und, wie die Chronik mit Stolz vermerkt, eine Bahnhofrestauration erhielt. Lange Zeit „existierten Schnellzüge für Königshütte nicht; es musste, da auch Anschlusszüge an die in Chorzow haltenden Züge zum Teil nicht gefahren wurden, der Anschluss zu Fuss oder Wagen gesucht werden auf schlechten, in fremder Feldmark liegenden Landwegen“. Viele und schwierige Verhandlungen waren notwendig, ehe die Eisenbahnbehörde eine Verbesserung der Verkehrsverhältnisse zubilligte und Eil- und Schnellzüge auch in Königshütte halten liess. Nicht anders war es mit dem Bahnhofsgebäude. Aber die Räumlichkeiten des Bahnhofs, so heisst es im Verwaltungsbericht von 1890, „haben sich schon seit Jahren als unzulänglich erwiesen. Wiederholte Vorstellungen bei den zuständigen Eisenbahnbehörden fanden leider wenig Wohlwollen, führten indessen nach und nach doch einzelne Verbesserungen herbei, die allerdings den berechtigten Ansprüchen bei weitem nicht genügten“. Jahr für Jahr machte der Magistrat Vorstellungen bei der Eisenbahnverwaltung wegen der Unzulänglichkeit der Bahnhofsanlage. Im Jahre 1902 hatte man endlich Erfolg. Der Umbau des Bahnhofs Königshütte begann; er wurde 1903 dem Betrieb übergeben und bestand aus sechs verschiedenen einstöckigen Gebäuden. Aber schon im selben Jahre heisst es im Verwaltungsbericht: „Ob die Bahnhofsgebäude sich als ausreichend erweisen werden, erscheint schon jetzt zweifelhaft, umsomehr, als die Einwohnerzahl von Königshütte ständig im Wachsen ist; es ist nicht zuletzt auch aus Schönheitsrücksichten zu beklagen, dass ein den örtlichen Verhältnissen so wenig Rechnung tragender Bahnhofsbaubau zur Aufführung gelangt ist.“ 1905 wurde, immer noch ein angemessener Plattenbelag und die Ueberdachung der Bahnsteige vermisst, die dann 1907 endlich gebaut wurde. Wohl sind eine Reihe von An- und Umbauten bis zum Weltkriege notwendig geworden, im allgemeinen aber blieb der Bahnhof von 1902 erhalten, an dem auch die Polen nichts änderten. Heute dürfte die Bahnhofsfrage wohl endlich befriedigend gelöst werden.

Die Zweigbahn Schwientochlowitz—Beuthen O/S. führte mitten durch die Stadt und teilte sie in einen nördlichen und einen südlichen Stadtteil. Eine Verbindung zwischen beiden zu schaffen, war eine ständige Aufgabe des Magistrats. Man schuf eine Eisenbahnunterführung in der Lobe-Strasse, die 1903 auf ihre jetzige Breite erweitert wurde. Neben der Unterführung der Eisenbahn baute man eine Ueberführung, die sogenannte „Germaniabücke“. Sie wurde 1877 fertiggestellt, 1903 neu gebaut und dabei verbreitert. Heute wird sie wieder einer gründlichen Erneuerung unter-

zogen und den verkehrsmässigen Ansprüchen der neuen Zeit angeglichen. Die „Germaniabücke“ hatte einen Vorläufer in Form einer hölzernen Laufbrücke, der sogenannten „Schwabenbrücke“. Sie stand an derselben Stelle, wo jetzt die „Freiheitsbrücke“ steht. Ueber sie führte die Krugstrasse, die früher die Verlängerung der Ringstrasse durch das Hüttenwerk nach dem evangelischen Friedhofe bildete. Vor dieser hölzernen Brücke stand übrigens das Koloniehäus Nr. 1, hinter diesem lagen die Häuser Nr. 2 bis 8, die im Jahre 1871 infolge Zusammenbruchs des Feldes zum Abbruch kamen. Das Koloniehäus Nr. 8 erhielt darauf die Nr. 1. Im Jahre 1900 sind dann eine Reihe anderer Häuser der Kolonie „Königshütte“ in der Kalidestrasse abgebrochen worden, um städtischen Gebäuden Platz zu machen.

* * *

Eine nicht geringe Sorge musste die Stadt ihren **Strassen** zuwenden, die zur Zeit der Stadtgründung mehr oder weniger Dorfstrassen glichen. Die Pflasterung der Hauptstrassen begann 1872 mit der Pflasterung der Kattowitzer und der Schwientochlowitzer Strasse, die zum damaligen „Bahnhof Königshütte in Schwientochlowitz“ führte. Auch der Fiskus beteiligte sich an der Pflasterung einiger Strassen. Neue Strassen (so nach Süd-Lagiewnik und auf dem „Wandelberge“ nach dem Redenberg) waren auch schon in den ersten Jahren der Stadtgründung notwendig. Der Magistrat bemühte sich überdies, nicht nur vor den Häusern, sondern auch in der ganzen Länge der Bürgersteige „Trottoirplatten“ legen zu lassen. Bald aber zwang die „trübe Finanzlage der Stadt“ die Bauverwaltung zur Beschränkung auf die notwendigsten Ausbesserungen. „Neubauten von einiger Bedeutung konnten nur im Jahre 1877/78 vorgenommen werden.... In den folgenden Jahren durfte nur Weniges, und zwar nur das neu geschaffen werden, was unabweisbar notwendig war. Dies war die Fertigstellung der Strasse vor dem neuen Rathause, die Fortsetzung der in den Vorjahren begonnenen Regulierung der Chausseegräben und Bürgersteige an der Beuthener Strasse, die Aufschüttung und Befestigung des neuen Ringplatzes und der Ausbau der Strasse zum Bahnhofe der Oberschlesischen Eisenbahn, bezüglich deren die Stadtgemeinde nach siebenjährigem Streite mit der Direktion der Oberschlesischen Eisenbahngesellschaft schliesslich durch Entscheidung des Kreisausschusses zu Beuthen O/S. vorbehaltlich etwaiger Civilansprüche gegen die genannte Eisenbahn im Verwaltungsstreitverfahren endgültig verurteilt worden ist, die Strasse auszubauen und in die städtische Unterhaltung für immer zu übernehmen.“ Erst um 1890 bis zum Weltkriege konnten einige Strassen gepflastert oder chaussiert werden. Neu angelegt wurden in der Zeit von 1894 bis 1899 die Eck-, Graben-, Flur-, Ziegelei-, Nomiarkistrasse und der neue Ring. In dieser Zeit entstanden auch die Strassendurchlegungen: Bismarck-, Wasser-, Junghann-, Ladewig-, Karl-, Friedrich-, Tempel-, Girndt-, Peterstrasse. Die meisten Strassen sind in den Jahren 1900 bis 1903 gepflastert worden. Die Gesamtlänge des städtischen Strassennetzes erreichte 1903 rund 38,7 km. Es wird eine reizvolle Aufgabe sein, demnächst einmal in einem besonderen „Strassenbuche“ die Bau- und Lebensgeschichte der Königshütter Strassen darzustellen.

* * *

Zu einer sorgfältigen Strassenunterhaltung gehört auch eine regelmässige gründliche **Strassenreinigung**. Die Reinigung der Strassen durch die Grundstückseigentümer, die oft nur unregelmässig und mangelhaft ausgeführt wurde, musste auch in Königshütte schon bald nach der Stadtgründung städtischerseits übernommen werden. Die trübe Finanzlage aber der siebziger und achtziger Jahre zwang die Bauverwaltung oft zur Beschränkung der Strassenreinigung. Die Strassensprengung ist in den Jahren um 1880 fast ganz eingestellt worden.

* * *

In der Erkenntnis, dass eine Anhäufung von Haushaltsabfällen auf den Grundstücken eine gesundheitliche Gefahr für die Einwohnerschaft bildete, hat auch die junge Stadt Königshütte bald eine **Müllabfuhr** eingeführt und durch Ortssatzung geregelt. Das Müll ist damals in allen

möglichen, teils undichten, teils deckellosen Gefässen oder in besonderen Gruben im Hofe gesammelt worden und wurde dann in offenen oder nur unvollkommen geschlossenen Wagen abgefahren. Die Einführung neuzeitlicher staubverhütender Abfuhrsysteme und die Aufbewahrung des Mülls in dichten, geschlossenen Behältern bis zur Abfuhr ist bis heute nur Stückwerk geblieben. Ebenso bleibt der nationalsozialistischen Stadtführung die Frage der **Müllverwertung** zu lösen übrig und das Müll nicht einfach als lästigen, wertlosen Stoff in Lehm-, Sand- und Kiesgruben oder sonstigen Geländevertiefungen abzuschütten.

* * *

Manchmal gingen riesige **Grubenfelder zu Bruche** und verursachten in den 70er Jahren erheblichen Sachschaden. So wurden die Anwohner der Karlstrasse im Jahre 1889 in nicht geringe Aufregung versetzt, „als unter furchtbarem Dröhnen ein Teil der Strasse etwa fünf Meter im Geviert in die Tiefe ging, einen nach innen sich erweiternden Trichter bildend“. Die Oeffnung hatte eine Tiefe von 14 m und erweiterte sich immer mehr. Viele Gespanne hatten Tag und Nacht zu tun, um die Erdmassen heranzuschaffen, die die Bruchstelle zuschütten sollten.

Im Jahre 1938 ging das Gelände am heutigen Eichendorffplatz plötzlich in die Tiefe. Die Senke ist heute noch nicht ganz wieder ausgefüllt. Die Folgen des Grubenabbaues machen sich jetzt in dem Fehlen geeigneten Baugeländes bemerkbar. Die Notwendigkeit einer harmonischen Abstimmung der Bebauungsabsichten der Stadt und der Abbauinteressen der Gruben ist seit einem Jahrzehnt immer brennender geworden.

* * *

Die Strassen der damaligen Gemeinden und „Kolonien“ um die Königshütte hatten durchweg keine Nachtbeleuchtung. Einzelne Strassen der neuen Stadt sind um 1870 durch Petroleumlampen beleuchtet worden, da die Gasanstalt der Vereinigten Königs- und Laurahütten - A. G. das notwendige Gasquantum nicht liefern konnte. Seit 1872 kam es dann zu einem Gaslieferungsvertrag. Bis zum Jahre 1879 erleuchteten 185 Gaslaternen und 42 Petroleumlaternen die Strassen der Stadt. Die der Grösse und zerstreuten Lage der Stadt angemessene Anzahl der Nachtlaternen musste von da ab „und zwar mit Rücksicht auf die über die Stadt infolge des Niederganges der Industrie hereingebrochene Finanznot behufs Erzielung von Ersparnissen auf das allernotwendigste Mass herabgemindert werden, und sind deshalb 31 Nachtlaternen zu Abendlaternen gemacht worden.....“. 1887 brannten schon 190 Gas- und 66 Petroleumlaternen. 1893 brannten 301 Gaslaternen. Die Petroleumlampen waren abgeschafft. Auch die Gasbeleuchtung der Strassen fand im Jahre 1898 ihr Ende. Am 1. Oktober 1898 ist die Gasleitung ausser Betrieb gesetzt worden. An die Stelle der Gaslaternen traten elektrische Bogen- und Lichtglühlampen. So brännten 1899 bereits 89 elektrische Bogenlampen und 526 elektrische Glühlampen, deren Strom die Vereinigte Königs- und Laurahütten - A. G. lieferte. Auch die Einwohner schlossen sich dem elektrischen Stromnetz mehr und mehr an. Nur die entlegenen Stadtteile Klimsawiese, Nomiarki und Priaki mussten sich noch mit Gas begnügen. Klimsawiese z. B. hat erst 1912 elektrisches Licht erhalten.

* * *

Mit der Einführung der elektrischen Beleuchtung fällt auch die **Eröffnung der Elektrischen Strassenbahn** Königshütte—Domb—Kattowitz zusammen, die am 8. Oktober 1898 zum ersten Male verkehrte. Ausserdem sorgten für den Verkehr die der Oberschlesischen Dampfstrassenbahngesellschaft und der Kattowitzer Kleinbahn-Aktiengesellschaft nach Kattowitz, Bismarckhütte, Antonienhütte, Beuthen, Gleiwitz und Laurahütte führenden elektrischen Strassenbahnen, deren Betrieb in den ersten Jahren nach der Eröffnung seit 1897 (nach Beuthen 1894) viel zu wünschen übrig liess, insbesondere, als sie noch mit Dampf betrieben wurden. Die Niederschrift im Verwaltungs-



Industrieanlagen in Königshütte-Ost.

bericht von 1898 bis 1907: „Doch bleibt noch manches in der Bedienung der Züge, der Ausstattung der alten Wagen, der noch schnelleren Aufeinanderfolge der Züge zu wünschen übrig“, könnte heute ebenso geschrieben sein!

* * *

Für jede Stadt ist die Frage der **Versorgung mit gutem Trink- und Wirtschaftswasser** eine lebenswichtige Frage. Anfangs entnahmen die Bürger ihr Wasser den Brunnen. 1882 besass die Stadt 53 öffentliche Brunnen und Wasserständer, zu deren Speisung ein Rohrnetz von 17074 Meter Länge erforderlich war. Mit dem fortschreitenden Bergbau versiegten die Brunnen mehr und mehr. Und im Mai 1879 bereits musste das der Stadt gehörige Wasserwerk wegen unzureichender Wasseransammlung in den Sammelbrunnen ausser Betrieb gesetzt werden, nachdem die Berg- und Hüttenverwaltung der Vereinigten Königs- und Laurahütten-A. G. unter gewissen Bedingungen die Verpflichtung übernommen hatte, einen Teil der Kronprinzen-, Bismarck-, Beuthener- und Peterstrasse mit Trink- und Wirtschaftswasser, teils unter Benutzung der vorhandenen städtischen, teils durch Aufstellung neuer Wasserständer zu versorgen. Der Wassermangel machte sich seit Beginn der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts an vielen Stellen des oberschlesischen Industriebezirks mehr und mehr bemerkbar; es fehlte nicht nur an dem erforderlichen Trinkwasser zur Versorgung der Bevölkerung, sondern auch die industriellen Werke litten Mangel an dem zur Versorgung der Dampfkessel notwendigen Süsswasser. Um zu verhüten, dass ein tatsächlicher



Ein Modehaus (Zuber)
in der Adolf-Hitler-Strasse

Seite standen. Salbach wies zunächst darauf hin, dass die Wasserläufe der Brinitza, Przemska und Klodnitz, an deren Nutzbarmachung man gedacht hatte, sowohl in bezug auf die Menge als auch auf die Beschaffenheit des in ihnen vorhandenen Wassers nicht in Frage kämen. Dagegen machte er darauf aufmerksam, dass in der oberschlesischen Triasmulde Wassermengen zur Verfügung ständen, welche bereits durch verschiedene Bohrungen aufgeschlossen wären. So hatte z. B. die Hohenlohesche Verwaltung in dem sogenannten Scharfschen Steinbruch bei Zawada drei Bohrlöcher zu Nutzungszwecken niederbringen lassen, aus denen nach dem Durchsinken der unteren Triasschichten grosse Wassermengen in vorzüglicher Beschaffenheit wie aus artesischen Brunnen emporschossen und über Tage ausgossen. Baurat Salbach schlug daher vor, in der Gegend von Zawada einen Tiefbrunnen auszuteufen, und von hier aus den oberschlesischen Industriebezirk mit Wasser zu versorgen. Dieser Vorschlag wurde durch die drei Ressortminister in dem Erlass vom 29. März 1880 genehmigt und zu seiner Ausführung 50 000 Mark zur Verfügung gestellt. Das von Salbach vorgeschlagene Bohrloch kam in den Jahren 1880 bis 1882 zur Ausführung.

Den Staatsbehörden lag nun daran, das wasserführende Bohrloch gegen Wasserentziehung durch bergmännische Arbeiten zu sichern. Insbesondere besorgte man, dass ihm bei

Notstand einträte, beauftragte der Herr Minister für Handel und Gewerbe durch Erlass vom 19. März 1873 das Königliche Oberbergamt zu Breslau, Erhebungen über den Stand der Wasserversorgung im oberschlesischen Industriebezirk anzustellen und gegebenenfalls Vorschläge zu machen, auf welche Weise dem vorhandenen Wassermangel gesteuert werden könnte. Insbesondere liess die Regierung die Frage prüfen, ob die im oberschlesischen Industriebezirk vorhandenen und zur Zeit benutzten Wasserquellen in bezug auf ihre Beschaffenheit den Anforderungen genügten. All diese Erhebungen hatten das Ergebnis, dass die Versorgung des oberschlesischen Industriebezirks unzureichend wäre, und dass ferner die Hälfte der vorhandenen Wasserquellen ein für Trinkzwecke wenig brauchbares Wasser lieferte. Auf Grund der in diesem Sinne vom Oberbergamt zu Breslau und von der Regierung zu Oppeln erstatteten Berichte erkannten die Herren Minister für Handel, Gewerbe und öffentlichen Arbeiten, des Innern und der geistlichen Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten die Notwendigkeit der Schaffung einer allgemeinen Wasserversorgung für den oberschlesischen Industriebezirk an. Mit der Leitung der hierfür erforderlichen Vorarbeiten betrauten sie durch gemeinsamen Erlass vom 14. Mai 1878 den Herrn Oberpräsidenten der Provinz Schlesien und stellten ihm für diesen Zweck 50 000 Mark zur Verfügung. Die Hälfte dieser Summe wurde auf die Fonds der staatlichen Bergverwaltung übernommen. Für die Ausführung der Vorarbeiten wurde der Königliche Baurat Salbach aus Dresden gewonnen, dem besondere Erfahrungen bei der Ausführung von Wasserversorgungsanlagen zur

Niederbringen von Mutungsbohrlöchern ein Teil des Wassers entzogen werden könnte. Um dies zu verhindern, bestimmte das Königliche Oberbergamt zu Breslau durch die Bergpolizeiverordnung vom 23. Juli 1880 (Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Oppeln 1880, Stück 31, Seite 211), dass innerhalb des daselbst beschriebenen Bezirks, mit dem man die Ränder der wasserführenden Schichten zu überdecken glaubte, alle Schürfarbeiten bis auf weiteres untersagt wären, sofern nicht vorher die besondere Genehmigung des zuständigen Revierbeamten dazu eingeholt wäre.

Während diese Vorarbeiten für eine allgemeine Wasserversorgung des oberschlesischen Industriebezirks vorgenommen wurden, war der Wassermangel, verstärkt durch eine Reihe trockener Sommer, immer fühlbarer geworden. Namentlich machte er sich in der Stadt Königshütte und deren Umgebung bemerkbar. „Wir sind bereits so weit“, trug der Wortführer der Königshütter dem 1863 in Königshütte weilenden Handelsminister Itzenplitz vor, „dass die Vermögenden Wasser kaufen müssen, aber selbst um schweres Geld kein Wasser zu kaufen bekommen. Die Aermere müssen sich schon des Nachts an den Brunnen aufpflanzen, um einer dem anderen das Wasser wegzustehlen, wobei es im Gedränge häufig zu Tötlichkeiten kommt. In sanitätspolizeilicher Beziehung machen sich schwere Misstände geltend. Die Feuerversicherungen wollen keine Versicherung mehr aufnehmen, weil kein Wasser zum Löschen da ist. Die 1000 Kinder in den hiesigen Schulen empfinden den Mangel an Wasser aufs empfindlichste. Die Reinlichkeit, das Fundament einer gesunden Erziehung, kann von uns gar nicht verlangt werden.“ Der Minister ordnete die Anlage von Wasserständen in ganz Königshütte an. Um diesem Notstand zu steuern, hatte der Bergfiskus zwar die im Freundschaftsschacht der Königsgrube zu Tage gehobenen Wasser der Stadt zur Speisung der vorhandenen Wasserleitung zur Verfügung gestellt, doch war diese Massnahme nur als vorläufig gedacht, da sich die Notwendigkeit ergab, den Schacht wieder dem Betriebe nutzbar zu machen. Infolge des in Königshütte zu einer Entscheidung drängenden Notstandes konnte mit der Wasserversorgung der Stadt auf das Zustandekommen der allgemeinen Wasserversorgung von Zawada her nicht gewartet werden; es wurde vielmehr der Bau einer besonderen Wasserleitung nach Königshütte beschlossen und hierfür die Verwendung des in dem tiefen Friedrichsstollen des Königlichen Blei- und Silberbergwerks Friedrich bei Tarnowitz vorhandenen Wassers ins Auge gefasst. Das Wasser sollte in dem etwa 3 km südlich von der Stadt Tarnowitz gelegenen Glückhilfschacht durch eine Pumpe zu Tage gehoben und alsdann in das Gebiet von Königshütte geleitet werden. Dieser Plan erfuhr insofern eine Aenderung, als später nicht der Glückhilfschacht, sondern der etwa 1 km östlich von ihm gelegene Adolfschacht der Friedrichsgrube zur Wasserhebung benutzt wurde. Der Bergfiskus hatte an der Wasserversorgung von Königshütte und der benachbarten Ortschaften aus dem Grunde ein besonderes Interesse, weil das Versiegen der Brunnen in der Stadt in der Hauptsache auf den staatlichen Bergbau zurückgeführt wurde. Hierzu kam, dass das Königliche Steinkohlenbergwerk König selbst lebhaft unter dem Mangel an gutem Wasser für Kesselspeisezwecke litt, da ihm hierfür nur das durch Kalk entsäuerte und stark gipshaltige Grubenwasser zur Verfügung stand. Die Folge dieses schlechten Kesselspeisewassers waren häufige Betriebsstörungen. Die Kosten der Wasserleitung Adolfschacht-Königshütte wurden aus diesem Grunde völlig auf die Fonds der staatlichen Bergverwaltung übernommen. In den Etats der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung für die Jahre 1882 bis 1885 wurden für die Ausführung des Projektes insgesamt 696 000 RM. bewilligt. Ehe man an die Ausführung ging, nahm man umfangreiche Messungen und Untersuchungen der Wasser des tiefen Friedrichsstollens vor. Diese ergaben, dass die Menge der Stollenwasser stark wechselte und je nach der Jahreszeit und den Witterungsverhältnissen zwischen 12 und 25 cbm in der Minute schwankte; auch erwies sich das Wasser nicht immer frei von organischen Beimengungen, die auf den Betrieb der Friedrichsgrube zurückgeführt werden mussten. Es wurde daher auf die Verwendung des Stollenwassers verzichtet und, um ein einwandfreies und beständiges Wasser zu erhalten, in der Zeit von Juli 1884 bis April 1885 in dem neben dem Adolfschacht gelegenen Maschinenschacht ein Bohrloch gestossen, durch das reichlich Wasser erschlossen wurde. Am 18. Oktober 1884 nachmittags 5 Uhr 15 Minuten traf das so lang ersehnte Wasser ein und wurde von der Bürgerschaft mit lautem Jubel begrüßt. Die Freude muss recht gross gewesen sein, wenn der Bürger-Verein sogar ein „Wasserfest“ veranstalten konnte und in Erinnerung an diesen Tag künftig immer

wieder zu feiern gedachte. Das Wasser wurde der Chronik zufolge als „kristallklar und von angenehmstem Geschmack“ geschildert.

Da die Zuflüsse des ersten Bohrloches bald nicht mehr ausreichten, wurde in den Jahren 1887 bis 1888 ein zweites Bohrloch neben dem Adolfschacht niedergebracht, durch das nahezu 6 cbm Wasser in der Minute erschlossen wurden.

Die Leitung Adolfschacht-Königshütte führt über Neu-Repten, Städtisch-Dombrowa, Beuthen, Hohenlinde nach Königshütte. In Mittel-Lagiewnik (jetzt Hohenlinde) wurde ein Wasserturm von 500 cbm Inhalt errichtet; die Oberkante des Behälters liegt bei + 319 m N. N. Zunächst versorgte die Wasserleitung lediglich die Stadt Königshütte nebst den dazu gehörigen Kolonien und die Schachtanlagen des Königlichen Steinkohlenbergwerks König. In den folgenden Jahren wurde sie alsdann nach Süden bis Ober- und Nieder-Heiduk (jetzt Bismarckhütte) und Schwientochlowitz und nach Osten bis Chorzow und Wenzlowitz verlängert; auch die Ortschaften Ober- und Mittel-Lagiewnik (jetzt Hohenlinde) erhielten Anschluss.

* * *

Eine hochbedeutsame Angelegenheit jeder Gemeinde ist die **Beseitigung ihrer Schmutz- und Abwässer**, ist die Reinigung der Abort- und Abfallgruben.

Die Fäkalien wurden damals im ganzen Bezirk in gemauerten oder betonierten Gruben innerhalb der einzelnen Grundstücke angesammelt. Die Entleerung der Dünger- und Senkgruben geschah bis in die Weltkriegsjahre hinein durchweg auf pneumatischem Wege in Abfuhrtonnen. Die Abfuhr besorgten teils Abfuhrunternehmer, teils beseitigten die einzelnen Hausbesitzer selbst den Grubeninhalt nach ihren naheliegenden Gärten. In den neunziger Jahren hielt ein Privatunternehmer einen geruchlosen Wagen mit Gasverbrennung, den er gegen Entschädigung verlieh. Seit 1899 unterhielt auch die Stadt eine Abfuhranstalt und veranlasste die Hausbesitzer, sich des privaten und städtischen Abfuhrwagens zu bedienen, damit durch die Wegschaffung der Fäkalien und durch die Reinigung der Gruben die Nachbarn möglichst wenig belästigt wurden. Die Reinigung der Senk- und Dunggruben gab aber trotz zahlreicher Bestrafungen immer wieder zu Klagen Anlass und oft genug musste bei verhältnismässig vielen Hausbesitzern durch polizeiliche Massnahmen die Reinigung erzwungen werden.

Der Grubeninhalt ist auf die in der Nähe der Stadt liegenden Aecker und Gärten geschafft worden. Da jedoch in den wenig umfangreichen Landschaften und gärtnerischen Betrieben die Jauche nicht untergebracht werden konnte, entstanden oft und meist in den Sommermonaten die ärgsten Misstände durch überfüllte Gruben bei stockender Abfuhr.

Auch die Ableitung der Wirtschafts- und Regenwässer aus den einzelnen Grundstücken machte mehr und mehr Sorge. Die Ableitung geschah bis 1902 vorwiegend in offenen oder überdeckten Rinnen nach der Strasse hin. In den Strassenrinnen flossen die Wasser zum Teil auf sehr langen Wegen, bis sie durch einen unterirdischen Kanal oder durch einen offenen Wasserlauf aufgenommen wurden.

In den dichter bebauten Stadtbezirken, wo die Strassen in den letzten Jahren neu gepflastert oder befestigt wurden, sind gleichzeitig zeitgemässe Kanäle eingebaut worden, die für die Aufnahme aller Schmutzwässer wie der Regenwässer eingerichtet waren und in den nächsten offenen Vorfluter ausmündeten. Als Hauptabflussadern bestanden im nördlichen Stadtteil der sogenannte „Schwarze Graben“ und in der südlichen Stadt der sogenannte „Suezkanal“. Beide Gräben führten damals alle Wässer aus dem Stadtbezirk heraus. Die damaligen unterirdischen Ableitungseinrichtungen waren teils gemauerte Kanäle, teils Zementbeton- oder Tonrohre. Die offenen Gräben hatten auf einigen Strecken mit Holz befestigte Seitenwände, meist waren jedoch Sohlen und Wände unbefestigt.

Der „Schwarze Graben“ beginnt im nördlichen Stadtteil („Süd-Lagiewnik“) auf der Höhe östlich der Beuthener Strasse. Sein Lauf führte südostwärts durch einen dicht bebauten Stadtteil über Privatgrundstücke hinweg, kreuzte die Kronprinzenstrasse (heute: Hindenburgstrasse) und mündete nach einem etwa 3,5 km langen Laufe unterhalb der damaligen Kolonie „Nomiarki“ in



An der Rawa

die Rawa. Innerhalb der bebauten Grundstücke war der Graben schon damals teilweise überdeckt. Der offene Lauf des „Schwarzen Grabens“ mit seinem sehr schmutzigen Wasser besass nahezu auf der ganzen Strecke mit Brettern und Pfählen befestigte Böschungen. Da das Quersprofil des Grabens an einigen Stellen zur Abführung der Wässer unzureichend war, kamen nicht selten Ueberflutungen der Ufer vor. Das überfliessende Wasser konnte aber auf dem anliegenden tiefer liegenden Gelände nicht weiter abfliessen. So bildeten sich zu beiden Seiten des Grabens Seen und Teiche, in denen das stehenbleibende Wasser nach und nach versickerte und verdunstete. Da auch die Schlachthausabwässer, die allerdings, wenn auch nicht ausreichend geklärt wurden, in den „Schwarzen Graben“ geleitet wurden, muss der Geruch nicht gerade angenehm gewesen sein.

Der „Suez-Kanal“ begann an den Klärteichen der Vereinigten Königs- und Laurahütte sowie des Krug-Schachtes und bildete hauptsächlich den Vorflutkanal für die Wässer der genannten Werke. In seinem oberen Laufe war der Kanal teils ausgebaut und überdeckt, teils offen. Vor seiner Einmündung in den Rawabach bei Klimsawiese war der „Suez-Kanal“ auf einer Länge von etwa 1,5 km offen. Die Böschungen wurden ebenso wie beim „Schwarzen Graben“ mit Holzbrettern befestigt. Auch der „Suez-Kanal“ litt an Ueberflutungen.

Die Hauptvorflut für die Abwässerung bildet noch heute die **Rawa**. Dieser Wasserlauf setzt sich aus einer Anzahl von Quellenbächen zusammen; bei Lipine und beim Bahnhof Morgenroth finden sich die ersten Bachgräben. Im Stadtgebiet kommen der „Schwarze Graben“ und der „Suez-Kanal“ hinzu, denen sich weiter abwärts Zuflüsse von Schwientochlowitz, Bismarckhütte, Zelenze, Brynow, Alfredgrube usw. anschlossen. Bei Schabelnie vereinigt sich die Rawa mit dem damaligen deutsch-russischen Grenzfluss Brinitza, der sich dann als „Schwarze Przemska“ und „Przemska“ in der Nähe des damaligen preussischen Ortes Neu-Berun in die Weichsel ergiesst.

Bis 1875 ist das Rawawasser ein klares und fischreiches Gewässer gewesen. Eine grosse Menge von Teichen, in Schwientochlowitz angefangen, und eine grosse Anzahl von Stauwehren ermöglichten die Verwertung des Rawawassers zu Antriebszwecken. Das rund 19,6 m betragende

Gefälle wurde durch Wassermühlen und ein mit Wasserkraft betriebenes Hochofenwerk bei Katowitz, dem sogenannten „Bogutzker Hammer“ ausgenutzt. Dieser „Hammer“ stellte einen Holzkohlenhochofen dar. Er ist bis in die sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts betrieben worden. Später, nach der Anlegung der Hüttenwerke und der immer weiter um sich greifenden Grossindustrie, wurden die Wassermühlen kassiert und die mit den Stauwehren verbundenen Teiche zu rein industriellen Zwecken verwandt; und zwar zum Speisen von Dampfkesseln, Kühlwasserzwecken, für Puddelleien, Stahlwerke, Hochöfen, Walzwerke usw. Der Rawabach und die durch ihn gebildeten künstlichen Teiche wiesen noch immer klares und reines Wasser auf und enthielten einen grossen Fischreichtum. Die alten Einwohner von Klimsawiese und Bismarckhütte werden sich neben dieser Tatsache auch noch darauf zu erinnern wissen, welchen grossen Zulauf die in diesen grossen Teichen befindlichen Badeanstalten im Sommer hatten. Das Wasser des Rawabaches blieb deshalb so klar und rein, weil er nur die Wassermengen seiner Quellzuflüsse und die Niederschläge seines etwa 90 qkm betragenden Niederschlagsgebietes übernahm. Abwässer sind bis zum Jahre 1875 so gut wie gar keine der Rawa zugeführt worden. Insbesondere wurden die Abwässer des fiskalischen Steinkohlenbergwerks „König“ in Königshütte durch den sogenannten Schlüsselerbstollen unter Durchquerung der Wasserscheide zwischen der Przemsza und der Klodnitz, bezw. der Weichsel und der Oder, dem Klodnitzkanal bei Gleiwitz zugeführt. Man wollte damals nach dem Bau des Klodnitzkanals durch Zuführung der Abwässer der fiskalischen Bergwerke „König“ in Königshütte und „Königin“ in Zabrze die Schiffbarkeit des Kanals von dem veränderlichen Wasserstand der Klodnitz unabhängig machen. Freilich hatte man damit gerechnet, dass die Beschaffenheit der Grubenabwässer gleichbleibend sein würde. Erst im Laufe der Jahrzehnte stellte sich heraus, dass sich die Qualität dieser Abwässer mit dem Alter der Grubenbaue verschlechterte. Die Chemiker stellten fest, dass durch die Verwitterung und Auslaugung des in der Kohle eingesprengten Pyrits (Schwefeleisen) eine direkte Umsetzung in Schwefelsäure (H_2SO_4) erfolgt. Ein derartiges Abwasser musste auf die maschinelle Anlage der königlichen Hütten, die aus dem Kanal das Wasser entnahmen, und auf den Fischreichtum den ungünstigsten Einfluss ausüben. Man entschloss sich daher, die Abwässer des fiskalischen Bergwerks „König“ in Königshütte, die besonders viel Säure enthielten, dem natürlichen Flusslauf der Rawa zuzuführen. Von diesem Zeitpunkt an datiert die erste Verunreinigung des Rawawassers. Es ist verständlich, dass sich die Anlieger und die Besitzer der Teiche eine derartige Veränderung des Wassers nicht gutwillig gefallen liessen. Und als später auch die anderen Bergwerke mit ihren Abwässern die Beschaffenheit des Rawawassers immer mehr verschlechterten, sind eine grosse Anzahl von Prozessen bei den ordentlichen Gerichten angestrengt worden. Viele Beschwerden erreichten die zuständigen Behörden. Es kam wohl zu Vergleichen und Entscheidungen, aber die Abwässerungsverhältnisse der Rawa sind von Jahr zu Jahr ungünstiger geworden. Denn zu den Abwässern der Berg- und Hüttenwerke kamen von Jahr zu Jahr mehr auch diejenigen von Beizereien, Benzolfabriken und Teerproduktengewinnungsanstalten. Auch die Abwässer der Gemeinden, der Schlachthäuser, Krankenhäuser u. dergl. m. haben die Beschaffenheit des Rawawassers ausserordentlich verschlechtert.

An wärmeren Tagen gährte und brodelte es in diesem schlammigen Wasser. Bei der Zersetzung stiegen freiwerdende Gasblasen auf und platzten an der Oberfläche. Uebelriechende Dämpfe verbreiteten sie. Weder Fisch noch Pflanze konnten in diesem Wasser gedeihen. Die Anwohner des Rawabaches wissen zu berichten von Tierleichen und von toten Katzen, Ratten, Federvieh, Hunden usw., die häufig auf den schwarzgelben Fluten dahintrieben.

Man hat dem Rawabach daher den berüchtigten Namen „Kloaka maxima“ von Oberschlesien gegeben. Trotz der geradezu ekelerregenden Beschaffenheit des Rawawassers kam es vor, dass dieses Wasser in heissen Sommern infolge Trinkwassermangels für Wirtschaftszwecke von der ärmeren Bevölkerung benutzt wurde. Es ist deshalb nicht verwunderlich, wenn eine Typhusepidemie die Folge war. Auch die umliegenden Brunnen mussten für Trinkwasserzwecke allmählich ausscheiden. Das Bachbett der Rawa verschlammte auf seiner ganzen Länge immer mehr. Die Ufer hatten, abgesehen von wenigen sehr kurzen Strecken, unbefestigte, teilweise Rasenböschungen. Vielfach waren die Ufer durch Hochwasser abgerissen. An solchen Stellen

bildeten sich im Bach Ablagerungen, die den regelmässigen Abfluss der Wassermengen hinderten. Die beteiligten Behörden sahen sich veranlasst, endlich Wandel zu schaffen. Eine grosse Menge von Projekten für die Regulierung der Rawa und im Zusammenhang damit für die Trinkwasserversorgung des oberschlesischen Industriebezirks wurden in Angriff genommen. Das Problem der Trinkwasserversorgung ist im Laufe der Jahre befriedigend gelöst worden. Aber das Problem der Rawaregulierung und die der Abwässerableitung muss heute noch eine befriedigende Lösung finden.

Mit dem Beginn der Kanalisation im Jahre 1903, die von Jahr zu Jahr erweitert wurde, und dem sich Durchsetzen der Wasserklosetts, der Verbesserung der Kläranlagen bei allen industriellen Betrieben, sind die hygienischen Verhältnisse in der Stadt ausserordentlich verbessert worden; sie werden erst recht unter der neuen deutschen Stadtführung mustergültig geregelt werden.

* * *

Das Jahr 1871 brachte eine ungeheure Aufregung in die Stadt durch die **Arbeiter-Unruhen**. Der Anlass war recht sonderbar. Eine oberbergamtliche Verordnung vom 26. 11. 1870 schrieb die Kontrolle der auf den Bergwerken beschäftigten Arbeiter vor; jederzeit mussten Zahl und Person der beschäftigten Arbeiter zu ermitteln sein. Im rheinisch-westfälischen Industriebezirk hatte man die Markenkontrolle eingeführt. Sie bestand darin, dass jeder über oder unter Tage beschäftigte Arbeiter eine Marke besitzt mit einer Nummer, die der in der Arbeiterliste geführten Nummer entspricht. Die Marke musste er beim Antritt seiner Schicht beim Kontrollbeamten abgeben und beim Verlassen des Werkes wieder in Empfang nehmen. Als es am 26. Juni 1871 zur Durchführung der heute so selbstverständlichen Markenkontrolle kam, weigerten sich die zur Schicht kommenden Arbeiter, die Marken zu entnehmen; ein grosser Teil verlies die Arbeitsstätte und am nächsten Tage begannen bedauerliche Zwischenfälle und Plünderungen, die mit militärischer Gewalt niedergeschlagen werden mussten und bis zum 15. August 1871 den Belagerungszustand nach sich zogen. Die Kontrollmarken aus Messing hatten nämlich die Bezeichnung K. G. Nr. ... (= Königs-Grube Nr. ...). Die Arbeiter deuteten diese Buchstaben als „Kaminski-Grundmann“. Kaminski war ein altkatholischer Geistliche und Grundmann galt als arbeiterfeindlich. Wer die Marke nahm, so ging das Gerücht, der stimme für die Absichten des Kaminski und Grundmann. Die Arbeiterschaft war unzweifelhaft von der polnisch orientierten Wochenschrift „Katolik“ fanatisiert, und polnische Agitatoren benutzten die Gelegenheit zu chauvinistischer Agitation.

Im Jahre 1875 lebte die Kaminski-Psychose erneut auf. Infolge eines Gerüchtes, dass der altkatholische Pfarrer Kaminski aus Kattowitz in den hiesigen Schulen Religionsunterricht erteilen solle, wurde die Arbeiterbevölkerung so aufgeregt, dass viele Frauen und Männer sich am 10. Mai 1875 vor den Schulen versammelten und mit Ungestüm die Herausgabe der Kinder verlangten. Da man dieses Verlangen ablehnte, nahmen die Frauen eine bedrohliche Haltung an. Es kam zu Ausschreitungen, deren weitere Ausbreitung nur durch das Einschreiten der Polizei und eines Militärkommandos verhindert werden konnte. Die Hauptbeteiligten — meist Frauen — sind verhaftet und mit 6 Wochen bis zu 9 Monaten Gefängnis bestraft worden.

Das 1871 eingezogene „Militär-Wachkommando“ wurde erst am 1. April 1881 abberufen, als Beuthen O/S. eine Garnison erhalten hatte.

Den bisherigen Unruhen lagen in erster Linie religiöse Motive zugrunde, die sich mit polnischer Agitation mischten. Sozialistische Tendenzen waren nicht bemerkbar, denn bis 1882 vermochte die Sozialdemokratie in Königshütte keinen Boden zu gewinnen. Zum ersten Mal spürte man hier die sozialdemokratische Agitation im Jahre 1889. Als am 5. Mai 1889 auf verschiedenen Zechen des Gelsenkirchener Kohlengruben-Reviere unter den Bergleuten ein Ausstand ausbrach, der sich in kurzer Zeit auf das rheinisch-westfälische Kohlenrevier ausdehnte, sprang der Funke auch nach Schlesien über. Er zündete zuerst auf der Glückhilfsgrube im Waldenburger Revier, wo 4000 Mann streikten. Trotz aller behördlichen Vorsichtsmassregeln „wurde von dem verheerenden Elemente ein Funke auch nach dem sonst friedliebenden Oberschlesien getrieben, welcher am 16. Mai Deutschlandgrube traf und hier zündete“. Mehrere gewerkschaftliche Gruben folgten und bald



Freibad am Redenberg.

dehnte sich der Streik auch auf die fiskalischen Zechen der Königsgrube aus. Am 18. Mai 1889 weigerten sich ungefähr 150 Bergleute des Bahnschachtes einzufahren, obgleich die Berginspektion bei der letzten Löhnung den Gedingelohn der Häuer und Schlepper um 30 bzw. 20 Pfg. für die Schicht erhöht hatte. Sie rotteten sich vor dem Zechenhouse des Bahnschachtes zusammen, begaben sich sodann in die Grubenanlage und versuchten hier den Zutritt zum Förderschacht abzusperren, um so das Einfahren anderer Bergleute und die Fortsetzung der Förderung zu verhindern. Durch kräftiges Einschreiten der Beamten wurden indes die Streikenden herausgetrieben; dieselben fassten nun wiederum vor dem Zechenhouse Stand. Da ein anderer grosser Teil der Bergleute, welche früh einfahren sollten, gar nicht auf der Grube erschien, musste der Betrieb des Bahnschachtes aufgehoben werden. Gleichzeitig mit dem Bahnschacht wurde die Förderung der ebenfalls fiskalischen Bismarckschächte unterbrochen, wo ebenfalls ein vollständiger Ausstand ausgebrochen war. Die Ausständigen dieser beiden Schächte, denen sich noch feiernde Bergleute von der Deutschland- und der Mathilde-Grube angeschlossen hatten, begaben sich nun gegen Mittag nach den ebenfalls fiskalischen Krugschächten. Hier besetzten die Massen die Zugänge zu den

Schächten und beschlossen, auf die unter Tage arbeitenden Kameraden der Krugschächte zu warten und das Einfahren der für die Nachtschicht bestimmten Arbeiter zu verhindern. Gütliche Verhandlungen der Direktoren der Grube mit den Arbeitern hatten keinen Erfolg. Es blieb nichts anderes übrig, als Militär zur Verstärkung der städtischen Polizei heranzuholen. Beuthener, Gleiwitzer und Koseler Bataillone traten an und besetzten die Gruben in und um Königshütte.

Die Bergleute bemühten sich inzwischen auch in Berlin bei den Ministerien um die Durchsetzung ihrer Forderungen. „Sie verlangten eine mässige Lohnerhöhung und wünschten vor allem die bisher zwölfstündige Schicht in eine zehnstündige umgewandelt zu sehen. Sie erklärten, die Gedingesätze würden nicht erfüllt und die tägliche Arbeitszeit sei eine 12—14-stündige. Die Löhne seien zu niedrig; ein Häuer verdiene durchschnittlich nur 2,00—2,50 Mk., ein Schlepper aber 1,50 bis 1,75 Mk. täglich. Auch komme in Betracht, dass in Oberschlesien auf einen Häuer immer zwei Schlepper kämen; diese würden erst im vorgerückten Alter Häuer, oft gar nicht. Auf den Monat kämen 25 Schichten, und damit könnten bei den bestehenden Preisen die Familien nicht auskommen. Ihre Wünsche gingen dahin: Die Häuerlöhne sollten bis 3,50 Mk. und die für Schlepper auf 2 Mk. erhöht werden; dann habe man wenigstens die Möglichkeit, das Leben zu fristen. Weiter klagten sie, die Löhne für nicht vollgeladene Wagen würden willkürlich angerechnet; man solle doch den wirklichen Inhalt voll berechnen. Auch würden jetzt viel höhere Leistungen verlangt. Früher hätten vier Bergleute 24 Wagen zu 10 Centner gefördert, jetzt müssten drei Mann, Häuer und Schlepper, 54 Wagen zu 10 Centner fördern; trotz dieser Mehrarbeit wären die Löhne zurückgegangen, ehemals hätten sie täglich bis 4 Mk. verdient. Gegen die Arbeitsordnung erhoben sie folgende Beschwerden: Diese Ordnung enthält zu hohe und harte Strafen; dieselben werden auch willkürlich auferlegt. Z. B. heisst es darin: Wer mit Material, etwa Sprengstoff, nicht haus-hälterisch umgeht, muss bis 6 Mk. Strafe zahlen. Es müsse also eine Abänderung der Arbeitsordnung erfolgen. Weiter kämen den Bergleuten die Segnungen der sozialpolitischen Gesetzgebung (Krankenkassen- und Unfallversicherung) nicht zugute. Früher hätten sie 1,50—1,60 Mk. gezahlt, jetzt aber 3 Mk. Früher wären kleine Beiträge zur Beschaffung von Schulbüchern für die Kinder gegeben worden, das sei ihnen jetzt entzogen worden. Das mache böses Blut. Eine Hauptbeschwerde sei die, dass dem invaliden Arbeiter der Invalidenlohn vorenthalten werde. Wenn sich ein Arbeiter invalide melde, so erkläre das der Knappschaftsarzt für Simulation. Ein von dem Arbeiter bei Gericht angestrebter Prozess nütze nichts, auch wenn dasselbe die Beschwerde für berechtigt erkläre, da nach den Statuten der Knappschaftsarzt, der erste technische Bergbeamte und der Knappschafts-Aelteste zu entscheiden hätten. Es seien also Richter und Kläger in einer Person vereinigt. Wegen Krankheit würden die Bergleute plötzlich entlassen und fänden keine Arbeit mehr. Sie wünschten mit Rücksicht hierauf, dass auf den Abkehrscheinen keine Bemerkungen mehr gemacht würden. Ferner verlöre der so entlassene Arbeiter sofort alle Knappschaftsbeiträge.“

Nachdem einige Beschwerden und Wünsche der Arbeiter befriedigt worden waren, konnte der Ausstand am 4. Juni 1889 als beendet angesehen werden. Die Truppen kehrten in ihre Garnisonen zurück. Die Rädelsführer, sozialdemokratische Agenten aus dem Waldenburgischen, büsst den Ausstand durch hohe Zuchthausstrafen.

In der Nacht vom 5. zum 6. November 1899 legten ungefähr 250 Puddler der Königshütte die Arbeit nieder, weil ihnen die beantragte Lohnerhöhung von 25% nicht bewilligt wurde. Die Hüttenverwaltung blieb fest und die Puddler mussten am 7. November die Arbeit wieder aufnehmen.

In den folgenden Jahren kam es zu Arbeitseinstellungen bei Ziegeleiarbeitern, bei Mauern und Tischlern, die ebenfalls durch sozialdemokratische Agenten vom Zaune gebrochen waren.

Ein grösserer Bergarbeiterstreik begann wieder am 1. August 1907 auf sämtlichen Schächten der fiskalischen Königsgrube. Zusammenstösse zwischen Streikenden und Polizei blieben nicht aus. Als die 5000 Streikenden keinerlei Vorteile erreichten, brachen sie am 9. August den wilden Streik ab. Bis zum Zusammenbruch Deutschlands 1918 ist es zu grösseren Streiks nicht gekommen.

Dagegen verzeichnet die Chronik im Jahre 1909 Aussperrungen von 463 Bauhandwerkern, die durch Vergleich endeten. Gerade im Baugewerbe hat es seit der Jahrhundertwende einen ständigen Arbeitermangel gegeben. Die Maurer und Zimmerer wurden aus dem Leobschützer und



Schigelände im Stadtwalde.

Neustädter Kreise und anderen Gegenden Oberschlesiens und Oesterreichisch Schlesiens herangeholt. Allmählich bildete sich die Gewohnheit heraus, dass zur Bauzeit die Bauarbeiter aus diesen Gegenden von selbst ins Industriegebiet kamen und der Mangel behoben war.

Zu den Tiefbauarbeiten musste man galizisch-polnische, steiermärkische, ruthenische und italienische Arbeiter heranholen, da der Bedarf aus der hiesigen Gegend nicht gedeckt werden konnte.

Auch an „zuverlässigen Dienstboten“ wurde seit 1898 der Mangel immer fühlbarer.

Oeffentliche Arbeitsnachweisstellen bestanden vor dem Weltkriege nicht, „dagegen haben der Landwehr- und der Kriegerverein je eine Arbeitsstelle für Vereinsangehörige errichtet.“

* * *

Auch andere **Heimsuchungen** blieben der Stadt nicht erspart. Im Jahre 1867 brach eine **Choleraepidemie** aus, die sich 1874 und 1898 wiederholte. Von den 120 Krankheitsfällen im Jahre 1874 endeten 44 mit tödlichem Ausgang. Im November 1871 wüteten die **Pocken** in der Stadt. Von 400 Erkrankten mussten 50 sterben. Einige Jahre später (1876) trat der **Typhus** epidemisch auf und forderte Jahre hindurch (bis 1910) seine Opfer. Die Kurve der Erkrankungen und Todesfälle zeigte ein lebhaftes Auf und Ab. Seit den achtziger Jahren waren **Scharlach** und **Diphtheritis** ständige, recht unangenehme Gäste der Stadt. Unter den Kindern endeten die Erkrankungen oft

mit dem Tode. Die Chronik verzeichnet Zahlen, die erschrecken machen; so starben 1905 von 147 Erkrankten 51 an Diphtherie, 1906 von 528 Scharlachkranken 140, 1909 von 579 Erkrankten 118, 1912 mussten von 175 Personen noch 21 sterben. Man kann sich vorstellen, dass die Bevölkerung mit banger Sorge erfüllt war, zumal auch andere Krankheiten wie **Masern** und **Ruhr** sich zu Epidemien verdichteten. Das Jahr 1882 z. B. brachte eine Ruhrepidemie. In der Zeit vom 9. Juli bis 31. Oktober erkrankten 158 Personen, von denen 83 ihr Leben lassen mussten. Und im Jahre 1900 zählte man 400 Masernkranke, von denen 14 starben.

Grosses Entsetzen, Angst und Sorge brach über die Königshütter herein, als am 19. November 1904 der erste Fall von **Genickstarre** auftrat. 319 Personen erkrankten, 203 starben. 1905 brachte man 157 von 210 Erkrankten zur letzten Ruhe. Bis Ende 1909, wann der letzte Fall mit tödlichem Ausgang verzeichnet ist, forderte jedes Jahr viele Opfer und mancher Königshütter erinnert sich heute noch dieser fürchterlichen Jahre, die fast ganz Oberschlesien heimsuchten. Fast mittelalterliche Formen nahm damals der Volksbrauch an: die Kirchen füllten sich wie nie zuvor, die Bittmessen mehrten sich und manch einer gelobte eine Wallfahrt nach Piekar, Annaberg und Czenstochau, wenn ihn oder seine Angehörigen die grausame Krankheit verschone.

* * *

Das politische Gesicht der Stadt vor dem Weltkriege wird auch durch ihr **Vereinswesen** charakterisiert. Der Verwaltungsbericht vom Jahre 1912 zählt unter den 188 Vereinen folgende besonders auf:

„Militärvereine sind: der Kriegerverein, der Landwehrverein, der Marineverein, der Gardeverein, der Verein ehemaliger Jäger und Schützen, der Verein ehemaliger Pioniere und Verkehrstruppen, der Artillerieverein, der Verein ehemaliger Ostasiaten und Afrikaner, der Verein ehemaliger Elfer, der Verein ehemaliger 23er, der Verein ehemaliger Moltkefüsiliere — 38-er, der Kameradenverein ehemaliger 63er.

Politische Vereine sind vorhanden: Der Bürgerverein, der freisinnige Wahlverein, die polnischen Vereine Kółko, Turnverein Sokol, die sozialdemokratische freie Turnerschaft, der polnische katholische Verein unter dem Schutze des hl. Joseph (letzterer für den Stadtteil Klisawiese), ferner der sozialdemokratische Verein, der Wacht-Straz-Verein, der bürgerlich-demokratische Verein (Barthsche Richtung) und der polnisch-katholische Kasinoverein. Ausserdem befanden sich hier Zweigvereine der sozialdemokratischen Verbände der Berg- und Hüttenarbeiter in Bochum, der Maurer Deutschlands in Hamburg, der Transportarbeiter in Berlin, der Holzarbeiter in Stuttgart und des polnisch-sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Beuthen OS./-Tarnowitz.

An Genossenschaften waren zu verzeichnen: Die Handwerker Spar- und Darlehnsbank, die Produkten-, Spar- und Darlehnsbank für das Fleischergerwerbe, der Spar- und Darlehnsverein der Gemeindebeamten von Königshütte O/S. und Umgegend, die Spar- und Darlehnskasse für Lehrer und Beamte zu Königshütte, der Schrebergartenverein (Genossenschaft mit beschränkter Haftung), die Deutsche Volksbank und die polnische Volksbank (Bank Ludowy).

* * *

Für das kulturelle und politische Leben einer Stadt sind ihre Zeitungen von grosser Bedeutung. Königshütte hat eine nicht uninteressante Zeitungsgeschichte.

Unter den polnisch orientierten Zeitungen nimmt der „**Katolik**“ die erste Stelle ein. Redaktion und Verlag sind im Jahre 1881 von Nikolai nach Königshütte verlegt worden. Verleger war ein Weltpriester namens Radziejewski, als verantwortlicher Redakteur zeichnete ein gewisser Jaschik. Gedruckt wurde das Blatt in der Buchdruckerei von Franz Ploch. Im Verwaltungsbericht der Jahre 1878—1882 steht der Satz: „Beschlagnahmen haben nicht stattgefunden, jedoch sind gegen den verantwortlichen Redakteur mehrfach Untersuchungen eingeleitet worden“. Im Juli 1885 siedelte Redaktion und Druckerei des „**Katolik**“ von Königshütte nach Rossberg bei Beuthen O/S. über. Hier in Beuthen stellte er dann 1932 sein Erscheinen ein.

Neben dem „**Katolik**“ erschien kurz vor seinem Wegzug dreimal wöchentlich die polnische „**Gazeta katolicka**“, die von der St. Hyazinth-Aktiendruckerei herausgegeben und gedruckt wurde. Am 31. März 1910 stellte diese „**Gazeta**“ ihr Erscheinen ein. Bei Franz Ploch ist ein weiteres polnisches Blatt gedruckt worden, das sich „**Górnolązak**“, Pismo dla ludu katolickiego (Der Ober-

schlesier, Zeitschrift für das katholische Volk) nannte. Als Verleger zeichnete Theodor Szczepanski, als Redakteur B. Koraszewski. Die Zeitschrift erschien zum ersten Male am 1. Januar 1888; sie ging im April 1889 in den Besitz der Firma Koraszewski und Kotula und am 1. Juli 1889 in den Besitz des Redakteurs Zborek über, hörte aber mit dem 1. Januar 1890 auf zu erscheinen.

Vom März 1890 an erschien eine neue polnische Wochenschrift unter dem Titel **„Przyjaciel górników i hutników“** (Berg- und Hüttenarbeiterfreund), die sich jeglicher Polemik zu enthalten, mit Sorgfalt alles, was das Verhältnis zwischen Arbeiter und Arbeitgeber trüben könnte, vermeiden und politische und religiöse Erörterungen ihren Spalten fernhalten zu wollen versprach.

Seit dem 1. November 1909 gab es dann noch eine vierzehntägig erscheinende Schrift **„Wzajemna Pomoc“** („Arbeiterhilfe“), und seit dem 23. März 1912 die Wochenschrift **„Tygodnik katolicki“** (Katholische Wochenschrift). Alle diese periodischen Schriften haben sich wegen ungenügender Abonnentenzahl nicht durchsetzen können, genau so wie das vom 15. September 1887 bis zum Januar 1888 im Verlage des Tuczynski erscheinende Volksblatt unter dem Namen **„Miarus katolicki“** („Der katholische Kämpfer“). Selbst die deutsch und polnisch geschriebene Wochenschrift **„Der Berg- und Hüttenmann“** im Verlage von Franz Ploch existierte nur zwischen 1878 und 1903.

Im Januar des Jahres 1869 ist das erste Lokalblatt unter dem Namen **„Königshütter Anzeiger“** vom Buchdruckereibesitzer Ferdinand Ehmke aus Erdmannswille in der Kaiserstrasse (jetzt Adolf-Hitler-Strasse) gegründet worden. Es erschien als Tageszeitung im Quartformat. Bereits am 25. August desselben Jahres wechselte der Besitzer. Der Steindruckereibesitzer J. P. Markefka in der damaligen Richterstrasse übernahm Druckerei und Verlag. Anfang April 1870 hat der „Königshütter Anzeiger“ seinen Titel in **„Königshütter Stadtblatt“** umgewandelt. Gleichzeitig erschien er von da ab in Folioformat mit einer Sonderausgabe **„Strassen-Anzeiger“**, der am Tage des Erscheinens an den Strassenecken „affichiert“ (ausgehangen, angeschlagen) wurde. Als am 12. Oktober 1871 die Karl Miarka'sche Buchdruckerei vom Buchdrucker Franz Ploch gepachtet wurde, hat das Lokalblatt wieder den ursprünglichen Titel „Königshütter Anzeiger“ angenommen. In der Zeit vom 6. April bis 18. Mai 1872 ist er vorübergehend in der von Wollenberg käuflich erworbenen, nach Beuthen O/S. übergesiedelten Markefka'schen Buchdruckerei gedruckt worden, bis Franz Ploch seine eigene Druckerei eröffnet hatte. Am 25. Mai 1872 erscheint die erste „in der Ploch'schen Offizin gedruckte Nummer mit dem Nebentitel „Laurahütter Anzeiger“. Von da wurde das Blatt wöchentlich zweimal ausgegeben. Bereits vom 1. April 1873 an konnte der „Anzeiger“ dreimal wöchentlich erscheinen. Am 30. September 1875 erhielt der „Königshütter Anzeiger“ den Titel **„Königshütter Zeitung“** und erschien im Folioformat. Mit Ausnahme der Tage nach einem Sonn- und Feiertage kam die „Königshütter Zeitung“ vom 1. April 1884 ab täglich heraus. 1900 änderte sie ihren Namen in „Der Oberschlesier (Königshütter Abendpost)“. Im Januar 1904 ist diese Tageszeitung vom „Königshütter Tageblatt“ aufgekauft und zu einer Zeitung vereinigt worden. Das **„Königshütter Tageblatt“** erschien erstmalig am 1. Oktober 1885. Verleger war die Firma R. Giebler und Radek in der damaligen Krugstrasse Nr. 4. Schon am 1. April änderte es seinen Namen in **„Königshütter Anzeiger“** um und erschien unter redaktioneller Leitung von Buchhändler R. Giebler nur noch dreimal wöchentlich. Wegen zu geringer Abonnentenzahl ist der „Anzeiger“ dann am 1. April 1889 eingegangen.

Seit dem 1. März 1899 erschien wieder ein **„Königshütter Tageblatt“** als täglich erscheinende Zeitung, die der Buchdruckereibesitzer Maximilian Hautzinger herausgab.

Der Buchdruckereibesitzer Franz Ploch hat in der Zeit von 1878 bis 1904 eine Wochenschrift unter dem Titel **„Königshütter Stadtblatt“** herausgebracht. Vom 3. Oktober bis 8. Dezember 1909 erschien ein Blatt, das sich **„Der oberschlesische Volksfreund“** nannte. Im Jahre 1910 gab es für kurze Zeit ein **„Oberschlesisches Volksblatt“**.

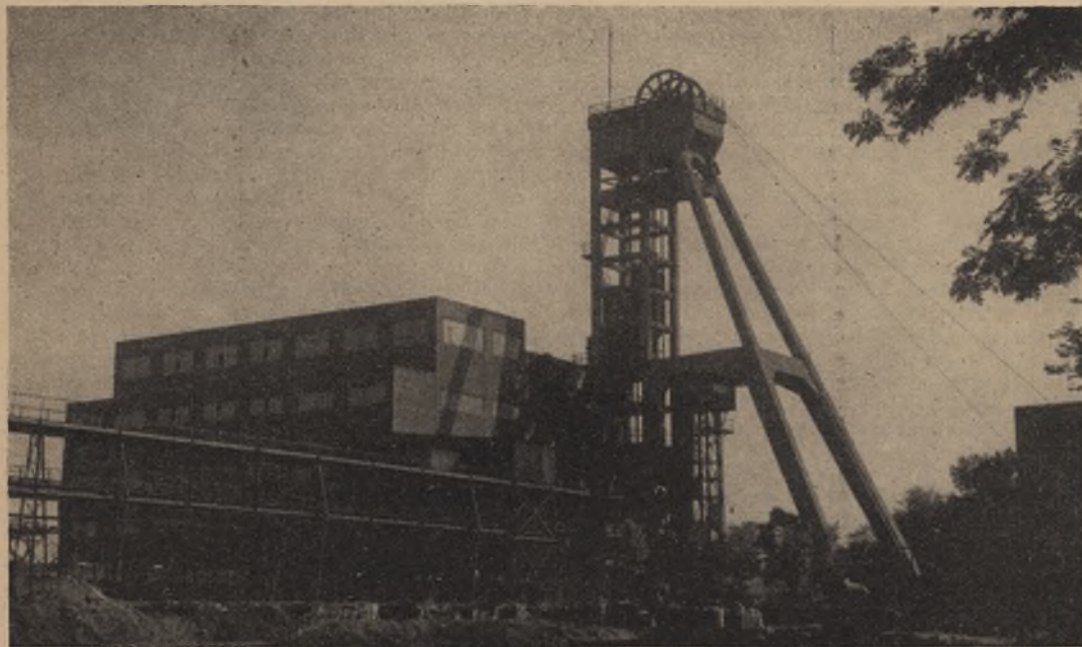
Die Zeitung, die heute noch erscheint, ist die am 4. März 1907 gegründete Tageszeitung **„Der oberschlesische Kurier“**, der in den ersten Monaten bis 1908 **„Königshütter Volkszeitung“** hiess. Der „Kurier“ war in der Leidenszeit der Stadt ein tapferer Wahrer der deutschen Interessen.

Nach der Heimkehr ins Reich ist der „Kurier“ zum amtlichen Bekanntmachungsorgan erklärt worden. Vor dem Weltkriege diente als solches das **„Amtsblatt für den Stadtkreis Königshütte O/S.“**. Es ist am 1. Oktober 1899 zum ersten Male erschienen und wurde jeden Mittwoch und Sonnabend jedem Hausbesitzer auf Stadtkosten zugestellt.



BERGWERKSVERWALTUNG OBERSCHLESIEEN G. M. B. H. DER REICHSWERKE „HERMANN GÖRING“

1791—1941 KÖNIGSGRUBE



Krugschacht III der Königsgube Ostfeld

Die Gruppe III der Bergwerksverwaltung Oberschlesien umfaßt neben anderen Schachtanlagen die Königsgube Ostfeld, Westfeld und Nordfeld, die zu den ältesten Gruben des oberschlesischen Steinkohlenreviers gehören.

Im Weichbilde der Stadt Königshütte gelegen, fördert die Königsgube eine sehr reine und hochwertige Flammkohle, die in allen gangbaren Korngrößen nach dem In- und Ausland zum Versand kommt.

In eigener Brikettfabrik werden Steinkohlenbriketts von 900 und 3000 g Gewicht hergestellt.



Interessengemeinschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb AG. Betriebsgruppe Bismarckhütte

umfaßt:

Werk Bismarckhütte

in Königshütte Oberschlesien

Stahlwerk
Hammerwerk und mech. Werkstatt
Gußstahlschmelze
Stahlwalzwerk
Vergütererl, Zieherei
Feinblechwalzwerk
Grobblechwalzwerk
Rohrwerk
Zentralgeneratoren

Werk Falvahütte

in Schwientochlowitz

Kokerei
Hochöfen
Stahlwerk
Eisenwalzwerk
Kaltwalzwerk
Hufeisenfabrik

Werk Hubertushütte

in Hohenlinde

Stahlgießerei
Bearbeitungswerkstatt

Werk Silesiahütte

in Paruschowitz-Rybnik

Feinblechwalzwerk
Emaillierwerk
Blechwarenfabrik

Schlesische Elektrizitätswerke Aktiengesellschaft

abgekürzt „**Sewag**“ genannt

liefern und verteilen elektrische
Energie aus eigenem Kraftwerk
sowie aus einem umfangreichen Ver-
bundbetrieb über Hoch-, Mittel- und
Niederspannungs-Leitungsnetze an die

**Groß-,
Mittel- und Kleinindustrie**

ferner an Bahnen, Wasserwerke, Mühlen
und sonstige gewerbliche Betriebe,
sowie an Städte, Dörfer, Siedlungen für

LICHT • KRAFT • WÄRME



Paul Sonsall

Fabriken für Eisen

Schützenstr.

te OS.

beitung

**Ein halbes Jahrhundert in Königshütte!
Ein halbes Jahrhundert Wertarbeit!**

Vier Abteilungen fertigen:

Eisen - Werkstatt:

Leichtstahlbau, Behälterbau, Schweisstechnik, Kunstgewerbliche Eisenarbeiten
Spezialbetrieb für Werkzeugschränke und Gefolgschaftsschränke nach
Vorschlägen der DAF., Amt „Schönheit der Arbeit“

Mechanische Werkstatt:

Maschinenbau, Apparatebau, Vorrichtungsbau, Werkzeugbau, Lehrenbau
Spezialbetrieb für Dreh-, Fräs-, Bohr-, Hobel-, Schleif-, Gewindefräs-
arbeiten

Metall-Armaturen:

Wasser-, Gas-, Garten-, Sanitär-, Heizungsarmaturen
Spezialbetrieb für Armaturen aus Giesche-Qualitäts-Zink

Metall-Gießerei:

Sandguss, Kokillenguss, Spritzguss, Kunstguss
Spezialbetrieb für Giesche-Qualitätszink-Guss

Einer fünfzigjährigen Tradition folgend, steht auch im Rahmen des Ostaufbaues die
Nachwuchsschulung im Vordergrund

Im Lern-, Anlern-, Umschul- und freien Verhältnis werden ausgebildet: Bauschlosser,
Maschinenbauschlosser, Werkzeugmacher, Stahlformbauer, Eisen- und Metaldreher,
Fräser, Bohrer, Hobler, Autogen- u. Elektro-Schweißer, Punktschweißer, Metallschleifer,
Former, Kernemacher, Metallgiesser, Kokillengiesser, Spritzgiesser und verwandte Berufe

Wojewódzka i Miejska Biblioteka Publiczna
Im. E. Smolki w Opolu

nr inw.:

1986

Syg.:

S



140 Jahre
Königshütte
1802 – 1942

Wojewódzka Biblioteka
Publiczna w Opolu

905 Ś



001-000905-00-0